

Stenographisches Protokoll

58. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 27. September 1984

Tagesordnung

1. Forschungsbericht 1984
2. Bundesgesetz, mit dem das Bundesministerien-gesetz 1973 und das ÖIG-Gesetz geändert sowie damit zusammenhängende Bestimmungen über den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen getroffen werden, und Änderung der Regierungsvorlage gemäß § 25 Geschäfts-ordnungsgesetz 1975
3. Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienst-rechtsgesetz 1979, das Vertragsbedienstetenge-setz 1948 und die Bundesforste-Dienstordnung geändert werden

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 4863)

Entschuldigungen (S. 4863)

Geschäftsbehandlung

Antrag der Abgeordneten Mag. Kabas, Dr. Graff und Dr. Gradischnik gemäß § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung, die dem Justiz-ausschuß zur Berichterstattung über die Regie-rungsvorlage betreffend ein Sozialgerichtsbar-keitsgesetz (7 der Beilagen) für 1. Oktober 1984 gesetzte Frist bis 15. Jänner 1985 zu erstrecken (S. 4878)

Annahme des Fristerstreckungsantrages (S. 4956)

Antrag des Abgeordneten Dr. Mock gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung, dem Finanz- und Budgetausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 102/A der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend „große Steuerreform“ im Rahmen eines 3-Stufen-Entlastungsplanes eine Frist bis 26. November 1984 zu setzen (S. 4878)

Durchführung einer Debatte über diesen Antrag gemäß § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung (S. 4878)

Redner:

Dr. Mock (S. 4878),
Dr. Nowotny (S. 4880),

Grabher-Meyer (S. 4882),
Dr. Kohlmaier (S. 4884),
Teschl (S. 4886),
Dr. Steidl (S. 4887),
Staatssekretär Dkfm. Bauer (S. 4889) und
Dr. Taus (S. 4893)

Ablehnung des Fristsetzungsantrages (S. 4956)

Fragestunde (43.)

Gesundheit und Umweltschutz (S. 4863)

Probst (355/M); Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller, Dr. Hafner, Mag. Kabas

Heinzinger (344/M); Dr. Stix, Cap, Huber

Manndorff (345/M); Mag. Kabas, Wanda Brun-ner, Kraft

Dr. Lichal (346/M); Hintermayer, Veleta, Dr. Höchtl

Heinzinger (347/M); Probst, Mag. Brigitte Ede-rer, Hofer

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 4877)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 4877)

Verhandlungen

- (1) Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über den Forschungsbericht 1984 der Bundesregierung (III-43) gemäß § 8 des Forschungsorganisationsgesetzes, BGBI. Nr. 341/1981 (313 d. B.)

Berichterstatter: Mag. Guggenberger (S. 4894)

Redner:

Dr. Neisser (S. 4895),
Dr. Stix (S. 4902),
Dr. Nowotny (S. 4907),
Dr. Höchtl (S. 4910),
Bundesminister Dr. Fischer (S. 4914
und S. 4926),
Dr. Stippel (S. 4920),
Dr. Ettmayer (S. 4923),

Dr. Preiß (S. 4928) und
Schuster (S. 4930)

Kenntnisnahme (S. 4933)

- (2) Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (316 d. B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 und das ÖIG-Gesetz geändert sowie damit zusammenhängende Bestimmungen über den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen getroffen werden, und über die Änderung der Regierungsvorlage gemäß § 25 Geschäftsordnungsgesetz 1975 (Zu 316 d. B.) (375 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Gradischnik (S. 4933)

Redner:

Dr. Ettmayer (S. 4933),
Dr. Schranz (S. 4937),
Dr. Kohlmaier (S. 4938),
Dr. Helene Partik-Pablé (S. 4941),
Dr. Ermacora (S. 4945),
Elmecker (S. 4947),
Staatssekretär Dr. Löschnak (S. 4949)
und
Steinbauer (S. 4950)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen betreffend Reprivatisierung des Österreichischen Verkehrsbüros (S. 4940) — Ablehnung (S. 4953)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4952)

- (3) Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (350 d. B.): Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Vertragsbedienstetengesetz 1948 und die Bundesforste-Dienstordnung geändert werden (376 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Gradischnik (S. 4953)

Redner:

Dr. Lichal (S. 4953) und
Pöder (S. 4954)

Annahme (S. 4956)

Eingebracht wurden

Antrag der Abgeordneten

Dr. Mock, Karas, Dr. Stummvoll, Ingrid Tichy-Schreder und Genossen betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (108/A) (Entschließungsantrag)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Sportsubventionen in den Jahren 1982, 1983 und 1984 (929/J)

Dr. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Übertragung der an den Bund auf Grund des Bundesgesetzes vom 13. Dezember 1976, BGBl. Nr. 713/1976, heimfallenden Vermögenswerte zugunsten einer Sudetendeutschen Stiftung (930/J)

Dr. Marga Hubinek, Dr. Stummvoll und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Umbau der Salpetersäureanlage der Chemie Linz AG (931/J)

Dr. Keimel und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Mietzinserhöhungen auf Grund des Mietrechtsgesetzes ohne Anspruch auf Mietzinsbeihilfe (932/J)

Dr. Keimel und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Mietzinserhöhungen auf Grund des Mietrechtsgesetzes ohne Anspruch auf Mietzinsbeihilfe (933/J)

Dr. Keimel und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Mietzinserhöhungen auf Grund des Mietrechtsgesetzes ohne Anspruch auf Mietzinsbeihilfe (934/J)

Dr. Lichal, Dr. Ermacora, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Zivildienst und Waffen (935/J)

Dr. Lichal, Dr. Ermacora, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Zivildienst und Waffen (936/J)

Dr. Maria Hosp, Heinzinger und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Import von bestrahlten Lebensmitteln (937/J)

Cap, Mag. Ederer und Genossen an den Bundesminister für Familie, Jugend und Konsumentenschutz betreffend internationales Jahr der Jugend 1985 (938/J)

Renner und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend die Wasserqualität des Ybbsflusses (939/J)

Renner und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend die Wasserqualität des Ybbsflusses (940/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident Dr. **Stix**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Modl, Mag. Ortner, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr und Fachleutner.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Prechtl, Dr. Gugerbauer, Eigruber, Dr. Jankowitsch, Ing. Derfler, Dr. Schüssel, Helga Wieser, Deutschmann und Dkfm. Gorton.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Probst (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz.

355/M

Welche Schwerpunkte wird das neue Chemikaliengesetz beinhalten?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Chemikaliengesetz wird eines der wichtigsten Gesetze der jetzigen Legislaturperiode sein. Es wurde sehr gründlich in sehr langwierigen Verhandlungen mit den Sozialpartnern vorbesprochen.

Es wird natürlich einige Schwerpunkte setzen, die für die Umweltentlastung von größter Bedeutung sind. Unter anderem sind folgende Punkte vorgesehen:

Ein Anmeldeverfahren für neu auf den Markt kommende Chemikalien,

eine Grundprüfung durch behördlich autorisierte Untersuchungsstellen, die die Toxizität und krebserregende oder mutagene Eigenschaften von Substanzen untersuchen sollen.

Es wird eine Altstoffliste geben,

eine Grundprüfung und ein Anmeldeverfahren in besonderen Fällen auch für alte Stoffe, was eine wesentliche Differenzierung zu anderen Umweltgesetzen anderer Länder darstellen wird,

Eingriffsmöglichkeiten der Behörde zu Beschränkungen des Verkehrs mit gefährlichen Stoffen, allenfalls auch Verbote,

die Verpflichtung zur Kennzeichnung und Verpackung gefährlicher Stoffe — eine sehr wichtige Maßnahme —

und die Einsetzung eines Fachbeitrages für Toxikologiefragen.

Letzten Endes ist auch eine Novellierung des Giftrechtes durch das Umweltchemikaliengesetz vorgesehen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Probst:** Herr Bundesminister! Es erhellt aus dem, was Sie aufgezählt haben, daß das natürlich eine ungeheuer komplizierte und sehr vielfältige Materie ist.

Wie können bekannte Substanzen, deren Gefährlichkeit erst jetzt erkannt wird, zum Beispiel das Formaldehyd in den Spanplatten, in das Gesetz aufgenommen werden? Wie kann der Tatbestand, daß das auf einmal als gefährlich erkannt wurde, in ein Gesetz aufgenommen werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Unser Umweltchemikaliengesetz wird sich von dem der Bundesrepublik unterscheiden, weil solche Altstoffe, deren Gefährlichkeit sich im Lauf der Jahre herausstellt, die im deutschen Bundesgesetz nicht erfaßt werden, durch unser Gesetz erfaßt werden können. Wir werden damit zweifellos Maßnahmen bringen können, als gefährlich erkannte Substanzen auf ihre Toxikologie zu überprüfen, auf ihre krebs- oder mutagenfördernde Wirkung, und damit wird es zu einem weitreichenden Schutz der österreichischen Bevölkerung kommen.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter **Probst:** Herr Bundesminister! Ein anderes Problem ergibt sich sicher auch aus der Hilflosigkeit, der der verschiedenar-

Probst

tige Konsument in so manchem Fall gegenübersteht, wenn er nicht weiß, was er mit einem Rohstoff anfangen soll, der ihm übrig bleibt oder der ehemals als gefährlich erkannt wurde oder sich als gefährlich erwiesen hat.

Wird das Chemikaliengesetz diesbezüglich auch eine Rücknahmepflicht solcher Substanzen durch den Hersteller oder den Verkäufer beinhalten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Wir wissen aus vielen Erfahrungen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, daß im Bereiche des Sonderabfalls und verschiedener gefährlicher Chemikalien ein Hauptproblem darin besteht, daß der Konsument vielfach nicht über die gefährlichen Wirkungen des Präparates informiert ist. Wir müssen also die Information bringen.

Zweitens muß die Möglichkeit bestehen, daß es zu einer Entsorgung solcher gefährlicher Chemikalien kommt, und dazu gehört natürlich auch die Möglichkeit, daß solche Substanzen bei den Händlern abgegeben werden können, die solche Präparate verkaufen. Damit muß sichergestellt werden, daß Chemikalien, die heute besonders gefährliche Wirkungen entfalten, nicht in den Umweltkreislauf gelangen und nicht damit eine Gefahr für die österreichische Bevölkerung darstellen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Keppelmüller.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wird es auf Grund des Chemikaliengesetzes möglich sein, daß neue Chemikalien vor ihrer Inverkehrsetzung einer ausreichend strengen Prüfung unterzogen werden können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ihre Frage beweist mir, wie wichtig das von der österreichischen Bundesregierung nun geforderte Umweltschutzbundesamt ist, denn derzeit — das muß ich einschränkend sagen — gibt es in diesem Bereich in Österreich noch nicht sehr viele kompetente Stellen, die Neusubstanzen und Altsubstanzen nach dem Chemikaliengesetz überprüfen können. Wir brauchen ein solches Umweltbundesamt, um erfahrene Toxikologen, Chemiker und Experten anderer Fachrichtungen zu gewinnen, die sicherstellen können, daß Substanzen, die heute in Österreich, und zwar nicht nur im Altbereich, son-

dern auch im Neubereich, im Umlauf sind, entsprechend gewertet werden können, geprüft werden können und auf ihre Ungefährlichkeit getestet werden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hafner.

Abgeordneter Dr. Hafner (ÖVP): Herr Bundesminister! Seit Jahren wird nun ein Umweltchemikaliengesetz gefordert, seit Jahren wird darüber diskutiert, seit Jahren berichten Sie immer wieder darüber, daß so etwas in Vorbereitung ist. Beim AKH haben Sie keine Kompetenz, beim Umweltchemikaliengesetz haben Sie die volle Kompetenz.

Warum sind Sie bis heute noch immer nicht in der Lage, dieses Gesetz dem Hohen Haus vorzulegen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf einen Vergleich zum Arzneimittelgesetz herstellen, das eine jahrelange Vorbereitung gebraucht hat — dies müßte Sie als einen Vertreter der Wirtschaft auch beruhigen — und das im Einvernehmen mit der Wirtschaft und den Sozialpartnern sehr gründlich abgehandelt worden ist. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Hafner.)*

Es gibt eine Methode, sehr geehrter Herr Dr. Hafner, ein Gesetz in allen Ausschüssen vor dem Parlament, das heißt in den sozialpartnerschaftlichen Ausschüssen, in unerhört langwierigen Gesprächen zu behandeln und damit sicherzustellen, daß diese Materie im Parlament rasch abgehandelt werden kann. Das Umweltchemikaliengesetz bringt unerhört viele neue Probleme.

Ich darf Sie aber beruhigen: Dieses Chemikaliengesetz ist nun im Einvernehmen mit allen zuständigen Stellen in Österreich fertiggestellt und geht nun in die Begutachtung. Ich möchte allerdings noch einen Vorgang vor der Begutachtung anregen:

Ich will, da es sehr kontroversielle Stellungnahmen zur Problematik der Chemie, zur Technologie gibt und die Gefahr der Chemiefeindlichkeit heute schon sehr groß geworden ist, ein Experiment wagen. Ich möchte dieses Gesetz, das nun fertiggestellt ist, sehr verschiedenen Partnern zuleiten: Auf der einen Seite der Wirtschaft, der Industrie, der chemischen Industrie, und auf der anderen Seite einer sehr kritischen Gruppe, den kritischen Chemikern, womit ich schon erreichen kann,

Bundesminister Dr. Steyrer

daß die breite Spannweite erfaßt wird, mit der dieses Gesetz dann in der Öffentlichkeit diskutiert werden wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kabas.

Abgeordneter Mag. **Kabas** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ich möchte Sie fragen, wie Sie über folgendes besonderes Problem denken: Es stellt sich ja oft erst nach Jahren heraus, daß eine Chemikalie, die sich schon lange im Handel befindet, für den Menschen und die Umwelt sehr gefährlich ist. Werden Sie in Zukunft einschreiten können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gibt natürlich bereits in Österreich eine Reihe von gesetzlichen Vorschriften, die an und für sich sicherstellen, daß diese Problematik gelöst ist. Wir haben bereits im Gewerberecht sehr viele entscheidende Möglichkeiten einzuschreiten. Nur ist es wünschenswert, daß jetzt durch das Umweltchemikaliengesetz eine Zusammenfassung all dieser gesetzlichen Vorschriften eintritt. Unter anderem auch das Giftgesetz. Es gibt natürlich im Chemikaliengesetz noch viele Aspekte, die auch die Landwirtschaft betreffen: Düngemittel, Saatgutmittel. Das alles ist in irgendeiner Weise im Chemikaliengesetz involviert. Ich werde mich bemühen, eine weitestgehende Integrierung all dieser Gesetze im Chemikaliengesetz zu erreichen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Heinzinger (ÖVP) an den Herrn Minister.

344/M

Unterstützen Sie die Kraftwerksvariante des Alpenvereins zur Schaffung des Nationalparks Hohe Tauern?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie wissen, daß ich seit meinem Amtsantritt als Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz dem Problem Nationalpark Hohe Tauern größte Aufmerksamkeit und größtes Interesse entgegengebracht habe. Österreich ist neben Uganda das einzige Land, das keinen eigenen Nationalpark besitzt. Sie wissen, daß zwei Länder — Kärnten und Salzburg — bereits Landesgesetze verabschiedet haben, um einen Nationalpark Hohe Tauern zu verwirklichen. Derzeit ist die Entscheidung des Landes Tirol noch ausständig. Sie wissen, daß es derzeit

sehr starke Interessengegensätze zwischen der E-Wirtschaft und dem Land Tirol auf der einen Seite und den Naturschutzverbänden auf der anderen Seite gibt.

Ich unterstütze natürlich die Schaffung eines österreichischen, eines gesamtösterreichischen Nationalparks Hohe Tauern, wobei ich — so wie Sie, so wie die alpinen Verbände Alpenverein und Naturfreunde — die Erhaltung des Iselbaches, der Umbalwasserfälle als unbedingte Voraussetzung ansehe. Und zweitens sehe ich es als Voraussetzung an, daß es zu keiner Schaffung eines Sommerschilafgebietes im Bereich des Nationalparks, das heißt im Bereich des Großvenedigers, kommt. Ich unterstütze alle Varianten, die diese Voraussetzungen erfüllen. Wir sind jetzt dabei, alle Komponenten zu prüfen, die die Variante des Alpenvereins einschließen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Heinzinger:** Herr Minister! Sie kommen mir in dieser Frage vor wie ein durchaus sympathischer Bergsteiger, der auf einem Promenadebankerl sitzt, eigentlich gern den Gipfel erklimmen möchte und still vergnügt vor sich hinlächelt beim Anblick des Gipfels. Das Problem ist, daß Sie seit Jahren diese Absichtserklärung abgeben, daß neben Ihnen Minister Fischer, Minister Haiden und der neue Unterrichtsminister ebenso leidenschaftliche Erklärungen abgeben, aber die Mehrheit für die E-Wirtschaft bei der Bundesregierung liegt, und daher bleibt es bei den Absichtserklärungen.

Die konkrete Frage, Herr Minister: Sie haben eine umfassende Umweltkoordinationskompetenz. Wann haben Sie zum letzten Male ein Ministerkomitee aus den Befürwortern des Projektes zur Erhaltung der oberen Isel eingeladen, und was war das Ergebnis dieser Gespräche?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin ein Bergsteiger, der nicht auf dem Bankerl sitzt, sondern hinaufgeht. (Abg. Dr. Lichal: Aufs Bankerl!) Das heißt, ich kenne diesen Bereich des geplanten Nationalparks Hohe Tauern wie kaum ein anderer. Ich bin nicht einmal, sondern ich bin fünf-, sechsmal hinaufgegangen auf die Klara-Hütte, auf die Johann-Hütte, auf die Rostocker Hütte und wie sie alle heißen. Ich kenne diese Gegend daher sehr genau.

Bundesminister Dr. Steyrer

Zweitens darf ich Ihnen etwas sagen, Kollege Heinzinger: So einfach, wie Sie sich das machen, kann es sich der Umweltschutzminister nicht machen. Ich weiß genau, daß sehr bedeutende Kräfte der in Osttirol lebenden Bevölkerung für das Kraftwerk Dorfertal eintreten. Ich habe gemeinsam mit den großen alpinen Verbänden Alpenverein und Naturfreunde immer wieder meine Stellungnahme präzisiert: Ich habe keinen Einwand gegen den Bau eines Kraftwerkes im Bereiche Dorfertal. Aber ich habe als Umweltschutzminister immer wieder die Bedingung gestellt, daß der Umbalwasserfall im Sinne eines Nationalparks erhalten bleiben muß.

Ich weiß nicht, Kollege Heinzinger, ob es schon Entscheidungen gegeben hat, die gegen die Erhaltung gesprochen haben. Ich meine: Im Gegenteil! Es gibt jetzt eine Serie von Gesprächen, und zwar nicht nur mit den Ministern Haiden und Fischer, die besonders für diesen Bereich zuständig sind. Wir haben jetzt auch starke Unterstützung durch den neuen Unterrichtsminister, der Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Natur und Umweltschutz ist.

Es wird auch in ganz naher Zukunft — ich nehme an, im Laufe der nächsten Woche — eine Aussprache mit dem Tiroler Landeshauptmann geben. Ich möchte Ihnen natürlich nahelegen, Kollege Heinzinger, Ihren nicht unbedeutenden Einfluß beim Herrn Landeshauptmann Wallnöfer einzusetzen, damit er endlich dem Nationalpark Hohe Tauern zustimmt.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Heinzinger: Selbstverständlich, Herr Minister, werde ich meinen „bedeutenden Einfluß“ in dieser Frage wahrnehmen (*Heiterkeit bei der ÖVP*), aber ich bin bescheiden genug, zu erkennen, daß eigentlich die sechs Minister mit dem Vizekanzler und dem Dritten Nationalratspräsidenten, die sich alle dafür ausgesprochen haben, diese Umbalfälle zu sichern, stärker sein müßten in ihrer Regierungsverantwortung, als es ein freigeählter Abgeordneter sein kann. Im übrigen sieht das auch die Verfassung so vor.

Herr Minister! Sie haben vornehmerweise meine Frage überhaupt nicht beantwortet. Sie lautete konkret, wann Sie zum letztenmal Ihre Koordinationsfunktion wahrgenommen und mit diesen sechs Ministern ein Gespräch geführt haben und was konkret dabei herausgekommen ist. Ich verzichte auf die Beantwortung. Sie wollen diese Frage nicht beant-

worten. (*Bundesminister Dr. Steyrer: Nein, nein!*)

Daher zur zweiten Frage: Der Österreichische Alpenverein, an sich eine . . .

Präsident: Herr Abgeordneter! Normalerweise haben Sie nur zwei Fragen, dies ist schon die dritte. Aber bitte, der Herr Minister wird sie beantworten. (*Abg. Kraft: Die erste Frage wurde nicht beantwortet!*)

Abgeordneter Heinzinger: Verehrter Herr Präsident! Ich schätze Ihre straffe Verhandlungsführung, Sie wurden aber durch ein Zwischengespräch abgelenkt. Ich darf daher wieder zu dieser konkreten Frage kommen.

Herr Minister! Der Österreichische Alpenverein nimmt es auf sich, in kurzer Zeit mit einem herausragenden Kraftwerksplaner, bestätigt durch die Maschinenfabrik Andritz, ein weltweit erfahrenes Unternehmen im Kraftanlagenbau, ein konkretes Projekt vorzulegen, das sich rechnet. Was haben Sie bisher getan, um diese Rechnungen konkret zu überprüfen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Ich darf, sehr geehrter Herr Abgeordneter, noch einmal auf die erste Frage zurückkommen. Ich habe vorige Woche gemeinsam mit dem Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Vizekanzler Steger und den anderen Ministern an einem Gespräch teilgenommen, das unter anderem auch die Frage der Umbalwasserfälle behandelt hat, damit Sie beruhigt sind. Diese Gespräche erfolgen laufend. Ich kann sie natürlich nicht alle im Gedächtnis behalten, da sie sehr oft vorkommen.

Die zweite Frage: Ich habe Ihnen schon erklärt, daß es keine Entscheidung der Bundesregierung, zumindest keine mit meiner Zustimmung, geben wird, die ein Kraftwerksprojekt vorsieht unter Einbeziehung der Umbalwasserfälle. Da können Sie ganz beruhigt sein, Kollege Heinzinger! All Ihre Versuche, mir hier zu unterstellen, daß ich nicht für den Schutz der Umbalwasserfälle eintrete, werden fehlschlagen.

Die dritte Erklärung: Natürlich kann man ein solches Projekt, das vor einiger Zeit vorgelegt worden ist, nicht, wie Sie es sich vorstellen, in einigen Tagen erledigen. (*Abg. Heinzinger: Monate!*) Das sind ja Projektkosten, die bis zu 12 Milliarden Schilling ausmachen. Kollege Heinzinger, ein bißchen leicht

Bundesminister Dr. Steyrer

machen Sie es sich. Eine solche Variante, die natürlich von den entsprechenden Fachleuten in den entsprechenden Gremien behandelt werden wird, zu prüfen, das kann nicht an einem Tag erfolgen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wir beide wissen, daß die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung für die Erhaltung der oberen Isel im Umbaltal eintreten. Wir beide wissen aber auch, daß das Amt der Tiroler Landesregierung, das zuständig ist für Naturschutzbelange, diesbezüglich noch keine Entscheidung getroffen hat. Daher empfehle ich dem Abgeordneten Kollegen Heinzinger, sich mit dem Herrn Landeshauptmann Wallnöfer diesbezüglich zu unterhalten.

Meine Frage an Sie, Herr Bundesminister, zielt in Richtung Ersatzwassermenge für das beabsichtigte Dorfertal-Speicherkraftwerk. Da gibt es bekanntlich jetzt einen Alternativvorschlag, den der Alpenverein, den überhaupt die alpinen Vereine vorgelegt haben, der mit Hilfe einer sehr einfachen Technik vorsieht, das Wasser des Tauernbaches auch unterhalb des Speicherhorizonts wirtschaftlich günstig zu nutzen (*Abg. Dr. Lichal: Darf er ein Referat halten?*), was sowohl die Beileitung der oberen Isel als auch das Anzapfen der Schwarzach vermeiden würde. Herr Bundesminister, ich frage Sie: Wie stehen Sie zu diesem Denkanstoß von Seiten der alpinen Vereine?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf in meiner Beantwortung dieser Frage auf eine Erklärung der Österreichischen Naturfreunde verweisen. Es hat eine Aussendung gegeben. Ich kann sie Ihnen zur Verfügung stellen. In dieser Aussendung sind all die Richtlinien präzisiert, mit denen die Naturfreunde, aber sicherlich auch der Alpenverein konform gehen können. Unter anderem wird hier gesagt — ich darf zitieren —:

Was die sogenannte Variante 84 AV des Österreichischen Alpenvereins betrifft, die insbesondere eine Tieffassung des Tauernbaches vorsieht, wodurch zumindest auf die Fassung zweier Bäche im Innergschloß verzichtet werden könnte, stehen die Naturfreunde diesem Vorschlag mit Sympathie gegenüber, weil der Vorteil des Verzichtes auf die Nut-

zung der Bäche im Innergschloß größer erscheint als der Nachteil einer zusätzlichen Tieffassung des Tauernbaches bei der Schildalm in der Nähe von Matrei.

Ich gehe hier völlig konform mit den alpinen Verbänden (*Abg. Heinzinger: Geschehen muß etwas!*), daß zweifellos diese langumkämpfte Frage des Kraftwerkes im Bereiche Dorfertal jetzt in sehr kurzer Zeit gelöst wird. Es gibt diesbezüglich sehr deutliche Vorstellungen von Seiten der Bundesregierung, und ich bin sicher, daß wir einen Nationalpark Hohe Tauern erreichen werden, wenn die Naturschutzbehörde Tirols diesen Plänen zustimmt.

Denn, Kollege Heinzinger, bei all dem, was Sie hier anführen: Sie vergessen, daß die primäre Entscheidung bei der Naturschutzbehörde Tirols liegt und daß es eine Entscheidung gegen das Land Tirol nicht geben kann und nicht geben soll. Ich achte den Föderalismus der Länder, das heißt, bei allen Verhandlungen, die wir in Österreich in solchen Fragen durchzuführen haben, müssen wir uns gemeinsam — gemeinsam!, möchte ich noch einmal sagen — zu solchen Projekten durchringen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Cap.

Abgeordneter Cap (SPÖ): Herr Bundesminister! Sind Sie bereit, mit dem Bundesland Salzburg eine Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG betreffend die Förderung des durch das Salzburger Nationalparkgesetz geschaffenen Salzburger Teils des Nationalparks Hohe Tauern abzuschließen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ziel der österreichischen Bundesregierung ist es, ein österreichisches Nationalparkgesetz zu schaffen. Ich nehme sehr dankbar zur Kenntnis, daß zwei Länder — Kärnten und Salzburg —, die einen Nationalpark errichten wollen, bereits Landesgesetze beschlossen haben.

Mein Ministerium hat schon seit Jahren, obwohl ich keine Kompetenz dafür habe und obwohl es noch keinen österreichischen Nationalpark gibt, solche Nationalparkvorhaben gefördert. Im Jahre 1982 betrug die Förderung 5,2 Millionen Schilling, im Jahre 1981 4,5 Millionen Schilling und im laufenden Jahr wurden dafür 5,5 Millionen Schilling ausgegeben.

Bundesminister Dr. Steyrer

Die Förderung war primär vorgesehen mit einem Schlüssel 40, 30, 30. 40 Prozent erhielt damals Kärnten, 30 Prozent Salzburg, solange es noch keine Landesgesetze in Salzburg gegeben hat, und 30 Prozent Tirol. Jetzt wurde der Schlüssel abgeändert auf 40 Prozent Förderungsmittel für Kärnten, 40 Prozent für Salzburg und 20 Prozent für Tirol. (Abg. *Heinzinger*: Die Frage lautete ganz anders!)

Ich darf noch zusätzlich ergänzen: Ich will ein bundesweites Nationalparkgesetz, ich will keine Ländergesetze haben. Aber wenn es keinen Abschluß mit dem Lande Tirol geben sollte — hier sind ja in nächster Zeit sehr konstruktive Gespräche zu erwarten; ich denke, bis zum Jänner des nächsten Jahres wird eine Abklärung kommen —, dann bin ich natürlich auch bereit, im Rahmen der Bundesregierung über 15 a-Staatsverträge zu verhandeln.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Huber.

Abgeordneter **Huber** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Minister! Wir haben heute Gipfelstürmer, die den Venediger ersteigen wollen, nicht nur auf den Bänken sitzen. Sie kennen das Problem, so glaube ich, ausgiebig, ich kenne es sicherlich auch, das werden Sie mir zugestehen. Ich weiß auch um die vielen Diskussionen und die vielen Vorschläge, die von auswärts kommen. Man fragt leider die heimische Bevölkerung sehr wenig, ich glaube, darin liegt auch die Ursache verschiedener Meinungsverschiedenheiten.

Ich als Optimist — und ich schätze Sie auch als einen Optimisten ein, ich setze immer das Beste im Menschen voraus — glaube, daß niemand auf dieser Welt mutwillig die Natur zerstören will.

Sie haben gesagt, das Land Tirol sollte das naturschutzrechtliche Verfahren vorwegnehmen, das heißt, daß Minister Haiden entlastet wird, also sein Verfahren nicht abschließen und somit die Erklärung zum bevorzugten Wasserbau nicht geben muß.

Ich würde Sie nun gerne fragen, Herr Minister: Falls Sie die Notwendigkeit des Baues des Kraftwerkes Dorfertal bejahen, für welche Variante treten Sie dann ein? Wir haben heute hier über die Alpenvereinsvariante gesprochen, die sicherlich diskussionswert ist; sie wird geprüft werden, und ich bin auch der Meinung, daß man gewissenhaft zu prüfen hat.

Für welche Variante würden Sie, Herr Minister, als Optimist und als naturfreundlicher Mensch votieren: für die Variante 74/3, die man als Maximalvariante bezeichnet, für die Konsensvariante von Minister Haiden oder aber für die Variante 84/9?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bekenne mich dazu, daß im Interesse der Osttiroler Bevölkerung, aber auch im Interesse der Energieversorgung Österreichs ein Kraftwerk im Bereiche Dorfertal erbaut wird. Hier sind wir völlig einer Meinung.

Ich habe aber als Umweltschutzminister zwei Bedingungen an ein solches Kraftwerk gestellt:

Erstens: die Erhaltung der Umbal-Wasserfälle und

zweitens: kein Sommer-Schilaufgebiet im Bereiche des Südvenedigers.

Ich erwarte in kurzer Zeit ein sehr konstruktives Gespräch mit dem Herrn Landeshauptmann Wallnöfer im Rahmen des Bundeskanzleramtes und mit den damit befaßten Ministern. Ich bin sicher, daß wir sehr rasch zu einer Lösung kommen können, wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden. Ich sage noch einmal: Ich habe keine Präferenz für eine Variante; diese zwei Voraussetzungen müssen gegeben werden.

Ich darf Ihnen auch sagen: Ich weiß, daß ein Fehler passiert ist. Man hat die Osttiroler Bevölkerung mit dem Gedanken des Nationalparks Hohe Tauern nicht so vertraut gemacht, wie es in Kärnten und Salzburg gelungen ist. Die Förderung des Nationalparks Hohe Tauern durch mein Ministerium im Sinne einer individuellen Förderung von verschiedenen Projekten hat ja die Absicht und das Ziel gehabt, die dort lebende Bevölkerung mit dem Gedanken des Nationalparks vertraut zu machen.

Ich gestehe Ihnen aber zu, daß die Osttiroler Bevölkerung das Recht hat, auch von den Entwicklungen der Wirtschaft zu profitieren, und nicht in einem Museum leben will.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 3: Herr Abgeordneter Manndorff (ÖVP) an den Herrn Minister.

Präsident

345/M

Wie wollen Sie den Lärmschutz an den Straßen vorantreiben?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie wissen, daß Lärm heute eine der größten Krankheitsursachen ist; ungefähr 42 Prozent der österreichischen Bevölkerung — das hat eine Studie meines Ministeriums ergeben — sind heute durch Lärm so geschädigt oder so gestört, daß sie nicht richtig schlafen können. Sie wissen, daß durch Lärm verschiedene Krankheiten — interne Krankheiten — auftreten können, wie Störungen des Magen-Darm-Traktes, aber auch nervöse Erkrankungen. Daher ist diese Frage von größter Relevanz, auch wenn sie, was manche Bereiche anlangt, meinem Ministerium kompetenzmäßig nicht zugeordnet werden kann.

Wir haben derzeit vor, Verhandlungen mit den Ländern über die Missionschutzvereinbarung nach Artikel 15 a B-VG zu führen; hier sind Grenzwerte für Lärm vorgesehen.

Ich darf Ihnen mitteilen, daß ich in einem sehr konstruktiven Gespräch mit dem Herrn Handelsminister Dr. Steger Zusagen erhalten habe, die eine sehr starke Minderung der Lärmwerte an Straßen — sowohl bei Tag als auch bei Nacht — bringen werden. Die Festsetzung der Dezibelzahl ist bei Tag mit 60 und bei Nacht mit 50 vereinbart worden, nur brauchen wir jetzt eine Bestätigung dieser Vereinbarung durch die Länder. Wir haben natürlich auch andere Maßnahmen, die heute den Lärmschutz an den Straßen vorantreiben; ich bin gerne bereit, Ihnen dann auch darüber Auskunft zu geben.

Präsident: Erste Zusatzfrage.

Abgeordneter Manndorff: Herr Bundesminister! Meine erste Zusatzfrage bezieht sich auf die Methoden der Lärmmessung. Ich war selbst bei solchen Lärmmessungen dabei und habe feststellen müssen, daß das Gerät, mit dem sie vorgenommen wurden, Werte aufzeigt hat, die nach den Auffassungen der Messer durchaus zumutbar waren, während tatsächlich vom menschlichen Organismus her bei dauerhafter Lärmerzeugung dieser Art zweifellos Schäden zu erwarten sind.

Herr Bundesminister! Können Sie mir zusichern, daß Sie als Gesundheitsminister sich als Anwalt der Interessen der hier betroffenen Anrainer betätigen und bestrebt sein wer-

den, diese Meßmethoden des Plastik- und Metallgerätes den Empfindungsgesetzen des menschlichen Organismus möglichst anzupassen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Aus einer jahrzehntelangen Tätigkeit als Betriebsarzt in einem Lärmbetrieb, einem großen metallverarbeitenden Betrieb, kenne ich die Problematik der Lärmmessung sehr genau. Ich weiß, daß vor allem das subjektive Lärmempfinden nicht immer mit der gemessenen Zahl der Dezibel A übereinstimmt. Wir wissen, daß vor allem hohe Töne sehr unangenehm empfunden werden, aber daß dumpfe Töne nicht so unangenehm erscheinen. Wir wissen auch, daß bei einer achtstündigen Arbeitszeit eine Dauerbelastung von über 85 Dezibel A zu dauernden Innenohrschädigungen führt, zu Lärmschwerhörigkeit, einem sehr unangenehmen Krankheitsbild, das heute sogar nach der Arbeitnehmerschutzverordnung als eine entschädigungspflichtige Berufskrankheit angesehen wird.

Ich werde mich in meiner Funktion als Arzt, als Gesundheitsminister, aber auch als Umweltschutzminister sehr dringend für diese Anliegen einsetzen, weil ich weiß, daß Ihre Forderung hier absolut berechtigt ist.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Manndorff: Meiner zweiten Zusatzfrage darf ich, Herr Präsident, eine ganz kurze technische Erläuterung voranstellen, um sie verständlich zu machen.

Aus meiner Erfahrung — ich bin in einem von Autobahn- und Bundesstraßenlärm sehr betroffenen Gebiet tätig — habe ich festgestellt, daß bei den Autobahnen nicht nur Motorgeräusch und Reifendröhnen die umliegende Bevölkerung sehr stark belasten, sondern vielfach auch der Lärm, der durch nicht genügend fest angebrachte Verbindungsleisten, beispielsweise zwischen Brücken und festem Unterbau, erzeugt wird.

Mir haben die Techniker gesagt, es gebe zwei oder mehrere Methoden; die eine könne diese Lärmerzeugung solcher Verbindungsstücke vermeiden, die andere nicht. Es werde aber vielfach jene angewendet, die eine Vermeidung dieses Lärms nicht ermöglicht.

Könnten Sie mir die Zusage geben, daß Sie sich auch hier — ich denke beispielsweise an

4870

Nationalrat XVI. GP — 58. Sitzung — 27. September 1984

Mannorff

eine besonders kritische Stelle im Bereich Weißenbach an der A 21, aber auch an viele andere — als Anwalt der gesundheitlichen Interessen der Menschen für eine Überprüfung dieser technischen Methoden einsetzen werden?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Anregung werde ich natürlich aufgreifen und an meinen Kollegen, den Herrn Bautenminister Sekanina, der für das Bundesstraßennetz zuständig ist, herantragen.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Kabas.

Abgeordneter Mag. **Kabas (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Es könnte sicher viel Lärm auch dadurch vermieden beziehungsweise dieser reduziert werden, daß mehr Geld in die Forschung gesteckt wird. Daher möchte ich Sie fragen, ob Sie uns einen Überblick geben können über die Förderungen Ihres Ministeriums für Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Frage des Lärms ist mit einer großen Sicherheit von der medizinischen, von der verkehrstechnischen Seite abgeklärt worden.

Wir haben im Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen zahlreiche Experten, die mit der Frage des Lärms beschäftigt sind und die profunde Kenner dieser Materie sind. Ich bin sehr gerne bereit, sehr geehrter Herr Abgeordneter, Ihnen aus dem umfangreichen Forschungsmaterial meines Ministeriums die entsprechenden Studien zukommen zu lassen.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Brunner.

Abgeordnete Wanda **Brunner (SPÖ):** Herr Bundesminister! Ist Ihnen bekannt, ob es auch im Ausland Bemühungen gibt, den Straßenlärm einzudämmen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Es gibt im internationalen Maßstab natürlich Maßnahmen gegen den Lärm, weil dieses Problem jeden Menschen in

ganz Europa und auf der ganzen Welt beschäftigt. Die OECD hat im Rahmen ihres Umweltkomitees ein Expertenkomitee zur Schaffung einer verbesserten Politik der Lärmbekämpfung eingesetzt. An diesen Arbeiten ist auch mein Ressort federführend beteiligt. Ich darf Ihnen sagen, daß als Ziel dieser internationalen Bemühungen die Herausgabe einer Empfehlung angepeilt wird, insbesondere bezüglich des Verkehrslärms sowie der Herabsetzung der diesbezüglichen Lärmemissionen um mindestens 5 Dezibel A nach den achtziger Jahren.

Nach den Vorstellungen meines Ministeriums wird diese Empfehlung bereits durch das Emissionsschutzgesetz, das wir mit den Ländern verhandeln werden, realisiert werden.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Kraft.

Abgeordneter **Kraft (ÖVP):** Herr Bundesminister! Neue Autobahnteilstücke und Straßenteile werden in Betrieb genommen, erst später wird dann die Begrünung und Bepflanzung der Lärmschutzbauten vorgenommen. Vielleicht könnten Sie sich dafür verwenden, daß das umgekehrt der Fall ist: zuerst Begrünung und Bepflanzung der Lärmschutzbauten und dann Inbetriebnahme.

Aber ich habe eine andere Frage: Werden Sie sich in verstärktem Ausmaß dafür verwenden, daß bei Neutrassierungen und bei Projektierungen schon im Zuge der Umweltverträglichkeitsprüfungen auf die Interessen der Anrainer im Hinblick auf Lärmschutz und auf Abgasbelastung Rücksicht genommen wird?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Bereiche des Bundesstraßenbaues gibt es bereits eine Umweltverträglichkeitsprüfung, die nicht in meinem Ministerium angesiedelt ist, sondern im Bautenministerium. Nach meinem Wissensstand wird bei jeder Autobahnplanung diese Umweltverträglichkeitsprüfung auch in bezug auf Verkehrslärm erhoben werden.

Ich darf Ihnen aber vielleicht noch ganz kurz sagen, daß es im Bautenministerium durch Änderung des Bundesstraßengesetzes eine ganze Reihe von verbessernden Maßnahmen für den Lärmschutz gegeben hat. Unter anderem ist der Bau von Lärmschutzwänden in verschiedensten Ausführungen in ganz Österreich in Angriff genommen worden; es

Bundesminister Dr. Steyrer

wurden Straßenbaumaterialien verwendet, die bereits geräuschkämmend und lärmämmend sind; es wurde, wie gesagt, auch durch Geschwindigkeitsbeschränkungen von seiten des Verkehrsministeriums ein bedeutender Beitrag dazu geleistet.

Ich möchte weiters erwähnen, daß natürlich im Zuge näherer Überlegungen auch gewisse verkehrsbeschränkende Maßnahmen in Frage kommen. Ich werde aber diese Diskussion, die Sie heute mit mir führen und die meiner Meinung nach sehr sachlich geführt worden ist, auch zum Anlaß nehmen, mit dem Herrn Bautenminister ein Gespräch über den verstärkten Lärmschutz zu führen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter Lichal (ÖVP) an den Herrn Minister.

346/M

Wie soll ein Autoverbot im Wienerwald durchgesetzt werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin Ihnen für diese Frage sehr dankbar. Ich habe niemals — keiner Zeitung, zu keiner Zeit — erklärt, daß der Wienerwald autofrei sein müßte. Ich bin selbst einer, der im Wienerwald wohnt und weiß, daß dies völlig unreal wäre, daß man das überhaupt nie durchsetzen könnte, daß das auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht wünschenswert wäre. Es gibt doch viele, viele Tausende Menschen, die heute im Wienerwald vom Autoverkehr leben. Das heißt, es ist unmöglich.

Allerdings: Ich habe vor Monaten im Hinblick auf alarmierende Meldungen, die in verschiedenen Zeitungen ihren Niederschlag gefunden haben, eine gemeinsame Sitzung der Landeshauptleute von Niederösterreich, Wien und Burgenland angeregt, unter meiner Einladung, um die Fragen der Sanierung des Wienerwaldes zu besprechen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Lichal: Herr Bundesminister! Ich nehme also die Erklärung zur Kenntnis, daß Sie offenbar von der Presse völlig mißverstanden worden sind.

Nun haben Sie aber, Herr Bundesminister, vor einer Woche ebenfalls eine Erklärung hier im Hohen Hause abgegeben, daß die diesbezüglichen Meldungen in der Presse, daß Sie

ebenfalls der Ansicht sind, daß die weichen Drogen, Haschisch et cetera, nicht süchtig machen und daher vielleicht sogar straffrei gestellt werden sollen, nicht richtig seien, daß Sie diese Äußerungen ebenfalls nicht gemacht hätten.

Ich darf Sie daher fragen, Herr Bundesminister — es fällt mir auf, daß Sie nach einer Woche heute wieder eine Aussage von Ihnen dementieren müssen —: Wieso glauben Sie, daß Sie in der letzten Zeit von der Presse offensichtlich immer mißverstanden werden?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist das Schicksal aller Menschen, auch Politiker, daß sie mißverstanden werden können. Was die Frage — obwohl es heute hier nicht für den Fragenkomplex relevant ist — des Haschischmißbrauchs anbelangt, darf ich Ihnen sagen, daß es nicht meine Erklärung war, daß Haschisch kein Suchtgift ist, sondern die Meinung medizinischer Experten.

Ich bin nur gefragt worden, wie ich zur Strafandrohung bei Haschischmißbrauch stehe, und ich habe gesagt, ich vertrete die Auffassung, daß bei einer weichen Droge eine unterschiedliche Strafbemessung gegenüber einer harten Droge angewendet werden soll. Ich habe immer gesagt, ich bin gegen die Freigabe weicher Drogen.

Zweitens: Ich habe immer gesagt, ich bin für strengste Bestrafung der Drogenhändler, die nicht süchtig sind. Und drittens: Ich habe immer gesagt, man muß die Resozialisierbarkeit jugendlicher Täter als wichtig ansehen. Das zu diesem einen Problem.

Das zweite Problem: Ich habe in einem Interview auf die Frage, was wir zum Schutz des Wienerwaldes machen wollen, gesagt, ich habe die Landeshauptleute eingeladen, und wir werden verschiedene Maßnahmen besprechen, um den Schutz des Wienerwaldes zu gewährleisten.

Dann bin ich gefragt worden: Wird es auch verkehrsbeschränkende Maßnahmen geben? Da habe ich wortwörtlich gesagt: Wir werden darüber diskutieren.

Sie können nun ermessen, ob die Meldungen, die in den Zeitungen gestanden sind, so unbedingt dieser meiner Aussage entsprechen haben.

Präsident

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Lichal:** Herr Bundesminister! Ich darf Sie jetzt wie ein Journalist fragen. Sie haben also der Presse gesagt, Sie werden darüber diskutieren. Die Wienerwaldbevölkerung war natürlich über Ihre Aussage etwas schockiert, denn viele Menschen haben dort ihren Arbeitsplatz, wohnen dort, wie Sie selbst auch, das Naherholungsgebiet liegt im Wienerwald. Wenn man also jetzt hier diskutiert: autofreier Tag, Autoverkehr verbannen — die Autobahnen gehen durch den Wienerwald —, so ist das doch eine etwas kühne Ansicht.

Ich darf Sie fragen: Haben Sie jetzt unter „diskutieren über dieses Problem“ nicht doch vielleicht verstanden, daß man ein solches Verbannen des Autos aus dem Wienerwald eventuell in Erwägung ziehen kann?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe in Salzburg die Gelegenheit gehabt, bei der Eröffnung der Salzburger Festspiele den Generalintendanten des Österreichischen Rundfunks Gerd Bacher zu hören, der über die Medienpolitik in Österreich, über die Beifallsgesellschaft gesprochen hat. Da sind mir einige Ausdrücke sehr prägnant vorgekommen, etwa, daß man heute versucht, natürlich um das Leserinteresse zu erregen, knallige Titel zu finden. Und das ist nun das Problem.

Was heißt discutere im Lateinischen? Miteinander reden. Kollege Lichal, ich habe nichts anderes vorgehabt, als mit den Landeshauptleuten von Wien, Niederösterreich und dem Burgenland zu reden. Da dürfen Sie mir schon zugestehen, daß beim Reden vielleicht auch Gedanken einfließen werden.

Es gibt natürlich — das kann ich auch deutlich ausführen — eine Reihe von Gesprächsthemen, die wir dabei haben. Sie, Kollege Lichal, werden doch nicht abstreiten können, daß es auch im Bereich des Wienerwaldes — ohne daß wir wirtschaftliche Interessen der Anrainer, der dort lebenden Bevölkerung und der Menschen, die dort hineinfahren wollen, verletzen — Möglichkeiten geben wird, die zweifellos auch einige Einschränkungen bringen können.

Ich könnte mir unter anderem vorstellen, daß man auf Ausflugsstraßen Geschwindigkeitsbeschränkungen drastischer Art einführt. Man muß ja auf einer Ausflugsstraße,

die auf eine Schutzhütte hinaufführt, nicht mit 100 km/h fahren, da kann man auch mit 50 km/h fahren; da sieht man mehr von der Landschaft und schon gleichzeitig den Wienerwald und die lärmgeplagten Ohren der Wienerwaldanrainer.

Man könnte zum Beispiel über Tonnagebeschränkungen beim Schwerlastverkehr sprechen; über die Schwerlastbeschränkungen, die in der Schweiz schon durchgeführt sind. Dort gibt es nur eine Tonnage von 24 Tonnen, die erlaubt ist; in Österreich hingegen sind es 38 Tonnen.

Wir wissen, welchen Lärm solche Anhänger machen, wenn sie mit 100 km/h durch eine Wienerwaldstraße fahren.

Es gibt also eine ganze Reihe von Gesprächsthemen, und ich darf hier von diesem Punkt aus sagen: Es wird keine wirtschaftliche Beeinträchtigung der Menschen des Wienerwaldes geben, der Menschen, die durch den Wienerwald fahren müssen, aber zweifellos wird es Hauptanliegen aller drei Landeshauptleute, gemeinsam mit dem Umweltschutzminister sein, Maßnahmen zu diskutieren, die eine Verbesserung der Situation des Wienerwaldes, nicht nur für die Menschen, sondern auch für den Wald bringen werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hintermayer.

Abgeordneter **Hintermayer (FPÖ):** Herr Bundesminister! Sie haben jetzt eine Maßnahme genannt, die Sie sich vorstellen könnten zur Erhaltung des Wienerwaldes als Erholungsgebiet. Welche Maßnahmen könnten Sie sich weiters vorstellen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gibt im Bereiche des Verkehrs eine ganze Reihe von Maßnahmen, die möglich sind. Ich habe schon angeführt: eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Ausflugsstraßen.

Die zweite ist die Beschränkung des Schwerlastverkehrs.

Die dritte Maßnahme könnte sein: nächtliche Durchfahrverbote auf Nebenstraßen.

Die vierte Maßnahme, die in manchen Bereichen ja schon realisiert ist: das Mopedfahrverbot in der Nacht, in gewissen Stunden,

Bundesminister Dr. Steyrer

mit Ausnahme jener Menschen, die dieses Moped als Instrument benützen müssen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen.

Es gibt natürlich — und das ist die wichtigste Frage überhaupt, die Sie hier angeschnitten haben — die Möglichkeit, den Nahverkehr auszubauen. Es wird ja eines der Hauptthemen des Gespräches mit den Landeshauptleuten sein, daß wir den Nahverkehr, der ja schon in vielen Ansätzen hier in Wien einen großartigen Ausbau erfahren hat, weiter verstärken, daß wir die Verkehrsmittel attraktiver gestalten, damit die Menschen verzichten, mit dem Auto in die Stadt Wien zu fahren oder umgekehrt.

Das wird Ziel und meiner Meinung nach auch Besprechungskatalog sein müssen im Gespräch mit den Landeshauptleuten.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Veleta.

Abgeordneter Veleta (SPÖ): Herr Bundesminister! Daß die Stadt Wien an der Erhaltung des Erholungswertes des Wienerwaldes interessiert ist, hat sie durch verschiedene Maßnahmen bereits bewiesen. Ihren bisherigen Antworten entnehme ich, daß das Verkehrsproblem nicht allein das Problem der Erhaltung des Wienerwaldes darstellt.

Ich frage Sie daher, Herr Bundesminister: Welche Probleme sind Ihrer Meinung nach noch zu lösen, damit der Erholungswert des Wienerwaldes erhalten werden kann?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Wienerwald hat eine unerhört große Funktion, nicht nur für die Bewohner Wiens und der umliegenden Gemeinden. Er ist ein sehr starker wirtschaftlicher Faktor, aber er ist gefährdet. Wir wissen etwa aus verschiedenen Studien, daß die Säurebelastung des Bodens, daß die Bleiblastung stark zugenommen hat.

Wir brauchen auch weitere Maßnahmen, die nicht nur im Bereiche des Verkehrs angesiedelt sind. Unter anderem gibt es das Problem der wilden Mülldeponien. Viele Menschen glauben, daß sie den Wald als eine kostenlose Ablagerungsstätte für Eiskästen ausgedienter Art, für Matratzen und für Autowracks verwenden können.

Dazu muß gesagt werden: Wir müssen das Umweltbewußtsein der Bevölkerung noch

weiter steigern, denn Umweltbewußtsein kann nicht so aussehen, daß man heute glaubt, man kann sich aller unliebsamen Gegenstände entledigen, indem man den wehrlosen Wald ausnützt.

Also Maßnahmen gegen wilde Mülldeponien, Maßnahmen gegen die Zersiedelung der Landschaft — hier hat sich Entscheidendes geändert seit der Zeit Schöffels. Wir haben heute zweifellose Vorstöße gegen das Raumordnungskonzept. Hier wird es auch Fragen geben müssen, wie es mit dem weiteren Errichten von Steinbrüchen aussieht.

Ich will gar nicht leugnen, daß hier sehr starke wirtschaftliche Interessen der Zementindustrie und vieler Zuliefererbetriebe auf dem Spiele stehen. Das wird man alles abwägen müssen: Wieweit ist Landschaftsschutz mit wirtschaftlichen Interessen vereinbar? Und es wird, wie gesagt, auch andere Betriebe vielleicht betreffen, die landschaftszerstörend wirken.

Aber das Wichtigste: Wir müssen das Umweltbewußtsein der österreichischen Bevölkerung zum Schutze des Waldes unerhört steigern.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Höchtl.

Abgeordneter Dr. Höchtl (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich bin froh, daß Sie bei Ihrer Frageerörterung den Wienerwald nicht zu einer Art Museum machen wollten, wo dann die eigentliche Funktion, nämlich die Erholung für die großteils Niederösterreicher und Wiener dadurch verlorenginge.

Aber auf einen Bereich sind Sie noch nicht eingegangen: Es ist nämlich bekannt, daß die von etlichen Personen als echte Dreckschleudern bezeichneten Müllverbrennungsanlagen oder auch das Kraftwerk Simmering in einem bedeutenden Maße zu diesen Umweltschädigungen des Wienerwaldes beigetragen haben beziehungsweise noch immer beitragen.

In einem Gespräch mit verschiedenen Professoren der Universität für Bodenkultur, wobei dann auf Grund dieses Gespräches diesbezügliche Zahlen veröffentlicht worden sind, ist mir gesagt worden, daß tatsächlich diese in Wien situierten Anlagen einen ganz wesentlichen negativen Beitrag gegen die Qualität des Wienerwaldes leisten.

Nun frage ich Sie, Herr Bundesminister: Sind Sie bereit, mit den Wiener Stellen so

4874

Nationalrat XVI. GP — 58. Sitzung — 27. September 1984

Dr. Höchtl

intensive Gespräche zu führen, daß möglichst bald a) vielleicht der Flötzersteig überhaupt aufgelassen wird, was die dortige Müllverbrennungsanlagen anbelangt, und b) daß auch im Simmeringer Kraftwerk jene Filteranlagen eingebaut werden, die notwendig sind, um diese Schädigungen nicht weiter im Wienerwald voranzutreiben?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Natürlich ist mir als Umweltschutzminister bekannt, daß die Zerstörungen des Waldes nicht nur durch den Autoverkehr und die Stickoxyde hervorgerufen wird, die zu einem beachtlichen Anteil hier beteiligt sind. Ich weiß natürlich — und das ist ja mein besonderes Anliegen —, daß viele Industriebetriebe, unter anderem kalorische Kraftwerke, aber auch gewerbliche Betriebe und der Hausbrand durch Schwefeldioxydemissionen stark am Waldsterben beteiligt sind.

Ich darf darauf verweisen, daß wir einen entscheidenden Schritt weitergekommen sind, als wir die zweite Verordnung zum Dampfkesselmissionsgesetz beschlossen haben, ein unerhört großer Fortschritt, weil darin durch mein sehr starkes Eintreten erstmalig festgehalten ist, daß kalorische Kraftwerke innerhalb der nächsten fünf Jahre entweder mit sehr wirksamen Filteranlagen ausgestattet werden müssen oder sie werden stillgelegt. Das gilt natürlich für alle Kraftwerke.

Ich bin natürlich — und das ist ja selbstverständlich — in ständigen Kontakten mit der Wiener Stadtverwaltung, und es wird hier zweifellos wesentliche Entlastungen auf diesem Gebiete geben.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Herr Abgeordneter Heinzinger (ÖVP) an den Herrn Minister.

347/M

Wie schaut das Konzept zur Entsorgung von Sondermüll aus?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Gemäß § 23 des von allen drei Parteien einstimmig beschlossenen Sonderabfallgesetzes — ich war damals eigentlich überrascht, daß das knapp vor der Nationalratswahl so klaglos über die Bühne gegangen ist — hat der Bundesminister für Gesund-

heit und Umweltschutz das gemeinsam mit den Ländern zu erstellende Sonderabfallbeseitigungsgesetz in einem Konzept bis 1. Jänner 1986 zu verwirklichen. Das ist auch mit den Stimmen Ihrer Partei beschlossen worden.

Dieses Konzept befindet sich derzeit in Ausarbeitung. Sie werden mir zugestehen müssen, daß ich die endgültige Fassung dieses Konzeptes noch nicht kenne.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Heinzinger: Herr Bundesminister! Seit 1945 werden in Österreich jährlich 150 000 bis 300 000 Tonnen giftigen Mülls so vergraben, wie die Katze ihren Mist einscharrt.

Nun haben Sie vorhin vom Umweltbewußtsein der Bevölkerung gesprochen. Die Bevölkerung hat dieses Umweltbewußtsein, möchte diese gefährlichen Güter abgeben, aber es gibt keine Entsorgung.

Und nun erklären Sie, Sie werden uns ein Konzept vorlegen. Allein ein Konzept vorlegen, das ist zuwenig.

Ich frage Sie: Wann wird die österreichische Bevölkerung, wann wird die österreichische Industrie und das österreichische Gewerbe erfahren, bei welcher Stelle dieser Sondermüll zu welchen Kosten entsorgt werden kann?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich sehe natürlich Ihre Grundtendenz ein, die Sie hier gegen den Umweltschutzminister vorbringen wollen. Nur ist diese Grundtendenz falsch. Sie wissen, daß heute im Gewerberecht zwingend vorgeschrieben ist, wie die Entsorgung des Sondermülls zu erfolgen hat. Das heißt, jedes Gewerbeunternehmen hat die Verpflichtung, diesen Sondermüll zu entsorgen. Es gibt in Österreich Entsorgungsmöglichkeiten, das wissen Sie ganz genau, durch die Initiative der Wiener Stadtverwaltung, die die Entsorgungsbetriebe Simmering, vielfach angefeindet, vielfach kritisiert, als eine einmalige Pioniertat errichtet hat.

Zweitens gibt es für die Entsorgung des Sondermülls Import- und Exportmöglichkeiten, das muß ich Ihnen sagen. Ich habe in einer Sendung der Reihe „Argumente“ gesehen, wie hier Bestimmungen umgangen werden.

Bundesminister Dr. Steyrer

Ich habe gesehen, wie sehr hier das Sonderabfallbeseitigungsgesetz notwendig gewesen ist, denn im Sonderabfallbeseitigungsgesetz ist die Importkontrolle enthalten, ist die Verpflichtung enthalten, daß der Landeshauptmann für den Import die Zustimmung gibt. Es gibt natürlich im Bereiche der privaten Industrie eine ganze Reihe von Initiativen zur Entsorgung von Sonderabfällen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Heinzinger: Herr Minister! Es ist schon eine etwas abenteuerliche Argumentation, wenn Sie meinen, in Wien gäbe es eine funktionierende Sondermüllentsorgung. Die besteht darin, daß der ganze Dreck über den schönen Bezirk Simmering herabrieselt und ihn zu einem Mistkistel macht. (*Abg. Veleta: Stimmt doch nicht!*) Das kann doch nicht der Sinn der Entsorgung sein.

Herr Minister! Wenn Sie dann erklären, man kann das sogar importieren — ich danke herzlich.

Auch die Frage des Exportes ist nicht befriedigend. Wer nimmt denn unseren Dreck noch? Das ist für uns die entscheidende Frage — und hier haben Sie, Herr Minister, die Kompetenz. Sie sind sehr beredt in Ihrer Erklärung: Ich möchte, aber ich kann nicht, weil ich keine Kompetenz habe.

In dieser Frage kommt Ihnen die Kompetenz zu, und ich bitte Sie wirklich, alle Möglichkeiten zu nutzen, damit es hier zu einer konkreten Entsorgung des Sondermülls kommt. Es ist auch jetzt bei dieser äußerst schlechten Entsorgung in Wien den Österreichern nicht zumutbar, mit einem Stanitzel den Mist nach Simmering zu tragen.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Frage!

Abgeordneter Heinzinger (fortsetzend): Wann werden Sie konkret den Österreichern einen Ort und ein System nennen, wohin die Firmen diesen Mist entsorgen können? Ich hätte gerne einen Termin.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben jetzt allerhand verwechselt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Sie haben mit uns gemeinsam in diesem Hohen Haus einen Termin für die Erstellung eines Sonderabfallbeseitigungsgesetzes und eines Konzeptes beschlossen: 1. Jänner 1986. Das

braucht langwierige Verhandlungen, die derzeit voll im Gange sind, und ich werde dieses Konzept gesetzeskonform vorlegen.

Zweitens: Jeder Gewerbebetrieb hat bei seiner Errichtung, bei seiner Bewilligung die zwingende Auflage, die Entsorgung des Sondermülls durchzuführen. (*Abg. Heinzinger: Wohin? Wohin?*)

Lieber Kollege Heinzinger! Da gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, Sie sind nur nicht orientiert, das ist die Schwierigkeit. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Oder Sie versuchen hier Ihre Unkenntnis dem Umweltschutzminister anzulasten.

Jeder Betrieb hat die Aufgabe, Sondermüll zu entsorgen. Es gibt eine Reihe von Exportverträgen, die diese Unternehmungen auch wahrnehmen. Ich kann Ihnen das alles anführen. Es gibt Entsorgungsverträge mit der Deutschen Demokratischen Republik, Entsorgungsverträge mit Ungarn, es sind weitere Gespräche im Gange. Sie sind immer diejenigen, die die Privatwirtschaft in die erste Linie rücken wollen. Ich bin der Meinung, daß man beim Sonderabfallbeseitigungsgesetz durchaus auch die Privatwirtschaft einschalten müßte. Denn das geht nicht, lieber Kollege Heinzinger, daß man Sonderabfall produziert, damit Gewinne als Industriebetrieb macht und der öffentlichen Hand, dem Umweltschutzminister, die Entsorgung dieses Sondermülls anvertrauen will. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Kollege Heinzinger, ich kenne diese Tendenz. Wir haben eine ganze Reihe von privaten Industrieunternehmungen, die sich jetzt um die Entsorgung von Sondermüll bemühen, zu Gesprächen eingeladen. Ich darf Ihnen ein Beispiel bringen. Es gibt eine Altölvieverwertungsfirma, die gebrauchtes Motorenöl wiederverwerten, zum Heizöl umwandeln und die gefährlichen Stoffe, die drinnen sind, Schwermetalle, wiederverwerten will. Das sind ja Rohstoffe, die von größter Wichtigkeit sind. Dieses Unternehmen hat bei der Niederösterreichischen Landesregierung um einen Standort angesucht. Das wurde unter strengsten Auflagen zum Schutze der Luft und des Wassers bewilligt. 33 Gemeinden in Niederösterreich haben einen Standort abgelehnt. Über meine Initiative und über mein Eintreten hat eine 34. Gemeinde die Zustimmung zu einer solchen Anlage gegeben.

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, welche Schwierigkeiten es in Asten bereitet hat, jene Sonderabfallbeseitigungsanlage zu errichten,

4876

Nationalrat XVI. GP — 58. Sitzung — 27. September 1984

Bundesminister Dr. Steyrer

die Österreich dringend braucht. Es wurde einstimmig vom Gemeinderat abgelehnt. Ich darf Ihnen noch sagen, daß hier beachtliche Vorleistungen des Bundes zugesichert worden sind, 82 Millionen Schilling aus dem Wasserwirtschaftsfonds, 60 Millionen Schilling durch meine Initiative vom Herrn Finanzminister, und trotzdem ist dieses Unternehmen nicht geglückt. Eines ist aus der „Argumente“-Sendung deutlich hervorgegangen: Österreich braucht zur Beseitigung gefährlicher Sonderabfälle die Errichtung einer Hochtemperaturverbrennungsanlage, die mit Temperaturen von 1200 bis 1500 Grad imstande ist, auch Dioxin unschädlich zu machen. Es gibt bis jetzt keine Möglichkeit. Es hat sich noch keine Gemeinde, obwohl ich ununterbrochen damit beschäftigt bin, bereit erklärt, einen solchen Standort zu geben. Ich habe mit Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Pröll gesprochen, wir sind in der Frage Sonderabfalldeponien weitergekommen, hier gibt es einige konkrete Projekte, aber eines müssen Sie auch klar zur Kenntnis nehmen: Im Umweltschutz ist derzeit das Sankt-Florians-Prinzip da: Ich bin wohl der Meinung, es muß geschehen, aber nicht bei mir! (*Abg. Dr. Gradenegger: Richtig! — Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Bundesminister! Das ist wirklich ein wahres Wort, wenn man zum Beispiel jetzt die Aufregung registriert, daß sich bei einem Projekt mit einer Ablagerung auf einem Truppenübungsplatz, ich glaube, 6 km vom nächsten Ort, auch dort Leute finden und sagen: Um Gottes willen: Hier nicht! Ich wüßte in Österreich keinen Ort, sicher keinen einzigen Ort, wo nicht sofort irgend jemand dagegen protestiert. (*Abg. Otilie Rochus: O ja, der Herr Landeshauptmann Kery hat doch sein Haus angeboten!*) Richtig. Der Herr Abgeordnete Heinzingger hat es vergleichsweise natürlich viel einfacher, denn für ihn besorgt die Abfuhr des Sondermülls die Hauskatze. Aber was machen die anderen? (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Heinzingger. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Herr Bundesminister, eine konkrete Frage dazu. Ich möchte wirklich sehen, welche Probleme in Ortschaften oder in Bundesländern elegant geregelt werden, wo die ÖVP die Majorität hat. Dort klemmt es doch auf der gleichen Ebene und in der gleichen Weise: Jeder will, aber ja nicht bei sich selbst.

Herr Bundesminister! Welche Vorarbeiten sind konkret zu diesem Sondermüllgesetz geleistet worden? Vorarbeiten, um die ich Sie bei Gott nicht beneide.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben natürlich schon sehr umfangreiche Vorarbeiten durchgeführt. Ich habe das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen, das ja ausgezeichnete Fachleute in diesem Bereich hat, angewiesen, eine Abfallerhebung durchzuführen. Sie wird bereits seit dem Jahre 1980 — übrigens schon durch meinen Amtsvorgänger Salcher eingeleitet — durchgeführt. Und diese neuerliche Sonderabfallerhebung steht kurz vor ihrem Abschluß. Es finden auf Beamtenebene laufend Gespräche des Bundes mit den Ländern betreffend die Vollziehung des Sonderabfallgesetzes statt.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Ederer.

Abgeordnete Mag. Brigitte Ederer (SPÖ): Herr Bundesminister! Wie Sie ausgeführt haben, ist das Problem des Sondermülls ein sehr schwieriges und auch wichtiges. Ich würde Sie daher fragen: Planen Sie für Ihr Ministerium selbst Tätigkeiten zur Entsorgung von Sondermüll? (*Abg. Heinzingger: Danke, das ist eine gute Frage!*)

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Gemäß dem im Sonderabfallbeseitigungsgesetz eindeutig verankerten Verursacherprinzip ist es Sache der Sonderabfallerzeuger, auch den Sonderabfall zu beseitigen. Das ist primäre Voraussetzung überhaupt zur Erteilung einer Gewerbeberechtigung. Wir haben aber im Gesetz eine starke Mitsprache des Bundes und der öffentlichen Hand vorgesehen, da die Behörde die Entsorgung von Sonderabfällen durch die privatwirtschaftlich organisierten Sammler und Beseitiger genau zu überwachen und zu kontrollieren hat. Und erstmalig ist auch in diesem Gesetz vorgesehen, daß es eine strenge Importkontrolle für Sonderabfälle geben wird, die derzeit nicht da ist. Bis jetzt wissen wir, daß Sonderabfälle nach Österreich gekommen sind, ohne daß überhaupt jemand etwas davon gewußt hat. Durch dieses Gesetz ist garantiert, daß der Import von Sonderabfällen durch den Landeshauptmann des zuständigen Landes bewilligt werden muß. Damit ist sichergestellt, daß keine gefährlichen Sonderabfälle nach Österreich kommen.

Präsident

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hofer.

Abgeordneter **Hofer** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wir wissen, daß in ganz Österreich im Jahr etwa 300 000 Tonnen Sondermüll anfällt. Davon sind in etwa 120 000 Tonnen als gefährlich einzustufen. Deshalb war die Frage des Kollegen Heinzinger so vehement, als er von Ihnen wissen wollte, wann Sie endlich dieses Konzept vorlegen werden. Wir haben gestern und heute schon festgestellt, daß Sie immer dann, obwohl Sie sonst ein sehr ruhiger, sachlicher Diskutant sind, wenn man auf eine Wunde den Finger drauflegt, etwas nervöser und vor allem auch lautstärker werden.

Nochmals jetzt meine Frage, Herr Bundesminister, weil dieses Problem uns allen unter den Nägeln brennt: Können Sie vor dem 1. Jänner 1986 vielleicht der Öffentlichkeit sagen, wie dieses Konzept ausschauen wird?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Dr. Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin weder nervös noch lautstark. Ich ärgere mich gelegentlich über Fragen, die mir meiner Meinung nach nicht so erscheinen, daß sie ... — ich weiß nicht, wie ich das Wort sagen soll, damit der Herr Präsident nicht sehr ärgerlich dreinschaut —, die mir etwas unsachlich erscheinen. Dann ärgere ich mich, weil derjenige, der das fragt, es besser weiß, der gemeinsam mit den anderen die Hand erhoben hat beziehungsweise aufgestanden ist und dieses Gesetz mitbeschlossen hat, das verbindliche Gesetz, um dann zu fragen, warum ein Konzept noch nicht fertig ist. Hier müssen Interessen abgestimmt werden, die weit in das Wirtschaftsleben Österreichs eingreifen; deshalb ärgere ich mich, sehr geehrter Herr Abgeordneter.

Wir haben gemeinsam hier ein Gesetz beschlossen. Es sieht vor, daß dieses Ministerium bis zum 1. Jänner 1986 das Konzept vorlegen wird — im Einvernehmen mit den Ländern, mit neun Bundesländern! Ich darf Ihnen als leidgeprüfter Minister sagen: Es ist nicht leicht, neun Bundesländer auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Da gibt es größte Unterschiede. Sie dürfen mir aber zugestehen, daß ich als Umweltschutzminister, der die Problematik sicherlich genau kennt, gerade auf diesem wichtigen Gebiet des Sonderabfallbeseitigungsgesetzes Dampf dahinter mache. Aber es geht eben nicht schneller,

als manche gesetzliche Abläufe eben möglich sind.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Dem Finanz- und Budgetausschuß weise ich den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 107/A der Abgeordneten Roppert, Dr. Ermacora, Probst und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wehrgesetz geändert wird, zu.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dr. Keimel, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dr. Keimel:

„An das Präsidium des Nationalrates

Der Herr Bundespräsident hat am 19. September 1984, Zl. 1003-08/17, folgende Entscheidung gefaßt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Inneres Karl Blecha innerhalb des Zeitraumes vom 27. bis 29. September 1984 den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Heinz Fischer mit der Vertretung.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Für den Bundeskanzler

Dr. Neumayer“

Präsident: Danke. Dient zur Kenntnis.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

Dem Familienausschuß:

Bundesgesetz, mit dem Grundsätze über die Mutterschafts-, Säuglings- und Jugendfürsorge aufgestellt und unmittelbar anzuwendende Vorschriften in diesem Bereich erlassen werden (Jugendwohlfahrtsgesetz 1986) (357 der Beilagen);

dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Amtshaftungsgesetz und das Organhaftpflichtgesetz geändert werden (365 der Beilagen);

4878

Nationalrat XVI. GP — 58. Sitzung — 27. September 1984

Präsident

dem Justizausschuß:

Bundesgesetz über die Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren (Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetz 1985) (366 der Beilagen);

dem Landesverteidigungsausschuß:

Bundesgesetz über das Disziplinarrecht der Soldaten, Wehrpflichtigen der Reserve und Berufsmilitärpersonen des Ruhestandes (Heeresdisziplinargesetz 1985) (369 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Wehrgesetz 1978, das Bundesgesetz über die Entsendung von Angehörigen des Bundesheeres zur Hilfeleistung in das Ausland, das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Bundes-Personalvertretungsgesetz, das Verwaltungsstrafgesetz und die Strafprozeßordnung 1975 an das Heeresdisziplinargesetz 1985 angepaßt werden (Heeresdisziplinarrechtsanpassungsgesetz) (370 der Beilagen);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bundesgesetz über die Änderung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 638/1982, mit dem das Arbeitsmarktförderungsgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 geändert werden (371 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Finanzstrafgesetz geändert wird (380 der Beilagen).

Fristerstreckungsantrag

Präsident: Vor Eingang in die Tagesordnung teile ich mit, daß die Abgeordneten Mag. Kabas, Dr. Graff und Dr. Gradischnik beantragt haben, die dem Justizausschuß zur Berichterstattung über die Regierungsvorlage betreffend ein Sozialgerichtsbarkeitsgesetz (7 der Beilagen) für 1. Oktober 1984 gesetzte Frist gemäß § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung bis 15. Jänner 1985 zu erstrecken.

Eine Debatte hierüber ist nicht beantragt; daher wird der Antrag auf Fristerstreckung gemäß der Geschäftsordnung nach Beendigung der Verhandlungen in der heutigen Sitzung zur Abstimmung gebracht werden.

Fristsetzungsantrag

Präsident: Ferner teile ich mit, daß der Abgeordnete Dr. Mock beantragt hat, dem Finanz- und Budgetausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 102/A der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend „große Steuerreform“ im Rahmen eines 3-Stufen-Entlastungsplanes eine Frist bis 26. November 1984 zu setzen.

Gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung wird auch dieser Antrag nach Beendigung der Verhandlungen in dieser Sitzung zur Abstimmung gebracht werden.

Weiters ist beantragt, gemäß § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung umgehend eine Debatte über diesen Fristsetzungsantrag abzuführen. Nach dieser Bestimmung kann der Nationalrat auf Antrag eines Abgeordneten beschließen, daß über Anträge zur Geschäftsbehandlung — und als solcher muß der Antrag auf Fristsetzung jedenfalls angesehen werden — eine Debatte stattfindet.

Ich lasse daher zunächst abstimmen, ob über den Fristsetzungsantrag eine Debatte stattfinden soll, und bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir gehen daher in die Debatte ein.

Gemäß § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung beschränke ich die Redezeit auf zehn Minuten.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mock. Ich erteile es ihm.

10.07

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei hat einen Antrag eingebracht, dem Finanz- und Budgetausschuß für die Beratungen unseres Steuerreformkonzepts mit 26. November eine Frist auch für eine Beschlußfassung zu setzen.

Warum haben wir diesen Antrag eingebracht? — Ich sage es ganz offen, meine Damen und Herren, daß wir mit der geschäftsordnungsmäßigen Möglichkeit, Fristsetzungsanträge hier einzubringen, auch dahin gehend wirken, daß bei der Verzögerungspolitik der sozialistischen Koalitionsregierung, im Hin und Her bei der Sparbuchsteuer, auch beim Steuerreformkonzept wir im Interesse der Österreicher Druck dahinter

Dr. Mock

setzen, daß Entscheidungen gefaßt werden und daß ... (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Sie können da durchaus lachen. Wir glauben, die Öffentlichkeit wartet auf Entscheidungen. Sie führen nämlich bei der Sparbuchsteuer schon wieder das gleiche auf, was Sie seinerzeit beim Mallorca-Paket aufgeführt haben. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*) — Das umso mehr, als wir am 20. Juni 1984 einen Steuerreformantrag eingebracht haben.

Wir haben diesen Antrag eingebracht, weil wir der Meinung waren, daß sehr rasch eine Steuerreform Platz greifen soll, um den Wirtschaftsaufschwung, der sorgsam und nicht zu stark vor allem auf Grund ausländischer Impulse Platz greift, zu stärken, damit die Leistung des einzelnen, die Arbeit, auch im Steuerrecht wieder Anerkennung findet und der Basisoptimismus wieder gestärkt wird. Deswegen brauchen wir rasch diese Steuerreform. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Obwohl Sie — und da appelliere ich doch an die Herren Klubobmann Wille und Klubobmann Peter — am 31. Mai 1983 in der Regierungserklärung selbst sehr rasch eine Steuerreform verlangt haben, sagen Sie jetzt, es wird nicht einmal darüber verhandelt.

Meine Herren! Mit einem so oft zitierten parlamentarischen Stil der Kooperations- und Dialogbereitschaft hat das sehr wenig zu tun. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es hat daher dieses Problem, das wir heute hier diskutieren, drei Facetten: Es hat neben der ökonomischen und der sozialpolitischen, wenn Sie wollen, auch eine demokratiepolitische Facette. Sie haben am 31. Mai des vergangenen Jahres in einer Regierungserklärung dem österreichischen Volk versprochen, sehr rasch ein Steuerreformkonzept vorzulegen, und zwar eine Steuerreform, meine Damen und Herren, die den Zielen eines leistungsgerechten, sozialorientierten und einfachen Steuersystems verpflichtet ist. Fast eineinhalb Jahre später — kein Vorschlag.

Die Opposition, die Volkspartei, hat am 20. Juni einen Vorschlag vorgelegt, aber man ist nicht bereit, darüber überhaupt zu reden.

Man sagt, meine Damen und Herren: Der Finanzminister muß das Budget vorbereiten, er hat so viel zu arbeiten im Herbst! Das Abgabenänderungsgesetz 1980, das Abgabenänderungsgesetz 1982, das Abgabenänderungsgesetz 1983, drei Belastungsgesetze, sind immer im September oder im Oktober

eingebracht worden und hier im Herbst wenige Wochen später beschlossen worden.

Bei einem Steuerentlastungsgesetz, das im Juni eingebracht wird, wird sogar abgelehnt, darüber zu verhandeln. Das ist eine zu durchsichtige Methode, meine Damen und Herren, als daß sie hier von uns akzeptiert werden würde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die ökonomische Seite, die Investitionen, der wichtigste Motor für einen allgemeinen Wirtschaftsaufschwung — und weil wir gestern den ÖIAG-Bericht diskutiert haben: auch der wichtigste Motor zur Modernisierung unserer Wirtschaft — sind langfristig immer stärker zurückgegangen. Von 1963 bis 1972 hatte die Investitionsrate noch einen Zuwachs von 6,3 Prozent. Von 1973 bis 1982 betrug die gleiche Quote nur mehr 0,2 Prozent, stagnierte fast. Im Jahr 1982 ging die Investitionsquote um 5 Prozent zurück, und nach den Prognosen des Beirates für Sozial- und Wirtschaftsfragen wird sich die Investitionsquote in den Jahren 1983 bis 1988 bei rund 0,1 Prozent Plus bewegen; sie stagniert.

Es ist also höchste Zeit, ein Steuerreformkonzept zu beschließen, das in seinem ersten Teil eine massive Investitionsbegünstigung vorsieht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir werden uns — und das möchte ich sehr deutlich sagen — weder mit der 4prozentigen Arbeitslosenrate und noch viel weniger mit einer durchschnittlich 5prozentigen Jugendarbeitslosenrate abfinden. Und wenn wir heute, meine Damen und Herren, wieder einen Antrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einbringen, dann wissen wir, daß alle Zuschüsse, Prämienhilfen nur vorübergehende Hilfen sind und wir die Jugendarbeitslosigkeit nur mit einem allgemeinen Wirtschaftsaufschwung lösen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dabei haben wir sehr deutlich auch in unserem Steuerreformkonzept im ersten Teil bereits gesagt, wo wir sparen wollen: Beseitigung der 8prozentigen Investitionsprämie, 10prozentige Kürzung aller Zuschüsse im Wirtschaftsbereich von seiten der öffentlichen Hand.

Meine Damen und Herren! Wir haben es uns nicht leicht gemacht. Sie fragen immer: Wo wollen Sie sparen? — Sie haben uns aber lächerlich zu machen versucht mit unserem 60-Milliarden-Sparkonzept.

Wir sagen Ihnen auch im Steuerreformkon-

4880

Nationalrat XVI. GP — 58. Sitzung — 27. September 1984

Dr. Mock

zept: Wir wollen sparen bei der bürokratischen ministeriellen Investitionsförderung und wollen die Investitionsentwicklung und die Investitionsentscheidung wieder in die Betriebe hineinlegen. Das sind unsere Vorschläge. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Mühlbacher.)* Ja, das weiß der Herr Präsident Sallinger auch.

Herr Präsident, weil Sie sich melden: Sie sind der Vizepräsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Sie sagten gestern — hier habe ich es auf dem Zettel oben, danke für den Hinweis, ich hätte es fast vergessen! —, Investitionen muß man fördern, das haben Sie bei der Sparbuchsteuer gesagt *(neuerlicher Zwischenruf des Abg. Mühlbacher)*, und jetzt stimmen Sie dagegen, daß unser Steuerreformkonzept zur Investitionsförderung überhaupt behandelt wird! Sie haben zu rasch einen Zwischenruf gemacht. *(Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Kraft.)*

Und dann, meine Damen und Herren, ganz kurz der letzte Punkt:

Für uns ist das Steuerreformkonzept auch eine Frage der Steuergerechtigkeit und der sozialen Gerechtigkeit. Gerade nach der von mir zitierten Beiratsstudie wissen wir: Wenn es zu keiner großen Steuerreform in den Jahren 1984 bis 1988 kommt, wird die durchschnittliche Steuerbelastungsquote der Masseinkommen um 30 Prozent steigen. Ein Alleinverdiener, der heute ein Bruttoeinkommen von 10 000 S hat und der vielleicht in vier Jahren rechnen kann mit einer 15- bis 20prozentigen ... *(Ruf bei der SPÖ: Wer zahlt's?)* Wer zahlt's! Ich habe Ihnen vorher gesagt: Beseitigung der 8prozentigen Investitionsprämie. Lesen Sie doch einmal unsere Vorlagen hier nach! Das dürfte doch nicht so schwer sein, wenigstens nachzulesen, Herr Kollege. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Für einen Alleinverdiener mit einem Bruttoeinkommen von 10 000 S erhöht sich, wenn es zu keiner Steuerreform kommt, seine Steuerbelastungsquote um 44 Prozent, das heißt um das Doppelte seines Einkommenszuwachses.

Die Frage der Steuerreform ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, und deswegen, Herr Klubobmann Wille: Ich habe wiederholt anerkannt, daß Sie persönlich bemüht sind, einen kooperativen Stil hier zu praktizieren. Ich habe den Eindruck, daß es halt wieder einmal die Fraktion nicht zuläßt; wenn ich spitzer wäre — da tue ich mir immer schwer

bei Ihnen —, würde ich sagen: Die Partei erlaubt es nicht.

Ich glaube, es wäre eine angenehme Überraschung, wenn man nach einer Debatte, wo Sie selbst sagen: Wir brauchen sehr rasch eine Steuerreform, die leistungsorientiert ist, sozial gerecht ist und auch das Steuersystem vereinfacht, und wir das gleiche sagen, wo Sie keinen Vorschlag haben, wir aber einen Vorschlag hier haben, wenigstens bereit wäre, in den nächsten Wochen darüber zu reden. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* ^{10.16}

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Nowotny.

^{10.16}

Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zunächst festhalten, daß es natürlich das Recht der Opposition ist, hier Fristsetzungsanträge vorzulegen, und ich möchte auch festhalten, daß wir als SPÖ selbstverständlich bereit sind, mit der ÖVP Gespräche aufzunehmen über sämtliche Fragen der Politik und daher natürlich auch über Fragen der Steuerpolitik. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie werden sicherlich nicht erwarten können, daß solche Gespräche fruchtbar unter Zeitdruck geschehen können. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.)*

Wobei ich sagen muß: Es ist ja eine etwas eigenartige Sache, wenn Sie hier eine Fristsetzung vorschlagen, bis zum 26. November, für Fragestellungen, die nach Ihrem eigenen Konzept ja überhaupt erst in der nächsten Legislaturperiode aktuell werden sollen! Also meine sehr geehrten Damen und Herren — ich bin ja dem Abgeordneten Mock für seine Offenheit sehr dankbar —, es ist ganz offensichtlich die reine Propagandaabsicht, die hier durchschimmert, und Sie werden nicht erwarten können, daß wir bei einer solchen Aktion mitgehen. *(Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.)* Meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP! Ich glaube, daß gerade in dem Fall, um den es heute hier geht, mit diesem Steuerpapier, ein Zeitdruck auch deshalb sehr schädlich wäre, weil man doch den Eindruck hat, daß Sie auch in der ÖVP noch einige Zeit brauchen werden, bis Sie selber eigentlich wissen, was Sie überhaupt wollen. *(Zwischenruf des Abg. Kraft.)* Denn wenn ich mir dieses Steuerpapier anschau, das Sie vorgelegt haben, so muß ich feststellen, daß es erstens zu einer gewaltigen Erhöhung des Budgetdefizits führen würde. Das können Sie nicht leugnen. *(Zwischenruf des Abg. Bergmann. — Abg. Mag. Minkowitsch: Keine Ahnung vom Wirtschaftsklima!)*

Dr. Nowotny

Es ist in dieser Form ein völlig unrealistisches Papier, wenn Sie davon ausgehen, daß es insgesamt Steuerausfälle von rund 32 Milliarden Schilling bringen würde.

Herr Kollege Mock! Wenn Sie sagen, Sie haben Bedeckungsvorschläge, so darf ich Sie darauf hinweisen: Es ist zwar richtig, Sie schlagen in der ersten Stufe vor, die Investitionsprämie abzuschaffen. Das bringt ungefähr 1,7 Milliarden Schilling. Aber die Steuersenkungen sollen 4 Milliarden Schilling ausmachen! Also so einfach können Sie sich's auch wieder nicht machen, daß sie diese Dinge einfach wegdiskutieren. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Mag. Minkowitsch: Wirtschaft ist etwas Lebendiges! Ich bin im Wirtschaftsleben gestanden! Sie haben keine Ahnung!)*

Zum zweiten. Dieses Steuerpapier, das Sie hier vorgelegt haben, ist sozial völlig unausgewogen. Wenn man sich das anschaut, sieht man, es ist konkret und sofort eine Steuersenkung nur für den Bereich der Unternehmer und für den Bereich der Landwirtschaft vorgesehen. Die Arbeiter und Angestellten werden auch in Ihrem eigenen Papier auf spätere Zeiten vertröstet, und was Sie bei den Unternehmen machen wollen, sind letztlich ebenfalls nur Steuergeschenke, ohne daß daraus irgendwelche Investitionswirkungen zu erwarten sind. *(Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.)*

Und drittens, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich doch festhalten, daß dieses Konzept, das Sie hier vorlegen, auch im Widerspruch steht mit eigenen Vorstellungen, die Sie bei anderen Gelegenheiten entwickelt haben. Herr Kollege Mock, gerade weil Sie sich auf die Investitionsprämie bezogen haben, darf ich Ihnen hier etwa vorlegen:

Am 13. Jänner 1984 hat der von mir durchaus geschätzte Abgeordnete Graf eine Ausweitung des Geltungsbereiches der Investitionsprämie verlangt.

Am 1. März 1984 — also gar nicht so lange her — hat der Abgeordnete Schüssel verlangt, man sollte diese Investitionsprämie noch einmal ausweiten, auch auf gebrauchte Wirtschaftsgüter.

Und heute stehen Sie hier und sagen: Bitte schön, man soll die Investitionsprämie überhaupt völlig abschaffen!

Also ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, da weiß bei

Ihnen offensichtlich die rechte Hand nicht, was die linke tut, und ich glaube, so einfach sollte man sich Wirtschaftspolitik wirklich nicht machen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, damit ist es ja noch nicht genug. Sie haben nicht nur Steuersenkungen gefordert, sie fordern ja auch laufend Ausgabenerhöhungen. Seit dem 1. Jänner 1983 sind laut Aufstellungen, die sicherlich gar nicht vollständig sind, von der ÖVP 44 budgetwirksame Forderungen und 22 budgetbelastende Initiativanträge hier im Parlament gestellt worden mit Gesamtkosten von 30 Milliarden Schilling. Also auf der einen Seite gibt es Forderungen nach Steuerausfällen, auf der anderen Seite Forderungen nach zusätzlichen Ausgaben. Diese Woche erst hat der Abgeordnete Graf wieder einmal eine Pressekonferenz abgehalten, in der er beklagt hat, daß das Budgetdefizit zu hoch sei. Das paßt halt einfach nicht zusammen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das werden Sie zur Kenntnis nehmen müssen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich glaube daher, es wird langsam Zeit, daß Sie von der ÖVP sich entscheiden, was Sie wirklich wollen. Und wenn Sie sich entscheiden haben, dann werden wir sinnvoll weiterreden können.

Die Strategie der Bundesregierung — das möchte ich doch bei dieser Gelegenheit auch hier anmerken — ist dagegen völlig klar und eindeutig. Wir verfolgen konsequent die beschäftigungspolitische Sicherung, und zwar vor allem über strukturpolitische Maßnahmen. Ich möchte Sie etwa daran erinnern: Gerade der Finanzausgleich, der diese Woche abgeschlossen wird oder vorige Woche abgeschlossen wurde, hat wieder investitionsfördernde Wirkungen, wo es am dringendsten notwendig ist. Sie werden das sicherlich nicht leugnen können. Das ist auch von den Politikern der ÖVP anerkannt worden. Und wir verfolgen daneben eine Politik der kontinuierlichen Budgetkonsolidierung.

Ich glaube, nur eine Politik, die auf lange Sicht angelegt ist, ist seriös und kann sichtbare Erfolge aufweisen. Sie werden das ja nicht leugnen können, wenn Sie sich die internationale Wirtschaftslage anschauen. So ist erst gestern wieder eine neue Prognose der OECD verlautbart worden, wonach im Jahre 1985 die Arbeitslosenzahl in Europa weiterhin ansteigen wird und wonach im OECD-Bereich 20 Millionen Arbeitslose zu erwarten sind.

4882

Nationalrat XVI. GP — 58. Sitzung — 27. September 1984

Dr. Nowotny

Demgegenüber zeigen die Prognosen für Österreich, daß wir im Jahre 1985 mit einem Rückgang der Arbeitslosenrate rechnen können — mit einem Rückgang! —, obwohl wir jetzt schon eine Arbeitslosenrate haben, die nur die Hälfte dessen beträgt, was im internationalen Durchschnitt gegeben ist. Wir werden zweitens ein Wachstum, das über dem europäischen Durchschnitt liegt, und eine weitgehend ausgeglichene Leistungsbilanz haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind die Fakten, um die kommen Sie nicht herum. Um diese Fakten werden Sie auch mit allen möglichen Plänen und Konzepten, die völlig unseriös sind, nicht herumkommen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich würde daher der ÖVP dringend empfehlen, die Vorschläge, die sie hier offensichtlich so leichtfertig macht, wieder in ihr Trockendock zurückzunehmen, wo sie ja manches schon zurückgenommen hat, und dort eine Überarbeitung vorzunehmen. Ich weiß, daß ich mit dieser Empfehlung nicht allein stehe. Ein so unverdächtig Zeuge — jetzt hören Sie gut zu, Herr Abgeordneter Bergmann! — wie etwa der Präsident der Oberösterreichischen Handelskammer, der frühere ÖVP-Landesrat und von mir hochgeschätzte Politiker Trauner, hat erst diese Woche, genau am 25. September 1984, in der Zeitschrift „Die Presse“ erklärt — ich zitiere das jetzt —: „Es gibt innerhalb der ÖVP Leute, die anscheinend die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge nicht genau kennen.“ — Ich kann mich dem nur völlig anschließen und habe dem eigentlich nichts hinzuzufügen.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, wenn ein so erfahrener Praktiker der Wirtschaftspolitik, wenn jemand aus Ihren eigenen Reihen zu einer solchen Einschätzung kommt, dann sollte das doch auch den Menschen in der ÖVP-Zentrale endlich einmal zu denken geben. Meine Fraktion ist sicherlich bereit, konkrete, konstruktive Gespräche aufzunehmen. Aber wir sind nicht bereit, bei unausgegorenen Vorstellungen unter Zeitdruck hier zu verhandeln. Wir werden die Fristsetzung daher ablehnen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 10.25

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Grabher-Meyer. *(Abg. Bergmann: Schon wieder!)*

10.25

Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ): Daß ich schon wieder dran bin, daran sind Sie

schuld, Herr Kollege Bergmann, oder es ist Ihr Kollege Mock, der sich offensichtlich jeden Tag einen Grabher-Meyer am Rednerpult wünscht, denn sonst würde man nicht mit solchen Fristsetzungsanträgen kommen, die ressortmäßig in meine Sprecherfunktion hineingehören.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Herr Kollege Mock hat angeführt, daß die wirtschaftlichen Umstände in Österreich der Grund dafür seien, daß ein Fristsetzungsantrag der Österreichischen Volkspartei über ihr Steuerreformkonzept heute eingebracht werden müsse, um rechtzeitig die Schwierigkeiten, die die derzeitige Situation in Österreich verursachen, zu beseitigen.

Herr Kollege Mock! Man müßte Sie fragen, da Sie ja doch einer der prominentesten Vertreter konservativer Politik sind und an der Spitze der internationalen Organisation für konservative Politiker stehen, warum Sie diesen Tip nicht auch Ihrem Kollegen in der deutschen Bundesregierung geben, damit sie endlich einmal diese Steuerreform machen, die vom dortigen Finanzminister Stoltenberg angekündigt und in der Folge auf 1986 aufgeschoben wurde. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland keine anderen Zustände als in Österreich, zum Teil ist es dort sogar noch schlimmer, wenn wir an die Arbeitslosenraten denken. Nach Ihrer Auffassung müßte man also dort eine Steuerreform viel dringender machen, als das in Österreich der Fall wäre. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das, was in Österreich gut wäre im Sinne des Schutzes des kleinen Sparers und im Sinne des Schutzes des Steuerzahlers, bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Umständen nicht auch in der Bundesrepublik richtig wäre. Herr Kollege Mock! Geben Sie also diese guten Ratschläge dort draußen!

Im übrigen: Ihr heutiger Fristsetzungsantrag ist ja in keinen Zusammenhang zu setzen mit Ihrem Steuerreformpapier, das Sie uns vorgelegt haben. Dieses Steuerreformpapier hat in der Stufe drei die wichtigen Steuersenkungen zum Inhalt, wenn Sie das einmal durchlesen. Sie selbst, Herr Kollege Mock, haben gesagt, diese steuersenkenden Maßnahmen könnte man Ende der achtziger Jahre, Anfang der neunziger Jahre durchziehen. Dafür brauchen wir heute keinen Fristsetzungsantrag. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Im Plenum des Nationalrates stehen heute so wichtige Fragen wie das Forschungsorganisationsgesetz, das Bundesministerienge-

Grabher-Meyer

setz, das ÖIAG-Gesetz und das Beamten-Dienstrechtsgesetz zur Beratung; Materien, die, wie man meinen möchte, die ganze Aufmerksamkeit dieses Hohen Hauses erfordern und das Interesse der Öffentlichkeit verdienen. Die ÖVP aber hat andere Präferenzen. Ihre wichtigste Domäne ist und bleibt die Selbstdarstellung. Die Vertreter dieser Partei haben offenbar nichts anderes zu tun, als sich schon früh morgens in Szene zu setzen, um ja nur als Erscheinung durch die Medien zu geistern.

Doch womit setzen Sie sich denn in Szene, Herr Kollege Mock? Das Stück, das Sie gestern inszeniert haben: „Alois Mock und die kleinen Sparer“, ist Ihnen gründlich mißraten. Die kleinen Sparer haben Ihre Komödie durchschaut. Die Darstellung war nämlich alles andere als glaubwürdig. Mit Raiffeisen- und Volksbanken als Kulisse hinterlassen Ihre Ritterspiele vom Schutz des kleinen Sparer beim Publikum einen äußerst ungläubwürdigen Eindruck. (*Abg. Bergmann: Das ist eine falsche Rede, das ist die von gestern!*)

Unglaubwürdig ist die ÖVP besonders dann, meine Damen und Herren, wenn man so wie Ihr Präsident Graf den Schutz der kleinen Sparer noch unterstreicht, während man sich mit Zähnen und Krallen dagegen wehrt, den Eckzinssatz anzuheben, der jedenfalls dem kleinen Sparer zugute kommen würde. Man kann darüber streiten, ob durch die Anhebung des Eckzinssatzes die Zinsen für Kredite und Darlehen in die Höhe gehen würden. Darüber kann man streiten. Aber für den kleinen Sparer, den Sie in Schutz nehmen wollten, wäre das bestimmt ein Vorteil gewesen. (*Rufe bei der ÖVP: Sie reden von gestern!*)

Verstärkt wurde diese Unglaubwürdigkeit durch den überraschenden Auftritt des Abgeordneten Taus, der mit seinen kryptischen Äußerungen über das Währungsrisiko jener armen kleinen Sparer, die ihr Geld im Ausland anlegen — er rief der Regierung warnend oder drohend zu, sie solle diese Steuer schleunigst vom Tisch nehmen, um nicht zu anderen Handlungen gezwungen zu werden —, auch nicht gerade eine vertrauensbildende Maßnahme gesetzt hat. Der Abgeordnete Taus hat also in das Ritterspiel gewissermaßen die dämonische Komponente eingebracht. Wegen des mangelnden Erfolges mußte die gestrige Inszenierung aber wieder vom Spielplan abgesetzt werden.

Und was machen Sie nun heute, Herr Kollege Mock? — Heute haben Sie sich für Ihren

Auftritt einen Ladenhüter aus dem Sommer-schlußverkauf ausgesucht, nämlich Ihren EntschlieBungsantrag, über dessen herunterhängende Säume und andere Unzulänglichkeiten Sie schon beim letzten Sommertheater im Plenum gestolpert sind: das ÖVP-Steuerkonzept.

Auch dafür wollen Sie eine Frist haben. Ich habe Ihnen schon gesagt: Der Frist wäre vielleicht noch zuzustimmen, wenn Sie nicht selbst in einer Aussendung in der Presse schon im Juni dieses Jahres angekündigt hätten, daß Sie an echte Steuersenkungen erst im Jahre 1990, Ende der achtziger Jahre, denken. Herr Kollege Mock: Wozu heute die Fristsetzung für etwas, was Sie heute verlangen?

Mir fällt dazu ein: Bezeichnenderweise heißt das englische Wort für Frist „dead-line“ (*Abg. Dr. Neisser: Daß Ihnen überhaupt etwas einfällt!*); die Engländer nennen diese Sache beim Wort. Es ist eine Totgeburt, die Sie uns hier vorgelegt haben. (*Abg. Dr. Mock: Seit wann heißt „dead-line“ Tod?*) Ich sage nur: Die Engländer nennen eine Fristsetzung „dead-line“. Das, was Sie uns vorgelegt haben, ist aber eine Totgeburt. Diese „dead-line“ werden wir Ihnen zu einer Totgeburt nicht geben. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

In diesem Steuerkonzept haben Sie alles verbraten, was gut und teuer ist; unser Staatssekretär Bauer hat Ihnen schon beim ersten Sommertheater die Rechnung darüber vorgelegt, was das kostet.

Aber in Ihrem Steuerreformkonzept fehlt etwas ganz Wesentliches. Sie wissen schon, warum Sie es nicht hineingenommen haben. Aber seit der Herr Kehrer als Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer die Katze aus dem Sack gelassen hat, wissen wir, warum Sie das in Ihrem Steuerreformkonzept noch nicht drinnen gehabt haben. Wir wissen seither, daß das 13. und 14. Monatsgehalt deshalb von Ihnen ausgeklammert wurde, weil Sie es offensichtlich besteuern wollen.

Wenn es hier heißt — und die „Vorarlberger Nachrichten“ sind gewiß kein Blatt, das Ihnen übelwill (*Abg. Brandstätter: Das ist sehr weit hergeholt!*) —, „13. und 14. Monatsgehalt für Wirtschaft nicht tabu“, und wenn von Ihrem Herrn Kehrer angekündigt wird, daß er daran denkt, das 13. und 14. Monatsgehalt zu besteuern, so wollen wir Ihnen hier deutlich sagen: Wir Freiheitlichen haben in den Koalitionsgesprächen mit dem Koalitionspartner durchgesetzt, daß das 13. und 14. Monatsgehalt in dieser Gesetzge-

Grabher-Meyer

bungsperiode nicht besteuert wird. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) Wir sind Garanten dafür, daß das nicht besteuert wird, und wir haben auch schon von unserem neuen Finanzminister wieder die Zusage erhalten, daß er das Urlaubsgeld jetzt endgültig nicht höher besteuert. Ich danke dem Herrn Finanzminister dafür.

Ich möchte eines deutlich feststellen: Deshalb, weil Sie eine dead-line für Ihr Steuerkonzept brauchen und heute beantragen, um in Zukunft das 13. und 14. Monatsgehalt höher besteuern zu können, können wir Ihrem Fristsetzungsantrag nicht die Zustimmung geben. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ja, meine Herren, wenn Sie Ihre eigenen Protagonisten nicht ernst nehmen, die der Bundeswirtschaftskammer, den Generalsekretär der österreichischen Bundeswirtschaftskammer (*Abg. Bergmann: Mühlbacher!*), dann streiten Sie mit den Herren, bevor es hier ins Plenum kommt, bevor es offenbar wird, daß Sie offensichtlich diesen Fristsetzungsantrag nur deshalb brauchen, um die Überlegungen des Herrn Kehrer mit einfließen zu lassen. Wir wehren uns dagegen.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Wir laden Sie ein, im Rahmen der Finanz- und Budgetberatungen zum Budget 1985 Ihre Vorstellungen, die sich vielleicht in dem einen oder anderen Punkt mit den unseren decken, dazutun! Wir laden Sie ein, mitzuarbeiten; dazu brauchen wir aber keinen Fristsetzungsantrag, und daher werden wir Ihren Fristsetzungsantrag auch heute — so wie gestern — ablehnen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 10.34

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kohlmaier. Ich erteile ihm das Wort.

10.34

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner hat von „Ritterspielen“ gesprochen. (*Zwischenruf des Abg. Haigermoser.*) Ich muß, obwohl es mir nicht ganz leicht fällt, seinen Mut bewundern; es ist allerdings ein etwas eigenartiger Mut, wenn man als Generalsekretär einer Partei, die in den letzten Monaten Ritterspiele im wahrsten Sinne des Wortes geboten hat — Ritter Jörg gegen Ritter Steger zum Beispiel (*Zwischenruf der Abg. Dr. Helene Partik-Pablé*) —, die die Öffentlichkeit in erster Linie mit Personal-, Führungs- und Richtungsdebatten beschäftigt hat, während wir uns mit den Lebensfragen der Menschen und den Fragen der Wirtschaft beschäftigen (*Beifall bei der ÖVP — Abg. Grabher-*

Meyer: Busek gegen Graff!), von „Ritterspielen“ spricht.

Ratschläge, wie die ÖVP ihre Politik inszenieren soll, hören wir gerne. Wir leben nach dem Grundsatz: Höre jeden Ratschlag und befolge keinen. Überlassen Sie es uns, wo wir die Politik der ÖVP darstellen: Wir legen einen absoluten Schwerpunkt auf die Entlastung der Bürger dieses Staates und auf die Entlastung der Betriebe dieses Staates. Das ist unsere Inszenierung der österreichischen Politik. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Grabher-Meyer: 1990!*)

Mein Gott, der Herr Generalsekretär Grabher-Meyer singt jetzt das Konservativliedchen nach. Es haben ihm wahrscheinlich Blecha und Fischer irgendwann einmal geraten: Wenn dir nichts einfällt gegen die ÖVP, dann nenne sie „konservativ“.

Was heißt konservieren? — Konservieren heißt bewahren. Und jetzt sage ich Ihnen eines, Herr Grabher-Meyer: Wir sind konservativ dort, wo wir Werte bewahren wollen, Errungenschaften bewahren wollen. (*Abg. Dr. Graff: Sehr richtig! — Zustimmung bei der ÖVP.*) Aber, Herr Grabher-Meyer: Diese heutige Steuersystem wollen wir nicht konservieren, da sind Sie die Konservativen! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Graff: Sehr richtig!*) Sie bewahren die heutige an Ausbeutungsgrenzen herankommende Besteuerung. Und das gefällt uns nicht, da wollen wir ändern, da wollen wir reformieren.

Und sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist ja die heutige Situation: Die ÖVP drängt, daß die Steuer reformiert wird, Sie wollen es nicht, und dann kommen Sie und sagen, wir seien konservativ. Ich glaube, schlagender und anschaulicher kann man diesen wirklich einfältigen Konservativismuswurf nicht entlarven, als Sie es heute getan haben. Wir wollen ändern, wir wollen reformieren, Sie wollen bewahren. Und wir sind die Konservativen? (*Beifall bei der ÖVP.*)

— Meine Damen und Herren! Der geschätzte Herr Professor Nowotny sagt: Ja unter Zeitdruck kann man das nicht behandeln.

Unter Zeitdruck? — Wissen Sie, wann die Regierungserklärung abgegeben wurde, in der von einer Steuerreform gesprochen wurde? — Vor mehr als einem Jahr. Und Sie haben dieses Jahr nicht genützt. Vielleicht haben Sie es unter Umständen für irgendwelche Auseinandersetzungen oder Konflikte genützt, wir haben diese ja wahrgenommen. Jedenfalls haben Sie ein kostbares, wertvolles Arbeitsjahr verstreichen lassen, ohne das deklarierte Vorhaben der Bundesregierung,

Dr. Kohlmaier

die Steuerreform, zu verwirklichen. Wir drängen, und Sie sagen uns: Ja unter Zeitdruck kann man das nicht machen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hätten Sie das Projekt einer Steuerreform sofort angegangen, ernsthaft, sachlich bemüht, auch in Gesprächen mit den anderen Fraktionen, dann könnten Sie heute viel weiter sein. Sie stehen heute dort, wo Sie vor mehr als einem Jahr gestanden sind, ja eigentlich weiter zurück, weil Sie das Vorhaben haben fallenlassen, und wenn wir drängen, kommen Sie und werfen uns Zeitdruck vor.

Meine Damen und Herren, absurder kann man eigentlich da nicht argumentieren, als Sie es getan haben. Die Zeit drängt, nicht nur die ÖVP. (*Abg. Dr. Nowotny: Ihr habt ja nichts Vernünftiges vorgelegt, was verhandlungsfähig gewesen wäre!*) Herr Abgeordneter Nowotny, das Steuerproblem ist drängend geworden, von der Sache her. Uns drängen die Wähler und die Menschen, und die Betriebe drängen uns. Und wenn wir hier drängen, wissen wir, daß wir drängen im Namen aller, die heute mit diesem Steuersystem nicht mehr zufrieden und einverstanden sind, und da drängen wir gerne. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vor kurzem sagte Gewerkschaftspräsident und Kollege Benya: Ja da wird keine die Inflation abgeltende Lohnerhöhung, Gehaltserhöhung in nächster Zeit drinnen sein. Nun muß man als vernünftig denkender Mensch und auch als Gewerkschafter einsehen, daß die heutige Zeit eine maßvolle Lohnpolitik zur Verteidigung der Hartwährung braucht, dem muß man im Prinzip irgendwo Rechnung tragen, aber diese Lohn- und Gehaltserhöhungen, die die Inflation nicht einmal abdecken, werden bei Durchschnittsverdienern zu einem Drittel durch die Progression weggesteuert. Und das ist die Situation, die wir gerade als Arbeitnehmer unerträglich finden (*Beifall bei der ÖVP*), nämlich daß heute der Wohlstand, die Einkommen der Arbeitnehmer in eine Zangenbewegung geraten sind, durch eine Einkommenspolitik, die nicht mehr mitkommt, und durch eine Steuerbelastung. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen dienen nicht einmal zur Kaufkraftsicherung, sie werden zu einem Drittel und mehr wegsteuern.

Drängt da die Zeit nicht? Schreit da nicht alles nach einer Entlastung der Steuerzahler, weil wir sonst nämlich auch die Kaufkraft abwürgen werden, und das ist das Schlechte

ste für den Aufschwung, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Professor Nowotny hat hier ein Plädoyer für die Arbeitnehmer versucht und dabei auch, ähnlich wie Grabher-Meyer mit seinem Konservatismus-Exkurs, wirklich in die unterste Lade gegriffen: Das ist nur unternehmerfreundlich.

Herr Professor Nowotny, darf ich Sie an etwas erinnern? Die Österreichische Volkspartei hat, als sie allein regiert hat, Wirtschaftswachstumsgesetze in diesem Haus gegen die Opposition SPÖ mit der Begründung durchgesetzt, steuerliche Entlastung der Betriebe schafft Wohlstand. Sie haben damals gegen diese Wirtschaftswachstumsgesetze mit aller Vehemenz argumentiert, mit dem Argument, das Sie heute verwendet haben: das sind Unternehmergeschenke.

Was war der Erfolg? — Die SPÖ-Alleinregierung hat eine gigantisch wachsende Wirtschaft, hohen Wohlstand und gefüllte Kassen übernommen, meine Damen und Herren. Und das sind immer noch die besten Voraussetzungen für eine Arbeitnehmer- und Sozialpolitik! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Von diesen „Unternehmergeschenken“ Wirtschaftswachstumsgesetze hat die Regierung Kreisky jahrelang gelebt. Jetzt sind die Kassen allerdings leer, und jetzt können Sie den Menschen weder gerechte Steuern noch gerechte Einkommen geben. Aber gegen die Vorschläge der ÖVP wehren Sie sich!

Gerade wir als Arbeitnehmer in der ÖVP wissen, daß die Voraussetzung für hohe Einkommen und für Sozialleistungen gesunde, leistungskräftige Betriebe sind, und deswegen haben wir bewußt auch als Arbeitnehmer die erste Phase Stärkung der Betriebe vorgezogen. Denn heute wissen die vernünftigen Menschen in den Betrieben, auch die vernünftigen Betriebsräte, daß die Gesundheit, die Leistungsfähigkeit, die Ertragskraft des Betriebes die einzige Voraussetzung für steigende Löhne und Arbeitnehmereinkommen ist. Und dem trägt das Steuerkonzept der ÖVP Rechnung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich sage Ihnen auch ganz offen, wenn ich hier als Arbeitnehmer in der ÖVP gesprochen habe: Wir halten es nicht so, daß wir Interessenvertretungen von der Partei her knechten oder Parteien von Interessenvertretungen knebeln. Ich sage Ihnen unumwunden, daß weder der Standpunkt des Herrn Generalsekretärs Dr. Kehrer noch der Standpunkt des

Dr. Kohlmaier

Herrn Landesrates Trauner mit dem der Österreichischen Volkspartei übereinstimmt (*Beifall bei der ÖVP — Zwischenrufe bei der SPÖ*), sondern hier haben sich gesetzliche Interessenvertretungen, die ihre Mitglieder zu vertreten haben, artikuliert. Das ist ihr gutes Recht, das wir immer verteidigen werden, meine Damen und Herren: das Recht von Interessenvertretungen, parteiungebunden im Interesse der Mitglieder reden zu können. Nur haben wir keinen Grund, Äußerungen von Interessenvertretungen als Parteipolitik zu übernehmen.

Ich sage Ihnen hier klipp und klar, und das müßte eigentlich in Form einer tatsächlichen Berichtigung bestehen: Als das Steuerreformkonzept der ÖVP verabschiedet wurde, hat die Bundesparteileitung der ÖVP einschließlich der Kollegen des Wirtschaftsbundes ausdrücklich beschlossen, daß der 13. und 14. Monatsbezug unangetastet zu bleiben haben. Das gilt für die Politik der Österreichischen Volkspartei, und das möchte ich hier mit gebührender Klarheit zum Ausdruck bringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eine gesetzliche Interessenvertretung muß für ihre Mitglieder da sein. Ich hoffe, daß das auch für die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer in Zukunft immer so gelingen möge, wie es für die Selbständigeninteressenvertretungen selbstverständlich ist. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{10.43}

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Teschl.

^{10.43}

Abgeordneter **Teschl** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es wird wahrscheinlich in diesem Hohen Haus, in dieser Volksvertretung niemanden geben, der vom Grundsatz her nicht der Auffassung ist, daß das österreichische Steuerrecht, das ja jahrzehntelang in seinen Grundsätzen, in seinen Grundlagen besteht — mehr als sieben Jahrzehnte —, an sich den heutigen Wirtschaftserfordernissen in allen Bereichen der Wirtschaft, aber auch im Bereich der Selbständigen und Unselbständigen im Detail angepaßt werden soll und reformiert werden müßte.

Das heißt, von diesem Grundsatz her gäbe es die Möglichkeit, in einer so diffizilen und heiklen gesellschaftspolitischen wie wirtschaftspolitischen Frage, wie es das Steuerrecht in seiner Gesamtheit darstellt, einen Konsens auf breiter Ebene in allen politischen Lagern zu finden.

Ich möchte nicht von vornherein die Behauptung aufstellen, daß die Steuerreformvorschläge der ÖVP in allen ihren Punkten unannehmbar oder nicht diskussionsfähig wären. (*Bravo-Rufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Mock: Das ist korrekt! — Abg. Dr. Graff: Irgend etwas müssen Sie ja daran finden!*) Jedoch muß ich folgendes feststellen — ich habe die Rede Ihres Parteiobmannes Mock genau beachtet —: Er hat in einem Punkt den Klubobmann der Sozialistischen Partei zum Beispiel beschuldigt, daß wir durchsichtige Methoden anwenden.

Wie sieht nun jetzt Ihr Steuerkonzept einerseits und wie sehen allen anderen politischen und wirtschaftlichen Forderungen, die Sie in jüngster Zeit und in diesem Jahr vorgebracht haben, aus?

Wenn ich sagte, daß Ihre Vorschläge nicht samt und sonders abzulehnen sind, sondern daß sie wert sind, betrachtet und in Betracht gezogen zu werden, Sie uns andererseits durchsichtiger Methoden beschuldigen, dann wiederhole ich das, was Abgeordneter Nowotny schon sagte: In 44 Punkten seit 1. Dezember 1983, also noch nicht einmal ein volles Jahr, in 44 Punkten und 22 Anträgen in diesem Hohen Haus Forderungen zu erheben, die mehr als 30 Milliarden Schilling kosten, und auf der anderen Seite, vielleicht doch aus populistischen Gründen, schnell noch jetzt vor der Budgetdebatte von Steuerreformen zu sprechen, die durchaus vom Prinzip her behandelt werden sollten, das ist Durchsichtigkeit: Für 30 Milliarden Schilling — in etwa dieser Größenordnung schätzen es seriöse Fachleute — Forderungen noch und noch zu stellen für einzelne Gruppen Ihrer Interessenvertretungen, die Sie haben, also Pressure groups, und auf der anderen Seite hier den Versuch einer seriösen Steuerdebatte zu unternehmen.

Dieser Widerspruch ist genauso durchsichtig und eigentlich politisch nicht anständig. Ich habe den Eindruck, daß Sie schnell noch vor der Budgetdebatte, die uns ins Haus steht, deshalb gestern und heute diese Diskussion vom Zaun gebrochen haben, weil eine Reihe von Zeitungen, die Ihnen besonders nahe stehen, nach der Regierungsumbildung gemeint haben, die ÖVP sei sprachlos geworden. Und um diese Sprachlosigkeit zu beseitigen, kommen Sie jetzt mit Reformvorschlägen, die vom Grundsatz her diskussionswürdig sind, aber in ihrer Umsetzung die Budgetbemühungen völlig durcheinanderbringen wollten. Das ist Durchsichtigkeit, meine Herren! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Zwei Jahre haben sich hervorragende Fach-

Teschl

leute nicht nur aller Couleurs, sondern der verschiedensten Wirtschaftsgruppierungen dieses Landes und die Interessenvertretungen der unselbständigen Erwerbstätigen in einer großen Steuerreformkommission um Lösungsvorschläge bemüht. Auch diesen hervorragenden Köpfen, die darunter waren, ist es nicht gelungen, in diese Vielzahl von Vorschlägen, die sie ausgearbeitet haben, eine integrative Aussage zuwege zu bringen, die in ein neues Steuersystem umsetzbar wäre.

Und nun sagen Sie, Herr Dr. Mock, daß die Regierungserklärung von einer raschen Steuerreform sprach. Ich kann hier mit Fug und Recht feststellen, daß diese Regierung nicht säumig geworden ist. Denn wenn es gelingen sollte, in dieser Legislaturperiode noch eine große Steuerreform zustande zu bringen, womöglich in breitestem Konsens aller hier vertretenen Parteien, dann ist eine rasche Steuerreform gelungen.

Sie wissen viel besser, als Sie es hier zugeben, daß eine Steuerreform, eine große Steuerreform — ich will das Wort aus zwei Gründen hier nicht interpretieren —, die in alle Gesellschaftsgruppierungen unserer Bevölkerung eingreift, natürlich Differenzen entstehen läßt, die auch politisch vertreten werden müssen, und zwar nicht nur von der Regierungspartei, sondern auch von Ihnen. Sie können sich um diesen Ausgleich nicht drücken, indem Sie im Parlament mit Vorschlägen kommen, die einerseits zusätzliche Forderungen an das Budget von mehr als 30 Milliarden stellen, und auf der anderen Seite von der Notwendigkeit sprechen, eine Entlastung der Wirtschaft, eine Entlastung der unselbständigen Erwerbstätigen vorzunehmen, ohne daß Sie die Bedeckung für das Budget in Erwägung ziehen, und gleichzeitig — wir werden es ja noch zur Genüge hören — einer Budgetsanierung das Wort reden, wie es ja in den letzten Wochen schon geschehen ist.

Das ist der parteipolitische Widerspruch, der hier aufgezeigt werden muß, und dem können wir uns nicht unterwerfen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Als einer der Vertreter der unselbständigen Erwerbstätigen im Rahmen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und mit Steuerfragen Befasster darf ich sagen, daß natürlich der große Bereich der unselbständigen Erwerbstätigen in die gesamte Steuerpolitik bei einer großen Steuerreform mit einbezogen werden muß, und ich gebe zu, daß zwischen den Ausnahmebestimmungen des geltenden Steuerrechtes einerseits und den Grenzsteuer-

sätzen andererseits eine Diskrepanz entstanden ist, die im weitesten Sinne des Wortes zu Steuerungerechtigkeiten führt.

Diese Regierung hat aber, weil von Versäumnissen die Rede war, es als erstes als notwendig erachtet, bei der Budgeterstellung des Jahres 1984 für die Wirtschaft Voraussetzungen zu schaffen, die, falls ein Aufschwung käme, es auch der Wirtschaft ermöglichen, an diesem Aufschwung aus eigener Kraft heraus mitzuwirken, damit er verstärkend wirkt.

Zur Realität der derzeitigen Wirtschaftssituation unseres Landes ist nachweisbar festzustellen, daß die Absicht dieser Bundesregierung, mit der Budgeterstellung für das Jahr 1984 einerseits eine Budgetsanierung einzuleiten, jedoch andererseits wirtschaftsfördernde Maßnahmen zu treffen, voll gelungen ist. Und das war noch wichtiger als rasch, rasch zu Steuerreformplänen zu kommen. Ich glaube, daß es richtig war, diesen Weg zu gehen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir gehen einer großen Steuerreformkommission nicht aus dem Weg. Sie ist notwendig und für alle Bevölkerungsgruppen erforderlich. Es muß aber die Seriosität in vorderster Linie stehen, und es muß mit den Wünschen und Erfordernissen, die an den Staat gerichtet werden — die gerade aus Ihren Reihen in hohem Maß an den Staat gerichtet werden, obwohl Sie immer davon reden: weg von mehr Staat — in Einklang stehen, somit mit dem, was zwischen den großen Gruppen der selbständig Erwerbstätigen einerseits und der unselbständig Erwerbstätigen andererseits im Rahmen des sozialen Ausgleichs möglich ist.

In diesem Sinne sehen wir eine große Steuerreform, und in diesem Sinne werden die Regierungsparteien vorgehen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 10.53

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Steidl.

10.53

Abgeordneter Dr. Steidl (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Teschl, Sie unterschätzen die Reaktionsfähigkeit der Österreichischen Volkspartei gewaltig, wenn Sie meinen, die Regierungsumbildung hätte sie sprachlos gemacht. *(Abg. Dr. Schranz: Lesen Sie die Zeitungen! — Abg. Teschl: Ihre Zeitungen!)*

Die Regierungsumbildung, meine Damen und Herren, hat uns in Erstaunen versetzt,

Dr. Steidl

weil sie viel zuwenig umfassend war. Es war noch eine Reihe sozialistischer Regierungsmitglieder, die ausgewechselt gehört hätten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es wäre sicherlich für die Förderung beispielsweise der Land- und Forstwirtschaft gut gewesen, einen neuen Landwirtschaftsminister einzusetzen, der mehr Verständnis für die Anliegen der Land- und Forstwirtschaft hat. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Die Regierungsumbildung hat uns zweitens in Erstaunen versetzt, weil wohl neue Gesichter auf der Regierungsbank aufgetaucht sind, aber der alte Weg fortgesetzt wird; der sozialdemokratische Weg wird weitergegangen, dieser falsche Weg. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Hobl: Wir sind ja Sozialdemokraten, daran ändert sich nichts!)*

Meine Damen und Herren! Es wird der Vorwurf gemacht, daß wir sozialistische und freiheitliche Fraktion unter Zeitdruck setzten. Ja, ich frage Sie: Wer hat Sie denn daran gehindert, die Ankündigung in der Regierungserklärung zu realisieren? Wer hat Sie daran gehindert, an die Arbeit zu gehen und ein Steuerreformkonzept auszuarbeiten, das Sie angekündigt haben? Wir wären jederzeit gesprächsbereit gewesen, mit uns hätten Sie darüber immer reden können.

Wir haben bereits Anfang Juli einen Antrag gestellt, den Finanz- und Budgetausschuß für permanent zu erklären, um die Arbeiten an unserem Steuerreformkonzept fortzusetzen. Sie haben diesen Antrag abgelehnt. Sie sind schuld daran, wenn wir nun drei Monate ohne Arbeit an diesem Steuerreformkonzept haben verstreichen lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Machen Sie uns deshalb jetzt nicht den Vorwurf, Sie unter Zeitdruck zu setzen.

Weil der Herr Staatssekretär sich dann noch zu Wort melden wird und sicherlich wieder das Argument des Professors Nowotny wiederholen wird, daß Steuerreform und Budgetsanierung, so wie die Österreichische Volkspartei sie versteht, im Widerspruch stünden: Ich kann Sie beruhigen, Herr Staatssekretär! Reden Sie nicht immer von der dritten Stufe, reden Sie einmal von der ersten Stufe. Wir wollen, daß jetzt dringendst über die erste Stufe gesprochen wird, weil darin jene Maßnahmen enthalten sind, die notwendig sind, um den aus dem Ausland stammenden Wirtschaftsaufschwung durch innerösterreichische Maßnahmen zu verstetigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese erste Reformstufe, Herr Staatssekre-

tär und Herr Professor Nowotny, kostet 2,5 Milliarden Schilling. Es kann mir niemand in diesem Hause sagen, daß weniger als 1 Prozent der Einnahmen geeignet wären, die Budgetsanierung zu verhindern. Im Gegenteil: Damit, daß wir die erste Reformstufe bereits zum 1. Jänner 1985 realisieren, geben wir wirtschaftliche Anstöße, erreichen wir, daß die Wirtschaftsbelebung vorangetrieben wird, daß dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden, daß mehr Umsätze getätigt werden und so, Herr Staatssekretär, für das Budget wieder Mehreinnahmen erreicht werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn Sie, Herr Professor Nowotny, Widersprüche zu erkennen glauben in Aussagen von Generalsekretär Dr. Schüssel, dann kann ich Ihnen folgendes sagen: Diese Aussagen basierten auf dem bestehenden Steuergesetz. Wenn wir jetzt eine Veränderung der Investitionsbegünstigungen haben wollen, dann ist das nach einem neuen Konzept.

Wir wollen mehr indirekte Förderung, wir wollen weniger Eingriff des Staates, wir wollen es dem Unternehmer überlassen, welche Investitionen er für richtig hält, und nicht, daß er gezwungen wird, an staatliche Stellen heranzutreten, nachzuweisen, ob das jetzt im einzelnen günstig ist oder nicht.

Vertrauen Sie doch den Unternehmen! Sie haben ja in den vergangenen Jahren durch ihre Flexibilität, durch ihren ganz besonderen persönlichen Einsatz bewiesen, daß sie besser als große Betriebe in der Lage waren, die Rezession zu überbrücken. Ihre Flexibilität hat dazu beigetragen, daß sie Arbeitsplätze nicht nur gesichert, sondern neu geschaffen haben.

Wo, glauben Sie, meine Damen und Herren, stünden wir heute, wenn wir nicht diese Klein- und Mittelbetriebe gehabt hätten, die gerade in diesen schwierigen Zeiten die Wirtschaft noch einigermaßen in Gang gehalten haben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es geht uns jetzt doch darum, daß wir den Konjunkturaufschwung, der momentan nur auf zwei Beinen steht — nämlich auf der Exportkonjunktur und auf dem Lageraufbau —, daß wir diese Konjunktur durch die wesentliche Konjunkturkomponente bereichern, nämlich um die Investitionskonjunktur.

Wir brauchen Ausrüstungskonjunktur, und dazu dienen in erster Linie diese steuerlichen Maßnahmen. Wir wollen diese Investitionsför-

Dr. Steidl

derung in einem erhöhten Ausmaß, damit die Klein- und Mittelbetriebe wieder Mut und Anreiz bekommen, zu investieren. Wir wollen, daß sie mehr Eigenkapital schaffen können, damit sie wieder kreativ und innovativ tätig werden können. Denn nur ein Betrieb, Herr Professor Nowotny, der über eine gewisse Eigenkapitaldecke verfügt, ist in der Lage, Risiken zu übernehmen, und Innovationen bedingen ja immer Risiken. Wir sollten diesen Betrieben dazu verhelfen, daß sie eben wieder mehr Eigenkapital bilden können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber die Unsicherheiten, die Sie heute in der Wirtschaft bieten, sind nicht dazu angetan, die Unternehmer zu ermutigen, sie dazu zu bringen, wieder in dem Ausmaß schöpferisch tätig zu sein, wie es in Zeiten der ÖVP-Regierung der Fall war. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Es ist ja nicht so, daß die SpARBuchsteuer unbedingt notwendig wäre, um das Budget zu sanieren. Es ist nicht so, auch wenn es der Herr Generalsekretär Grabher-Mayer so dargestellt hat, daß gestern ein falsches Stück inszeniert worden wäre. Lesen Sie doch den Titel des heutigen „Kurier“ — nicht vom Fußballspiel —: „88 Prozent der Österreicher halten Zinsensteuer für ungerecht.“

Meine Damen und Herren! Was Sie jetzt wieder mit der Zinsensteuer machen, das ist doch eine weitere Verunsicherung jener Sparer, jener kleinen Sparer, die nicht in der Lage sind, sich auf dem Anleihemarkt zu bedienen. *(Abg. Dr. Graf: Eine Debatte entfesseln, ohne daß man weiß, was man will!)* Sie haben den Anleihemarkt ruiniert. Die jetzigen Maßnahmen, meine Damen und Herren, sind nicht dazu angetan, den Anleihemarkt wieder in Gang zu bringen, selbst wenn Sie die SpARBuchsteuer beziehungsweise ZEST dafür abschaffen.

Sie müssen sich auch Gedanken darüber machen, wie Sie den Sparermarkt in Ordnung bringen, und dazu wird es auch nicht genügen — das kann ich Ihnen sagen —, die SpARBuchsteuer abzuschaffen, sondern es werden wahrscheinlich steuerfördernde Maßnahmen notwendig sein, um dem Sparer wieder Vertrauen zu geben, um ihn wieder zu animieren. *(Abg. Dr. Nowotny: Zusätzliche Steuerausfälle? Sie steigern sich immer mehr! — Abg. Dr. Graf: Das 85er Budget wird überhaupt nicht berührt!)*

Herr Professor Nowotny, ich meine, diese

Forderungen sind einfach notwendig, um einen so wichtigen Teil unserer Wirtschaft nicht noch weiter zu ruinieren, wie Sie es mit Ihren Maßnahmen getan haben. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Wille: Wie hoch sind denn die Einlagen bei den Bankinstituten gegenwärtig?)*

Die Zuwächse sind nicht mehr so hoch, Herr Klubobmann Wille, wie in den vergangenen Jahren. Und wenn Sie mit den Sparern reden — und Sie kommen ja sehr viel mit diesen Sparern zusammen —, dann werden Sie hören, wie verunsichert sie sind und wie sie sich vielfach nicht trauen, ihre Gelder wieder in die Banken zu legen. *(Abg. Wille: Aber die verunsicherten Sparer haben wieviel auf die Banken gelegt? Sagen Sie das einmal!)* Es geht darum, daß die Sparer ... *(Abg. Wille: Wieviel haben sie hineingelegt?)* Herr Klubobmann Wille, ich bin kein Vertreter der Banken, sondern die Österreichische Volkspartei vertritt in erster Linie die kleinen Sparer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei steht dieser wirtschaftlichen Entwicklung nicht passiv gegenüber. Sie will durch Offensivmaßnahmen der Wirtschaft wieder Mut machen, sie will gestaltend jene langfristigen Rahmenbedingungen schaffen, die den Wirtschaftsaufschwung verstetigen.

Meine Damen und Herren! An der Österreichischen Volkspartei als der größten politischen Kraft in diesem Lande kommen Sie nicht mehr vorbei. *(Beifall bei der ÖVP. — Ironische Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ.)* Je früher Sie den notwendigen Kurswechsel mit der Österreichischen Volkspartei mitmachen, umso eher wird es gemeinsam möglich sein, die Probleme des Wirtschaftswachstums und der Budgetsanierung in Angriff zu nehmen. Die Österreichische Volkspartei fordert Sie auf, meine Damen und Herren, sofort mit dieser Arbeit zu beginnen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 11.03

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Staatssekretär Bauer. Ich erteile es ihm.

11.04

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dkfm. Bauer: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich möchte versuchen, auf die bisherigen Debattenredner sehr ernsthaft und sachlich einzugehen, und bitte Sie sehr höflich, zu diesem Zweck ein wenig weiter ausholen zu dürfen, ohne Sie über Gebühr zu strapazieren, damit ich den Gesamtzusam-

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dkfm. Bauer

menhang, auf den es mir ankommt, klarlegen kann.

Hohes Haus! Die Koalitionsregierung hat in den letzten eineinhalb Jahren im Bereich der Finanz- und Budgetpolitik unter anderem folgende zwei Schwerpunkte gesetzt:

Erstens: Wir haben versucht, der Budgetsänierung schrittweise näherzukommen. Das Ergebnis nach zwei Jahren wird, ohne daß ich die Verschwiegenheitspflicht, was das Budget 1985 betrifft, außer acht lasse, so aussehen, daß das Bruttodefizit bei rund — ich muß mich auf ganz globale Richtlinien beschränken — 95 Milliarden Schilling zum zweitenmal eingefroren ist, daß wir nach zwei Jahren eine Reduzierung der Neuverschuldung von mehr als 12 Milliarden Schilling erreicht haben werden und daß wir gleichzeitig das Nettodefizit gemessen am Bruttoinlandsprodukt in einer Zweijahresfrist um mehr als einen Prozentpunkt gesenkt haben werden.

Der zweite Schwerpunkt war der Versuch, Wirtschaft und Konjunktur zur Arbeitsplatzsicherung zu beleben. Wir haben zu diesem Zweck, wie Sie wahrscheinlich wissen, die Gewerbesteuer in drei Etappen abgeschafft — das heißt, das läuft gerade, weil die dritte Etappe ja erst mit 1. Jänner 1986 erreicht sein wird.

Wir haben die Gewerbebetragsteuer nicht unwesentlich verringert. Wir haben die Vermögensteuer für Betriebsvermögen um 10 Prozent reduziert. Wir haben die steuerlichen Begünstigungen für nichtentnommene Gewinne, also für Geld, das im Betrieb zum Investieren belassen wird, nicht unwesentlich verbessert.

Wir haben schließlich die Kreditgebühr bei Umschuldungen abgeschafft. Ich weiß, mehr wäre besser gewesen, aber es ist halt der Budgetrahmen sehr eng. Der Erfolg, oder lassen Sie mich sagen, das Ergebnis, sieht laut Prognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes vom August wie folgt aus — Sie wissen das ja —: Reales Wirtschaftswachstum 3 Prozent, Arbeitslosenrate 4,4 bis 4,5 Prozent, Inflationsrate zwischen 4 und 4,5 Prozent.

Hohes Haus! Ich weiß nicht, ob die Damen und Herren Abgeordneten gestern ferngesehen haben, ob sie die Zeit gefunden haben, heute die Medien zu hören beziehungsweise zu lesen. Wenn Sie, meine Damen und Herren, es getan haben, dann wissen Sie, daß im kommenden Jahr im europäischen Durchschnitt — ich sage: im Schnitt der europä-

schen Industrieländer — mit einer zweistelligen Arbeitslosenrate gerechnet wird. Es gibt Spitzenreiter mit 17, 18, 19 Prozent Arbeitslosenrate. Wir in Österreich werden voraussichtlich bei 4,5 Prozent liegen.

Mich reitet jetzt nicht die Hybris, ich sage nicht, das alles ist Ergebnis der rastlosen Tätigkeit dieser einmaligen Bundesregierung. Sicherlich nicht! Ich weiß schon... *(Rufe bei der ÖVP: Rastlos!)* Rastlos tätigen! „Rastlos tätigen“ habe ich gesagt, „rastlos tätigen Bundesregierung“. *(Heiterkeit.)*

Ich weiß schon, daß das die Summe der Anstrengungen aller unserer Mitbürger ist, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, so falsch können doch die Rahmenbedingungen nicht sein, die die Bundesregierung mit Unterstützung der Mehrheit dieses Hauses gesetzt hat, um dieses außerordentliche Ergebnis zu erreichen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Wenn das so falsch wäre, dann müßten wir ja bei der Arbeitslosenrate über dem internationalen Durchschnitt liegen, mehr Arbeitslose haben und bei den anderen Wirtschaftsdaten drunterliegen, also weniger Wirtschaftswachstum haben. Wir liegen überall, und zwar meist mit beträchtlichem Abstand, bei allen Wirtschaftsdaten im positiven Sinne weit, weit darüber. Also so schlecht kann es nicht sein.

Und wir bemühen uns jetzt im Rahmen der kleinen Steuerreform — oder nennen Sie es „großes Abgabenänderungsgesetz“; darüber zu philosophieren ist müßig, ist es eine kleine Steuerreform, ist es ein großes Abgabenänderungsgesetz — und wir bemühen uns jetzt... *(Abg. Dr. Graf: Wie wär's, wenn Sie sich an die Regierungserklärung halten würden?)* Ja wenn das Ihre größte Sorge ist, wie die Überschrift lautet, dann soll es mir recht sein. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ich komme Ihnen entgegen und ich neige auch dieser Auffassung zu, daß es ein großes Abgabenänderungsgesetz ist... *(Abg. Dr. Graf: Eine große Steuerreform haben Sie versprochen!)*

Wir bemühen uns nun im Rahmen dieser kleinen Steuerreform oder des großen Abgabenänderungsgesetzes 1985, das doch immerhin mehr als 40 Punkte umfaßt, Herr Abgeordneter Graf, diese Politik, diesen Weg dadurch fortzusetzen, indem wir eine ganze Reihe von Maßnahmen zur administrativen Erleichterung in der Bürokratie, in der

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dkfm. Bauer

Staatsverwaltung, aber auch in der Wirtschaft setzen und zum zweiten auch wieder neue steuerliche, materielle Erleichterungen und Verbesserungen bringen.

Ich möchte das Hohe Haus hier nicht allzu lang in Anspruch nehmen, ich darf vielleicht nur 5 oder 6 Punkte herausgreifen — mit Ihrer Genehmigung, Herr Abgeordneter Keimel: Materielle steuerliche Verbesserungen, die steuerfreie Auflösung von Rücklagen gegen Eigenkapital, was bisher nur mit einer Besteuerung von oft 80 Prozent geschehen konnte.

Ein weiterer Punkt: 80prozentige vorzeitige Abschreibung für Umweltschutzinvestitionen bei gleichzeitiger 50 Prozent erhöhter Investitionsprämie für Umweltschutzinvestitionen, Verlängerung des Verlustvortrages auf sieben Jahre, Herr Abgeordneter Keimel.

Fremdenverkehrsvereine, um unsere Fremdenverkehrswirtschaft zu stützen und ihr zu helfen, werden von der Umsatzsteuer befreit beziehungsweise kommen in den begünstigten Satz, je nach dem, was sie wollen. (Abg. Dr. Keimel: Das sind unsere Forderungen seit zwei Jahren!)

Gebührenbefreiungen in verschiedenen Sektoren, Wegfall der Lohnsummensteuer für Klein- und Kleinstbetriebe durch Erhöhung der Freigrenzen und Freibetragsgrenzen um 50 Prozent, Herr Abgeordneter Keimel. Ich weiß, daß Sie das nicht gerne hören, weil es nicht in Ihr Konzept paßt. (Abg. Dr. Keimel: Das sind Teile unserer 44 Forderungen, die Sie uns vorgehalten haben!)

Im Bereich der administrativen Erleichterungen wird es sich, ich greife wiederum nur 5 Punkte heraus... (Abg. Dr. Keimel: Alles Forderungen der ÖVP!) Wollen Sie mir bitte zuhören?

Eine wesentliche Vereinfachung der Umsatzsteuervoranmeldung: Es wird das eigene Formular, das dazu bisher notwendig war — Sie wissen das genausogut oder vielleicht besser als ich, weil Sie in diesem Bereich auch beruflich tätig sind — wegfallen.

Die Kleinbetragsrechnungsgrenze — langjähriger Wunsch der Wirtschaft — wird um 100 Prozent erhöht, von 1 000 Schilling auf 2 000 Schilling gesetzt.

Ich habe zuerst schon gesagt, das sind die materiellen Verbesserungen, jetzt geht es um administrative Erleichterungen.

Dauerlohnsteuerkarte für alle Pensionisten, fünf Jahre Dauer der Lohnsteuerkarte allgemein. Die Gültigkeit von Eintragungen in die Lohnsteuerkarte wird bis zu fünf Jahren möglich sein und Gültigkeit haben. (Rufe bei der ÖVP: Warum mußte Salcher gehen?)

Fragen Sie das bitte den Bundeskanzler, ich habe Salcher nicht entlassen. (Heiterkeit bei der ÖVP.)

Haben Sie geglaubt, ich habe ihn entlassen? (Abg. Dr. Kohlmaier: Hätten Sie ihn?) Herr Abgeordneter Kohlmaier, Sie sind doch schon lange in der Politik tätig, Sie werden doch wissen, daß ich das nicht kann. (Abg. Bergmann: Der Bundeskanzler hat Ihnen nicht gesagt, warum?) Er hat es mir gesagt. (Abg. Dr. Graf: Er hat ein Geheimnis! Dort, wo er reden soll, schweigt er, und dort, wo er schweigen sollte, redet er!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich halte der Opposition zugute — ich habe mich ja, wie Sie wissen, lange in dieser Kunst geübt, und wer weiß, wann ich mich wieder darin üben muß... (Abg. Steinbauer: Demnächst!) Ich weiß, daß das Ihre Wunschhoffnung ist, aber ich nehme an, wenn Sie von der ÖVP so weiter tun, dann bleibt dies lediglich Wunschdenken, wie ich Ihnen jetzt nachzuweisen versuche. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Ich halte der Opposition zugute, daß sie weitergehende Forderungen erhebt, als die Regierungsparteien, die Regierungsfractionen zu realisieren vorhaben. Das ist gutes Recht der Opposition. Ich halte ihr auch zugute — das ist ja auch der Sinn der Opposition —, daß Sie versuchen, unter Umständen auch andere Weichenstellungen, andere Akzente zu setzen. Ich meine nur: All das muß mit Augenmaß geschehen, wenn es realistisch und damit glaubwürdig sein soll.

In diesem Zusammenhang kann ich nicht umhin, dem Hohen Haus eine ganz kurze Liste dessen vorzulegen — kurz deswegen, weil sie nur jene Forderungen enthält —, die die Österreichische Volkspartei in den letzten Tagen und Wochen budgetwirksam erhoben hat.

Ich habe dem Herrn Abgeordneten Steidl — so wie immer — sehr aufmerksam zugehört, ich habe ihm auch mit Genuß zugehört, bis zu jenem Punkt, Herr Abgeordneter Steidl, wo Sie eben gesagt haben... (Zwischenruf des Abg. Dr. Steidl.) Weil ich ja nicht alles für dumm halte, was andere sagen. Ich habe

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dkfm. Bauer

Ihnen also bis zu jenem Punkt genau zugehört, wo Sie gesagt haben, das sind unsere Steuerreformvorschläge der Phase 1, aber gleichzeitig haben Sie nicht umhin können, das zu tun, was auch Ihre Kollegen in den letzten Tagen gemacht haben, und in einem Atemzug haben Sie gesagt: Darüber hinaus fordern wir natürlich auch die Abschaffung der Zinsertragsteuer.

Und jetzt summiere ich auf, Herr Abgeordneter Steidl, und gehe dann auch noch auf Ihren Wunsch ein, mich nur auf die Phase 1 Ihrer Vorschläge zu beschränken. Abschaffung der Zinsertragsteuer. Wie immer man dazu stehen mag, Faktum ist: Sie bringt dem Budget 3,5 Milliarden Schilling.

Abschaffung der Kreditgebühr, die Sie ja genauso fordern, bringt dem Budget 1,2 Milliarden Schilling.

Die Familiensprecherin der Österreichischen Volkspartei, die Frau Abgeordnete Hubinek, hat eine Erhöhung der Familienbeihilfe um 180 Schilling pro Monat per 1. Jänner des Jahres verlangt, das belastet das Budget zusätzlich mit 1,5 Milliarden Schilling.

Die Stufe 1 des Steuerkonzeptes der Österreichischen Volkspartei schaut, was die budgetäre Belastung anlangt, wie folgt aus — ich lese Ihnen jetzt mehr oder minder wörtlich aus jenem Papier vor, das mir von der zuständigen Abteilung des Finanzministeriums, von den Beamten ausgearbeitet wurde, nicht von politischen Mitarbeitern des Hauses, die ich gebeten habe, zur Phase 1 auszurechnen zu versuchen, was das alles kostet beziehungsweise was das bringt —:

Die Phase 1 der Steuerreform laut ÖVP soll eine Erhöhung der steuerlichen Investitionsbegünstigungen um rund ein Drittel bringen. Diese Erhöhung bewirkt einen Steuerausfall von zirka 4 Milliarden Schilling. Die weiteren Bestandteile der Phase 1 — Ermäßigung der Einkommensteuer für Klein- und Mittelbetriebe, Begünstigung der Eigenkapitalbildung, Verdoppelung der steuerlichen Investitionsförderung für Umweltschutzinvestitionen — bedeuten einen weiteren Steuerausfall von rund 2 Milliarden Schilling.

Insgesamt würde somit die Phase 1 der ÖVP-Steuerreform Ausgabenausfälle von mindestens 6 Milliarden Schilling ab 1985 bewirken. Dem steht gegenüber, daß die vorgeschlagene Reduktion der Direktförderung im erwähnten Ausmaß eine Ausgabensparnis von rund 2 Milliarden Schilling bringt.

Das heißt, wenn Sie eine einfache Grundrechnungsart durchführen, daß die Phase...
(*Abg. Dr. Keimel: Das stimmt nicht!*)

Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter Keimel, wenn Sie die Beamten verdächtigen, daß sie nicht rechnen können, wenn Sie die Beamten verdächtigen, politische Geschäfte zu besorgen, dann kann ich Ihnen nicht helfen.
(*Abg. Dr. Keimel: Ich verdächtige Sie!*) Das ist das, was wir aus dem Hause haben.

Sie sagen ja selbst, Herr Abgeordneter Keimel — so weit liegen wir ja gar nicht auseinander —, daß die Phase 1 3 Milliarden kostet, wir kommen auf 3,8 Milliarden. Ist das so eine Riesendifferenz? Daß Sie nach unten hin natürlich den Daumen anhalten, das gestehe ich Ihnen ja zu. (*Abg. Dr. Keimel: Das ist eine Milchmädchenrechnung!*) Herr Abgeordneter Keimel, einigen wir uns von mir aus, das macht ja der Liebe kein Kind. (*Abg. Dr. Keimel: Sie beweisen damit, daß Sie die 40prozentige Investitionsprämie mit null ansetzen!*)

Das macht ja der Liebe kein Kind, ob das jetzt 3,8 oder 3 Milliarden sind, weil es ja nur um die Größenordnung geht. Einigen wir uns also auf 3 Milliarden Schilling, Herr Abgeordneter Keimel. Ich bin immer großzügig der Opposition gegenüber, weil ich weiß, wie hart dieses Brot ist, das Sie da essen müssen.
(*Abg. Dr. Keimel: Die 40 Prozent Investitionsprämie setzen Sie mit null an!*)

Zu diesen 3 Milliarden Schilling der Phase 1 kommen die jüngsten Forderungen des Herrn Bauernbunddirektors Fahrnberger: halber Mehrwertsteuersatz für die Landwirtschaft, Reduzierung der Einheitswerte, Abschaffung der Alkoholsteuer für Wein.

Wenn Sie nur unter diese Forderungen der letzten Tage und Wochen einen Strich ziehen, so kommen Sie auf gut und gerne 10 Milliarden Schilling. Der Herr Abgeordnete Steidl hat diese Liste in seiner Wortmeldung heute um eine weitere Forderung erhöht. Er hat gesagt, man muß auch eine neue Sparförderung ins Auge fassen, um die Spartätigkeit wieder zu beleben. Also neben dem Bausparen, neben dem Prämiensparen, neben dem Lebensversicherungsparen eine neue Förderung der Spartätigkeit.

Ich halte dies — ich bemühe mich, zum Schluß zu kommen, mit Ihrem Einverständnis, wie ich weiß — in Summe, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition — ich sage noch einmal: in Summe —, für

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dkfm. Bauer

weit überzogene, um nicht zu sagen, unrealistische Forderungen, fern der budgetären Möglichkeiten. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.*) Dazu komme ich ja noch. Wenn Sie mir schon das Stichwort liefern, darf ich einen Gedankengang noch dranhängen, Herr Abgeordneter Keimel. Ich gehe Ihnen, um diesen Gedankengang ausbreiten zu können, soweit entgegen, daß ich sage — da man kann auch sagen, jawohl, das würden wir alles machen, koste es was es wolle, —, auch das kann man machen, unter einer Voraussetzung, daß man sagt: Die Sanierung des Staatshaushaltes, die Konsolidierung des Budgets, die Senkung des Defizits ist für uns keine Größenordnung mehr. Wir nehmen von diesem unserem Generalziel Abschied. Wir sagen: Das Defizit kann ruhig, aus welchen Gründen immer wieder erhöht werden. — Dann kann man das machen.

Nur eines kann man sicherlich nicht machen: Man kann nicht jede Woche eine populäre Forderung in Millionenhöhe an das Budget richten, gleichzeitig jedwede Menge von Steuern abschaffen und sozusagen zum Drüberstreuen auch noch in einem Atemzug die Senkung des Defizits noch dazu in einem Ausmaß, das nicht von schlechten Eltern ist, nämlich im Ausmaß von 10 Milliarden Schilling, an einem Tag verlangen. Das hieße Feuer mit Wasser verbinden zu wollen. Das ist noch keinem gelungen, und daher wird es auch Ihnen von der Österreichischen Volkspartei nicht gelingen!

Ob man mit solchen Absichten, solange eben, Herr Abgeordneter Keimel, nicht entsprechende Bedeckungsvorschläge dafür gemacht werden, woher man diese 20 bis 25 Milliarden Schilling nehmen soll, das Parlament dringlich befassen muß, muß ich den Abgeordneten des Hohen Hauses überlassen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 11.22

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Taus. Ich erteile es ihm.

11.22

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage so etwas nicht gern, ich bin ein bißchen verwundert über die Art und Dauer der Stellungnahme des Herrn Staatssekretärs. Ich bestreite Ihnen — ich glaube, ich habe die Geschäftsordnung richtig im Kopf — nicht das Recht, hier das Wort zu ergreifen. Doch es haben, soviel ich weiß, die Herren Klubobleute vereinbart, daß es eine Diskussion über den Fristsetzungsantrag geben soll. Alle Kollegen haben sich an die Redezeit

gehalten, haben zehn Minuten hier gesprochen, und ich würde es als eine Frage des parlamentarischen Komments empfinden, daß sich auch ein Regierungsmitglied, auch wenn es das Recht hat zu reden, an eine derartige Vereinbarung hält. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich bin zweitens darüber verwundert, daß wir hier offensichtlich eine vorweggenommene Budgetdebatte gehabt haben.

Es gibt eine Geschäftsordnungsdebatte über einen Fristsetzungsantrag von uns. Alle Redner haben sich — Herr Kollege, auch die Herren Ihrer Fraktion, soweit ich das mitverfolgt habe, und ich habe den ersten Teil, wobei ich nicht im Saal gewesen bin, aus meinem Zimmer am Lautsprecher gehört — korrekt an das gehalten, was in der Geschäftsordnungsdebatte behandelt werden sollte. Der Herr Staatssekretär hat es der Mühe wert gefunden, sich nicht daran zu halten.

Das ist eine Frage der Disziplin, meine Damen und Herren! Ich möchte eigentlich nicht haben, daß derlei Dinge einreißen. (*Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.*) Regen Sie sich wieder ab! Sie müssen das genauso unangenehm empfinden, wie wir das empfunden haben, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Jetzt zur Sache selbst. (*Abg. Mag. Kabas: Weil er gut war! Das war es! — Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Wir haben ihn sehr gut gefunden!*) Meine Damen und Herren! Es tut der österreichischen Politik, dem österreichischen Parlamentarismus nur gut, wenn es gute Stellungnahmen gibt, gleichgültig von welcher Seite sie kommen. Da sitzen wir alle in einem Boot. Aber es obliegt jedem, zu beurteilen, ob jemand gut oder schlecht war. Ich möchte mich dazu nicht äußern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun zur Sache selbst. Wir haben einen Fristsetzungsantrag gestellt, haben verlangt, eine Diskussion über einen Antrag, der von unserer Fraktion kommt, in diesem Hohen Haus durchzuführen, wobei der Ausgangspunkt zu einer großen Steuerreform oder — um es korrekt zu sagen — zu einer sehr weitgehenden Steuerreform im Regierungsprogramm der Koalitionsregierung liegt.

Meine Damen und Herren! Sie haben die Regierungserklärung beklatscht, ich nehme an, Sie haben sie akzeptiert. In dieser Regierungserklärung steht, daß es eine bedeutende, große, umfassende Steuerreform geben wird. Nun kommt diese Steuerreform nicht. Das ist ein Faktum. Es ist daher das gute Recht und

4894

Nationalrat XVI. GP — 58. Sitzung — 27. September 1984

Dr. Taus

auch die Pflicht der Opposition, ihre Vorschläge vorzulegen, die Vorschläge der Opposition, und eine Diskussion darüber zu verlangen. Niemand erwartet von Ihnen, daß Sie dem voll und ganz zustimmen. Es gehört zum Parlamentarismus und zur Politik in einer Demokratie, daß man sich mit den Vorschlägen der anderen auseinandersetzt (*Beifall bei der ÖVP*), umso mehr, wenn man selber offensichtlich nicht in der Lage oder nicht willens ist, eine eigene Ankündigung durchzuführen. Das ist die Situation, denn immerhin haben Sie einen Finanzminister ausgetauscht. So wunderbar kann das ja alles in Ihrer Finanzpolitik nicht gewesen sein, sonst würde er heute noch auf der Regierungsbank sitzen.

Lassen Sie mich hierzu folgendes sagen. Die Vorschläge der Österreichischen Volkspartei gefährden die Budgetsanierung in keiner Weise. Es ist ein langfristiges Programm, ein zurückhaltendes Programm, und es haben sogar Kollegen von der sozialistischen Seite in der Diskussion durchaus zugegeben, daß man über das eine oder andere reden kann. Etwas anderes bezweckt dieser Fristsetzungsantrag nicht. Den jetzt in Kombination mit budgetpolitischen Versuchen zu bringen, ist eine zweite Frage. Wir werden uns das Budget heuer sehr genau anschauen, meine Damen und Herren. Wir werden sehr genau sehen, ob Sie tatsächlich willens sind, den Weg der Budgetkonsolidierung zu gehen. Aber: Verunsichern Sie nicht, indem Sie ununterbrochen über Dinge reden, sie wieder abblasen, ähnlich wie bei der Zinsertragsteuer! Machen wir diese Diskussion, damit wäre die Politik in Österreich im Interesse einer Rechtssicherheit für die Zukunft gut beraten. Daher stehen wir zu diesem Fristsetzungsantrag, und es wäre sicherlich einmal eine parlamentarische Geste, wenn die Regierungsparteien diesem Fristsetzungsantrag zustimmen würden und einmal darüber diskutieren. Mehr haben wir hier nicht verlangt. (*Beifall bei der ÖVP.*) 11.28

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über den Fristsetzungsantrag ist hiemit geschlossen.

Wie bereits bekanntgegeben wurde, wird der vorliegende Antrag gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung nach Beendigung der Verhandlungen in dieser Sitzung zur Abstimmung gebracht werden.

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über den Forschungsbericht 1984 der Bundesregierung (III-43 der Beilagen) gemäß § 8 des Forschungsorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 341/1981 (313 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gehen nun in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Forschungsbericht 1984 der Bundesregierung.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Mag. Guggenberger. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Mag. Guggenberger: Herr Präsident! Hohes Haus! Der vorliegende Bericht 1984 ist in folgende sechs Abschnitte gegliedert: Lage und Bedürfnisse der Forschung, Finanzierung von Forschung und Entwicklung, Durchführung und Koordinierung von Forschung und Entwicklung, Internationale Kooperation, Wissenschaftliches Informations- und Dokumentationswesen und Anhang. Die dem Bericht der Bundesregierung beigegebenen Berichte des Bundesministers für Bauten und Technik beziehungsweise des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft informieren im Detail über die Lage und Bedürfnisse der Forschung und Entwicklung in den einzelnen Bereichen.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat den gegenständlichen Bericht am 5. Juni 1984 in Verhandlung genommen.

Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Neisser, Seel, Nowotny, Schuster, Ettmayer, Stix, Höchtel und Maria Elisabeth Möst sowie der Bundesminister Dr. Fischer beteiligten, wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht 1984 der Bundesregierung gemäß § 8 des Forschungsorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 341/1981, (III-43 der Beilagen) samt Beilagen zur Kenntnis nehmen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Präsident Mag. Minkowitsch

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Neisser. Ich erteile es ihm.

11.29

Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Forschungsbericht der Bundesregierung, der heute zur Behandlung steht, ist der erste Forschungsbericht, der formal und inhaltlich dem neuen Ressortminister Dr. Fischer zuzuordnen ist. Wir hatten zwar schon am 15. Juni des vergangenen Jahres einen Bericht, den er der Bundesregierung vorgelegt hat, dieser damalige Bericht war aber im wesentlichen noch auf die Arbeit seiner Amtsvorgängerin zurückzuführen.

Ich möchte am Beginn meiner Ausführungen festhalten, daß sich dieser Forschungsbericht in manchen Punkten von den Berichten der vergangenen Jahre unterscheidet, und zwar, wie ich meine, in einem positiven Sinn unterscheidet. Gott sei Dank sind jene Zeiten vorbei, in denen in diesem Bericht der so relevante Bereich der Hochschulforschung mit einer Seite abgetan wurde. Es sind immerhin sieben Seiten in diesem Bericht enthalten, aus denen man einen Überblick über die Forschungsaktivitäten der Universität gewinnen kann. Es ist auch positiv zu vermerken, daß dieser Bericht in manchen Aussagen realistischer und zielorientierter ist, als das in den vergangenen Jahren der Fall war.

Wenn etwa auf Seite 1 des Berichtes vom Nachholbedarf im Bereich der Schlüsseltechnologien gesprochen wird, vor allem was die Finanzierungserfordernisse anbelangt, so scheint mir das doch ein gewisses Maß an Selbstkritik zu sein, das in der Präsentation der vergangenen Jahre nicht zu finden war. Auch inhaltlich meine ich, daß es ein gutes Zeichen ist, wenn erstmals in diesem Bericht die Bedeutung der Förderung eines wissenschaftlich qualifizierten Nachwuchses für Österreich besonders hervorgehoben und als forschungspolitisch vorrangiges Ziel bezeichnet wird.

Ich möchte aber diesen Bericht, meine Damen und Herren, nicht nur von seinem Text her beurteilen, sondern auch in einem größeren Zusammenhang sehen.

Herr Bundesminister! Ihre Amtszeit dauert noch nicht lang. Man kann aber, was die forschungspolitisch anlangt, doch sagen, daß durch manche Ihrer Aktivitäten die forschungspolitische Szene im letzten Jahr etwas lebhafter und etwas dynamischer geworden ist.

Sie haben die Schwerpunktbildung, ein Thema, das von uns in vielen Diskussionen immer gefordert wurde, in der forschungspolitisch insofern realisiert, als Sie die Schlüsseltechnologien, die für Österreichs Zukunft, und zwar sowohl für die Wissenschaft als auch für die Wirtschaft, von essentieller Bedeutung sind, deutlich in den Mittelpunkt gestellt haben durch konkrete Konzepte, etwa im Bereich der Mikroelektronik oder im Bereich der Biotechnologie.

Sie haben darüber hinaus — auch das möchte ich positiv bewerten und für meine Fraktion sagen — einem weiteren Kritikpunkt von unserer Seite, den wir in der forschungspolitischen Diskussion immer vorgebracht haben, Rechnung getragen: Sie haben die sehr allgemeinen forschungspolitischen Konzepte durch etwas konkretere ergänzt. Ich möchte ein Beispiel nennen. Sie haben vor einiger Zeit eine Studie über technisch-wirtschaftliche Innovation präsentiert, die einen sehr konkreten Problem- und Maßnahmenkatalog enthält, auf den ich heute noch einmal zurückkommen werde. Ich betrachte es auch als positiv, daß Sie dem großen Fragenkomplex eines verbesserten Wissens- und Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft besondere Vorrangigkeit gegeben haben, wiewohl ich hier anmerken muß, daß man über das Stadium einer breiteren Diskussion zunächst nicht hinausgekommen ist.

Wenn man die Möglichkeiten eines Wissenschafts- und Forschungsministers in Österreich kritisch untersucht, muß man sich natürlich auch vor Augen halten, daß die Rahmenbedingungen, die ihm seine Zuständigkeit gibt, engere Grenzen setzen. Wenn sich Ihr Ressort auch Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung nennt, so liegt der Schwerpunkt zweifellos auf dem Begriff Wissenschaft. Ein Forschungsminister im eigentlichen Sinn, Herr Bundesminister Dr. Fischer, können Sie von der Kompetenzlage her nicht sein, weil die Forschung doch in sehr wesentlichen Bereichen auf die anderen Ressorts verteilt, ich möchte sagen, zersplittert ist, wenn ich etwa an das Ministerium für Bauten und Technik oder etwa in bezug auf die Agrarforschung an das Landwirtschaftsministerium denke.

Es blieben auch alle bisherigen Versuche, die Forschung administrativ bei Ihnen zu zentralisieren, ohne Erfolg. Ich erinnere an die Diskussion im Zusammenhang mit dem Forschungsorganisationsgesetz, wo wir ursprünglich von einer größeren Konzeption ausgegan-

Dr. Neisser

gen sind, um die ganze Organisation des Bundes zu erfassen. Es ist aber wieder auch nur ein Organisationsgesetz für Ihren Ressortbereich geworden.

Sie haben vom Gesetz her eine Kompetenz, die sehr gut klingt, in der alles, aber auch, offen gesagt, gar nichts drinnen liegt. Sie sind also ein Koordinationsminister für den Bereich der Forschung. Sie haben die Koordination der Forschungsvorhaben des Bundes, Sie haben die Koordination der Planung des Einsatzes von Bundesmitteln zum Zwecke der Forschung. Wenn man diesen Wortlaut ernst nimmt, so ist das eine nicht unbeachtliche Zuständigkeit und würde Ihnen in der Frage der Forschungspolitik des Bundes eine Dominanz einräumen.

Herr Bundesminister! Ich bin Realist genug, ich kenne auch die österreichische Verwaltungswirklichkeit. Der Ressortpartikularismus ist in diesem Lande so ausgeprägt, daß die Koordination ganz kleine Einflußmöglichkeiten gibt, und, mit Verlaub gesagt, ich glaube, es hat sich da auch gegenüber der Amtsphase Ihrer Vorgängerin nicht viel geändert.

Ich meine nach wie vor, daß sich der Bauminister wahrscheinlich von Ihnen in seine Forschungsbereiche nichts dreinreden läßt, obzwar eine kritische Analyse, vor allem auch in der Frage der Effizienz der Bauforschung, der Wohnbauforschung und der Straßenbauforschung in Österreich, durchaus einmal am Platz wäre, noch dazu, wo das Bereiche sind, denen die Forschungsmittel von den Gesetzen her in einem bestimmten Ausmaß gesichert sind. Ich glaube auch nicht, daß sich der mächtige Herr Landwirtschaftsminister in die Forschungspolitik seines Ressorts etwas dreinreden läßt, und ich frage mich, ob diese Koordination auch in den Grundsatzfragen der Innovationspolitik funktioniert.

Wir haben jetzt im Handelsministerium eine neue Innovationssektion, die zumindest von der Geschäftsbeschreibung, von der Aufgabenbeschreibung in der Geschäftseinteilung, eigentlich genau dasselbe macht, was ein sehr wesentlicher Teil Ihrer Forschungssektion zu besorgen hat. Ich möchte daher an Sie die Fragen richten: Wer fühlt sich wirklich hauptverantwortlich für die Innovationspolitik? Gibt es eine Koordination? Gibt es ein abgestimmtes Vorgehen? Ich möchte nicht verhehlen, daß ich von Anfang an eine gewisse Skepsis gegenüber dieser Duplizität der Innovationspolitik gehabt habe.

Meine Damen und Herren! Die positiven Aspekte dieses Berichtes, die für uns auch Motiv sind, daß wir diesem Forschungsbericht erstmals unsere Zustimmung geben, sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es natürlich nach wie vor neuralgische Problemfelder und Problemzonen in der Forschungspolitik gibt.

Lassen Sie mich nur drei Beispiele nennen. Ich erwähne sie nur skizzenhaft, weil die bevorstehende Budgetdebatte Anlaß geben wird, sich im Detail damit auseinanderzusetzen.

Eine Problemzone, Herr Bundesminister, Sie kennen sie auch, ist die Finanzlage der Forschungsförderungsfonds. Sie ist nach wie vor prekär, und ich möchte an Sie heute wieder einmal — das ist schon mehrmals im Zusammenhang mit Diskussionen in diesem Haus geschehen — die Frage richten: Wie stellen Sie sich die weitere Finanzierung dieses doch wichtigen Feldes österreichischer Forschungsförderung vor?

Ich verstehe nicht die Ungewißheit, mit der man die Fonds hier belastet. Dieses System der Forschungsförderung durch zwei Fonds wird von Ihnen, glaube ich, an sich nicht in Frage gestellt. Ich habe eigentlich nie eine Kritik am System gehört, im Gegenteil, wir haben mit der letzten Novelle zum Forschungsförderungsgesetz sozusagen in die Organisation der Forschung noch eine verstärkte sozialpartnerschaftliche Struktur hineingebracht.

Wenn man das System nicht in Frage stellt, muß man sich bei allem Verständnis für eine gespannte budgetäre Situation doch einmal auch von der forschungspolitischen Seite her klar werden: Wie soll das weitergehen? Die Klagen der Fonds und der für die Fondsführung Verantwortlichen lassen ja hier nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig.

Ich erinnere daran, daß der Präsident des Forschungsförderungsfonds für die wissenschaftliche Forschung schon vor zwei Jahren in einer Pressekonferenz gesagt hat: Wir haben erstmals 60 Prozent der eingereichten Projekte ablehnen müssen. Eine hundertprozentige Steigerung im Vergleich zum Vorjahr. Das bringt uns in eine sehr ernste Lage.

Sie wissen genauso wie ich, daß diese Fonds seit Jahren nur mehr in der Lage sind, ihre jährliche Finanzierungsbedürfnisse dadurch zu befriedigen, daß sie jedes Jahr einen zumindest 50prozentigen Vorgriff auf

Dr. Neisser

das nächste Jahr machen. Das kann man von einem Jahr zum anderen machen. Man kann es auch zwei, drei Jahre machen. Aber eines Tages wird wahrscheinlich diese Form der Finanzierung nicht mehr funktionieren. Und daß es sich hier nicht um etwas handelt, was sozusagen eine finanzielle Förderung von Randbereichen ist, läßt sich auch dadurch exemplifizieren — auch darauf wurde von den Fonds hingewiesen —, daß beispielsweise in dem Fonds für die wissenschaftliche Forschungsförderung rund 900 Arbeitsplätze gesichert werden.

Es ist zu begrüßen, daß es durch Sonderaktionen, wie etwa durch die Oesterreichische Nationalbank, gewisse Erleichterungen gibt, Herr Bundesminister, aber ich glaube, Sie kommen über die Frage nicht hinweg: Wie soll das mit der Finanzierung weitergehen?, wenn Sie vom Budget her nicht in der Lage sind, in den nächsten Jahren das den Fonds zu geben, was sie als Minimalbedarf jedes Jahr geltend machen. Und dieser Minimalbedarf ist immer deutlich über dem, was dann realistisch im Budget drinnen steht. Ich glaube, da muß man mit den Fonds einmal reden, daß sie überhaupt ihre Strategie ändern und unter Umständen auch ihre Kapazität reduzieren.

Es soll in Anbetracht auch unserer Zustimmung nicht verschwiegen werden, daß in den Rechenschaftsberichten der Akademie der Wissenschaften zunehmend auf die zum Teil prekäre finanzielle Situation hingewiesen wird; eine Klage, die uns auch über den Bereich der Forschungspolitik hinaus nicht gleichgültig sein kann, weil es sich bei der Akademie der Wissenschaften immerhin um eine Institution handelt, die für das internationale Ansehen Österreichs in der Welt der Wissenschaft und Forschung relevant ist.

Letztlich, meine Damen und Herren, soll man anlässlich dieses Berichtes natürlich nicht verschweigen, daß auch die Universitäten vor allem als Forschungsstätten unter dem Problem der Knappheit der finanziellen Mittel zu leiden haben. Es ist einfach eine Tatsache, daß das, was jährlich im Budget den Universitäten vom Staat für Unterrichts- und Forschungserfordernisse gegeben wird, nicht für diesen Zweck verwendet wird. Spätestens im Rechnungsabschluß sehen Sie genau, daß unter diesem Titel ein Teil des laufenden Betriebsaufwandes abgegolten wird.

Es ist eine Tatsache, meine Damen und Herren — auch das kann man nicht verschweigen —, daß die Bibliotheken heute zum

Teil in einer finanziellen Krise sind, die wahrscheinlich kaum mehr aufholbar ist. Man muß sich hier wirklich die Frage stellen: Ist eine wirksame Forschung in einer Forschungseinrichtung wie der Universität überhaupt möglich, wenn es diese grundsätzlichen strukturellen Mängel im Bereich der Bibliotheken gibt? Herr Bundesminister, auch hier, glaube ich, wäre unabdinglich ein Mängelkatalog dieses Bereiches zu erstellen und möglichst bald zumindest ein Schwerpunktprogramm zu realisieren.

Und ich frage mich weiter — auch das betrifft die Finanzsituation —: Gibt es bei den Universitäten jene Schwerpunktsetzung, die gerade eine zukunftsorientierte Forschungspolitik braucht? Ist es nicht diesem Grundsatz und diesem Gedanken entgegengesetzt, daß beispielsweise die Universität für Bodenkultur, die von ihrer Forschungsstruktur her geradezu ideal geeignet ist, für die forschungspolitischen Grundsatzfragen der Zukunft wesentliche Beiträge zu leisten, für die Ökologieforschung etwa, eher permanent finanziell in Engpässen ist und Schwierigkeiten hat?

Ich glaube — damit hängt es auch zusammen, und ich bedaure es sehr —, daß die Universitäten selbst viel zu wenig über ihren Stellenwert in der Forschung und über ihre Forschungsfunktion diskutieren. Bitte, ich kenne natürlich nicht alle Auseinandersetzungen in den Universitätsgremien, aber mir ist eigentlich keine Diskussion in den Universitäten selbst bekannt, die auf das Grundsätzliche geht.

Man weiß auch warum — Herr Kollege Seel, Sie wissen es auch —: Wenn ein Fakultätskollegium wie das der Wiener medizinischen Fakultät 250 Mitglieder hat und dann in einer Sitzung 30 oder 40 Tagesordnungspunkte abgehandelt werden müssen, so ist es ja nahezu selbstverständlich, daß für grundsätzliche Überlegungen über forschungspolitische Perspektiven aus den Universitäten heraus wenig Zeit zur Verfügung steht.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auf die Fülle dieses Berichtes und der angeschlossenen Berichte nicht eingehen. Ich möchte nur zwei grundsätzliche Perspektiven herausgreifen und behandeln. Der erste Gesichtspunkt ist die Forschungssituation an den österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen, und ein zweites grundsätzliches Problem ist das Problem der Verbindung, der verbesserten Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Dr. Neisser

Für mich scheint die Frage, inwieweit unsere Universitäten in der Lage sind, ihrer Forschungsaufgabe gerecht zu werden, von einer ganz essentiellen Bedeutung, weil auch das Bild der zukünftigen Universität für mich untrennbar verbunden ist mit dem Grundgedanken der Lehre und der Forschung. Und eine Universität, die nicht mehr die Freiheit und die materielle Basis für eine ausreichende Forschung hat, ist keine Universität mehr. Die Gefahr, daß wir uns zunehmend in die Entwicklung begeben, daß die Universitäten Fachhochschulen werden, ist nicht von der Hand zu weisen.

Wir sollten auch die Klagen, wenn sie vielleicht auch manchmal drastisch formuliert worden sind, die aus Universitätskreisen kommen, daß die Forschung eine Restgröße geworden ist, daß für viele Universitätslehrer die Forschung eigentlich nur mehr ein Hobby ist, zumindest ernst nehmen. Ich glaube, daß die Universitäten im Bereich der Forschung nach wie vor eine unverzichtbare Funktion in der Grundlagenforschung haben, und ich möchte auch besonders betonen, daß die Universitäten Forschungsstätten für Bereiche sind, die in der öffentlichen Diskussion ein bißchen zu kurz kommen. Es ist einfach in der permanent intensiven Diskussion über den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Wissenschaft bedingt, daß all diese Problemfelder in erster Linie die naturwissenschaftlichen, die technischen und die sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studienrichtungen betreffen.

In dieser Entwicklung liegt eine gewisse Gefahr, daß die Geisteswissenschaften eigentlich schon im Bewußtsein verdrängt und mit den Universitäten gar nicht mehr assoziiert werden. Ich glaube, man sollte auch im Rahmen einer Forschungspolitik manchmal wieder ein Plädoyer halten für eine geisteswissenschaftliche Forschung im Bereich der Universitäten und Kunsthochschulen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß das wissenschaftliche Ansehen Österreichs — ich weiß schon, damit erntet man keine großen Pressemeldungen und kann auch keine großen politischen Auftritte liefern — auch ganz wesentlich mit geprägt wird durch jene Fächer, für die sich in der Alltagsdiskussion der Ausdruck „Orchideenfächer“ etabliert hat und die in der großen Diskussion überhaupt keine Rolle spielen. Aber ich glaube, sie verdienen es, auch hier einmal hervorgehoben und erwähnt zu werden.

Es ist uns klar — das ist uns mit drastischer Deutlichkeit auch jedes Jahr bewußt geworden —, daß die Mittel des Staates für die Universitäten beschränkt sind. Ich glaube auch, daß es eine Finanzplanung der Universitäten nicht geben kann, die mit großen Zuwachsraten in den nächsten Jahren rechnet. Umso mehr aber muß man den Universitäten jene Möglichkeiten eröffnen und erleichtern, daß sie sich die übrigen Möglichkeiten und Quellen einer Geldbeschaffung eröffnen und zunutze machen.

Herr Bundesminister! Vielleicht sind wir hier inhaltlich einer Meinung, nur ginge es einmal darum, sichtbare Taten zu setzen. Ich halte es nach wie vor für völlig kontraproduktiv, daß es administrative Reglementierungen gibt, die geradezu diese Finanzierungsmöglichkeiten der Universitäten, sich nämlich die Mittel durch Aufträge von außen zu holen — man spricht hier von der Drittmittelforschung, auch von der Auftragsforschung —, nicht liberalisieren und nicht erleichtern. Ich glaube, daß man in einer Zeit, in der die budgetären Mittel knapp sind, gerade hier einen Schwerpunkt setzen müßte.

Und weil immer so vom forschungsfreundlichen Klima die Rede ist: Meine Damen und Herren, das forschungsfreundliche Klima wird sicher durch viele Faktoren bestimmt; einer der wesentlichen Faktoren ist aber auch der Abbau der überflüssigen Bürokratie und Reglementierung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Ich appelliere hier besonders an Sie: Setzen Sie Maßnahmen, daß die Universitätsinstitute zumindest eine gewisse Autonomie bekommen in der Beschaffung und vor allem in der Verwendung der Mittel, die sie sich durch Auftragsforschung selbst besorgen können. Ich glaube, das hätte zwei sehr positive Auswirkungen.

Erstens einmal hätte es eine positive Auswirkung auf die Auftraggeber, auf die Unternehmen — ich werde auf diesen Aspekt noch einmal zurückkommen —, und es hätte auch eine positive Auswirkung auf die Universitäten selbst. Wenn diese die Möglichkeit haben, sich selbst zu finanzieren, wird sozusagen, wenn Sie so wollen, das Forscher-Managerbewußtsein etwas stärker geweckt und entwickelt.

Ich verstehe alle Argumente, die in diesem Zusammenhang immer gebracht werden, eigentlich nicht. Es heißt, die Universitäten wollen ein Sonderrecht. Das wollen sie gar nicht. Sie könnten also sogar gewisse haus-

Dr. Neisser

haltsrechtliche oder gebarungsrechtliche Vorschriften ändern, ohne daß Sie Gesetzesänderungen brauchen. Hier würden einige kleine Maßnahmen, glaube ich, das Forschungsklima an den Universitäten nicht unwesentlich verbessern.

Das ist nicht nur durch das UOG bedingt — das ist ein Sonderproblem —, sondern das hat wahrscheinlich viele Gründe. Der administrative Stil ist geradezu charakteristisch für Österreich, er ist natürlich auch charakteristisch für die Universitäten. Es gäbe so viele Beiträge zu einer Verwaltungsreform innerhalb der Universität, die leicht durchzuführen wären und die gerade dieses Forschungsklima erleichtern würden. Sie wissen das selbst. Warum ist es beispielsweise nicht möglich, daß man den Universitäten im Personalbereich gewisse Zuständigkeiten überträgt? Warum ist es nicht möglich, daß die Universitäten über Dienstreisen, ja sogar über Auslandsreisen ihrer Mitglieder selbst entscheiden können? Bitte, das Geld wird ja dadurch nicht mehr. Die Universitäten können nur das ausgeben, was sie haben. Aber sie setzen selbst ihre Prioritäten, sie entscheiden selbst.

Ich halte es wirklich nicht für sinnvoll, daß die Grundsätze des Allgemeinen Beamten-Dienstrechtes, die für die allgemeine Verwaltung sicherlich notwendig und richtig sind, hier Anwendung finden sollen. Wenn sie zum Beispiel einen Sonderurlaub oder einen Karenzurlaub haben, der über die Dauer von drei Monaten hinausgeht, müssen der Bundeskanzler und der Finanzminister befaßt werden. Ja ist es nicht möglich, daß Sie für diesen Bereich eine einfache Regelung erlassen, die die Universitäten selbst entscheiden läßt und die auch das permanente Hin- und Herschieben von Papier zwischen Ministerien und Universitäten überflüssig macht?

Ich habe das Gefühl, hier besteht ein ganz gefährliches Zusammenspiel von einer gewissen zentralistischen Sicht Ihrer Universitätspolitik auf der einen Seite und von einer unbändigen Lust am Verwalten auf der anderen Seite. Ich glaube, daß die Universitäten einen ganz guten Beitrag zu einer Verwaltungsreform in ihrem eigenen Bereich leisten könnten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Genauso meine ich: Warum soll es nicht den Universitäten überlassen werden, selbst die Verantwortung für die qualifizierte und qualitative Auslese des wissenschaftlichen Nachwuchses zu tragen? Ich glaube, daß sie selbst mit einer Aktion — das möchte ich hier unterstreichen, ich habe es auch aus einem ande-

ren Anlaß schon begrüßt — einen Beitrag geleistet haben, nämlich indem sie diese Schrödinger Stipendien geschaffen haben; ein Stipendium, das doch mit einem gewissen Gehalt auch österreichischen Forschern einen Auslandsforschungsaufenthalt ermöglicht. Ich glaube, daß das ein nicht unwesentlicher Schritt ist, aber daß damit die Überlegungen in diese Richtung nicht zu Ende gehen sollten.

Meine Damen und Herren! Ein paar Gedanken noch zu dem zweiten grundsätzlichen Problem, das ich angeschnitten habe, zur Frage der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Es ist dies ein Thema, das sozusagen zum forschungspolitischen Alltag, zum Alltag der forschungspolitischen Diskussion gehört. Es gibt eine Unzahl von Veranstaltungen, Symposien und Diskussionen, die sich mit diesem Thema zum Teil von einem grundsätzlichen Aspekt, zum Teil von sehr spezialisierten Zugängen her beschäftigen.

Ich möchte auch hier nicht in Streit stellen, daß von einer Reihe von Einrichtungen nicht unwesentliche Beiträge geleistet worden sind, zum Teil von der Wissenschaft und — auch das soll unterstrichen werden — zum Teil von der Wirtschaft.

Es hat sich etwa im Bereich unserer Kammern der gewerblichen Wirtschaft ein System von Innovationsberatungsabteilungen entwickelt, das gute Arbeit leistet und das ein nicht unwesentlicher Schritt von seiten der Wirtschaft ist, um die Informationsbrücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu verbessern. Nur, glaube ich, kennen wir aus den bisherigen Erfahrungen auch schon die Probleme und Mängel, die damit verbunden sind. Einer der Mängel besteht sicher darin, daß das Informationsbedürfnis der Unternehmungen, der Wirtschaft sozusagen erst artikuliert werden muß. Es genügt daher nicht, wenn wir bloße Informationsquellen über den Stand der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung eröffnen, sondern man muß auch denjenigen, der als Konsument davon Gebrauch machen will, sozusagen hinführen, und zwar auch von der Problemstellung und von der Fragestellung her.

Ich glaube auch, Herr Minister, daß man in einem verstärkten Maße die Kooperationsmöglichkeiten zwischen der Wirtschaft und der Wissenschaft, also den Universitäten, ausbauen müßte. Es gäbe hier viele Möglichkeiten, wenn ich etwa an das seit Jahren doch sehr virulente Problem einer optimalen Ausnutzung der Geräte denke. Wir stehen infolge

4900

Nationalrat XVI. GP — 58. Sitzung — 27. September 1984

Dr. Neisser

der technologischen Entwicklung im Bereich der Naturwissenschaften und der medizinischen Wissenschaften dauernd vor dem Problem, daß die apparative Ausstattung von einem Jahr auf das andere überholt ist. Wir sind kaum in der Lage, weder von der wirtschaftlichen Seite noch von der wissenschaftlichen Seite, hier immer sozusagen den neuesten Standard mit zu vollziehen. Wäre es nicht sinnvoll, daß es hier zu einer wechselseitigen Benutzung dieser teuren und kostspieligen Geräte kommt, also daß die Universitäten die Geräte in der Wirtschaft benützen und umgekehrt auch die Wirtschaft die Möglichkeit hat, in den Universitäten gewisse Dienstleistungen zu erhalten?

Sie haben vor kurzem nach langer Diskussion eine Einrichtung ins Leben gerufen — mit „sie“ meine ich eigentlich nicht Sie, sondern die Bundesregierung, die Federführung liegt beim Handelsminister —, die auch seit langem diskutiert wurde, die sogenannte Innovationsagentur. Fast ein bißchen signifikant für innovationspolitische Diskussionen ist die Dauer, in der solche relativ einfache und außer Streit gestellte Projekte verwirklicht werden. Der Gedanke steht im Kreiky-Mock-Abkommen vom Jänner 1982. Es war damals eigentlich beiden Partnern dieses Abkommens ziemlich klar, wie die Struktur einer solchen Innovationsagentur ausschauen sollte, die die Verbesserung des Wissenstransfers koordinieren sollte, die hier gewisse Incentivs geben sollte. Nun, ob die Realisierung wirklich zwei Jahre dauern mußte: Sie mußte sicher so lange dauern, wenn man weiß, daß in der Zwischenzeit natürlich andere als innovationspolitische Gesichtspunkte und Interessen, nämlich auch personalpolitische Gesichtspunkte, mit dazu kamen.

Ich stelle an Sie jetzt nur die Frage: Welche Vorstellungen haben Sie über die Wirkungsweise dieser Innovationsagentur? Sie berührt gar nicht einmal so sehr primär Ihren Bereich, aber es ist immerhin, glaube ich, Ihre Verantwortung als Ressortminister, daß Sie den wissenschaftlichen Teil sozusagen in diese Problematik einbringen.

Meine Damen und Herren! Aber noch ein anderer Gesichtspunkt, ein anderer konkreter Gedanke, der auch in der Diskussion der letzten Monate immer stärker in den Vordergrund getreten ist: Wir berufen uns zum Teil hier — Sie, Herr Minister, und wir genauso — auf dieselben ausländischen Beispiele. Es ist das die Idee, durch Gründerzentren, durch Innovationszentren und Technologiezentren,

wie immer Sie das nennen wollen — ich verstehe darunter einen gemeinsamen inhaltlichen Kern —, einen Beitrag zu leisten, um Wissenschaft und Wirtschaft mehr zusammenzuführen. Es ist, ganz kurz gesagt, die Grundidee, die Substanz dieser Idee, daß man in ganz bestimmten Arealen sozusagen Betriebsansiedlungen ermöglicht, denen man eine ganz besondere Beratung auch von der wissenschaftlichen Seite her zukommen läßt. Ich glaube, daß diese Idee in Wien realisiert werden könnte; in Wien, das in diesem Zusammenhang einen einmaligen Standort hat. Es ist nämlich eine Stadt, die fünf Universitäten und drei Kunsthochschulen beherbergt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß am 27. Juni 1984 ÖVP-Gemeinderäte in Wien einen Antrag eingebracht haben betreffend Förderungsmaßnahmen zur Errichtung von Innovations- und Gründungszentren in Wien sowie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaften. Der Antrag gipfelt in dem Postulat, Areale und Starthilfen für Innovations- und Gründungszentren bereitzustellen und eine Förderung der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft durch Zuschüsse zur Beschäftigung von Hochschulassistenten in kleineren und mittleren Unternehmen sowie für Innovationspraktiken für Studenten zu geben. — Es ist das ein Projekt, das selbstverständlich von Wien in Gang gesetzt werden mußte, aber zu dem Sie, Herr Bundesminister, einen nicht unwesentlichen Beitrag leisten könnten.

Ich möchte Ihnen die Frage stellen: Wie stehen Sie hier zu dieser konkreten Vorstellung? Es geht mir dabei gar nicht darum, daß das als ÖVP-Erfolg verbucht wird, wenn es Wirklichkeit werden sollte, sondern es geht mir einfach einmal um einen Versuch, eine an sich gute Idee zu realisieren. Ich glaube, das wären neue Schritte zum Thema Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, wobei es mir sicher nicht darum geht, ausländische Beispiele hier einfach telquel zu übertragen.

Der deutsche Forschungsminister Riesenhuber hat vor einiger Zeit in einem Vortrag, glaube ich, den richtigen Satz gesagt: „Das Prinzip einer wirksamen Innovationspolitik sollte darin bestehen: kopieren, nicht kopieren.“ Nicht blind nachahmen, sondern kopieren, was sozusagen das Substantielle, der qualitative Kern einer Maßnahme ist.

Einen letzten Gesichtspunkt in diesem

Dr. Neisser

Zusammenhang möchte ich noch erwähnen, meine Damen und Herren: Das ist die Bedeutung der Regionalforschung in Österreich. Ich glaube, wir sollten verstärkt dazu übergehen, problem- und regionsspezifische Analysen im Verhältnis zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu erarbeiten. Es gibt ein positives Beispiel, das ich hier erwähnen möchte, nämlich die Universität in Leoben, die vor einiger Zeit ein Memorandum ausgearbeitet hat, in dem auch die konkreten Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit von der universitären Seite her erwähnt sind.

Jeder von Ihnen, der die arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Situation in dieser Region kennt, weiß, welche Bedeutung ein solches Memorandum hat. Herr Bundesminister! Ich glaube, ich brauche Sie nicht darauf hinzuweisen, ich hoffe, Sie kennen es: Tragen Sie von Ihrer Seite dazu bei, daß dieses Memorandum nicht das Schicksal mancher anderer solcher Arbeiten erleidet, nämlich daß es schubladiert wird, sondern daß es wirklich zum Gegenstand einer weiterführenden forschungspolitischen und innovationspolitischen Auseinandersetzung wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, man sollte bei aller positiven Einstellung zu den Forschungsorientierungen und zur Forschungsprogrammatisierung nicht vergessen, daß Forschung natürlich auch finanziert werden muß. Das ist ein Problem, das in vieler Hinsicht noch eine Schwachstelle ist.

Sie haben, Herr Bundesminister, bei einem der Technologieschwerpunkte, bei der Mikroelektronik, Ende Jänner in einer Pressekonzferenz ein ganz groß angelegtes Finanzierungsprogramm angekündigt. Sie haben gemeint, daß für diese Schwerpunkte auf dem Gebiete der Mikroelektronik noch in diesem Jahr von Ihrem Ressort 30 Millionen an zusätzlichen Mitteln kämen, daß ab dem Jahr 1985 70 Millionen für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden sollten, und Sie haben darüber hinaus darauf hingewiesen, daß das Bundeskanzleramt im Rahmen der direkten Innovationsförderung weitere 250 Millionen zur Verfügung stellt. Das sind Beträge, die eine einigermaßen adäquate Größenordnung für ein solches Programm sind. Herr Minister, ich kann allerdings bis heute nicht beurteilen: Ist es Ihnen gelungen, diese Zielsetzungen, die Sie selbst am 30. Jänner dieses Jahres verkündet haben, zu realisieren? Vielleicht könnten Sie uns in der heutigen Diskussion eine Antwort darauf geben.

Herr Bundesminister! Ich möchte in diesem Zusammenhang allerdings auch noch auf ein Anliegen zu sprechen kommen und es Ihnen hier in Erinnerung rufen; ein Anliegen, das immer ganz essentiell von uns als innovationspolitisches Anliegen unterstrichen wurde, nämlich ein Ausbau der Mittel und der Maßnahmen der indirekten Forschungsförderung. Das Prinzip der indirekten Forschungsförderung wird ja, wenn ich an Debattenbeiträge des Professors Nowotny denke, von Ihnen, glaube ich, nicht außer Streit gestellt. Wir sind wahrscheinlich unterschiedlicher Meinung über die Gewichtung. Für uns ist natürlich nach wie vor diese indirekte Forschungsförderung ein ganz wesentliches Stimulans für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der kleineren und mittleren Unternehmungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist in einigen Abgabenänderungsgesetzen, die hier schon mehrmals diskutiert worden sind, ja einiges geschehen. Es gibt allerdings hier noch einen Katalog von offenen Maßnahmen. Herr Bundesminister! Sie haben selbst vor mehr als einem Jahr in einem Brief an mich das Angebot gemacht, daß man hier die Gespräche mit dem Finanzminister weiterführt. Damals hatten Sie allerdings bei dem Wort „Finanzminister“, glaube ich, noch eine andere personelle Vorstellung, in der Zwischenzeit ist ein neuer Finanzminister gekommen.

Ich möchte Sie wirklich ersuchen — das ist für uns ein Problem, das absolute Priorität im Bereich der Innovationspolitik hat —: Führen wir diese Gespräche in einer Arbeitsgruppe mit dem Finanzminister weiter. Geben Sie unseren Vorstellungen hier die Unterstützung. Ich weiß sehr gut, daß der Widerstand gar nicht so sehr von der politischen Seite kommt, sondern daß es ein Widerstand ist, der auch sehr stark von der Bürokratie artikuliert wird. Aber daß Sie an essentiellen Maßnahmen in dieser Richtung interessiert sind, haben Sie ja selbst auch in Konzepten zugegeben, wenn ich etwa daran denke, was Sie in der technisch-wirtschaftlichen Innovation, jener Studie, die ich vorhin schon erwähnt habe, über die Maßnahmen der indirekten Forschungsförderung schreiben.

Wenn Sie etwa das Beispiel der sogenannten kalkulatorischen Eigenlizenz hernehmen: Ich weiß, es ist schon furchtbar für jemanden, der sich mit den Sachen nicht beschäftigt, wenn er dieses Wort jetzt auch noch hört. Aber es steckt ein ganz wesentliches Problem dahinter.

4902

Nationalrat XVI. GP — 58. Sitzung — 27. September 1984

Dr. Neisser

Es ist in Österreich leider so, daß der Unternehmer, der eine Lizenz oder ein Patent haben will, sie steuerlich günstiger bekommt, wenn er sie vom Ausland hereinkauft, als wenn er sie selbst entwickelt. Das ist mit eine Ursache einer durchaus unbefriedigenden Situation in der Weise, daß unsere Patent- und Lizenzbilanz seit Jahren negativ ist.

Ich frage mich: Hat es dieses Land notwendig, das, wie ich glaube, doch ein nicht unerhebliches wissenschaftliches und forschungsmäßiges Potential hat, sozusagen mit dieser negativen Lizenzbilanz als Naturgesetz zu leben? Wir könnten ja von unserer Seite etwas tun.

Hinter diesem Begriff der steuerlichen Begünstigung von kalkulatorischen Eigenlizenzen verbirgt sich ein positiver Schritt in dieser Richtung, nämlich daß der Unternehmer, der eine Lizenz in seinem eigenen Betrieb entwickelt, nicht nur die tatsächlichen eigenen Aufwendungen dafür steuerlich aktivieren kann — da steigt er nämlich immer schlechter aus, als wenn er die Lizenz zukaufen würde —, sondern daß er auch, wenn er tatsächlich in seinem Betrieb eine Lizenz entwickelt, steuerlich genau dieselbe Möglichkeit hätte, wie wenn er diese Lizenz vom Ausland hereinholte.

Deshalb fiktive Eigenzahlung, fiktive kalkulatorische Lizenz. Hinter diesem technokratischen und vielleicht schwer verständlichen Begriff verbirgt sich ein grundsätzliches Anliegen. Es ist genau immer das Argument der Finanzbürokratie gewesen, die gesagt hat: Wie kann man überhaupt den Wert dieser Dinge beurteilen?

Sie schreiben in Ihrer Studie: „Die Berechnung der maßgebenden fiktiven Aufwendungen ist dabei das Kernproblem, das jedoch lösbar ist.“ — Wir treffen uns also politisch in der Auffassung, daß das Kernproblem der Bewertung lösbar ist. Führen wir die Diskussion möglichst rasch weiter.

Meine Damen und Herren! Ich habe der österreichischen Forschungspolitik, vor allem auch der Steuerpolitik, in diesem Zusammenhang immer ein gewisses Maß an Phantasielosigkeit vorgeworfen — ich glaube, mit Recht —, weil wir kein System haben. In anderen Ländern ist man andere Schritte gegangen. Ich will gar nicht die USA zitieren, sondern ich will etwa zitieren, was die Franzosen vor eineinhalb Jahren in diesem Zusammenhang gemacht haben, indem sie wirklich diejenigen begünstigten, die Forschung und Entwicklung

erfolgreich in ihrem Betrieb betrieben. Wenn sie das nachweisen können — ich will die Details solcher Systeme hier nicht näher erläutern —, werden sie belohnt. Bei uns hat man noch immer ein bisserl das Gefühl, daß der Tüchtige nicht belohnt, sondern bestraft wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, hier wäre doch durch eine Weiterführung der Vorstellungen über die indirekte Forschungsförderung einiges zu ändern.

Meine Damen und Herren! Im Forschungsbericht steht auf Seite 5 am Beginn der Satz: „Die österreichische Forschungspolitik ist im Sinne einer pluralistischen Demokratie am Konsens orientiert.“

Herr Bundesminister, der Satz findet sich erstmals in einem Forschungsbericht der Bundesregierung. Ich würde ihn vom Inhalt her unterstreichen. Ich glaube auch, daß die Forschungspolitik ein Feld in der Politik ist, in dem man dem Konsens eine besondere Bedeutung zumessen sollte.

Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang auch eines sagen: Ein Konsens ist nur möglich, wenn es eine aufgeschlossene Diskussion zwischen den Konsenspartnern gibt; eine aufgeschlossene Diskussion in der Form, daß Vorschläge auch des Partners, selbst wenn er Oppositionspartei und Minderheit ist, ernsthaft diskutiert werden und daß man sich mit diesen Vorschlägen auch mit dem Willen auseinandersetzt, wenn man sie für sachlich gut befindet, sie nach Möglichkeit zu realisieren.

Die Zustimmung zu dem heutigen Forschungsbericht, die wir aus dieser Grunderkenntnis eines notwendigen Konsenses in der Forschungspolitik geben, verbinden wir mit der Erwartung, daß damit die forschungspolitische Diskussion in Österreich konstruktiv wird, aber nicht nur in der Theorie bleibt, sondern auch von sichtbaren und wirksamen Schritten begleitet ist. Ich möchte am Schluß an Sie die Bitte richten, Herr Minister, daß Sie sich persönlich einsetzen, daß diese unsere Erwartung nicht enttäuscht wird. *(Beifall bei der ÖVP.)* 12.10

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix. Ich erteile es ihm.

12.10

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner, der von

Dr. Stix

mir sehr geschätzte Herr Abgeordnete Dr. Neisser, hat unter anderem die Frage der Kompetenzaufteilung in der Innovationspolitik aufgeworfen und den Herrn Bundesminister um eine Antwort gebeten. Ich will in keiner Weise dieser Antwort vorgreifen, das steht mir nicht zu. Es sei mir nur gestattet, aus meiner Sicht zu sagen, daß ich Innovationspolitik für eine so umfassende Aufgabe halte, daß sie sich auf ein Ressort tatsächlich nicht eingrenzen läßt. Das zu dieser Frage aus freiheitlicher Sicht.

Hohes Haus! Wie schon in den vergangenen Jahren stimmt meine Fraktion auch heuer wieder dem Forschungsbericht des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung zu. Wir tun dies natürlich umso leichteren Herzens, als im vorliegenden Bericht die positive Entwicklung der Forschung in Österreich klar erkennbar ist.

Nach der relativen Stagnation in den letzten Jahren zeichnet sich nunmehr wieder ein stärkerer Aufwärtstrend ab, und wir können das ohne weiteres als einen ersten Erfolg dieser Koalitionsregierung werten; einer Koalitionsregierung, die in ihrer Regierungserklärung ganz deutlich gemacht hat, daß sie im Bereich Forschung und Entwicklung einen Schwerpunkt setzen will.

Dennoch darf und soll nicht verschwiegen werden, daß der derzeitige Stand der Forschung und Entwicklung noch keinen Anlaß gibt, sich auf dem Polster vergangener Erfolge auszuruhen. Es müssen auch in Zukunft vermehrt Anstrengungen unternommen werden, damit der objektiv leider immer noch gegebene Rückstand Österreichs auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung gegenüber seinen wichtigsten Konkurrenzländern weiterhin vermindert wird.

Dieses Defizit, das leider immer noch besteht, ist auch an der größer werdenden Kluft zwischen Österreichs Einnahmen für Lizenzen und seinen Ausgaben für Lizenzen und für ausländisches Know-how deutlich ersichtlich. Für diesen notwendigen Aufholprozeß sind jedoch nicht nur finanzielle Mittel vonnöten, sondern vor allem auch geeignete organisatorische Rahmenbedingungen, insbesondere solche, die eine intensive Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft und last not least fachlich gut ausgebildeten kreativen Forscherpersönlichkeiten fördern. Denn von diesen Forscherpersönlichkeiten, von ihrer Leistung, von ihrer Qualifikation hängen letztlich Erfolg oder Mißerfolg der Bemühungen um Forschung und Entwicklung ab.

Während wir in Österreich im instrumentalen Bereich organisatorisch in den letzten Jahren sicherlich gut vorangekommen sind, zeigen sich nach wie vor Mängel im personalen Bereich. Deshalb möchte ich mich heute vor allem mit einigen Aspekten der Forschungspolitik beschäftigen, die meines Erachtens in der allgemeinen Diskussion zu kurz kommen. Dies betrifft einerseits die immer noch zu geringe und oft auch nicht vorhandene Förderung der Forscherpersönlichkeit und andererseits die leider da und dort im Abnehmen begriffene Risikobereitschaft bei all jenen, die am Prozeß von Forschung und Entwicklung und an der Umsetzung von deren Ergebnissen beteiligt sind.

Man hat heute oft den Eindruck, daß die Organisation wichtiger als der Forscher selbst genommen wird. Aber in der Realität der konkreten Erfahrung wird einem immer wieder vor Augen geführt, daß Institutionen und Kommissionen allein die Probleme nicht lösen, daß man zwar Forschungstätigkeit organisieren kann, aber weder Entdeckungen noch Erfindungen: Gute Forschung ist vor allem das Ergebnis der Arbeit und Kreativität kompetenter und qualifizierter Wissenschaftler. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Solange das nicht in vollem Umfang a priori, möchte ich sagen, anerkannt wird, besteht die Gefahr, daß letztlich zu viele nur mittelmäßig geeignete Personen und viel, viel Verwaltung mit enormen Steuergeldbeträgen unterstützt werden, wie dies verschiedene Beispiele im Inland, aber — das möchte ich ausdrücklich sagen — mehr noch im Ausland zeigen.

Sogar mit sehr großem finanziellem Aufwand geförderte Forschungsprogramme scheitern oft an dieser Fehleinschätzung, nämlich nicht danach gefragt zu haben, ob man für das formulierte Interesse und das definierte Forschungsziel letztlich auch die geeignete Forscherpersönlichkeit hat, weshalb dem Wissenschaftler selbst in meinen Augen absolutes Primat zukommt.

In dem bekannten Frascati-Manual von 1976 für die Definition von Forschung und Forschungspolitik wird Forschung — ich zitiere — als „creative work undertaken on a systematic basis“ bezeichnet. Damit wird deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es einerseits der systematischen Basis, also der Organisation, bedarf, aber andererseits doch erst die Kreativität das eigentliche Ziel der Forschungspolitik erreichen hilft.

Dr. Stix

Wirklich Neues in der Forschung verlangt daher immer den nötigen Freiraum für die initiative fachliche Kompetenz, die Kritikfähigkeit sowie eine mit Zähigkeit verbundene Kreativität des Wissenschaftlers.

Zur Ergänzung sei hier der Atomphysiker Reimar Lüst zitiert, der schreibt: „Es ist der einzelne, der sich auf den Weg machen muß, ins Neuland vorzustößen und neue Erkenntnisse zu gewinnen. Dabei mag er über weite Strecken von anderen begleitet werden, aber letztlich wird er den entscheidenden Schritt nach vorne nur durch die Kraft der eigenen Gedanken tun können. Das Neue, das Unbekannte gehört zum Wesen der Forschung.“ — Ich meine, dieser Satz sollte eigentlich über jeder forschungspolitischen Aktivität stehen.

Will man die Qualität einer Spitzenforschung aufrechterhalten, kommt es ganz besonders darauf an, in welchem qualitativen Ausmaß der wissenschaftliche Nachwuchs gefördert wird. Denn gerade beim jungen Wissenschaftler, der noch nicht über genügend Erfahrung verfügen kann, sollte man nicht nur darauf achten, wie interessant das Projekt ist, an das man ihn stellt, sondern auch insbesondere darauf, wie interessant die Persönlichkeit des Betreffenden im Hinblick auf sein Problembewußtsein, auf seine Phantasie, auf seinen Leistungswillen und auf sein Leistungsvermögen ist.

Das bedeutet wiederum, daß man für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs in stärkerem Ausmaß als bisher um die Entdeckung und entsprechende Förderung des begabten Nachwuchses bemüht sein muß. Begabtenfindung, Begabtenförderung haben daher an unseren Universitäten bereits früh einzusetzen.

Welches Manko diesbezüglich nicht nur in Österreich, sondern in allen westlichen Industriestaaten auf Grund einer lange Zeit hindurch falsch verstandenen Chancengleichheit herrscht, macht die jüngst in der Bundesrepublik Deutschland aufgeflamnte Diskussion über die sogenannten Elite-Universitäten deutlich. Für derartige Elite-Universitäten ist Österreich sicherlich zu klein, doch sollte man nicht den Kern dieser Diskussion übersehen. Man sollte sich nicht scheuen, von Eliten zu reden, denn mit Eliten sind ja jene dünnen Schichten gemeint, die sich durch besondere Leistung und durch tatsächlich wahrgenommene Verantwortung auszeichnen. In meinen Augen ist es falsch, von Eliten zu sprechen, die sich bloß auf Grund ihres sozialen Herkommens oder vergleichbarer Daten als sol-

che sehen möchten. Wir Freiheitlichen bekennen uns aber klar zu Leistungseliten. *(Beifall bei der FPÖ und bei einigen Abgeordneten der SPÖ.)*

Es mutet überhaupt ein wenig paradox an, zu beobachten, welche Abneigung besteht, über Eliten im Bildungsbereich zu sprechen, während dies im Kunstbereich, ja mehr noch im Sportbereich gang und gäbe ist und eigentlich niemand etwas dabei findet, zum Beispiel von der Elite unserer Skisportler zu sprechen; ein Wort, das man in den unterschiedlichsten Publikationen öfter findet.

Man darf nicht auf einem Auge blind sein und Begabtenförderung nur auf einem Gebiet offen unterstützen und auf einem anderen, nämlich auf jenem der Bildungs- und Wissenschaftspolitik, dieselbe Begabtenförderung quasi nur verschämt betreiben, obwohl genau dieses Gebiet für Österreich und seine Zukunft von einer existentiellen Bedeutung ist. *(Beifall bei der FPÖ und bei einigen Abgeordneten der SPÖ.)*

In diesem Zusammenhang schließe ich mich Hans Dietrich Genscher an, wenn er in den Liberalen Dokumenten vom April dieses Jahres in einem Plädoyer für Leistungseliten folgendes schreibt:

„Zu dieser Chancengleichheit gehört, daß die bessere Leistung ermöglicht und gefördert wird. Gleiche Chancen schaffen nicht den gleichen Menschen, sondern sie ermöglichen die Entfaltung seiner individuellen Begabungen und Fähigkeiten. Jedes Volk ist darauf angewiesen, daß der Weg nach oben durch besondere Leistungen und soziales Verantwortungsbewußtsein für jeden dafür Begabten geöffnet wird.“ — Dem kann ich mich nur anschließen.

Hohes Haus! In diesem Zusammenhang ist von Verantwortung des Wissenschaftlers die Rede, und mit der Verantwortung des Wissenschaftlers ist natürlich ein heikles Thema angesprochen, das nicht unter den Tisch fallen gelassen werden soll.

Wenn man sachlich über die Forschung und ihre Probleme reden will, dann muß man auch die Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß die Anwendung verschiedenster Forschungsergebnisse der Menschheit auch Schaden zugefügt hat. Das ist ebenso bedauerlich wie unleugbar. Die Forschung selbst ist ja neutral. Aber über die Folgen der Verwertung ihrer Erkenntnisse — seien es positive, seien es negative — müssen wir uns möglichst früh

Dr. Stix

im klaren sein. Bei dieser Abschätzung hat uns zwar die Wissenschaft objektiv zu unterstützen, die Verantwortung liegt aber bei uns allen, in vielen Bereichen ganz konkret bei uns Politikern.

Die Verdrängung dieser Fragen in den letzten Jahrzehnten hat die negativen Folgen bei der Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse zum großen Teil überhaupt erst möglich gemacht, weswegen ja viele Menschen — und darunter besonders junge Menschen — dem technisch-wissenschaftlichen Fortschritt heute vielfach ablehnend gegenüberstehen. Dieses Extrem wiederum, das durchaus als Antithese zur These der früher gängigen blinden Wissenschaftsgläubigkeit verstanden werden kann, ist zwar ebenso bedenklich, doch läßt das heute durch diese dialektische Diskussion sensibilisierte Bewußtsein hoffen — und alle Anzeichen sprechen dafür —, daß im Sinne einer Synthese breite Bevölkerungsschichten dem technisch-wissenschaftlichen Fortschritt zwar kritisch, aber grundsätzlich nach wie vor positiv gegenüberstehen. Auch ich bekenne mich zu einer sinnvoll angewandten und lebensfreundlich weiterentwickelten Technik.

Es gehört daher zu den großen forschungspolitischen Aufgaben der Gegenwart, aber auch der Zukunft, sich mit der Abschätzung von Technologiefolgen intensiver zu befassen. Und ich stimme dem Herrn Bundesminister Dr. Fischer voll und ganz zu, wenn auch er der Auffassung ist, daß im Bereich der Technologiefolgenabschätzung in Zukunft ein forschungspolitischer Schwerpunkt gesetzt werden müsse. Je mehr man nämlich immer wieder geneigt ist, in der Öffentlichkeit den Beweis anzutreten, daß der enge Konnex Forschung, Fortschritt und Verantwortung in Politik und Wissenschaft auch tatsächlich als Maxime gilt, desto eher wird man die Technikfeindlichkeit und ihre Schreckensvision von Dürrenmatts „Physikern“ abbauen und eine sachlich objektive Einstellung dem technischen Fortschritt gegenüber aufbauen können.

Denn natürlich gilt, daß trotz kritischer Einstellung die großen Chancen der Forschung auch für den Fortschritt auf gar keinen Fall übersehen werden dürfen. Es sei in diesem Zusammenhang beispielsweise auf die wissenschaftlich erfolgreichen Bemühungen um eine Umweltsanierung, um eine bessere medizinische Betreuung hingewiesen. Aber auch die Arbeiten im Interesse der Einsparung von Energie und Rohstoffen, etwa durch den Einsatz von Mikroelektronik, oder die vielfälti-

gen Untersuchungen im Rahmen der Biotechnik, mit dem Ziel, umweltbelastende herkömmliche chemische Produktionsprozesse durch umweltfreundlichere biologische zu ersetzen, dürfen hier nicht unerwähnt bleiben. Das alles erhebt sicherlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Wir müssen uns gerade heute vor Augen halten, daß wir trotz eines umfangreichen Wissens erst am Beginn großer neuer Entwicklungen stehen, deren Perspektiven allein schon in ihrer jetzigen Andeutung — Stichwort: Gentechnologie — ungeahnte Dimensionen eröffnen, und daß wir uns — das ist eine politische Aufgabe — über deren Konsequenzen frühzeitig, das heißt, heute schon Gedanken zu machen haben. Man denke nur an die Möglichkeiten der Eingriffe in die lebende Natur hinsichtlich des Erbgutes. Die Folgenabschätzung wird daher zum Schutz der Menschen und zum Schutz der menschlichen Freiheit eine unabdingbare forschungspolitische Notwendigkeit darstellen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Der Rektor der Hochschule für Bodenkultur meint etwa dazu — ich zitiere —: „Der Sinn jeder Freiheit, auch der Forschungsfreiheit, liegt in ihrem verantwortungsvollen Gebrauch. Diese Verantwortung kann dem Wissenschaftler niemand abnehmen.“ — Ende des Zitates.

Dieser Ausspruch bedarf jedoch aus liberaler Sicht einer Ergänzung. Die moralische Verantwortung liegt nicht nur beim Wissenschaftler, auch nicht nur beim Politiker, sondern sie liegt bei jedem einzelnen von uns. Wir alle sind einer demokratischen Gesellschaft dafür verantwortlich, daß wir von unserem technischen Wissen und Können einen sinnvollen Gebrauch machen.

Eine liberale Forschungspolitik wird daher dem Postulat der Wissenschaftsfreiheit nur eine Grenze setzen, nämlich die der Verantwortung für den Menschen und für die Umwelt.

Damit knüpfe ich wieder an die Ausführungen am Beginn meiner Rede an. In einem liberalen Forschungsklima, an dem uns in Österreich sehr gelegen ist, muß dem einzelnen Forscher jene Freiheit gewahrt bleiben, die es ihm erlaubt, das zu untersuchen und zu erarbeiten, was er auf Grund seiner Erfahrung und seines sachlich fundierten Wissens für notwendig hält. Die Selbstbestimmung des Wissenschaftlers soll so wenig wie möglich eingengt werden.

Dr. Stix

Freilich soll hier nicht dilettantischer oder mittelmäßiger Forschung das Wort geredet werden. Hoher Mitteleinsatz mit Hilfe von Steuergeldern und gut ausgebaute Forschungsstätten sind nur dann imstande, eine hochgradige Wirkung zu erzielen, wenn qualifizierte Forscherpersönlichkeiten zur Verfügung stehen.

Zur Illustration sei jener Präsident des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung zitiert, der öffentliche Kritik an einem Teil unserer Forscher übt. Er gelangte auf Grund der Tatsache, daß der Fonds immer mehr Anträge als nicht förderungswürdig ablehnen müsse, zu der Ansicht, daß manche junge Wissenschaftler grundlegende Probleme nicht erkennen oder wegschieben, daß viele nur um der Forschungstätigkeit willen forschen und sich nicht so sehr um neue Wege kümmern. Das ist die Kritik eines Mannes, der praktische Erfahrung auf diesem Gebiet hat; eine Kritik, die daher, glaube ich, ernst genommen werden sollte.

Deshalb sei in diesem Zusammenhang nochmals auf die Notwendigkeit einer gezielten Förderung des wissenschaftlich begabten Nachwuchses und damit auf die Notwendigkeit einer verbesserten Begabtenförderung an unseren Universitäten hingewiesen.

Hohes Haus! Ich möchte heute auf noch einen Problemkreis ganz kurz hinweisen, der meines Erachtens in der derzeit geführten Diskussion zu wenig beachtet wird: Ich meine die stark abnehmende Risikobereitschaft. Ich gebe zu und bin auch stolz darauf, daß meine Fraktion daran mitgewirkt hat, daß Österreich in den letzten Jahren den ursprünglich gegebenen großen Abstand zu vergleichbaren westlichen Industrieländern schrittweise aufgeholt und verringert hat. Wir dürfen in all diesen Anstrengungen nicht erlahmen, und wir dürfen auch nicht aufhören, uns darum zu bemühen, in Österreich das Forschungsklima allgemein und die Forschungs- und Informationsmöglichkeiten im besonderen zu verbessern. Doch kann man nicht umhin zu erwähnen, daß die heute bereits vorhandenen Möglichkeiten an Kooperationen, an Informationsbeschaffung und so weiter praktisch viel weniger genutzt werden, daß die Aufgeschlossenheit so mancher Unternehmensführungen der Forschung gegenüber noch einiges zu wünschen übrig läßt. Denken Sie etwa an die erstaunlich geringe Nutzung des ungeheuren Schatzes, den unser Patentamt bereithält, oder an die erschütternd geringe Inanspruchnahme des gut aufbereiteten Leistungskataloges der österreichischen Universitäten oder

an das eher traurig stimmende Interesse an der Aktion „Wissenschaftler für die Wirtschaft“, an der sich — auf oder ab, auf einige kommt es nicht an — bisher in etwa 25 Leute beziehungsweise Firmen beteiligt haben.

Das stimmt an sich traurig und zeigt, daß ein Teil des Instrumentariums, das eine sehr verantwortungsbewußte Forschungspolitik bereithält, zu wenig angenommen wird. Diese Tatsache unterstreicht abermals das Faktum, daß in einer freien Wirtschaft und Gesellschaft, die wir ja alle gemeinsam aufrechterhalten wollen, der Staat nur gute Rahmenbedingungen schaffen kann, diese aber vom einzelnen, auf den es letztendlich ankommt, auch persönlich genutzt werden müssen.

Eine Mentalität der totalen Absicherung, der Risikoscheu, die den einzelnen abhält, initiativ zu werden, solange der Staat nicht unterstützend eingreift oder gleich 100 Prozent des Risikos übernimmt, ist weder dem Fortschritt noch der Freiheit in Wissenschaft und Wirtschaft dienlich.

Deshalb gilt mein Appell zu mehr Risikofreude auch den Studierenden und Wissenschaftlern selbst. Auch unter ihnen läßt sich ein überdimensioniertes Sicherheitsbedürfnis beobachten, sodaß für Risiko oder für ein Abweichen von schematischen Berufslaufbahnen im Interesse der Erweiterung des persönlichen, individuellen Erfahrungsbereiches immer weniger Bereitschaft vorhanden zu sein scheint. Für persönlichen und beruflichen Erfolg durch hochqualifizierte Leistungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist jedoch nicht das brave, einbahnförmige Durchlaufen vorgegebener Berufswege ausschlaggebend, sondern es sind letztlich immer die Eigeninitiative, die Risikobereitschaft und oft auch das Wagnis fremder Horizonte.

Für ein Land wie Österreich, das ein volles Drittel seines Sozialproduktes der Verflechtung mit der gesamten Welt verdankt und daher von dieser abhängig ist, erscheint es doch betrüblich, daß nur zwei bis drei Prozent seiner Studenten während ihrer Ausbildung wissenschaftliche Erfahrung im Ausland sammeln. Es ist zu hoffen, daß wenigstens die im Rahmen der neu geschaffenen Schrödinger-Stipendienaktion zur Verfügung gestellten Gelder von jungen Wissenschaftlern auch voll in Anspruch genommen werden, damit sie die im Ausland gemachten Erfahrungen dann in ihrer österreichischen Heimat nutzbringend umsetzen können.

Eines müssen wir uns aber in der For-

Dr. Stix

schungspolitik immer wieder vor Augen halten: Die Forschung ist zwar in ihrer Organisation planbar, aber nicht, was ihre Ergebnisse betrifft. Wichtig wird immer der Mensch, also die Forscherpersönlichkeit selbst, bleiben, sie ist das maßgebliche Potential. Deshalb muß es der Forschungspolitik der Zukunft besonders am Herzen liegen, qualifizierte und leistungswillige Personen zu fördern und diesen die finanziellen Mittel für Entfaltung und Wirkung zur Verfügung zu stellen.

Leistungs- und Qualitätsprinzip müssen auch in der Forschung gelten, dann wird Österreich international mithalten und seine Chancen nützen können, selbst wenn auf Grund unserer Größe die Mittel stets nur begrenzt vorhanden sein werden. Daher glaube ich, sehr geehrte Damen und Herren, daß wir unseren jungen Leuten in Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung Mut machen sollen, Risiko auf sich zu nehmen und Neues zu wagen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* ^{12.37}

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Nowotny. Ich erteile es ihm.

^{12.37}

Abgeordneter Dr. **Nowotny** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zunächst einmal gleich festhalten, daß ich es sehr begrüße, daß diesmal die Österreichische Volkspartei dem Forschungsbericht 1984 zustimmt. Ich glaube, das ist ein positives Zeichen, auch gerade für die Öffentlichkeit, daß das politische Leben in Österreich nicht nur von Konfrontationen beherrscht ist, von einer manchmal sogar — würde ich meinen — unnötig harten Konfrontation, sondern daß es auch möglich ist, daß in wirklich lebenswichtigen und zukunfts wichtigen Bereichen unseres Landes alle Gruppen dieses Landes zusammenfinden und hier zu einer einheitlichen Meinung kommen. Wobei ich jetzt gar nicht so weit gehen will, alles einzubinden. Ich habe durchaus auch die kritischen Töne Ihrer Rede gehört, was ja auch selbstverständlich ist, was auch legitim ist in einem so dynamischen Bereich wie dem Wissenschaftsbereich, wo immer wieder neue Entwicklungen möglich sind, wo immer wieder auch Anlaß zu Kritik gegeben sein kann.

Aber ich möchte nun doch festhalten: Ich glaube, daß es sinnvoll und erfreulich ist, hier zur Übereinstimmung zu gelangen, und ich kann Ihnen, Herr Abgeordneter Neisser, bezüglich der letzten Passagen Ihrer Rede durchaus erwidern, daß von unserer Seite

her, von Seite meiner Fraktion, die Anregungen und Vorstellungen der ÖVP im Bereich der Wissenschaftspolitik sicherlich ernst genommen und sicherlich eine ernste Behandlung erfahren werden.

Ich glaube, daß die einstimmige Annahme dieses Forschungsberichtes auch ein positives Zeichen für die Wissenschaft selbst ist, weil es auch gegenüber diesem Bereich signalisiert, daß hier von den politischen Gruppen anerkannt wird, daß es sich um einen Bereich handelt, der über alle Parteigrenzen hinweg von einer ganz elementaren Bedeutung für die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft ist. Ich glaube daher, daß sich hier auch ein guter Stil, ein gutes Klima im Bereich der Wissenschaftspolitik entwickelt. Man soll ja wirklich in der Politik Stilfragen nicht so ganz außer acht lassen, manche verstoßen ja laufend dagegen. Ich freue mich, daß in diesem Bereich sich eine andere Tradition zu entwickeln scheint.

Ich möchte dazu aus der Sicht des Parlaments auch sagen, daß gerade der Herr Bundesminister Fischer jemand ist, der sich stets um eine rechtzeitige und umfassende Information des Parlaments bemüht. Ich freue mich hier feststellen zu können, daß Minister Fischer auch als Minister der gute Parlamentarier geblieben ist, der er ja eigentlich immer war und, so glaube ich, in seinem Herzen auch immer sein wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Bei aller Berechtigung, die kritische Vorbringungen sicherlich in manchen Fällen haben können, möchte ich doch warnen vor einer Tendenz, die manchmal gerade in Publikationsorganen auftritt, in Richtung einer gewissen Panikmache, in vielleicht auch manchmal sensationell aufgemachten Berichten, wenn man den Glauben erwecken will, Österreich oder ganz Europa gleich stehe vor einer technologischen Katastrophe, sei in einem hoffnungslosen Rückstand gegenüber den USA, gegenüber Japan, und man müßte jetzt alles nur mehr in diesem Bereich sehen.

Es ist zweifellos so, daß sich für Österreich und auch für Europa insgesamt im Bereich der Energie eine gewaltige Herausforderung stellt. Es ist auch sicherlich so, daß ein kleines Land nicht in all den Bereichen mithalten kann, wie etwa ein großes Land wie die USA, wo natürlich noch dazu ein gewaltiger Rüstungssektor ebenfalls forschungsrelevant ist.

Ich glaube, man muß doch festhalten,

Dr. Nowotny

gerade wenn man sich mit der österreichischen Forschungsszenerie und Technologieszenerie näher vertraut macht, daß wir in Österreich eine ganze Reihe von interessanten und wichtigen Entwicklungen im Bereich der Technologiepolitik haben. Wir brauchen, glaube ich, hier sicher unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Wir haben gerade in den letzten Jahren einen ganz erheblichen Aufholprozeß durchgemacht, auf den wir als Land und als Wissenschaftspolitiker durchaus stolz sein können.

Immerhin sind hier als Fakten festzuhalten, daß etwa die Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Jahre 1984 in Österreich rund 17,8 Milliarden Schilling betragen werden, was gegenüber dem Jahr 1983 eine Zunahme von 7,7 Prozent, also eine deutlich überproportionale Zunahme darstellt und auch darstellt die Fortsetzung einer dynamischen Entwicklung, wenn Sie etwa bedenken, daß wir als Ausgangspunkt im Jahr 1970 eine Forschungsquote — bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt — von 0,93 Prozent hatten und das jetzt kontinuierlich steigern konnten auf 1,4 Prozent im Jahr 1984.

Natürlich ist auch diese Quote noch nicht ausreichend, sie wird auch weiterhin gesteigert werden müssen. Aber ich glaube, es bleibt eben doch festzuhalten, daß in den siebziger Jahren ein entscheidender Durchbruch zu einer höheren Forschungsdynamik in Österreich gelungen ist.

Hohes Haus! Ich halte es auch für eine Ehrenpflicht, daran zu erinnern, daß dieser Durchbruch in den Jahren der Ministerschaft von Hertha Firnberg erfolgt ist, die gerade diese Politik eingeleitet hat, von der wir jetzt als Staat, als Wirtschaft profitieren.

Hohes Haus! Im Forschungsbericht ist diesmal speziell die Hochschulforschung angeschnitten worden, auf die auch Kollege Neiser speziell eingegangen ist, die zweifellos das Zentrum der wissenschaftlichen Forschung in Österreich darstellt. Ich möchte insbesondere hinweisen auf eine hier enthaltene Erhebung des Statistischen Zentralamtes, aus der hervorgeht, daß 40 Prozent der Arbeitszeit der in den Hochschulen Tätigen für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten aufgewendet werden kann, natürlich verschiedenst je nach Bereichen. Ich glaube, es ist wichtig, darauf hinzuweisen, weil dies die Pauschalbehauptung, Forschung sei an Universitäten nicht mehr möglich, eindrucksvoll widerlegt.

Jeder, der die Realität in den Hochschulen

kennt, weiß natürlich, daß es in gewissen Bereichen eine starke Belastung durch den Bereich der Lehre gibt, daß aber nach wie vor Forschung ein ganz wesentlicher Bestandteil des Lebens unserer Universitäten ist und dies auch bleiben soll; ich möchte das durchaus betonen.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß wir gerade im letzten Jahr eine sehr starke Betonung einer erhöhten Internationalität der Forschung haben, das ist ein Schwerpunkt in der Tätigkeit des neuen Wissenschaftsministers, ein Schwerpunkt, den ich sehr begrüße.

Es ist hier schon angeführt worden die Errichtung der Schrödinger-Stipendien für hochqualifizierte junge Wissenschaftler. Es wird das ergänzt durch dienstrechtliche Erleichterungen, es wird das ergänzt durch steuerliche Erleichterungen, die gerade im Entwurf eines neuen Abgabenänderungsgesetzes enthalten sind.

Hohes Haus! Ich möchte in diesem Zusammenhang doch auch erwähnen, daß Internationalität natürlich nicht nur Offenheit im Forschungsbereich heißen kann, sondern daß das auch heißen muß: mögliche Offenheit in den anschließenden technologischen Bereichen. Wir sehen nun in Österreich und auch in anderen Staaten — etwa gerade in der Schweiz oder in der Bundesrepublik Deutschland — in diesem Zusammenhang mit einer gewissen Besorgnis eine Tendenz in den Vereinigten Staaten von Amerika, nämlich den freien Technologietransfer einzuschränken.

Es sind das Tendenzen, die dort insbesondere von militärischen Kreisen ausgehen und, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, auch in den USA selbst nicht unumstritten sind, insbesondere dann, wenn das bis in das Leben der Universitäten selbst hineinreicht. Gerade diese Fragen des Technologietransfers sind sicherlich sehr sensible Bereiche, die sich nur beschränkt für eine öffentliche parlamentarische Erörterung eignen. Ich möchte mich daher darauf beschränken, lediglich folgendes festzuhalten:

Erstens: Es ist sicherlich das legitime Recht der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, den Handel mit rüstungsrelevanten Produkten, die in ihren Bereichen produziert werden, zu kontrollieren.

Zweitens: Es ist aber vom Standpunkt eines freien Welthandels zweifellos problematisch, den Bereich der rüstungsrelevanten Produkte

Dr. Nowotny

so weit auszudehnen, daß damit de facto gerade in den zukunftssträchtesten und raschest wachsenden Bereiche schwere Handelshemmnisse entstehen können.

Drittens ist festzuhalten, daß Österreich selbstverständlich darauf achten wird, daß sämtliche Verpflichtungen, die wir bei der Übernahme ausländischer Technologien eingehen, peinlich genau erfüllt werden, aber ebenso selbstverständlich muß es auch sein, daß wir als neutraler Staat unsere Technologiepolitik in all ihren Aspekten souverän bestimmen und daß für österreichische Eigenentwicklungen keinerlei Bindungen in irgendeiner Weise akzeptiert werden können. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Ich glaube, daß sich bei einer nüchternen Betrachtung und auch bei Einschaltung der wirklich kompetenten Stellen herausstellen wird, daß es da gar keine grundsätzlichen Divergenzen zwischen Österreich und irgendeinem anderen Staat gibt. Es kann sicherlich keine Seite ein Interesse daran haben, diese Problematik emotional in irgendeiner Weise aufzuladen. Aus österreichischer Sicht gesehen ist es sicherlich auch kein Gebiet, daß sich für parteipolitische Polemiken oder Diskussionen eignet. Ich freue mich, hier feststellen zu können, daß das ein Gebiet ist, auf dem alle Parteien in engster Kooperation miteinander agieren.

Hohes Haus! Ein Bereich, der ebenfalls über alle Parteigrenzen hinweg von Bedeutung ist, der von Präsident Stix auch schon kurz angeschnitten wurde, ist die Frage der gesellschaftspolitischen Erfassung neuer wissenschaftlich-technischer Entwicklungen. Ich glaube, gerade wenn wir heute hier in diesem Haus die nicht allzu häufige Chance haben, über Fragen der Wissenschaft etwas grundsätzlicher zu diskutieren, so sollten wir doch diese Verpflichtung wahrnehmen, gerade über diesen Bereich einer längerfristig politischen Antwort auf technologisch wissenschaftliche Entwicklungen kurz nachzudenken.

Es ist so, daß Wissenschaftspolitik und Technologiepolitik zweifellos den Einsatz großer finanzieller Mittel erfordern, aber — und das scheint mir hier sehr wesentlich zu sein — Wissenschaftspolitik und Technologiepolitik sind eben nicht nur eine Frage des Geldes, sie sind ebenso eine Frage des geistigen Klimas in einem Land, eine Frage der geistigen Haltung in einem Land. Gerade in diesen Bereichen sehe ich auch eine sehr wichtige

Aufgabe für eine zukunftsorientierte Wissenschaftspolitik.

Es ist ja nicht erstaunlich, daß die großen Veränderungen, die wir gegenwärtig im Bereich von Wissenschaft und Technologie sehen, bei vielen Menschen Unruhe und Furcht hervorrufen, Befürchtungen in bezug auf die Situation ihrer Lebensqualität, ihrer Arbeitsplätze, der Freiheit, der Würde der Menschen.

Ich glaube, es ist hier eine Aufgabe der Wissenschaftspolitik, an einer fundierten öffentlichen Meinungsbildung mitzuhelfen und festzustellen: Wo sind einerseits tatsächliche Gefahren, die es ja gibt?, andererseits aber auch festzustellen, wo werden hier nur Science-fiction-Ängste entwickelt, wo werden nur aus Publicitätsgründen unberechtigte Befürchtungen geschürt?

Gerade wenn wir davon ausgehen, daß in diesen neuen Bereichen der Mikroelektronik, der Biotechnologie oder in anderen Bereichen eben nicht alles, was technisch machbar ist, auch wirklich gemacht werden soll, eröffnet sich hier eine sehr starke wichtige Aufgabenstellung für die Wissenschaftspolitik und für die Politik allgemein; eine Aufgabenstellung, von der wir durchaus selbstkritisch sagen müssen, daß wir sowohl Politiker als auch als Öffentlichkeit in vieler Hinsicht dafür noch gar nicht gerüstet sind, weil es eben Dinge sind, deren Dimensionen vielfach noch gar nicht voll übersehen werden können.

Ich glaube daher, daß es zunächst einmal auch sehr wesentlich sein kann, hier einmal neue Verfahren des politischen Prozesses zu entwickeln, neue Verfahren der Entscheidungsvorbereitung, und ich möchte es daher so wie mein Vorredner sehr begrüßen, daß gerade die Frage der Technologiefolgenbewertung, der Technologiefolgenabschätzung, zu einem neuen Schwerpunkt in der Tätigkeit des Ministeriums wird, wobei wir auch hier an Institutionen anknüpfen können, die es zum Beispiel in den USA, in den Niederlanden und in Schweden gibt, natürlich zum Teil in anderen Dimensionen. Ich begrüße es auf jeden Fall, daß auch hier in Österreich Überlegungen in dieser Richtung angestellt werden.

Dabei muß man sich klar sein, daß alle diese Fragen einer Technologiefolgenbewertung natürlich nicht den politischen Prozeß ersetzen können. Aber was sie können, ist: erstens zu einer umfassenden Betrachtung zu führen, die sich dann eben nicht nur auf ein-

Dr. Nowotny

zelle, kleinere, isolierte Teilbereiche beschränkt, und zweitens ist doch zu hoffen, daß solche Verfahren auch zu einer größeren Seriosität bei der Behandlung wissenschaftlich-technologischer Probleme führen, weil es eben für die Öffentlichkeit gegenwärtig vielfach nicht möglich oder sehr schwierig ist, zu unterscheiden, wie weit es sich eben hier wirklich um seriöse Aussagen handelt oder nur um Aussagen von Scharlatanen oder auch um Aussagen von Wissenschaftlern, die in fremden Fachgebieten dilettieren; ein Problem, mit dem sich die Wissenschaft selber wahrscheinlich in zunehmendem Maß und auch durchaus selbstkritisch wird auseinandersetzen müssen. (*Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.*)

Herr Präsident! Hohes Haus! Gerade weil es uns heute erfreulicherweise gelungen ist, den Bereich der Wissenschaftspolitik aus dem politischen Tagesstreit herauszuhalten, glaube ich, sollten wir die Chance nützen, die großen, langfristigen Aufgaben zu sehen, die hier auf diesem Gebiet auf uns zukommen.

Es ist ja — wie jeder Parlamentarier aus leidvoller Erfahrung weiß — gar nicht leicht, solche langfristigen Aspekte in den politischen Prozeß einzubringen, und gerade für die Frage der Wissenschaftspolitik ist es eine Überlebensfrage, ob es gelingt, diesen langfristigen Gedanken ihren Stellenwert zu verschaffen. Ich glaube, es wird das letztlich eine Bewährungsprobe unseres politischen Systems insgesamt sein, ob uns die Bewältigung dieser Herausforderung gelingt. Die Chancen dafür werden jedenfalls umso größer sein, je größer die konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten — sowohl im Bereich der Wissenschaft und Praxis wie auch zwischen Wissenschaft und Verwaltung wie auch im politischen Bereich — ist. Ich möchte hier namens meiner Fraktion die Oppositionspartei ausdrücklich zu einer solchen Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaftspolitik einladen, und ich hoffe, daß die einstimmige Annahme des Forschungsberichtes in diesem Sinn als ein Schritt in die richtige Richtung angesehen werden kann; ein Schritt, von dem alle Österreicher nur profitieren können. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{12.56}

Präsident Dr. Stix: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Höchtl. Ich erteile es ihm.

^{12.56}

Abgeordneter Dr. Höchtl (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn der Erstredner der

Österreichischen Volkspartei, mein Freund Dr. Neisser, angekündigt hat, daß wir erstmals diesem Bericht unsere Zustimmung geben werden, dann hat er dies damit getan, daß wir von der Volkspartei der Auffassung sind, daß einige Anregungen, die wir in den letzten Jahren jeweils anlässlich der Diskussion dieses Berichtes vorgebracht haben, berücksichtigt worden sind, und damit, daß wir die Erwartung haben, daß etliches von dem, was wir als offen betrachten, was wir als noch nicht erfüllte Vorschläge bezeichnen, das nächste Mal in diesem Bericht enthalten sein wird.

Er hat aber nicht verschwiegen, daß es im gesamten Forschungsbereich noch etliches an Mängeln, noch etliches an Defiziten gibt; Mängel, von denen wir glauben, daß es notwendig ist, sie mit aller Kraft in den nächsten Jahren möglichst kurzfristig zu beseitigen, wenn wir in Österreich tatsächlich eine Forschungspolitik haben wollen, mit der wir die Zukunft bewältigen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir kritische Stimmen auch von den unmittelbar Betroffenen in Betrachtung ziehen, wenn ich beispielsweise auf eine Äußerung des derzeitigen Vorsitzenden der Rektorenkonferenz Professor Tuppy eingehe, der vor kurzem gesagt hat — ich zitiere wörtlich —: „Wir sind aus der Großforschung ausgestiegen, wir haben uns schon schrecklich mit unserer Kleinheit abgefunden und geben uns mit einer gewissen Provinzialität zufrieden“, wenn wir diese und ähnliche Äußerungen hören und vernehmen, dann müssen wir sehr wohl über die Bedingungen, wie sie in der Forschungslandschaft in Österreich derzeit herrschen, diskutieren und müssen sehr offen versuchen, gemeinsame Ansatzpunkte zu finden, um derartigen kritischen Bemerkungen nicht auch noch in den nächsten Jahren Grund zu geben.

Wenn wir uns gewisse Ziffern anschauen, Herr Bundesminister, dann, glaube ich, ist es zweifellos so, daß wir noch etliches aufzuholen haben, daß wir noch etliches an Vorstößen — vor allem im finanziellen Dotationsbereich — zu machen haben, um halbwegs in der Lage zu sein, den Zukunftsanforderungen entsprechen zu können.

Wenn ich nur ein Ziel hernehme, das selbst seitens der sozialistischen Regierung — noch nicht der Koalitionsregierung — gestellt worden ist, wo man sich zwei Prozent des Bruttonationalprodukts als Zielvorstellung gestellt hat, die man für Forschungsausgaben ver-

Dr. Höchtl

wenden soll, und wenn ich die Entwicklung der letzten drei Jahre damit in Vergleich setze, dann muß ich sagen: Wir brauchen nicht nur Jahre, sondern Jahrzehnte, um eine derartige Entwicklung zu realisieren.

Wir haben vor zwei Jahren, im Jahre 1982, 1,39 Prozent unseres Bruttonationalprodukts im Forschungsausgabenbereich lokalisieren können. Wir haben im Jahre 1983 sogar einen Rückgang auf 1,37 Prozent erleben müssen und sind nun im Jahre 1984 bei 1,40 Prozent angelangt.

Wenn ich diese Steigerung in demselben Tempo weiterrechne, wie sie in den letzten zwei Jahren vor sich gegangen ist, dann, glaube ich, haben wir noch fünf bis sechs Jahrzehnte zurückzulegen, um dieses Ziel, das vor wenigen Jahren gesteckt worden ist, zu erreichen. Ich glaube, das wäre zweifellos eine allzu lange Zeit, und wir würden dann erleben müssen, daß die Forschung, die Wissenschaft uns den Vorwurf zu machen hat, daß wir die Zukunft verschlafen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn vor wenigen Monaten in der Zeitung „Die Presse“ ein Artikel unter der Überschrift „Siebenschläfer“ veröffentlicht worden ist, wo eben diese Entwicklung im Forschungsdotationsbereich erörtert wird, dann, glaube ich, ist das, was hier zum Ausdruck gekommen ist, schon mit einem hohen Ausmaß an Wirklichkeit verbunden. Man kann nämlich nicht große Erwartungen erwecken, indem man die Zweiprozentgrenze als ein unmittelbar in der nächsten Zeit zu erwartendes Ziel angibt und uns dann mit einer derartigen realen Entwicklung konfrontieren.

Ich glaube, wenn man das diskutiert, wenn wir uns mit den Einzelheiten im Forschungsbereich auseinandersetzen, dann ist zwar unsere Bereitschaft — die Bereitschaft der Volkspartei —, konsensuale Lösungen in dem so wichtigen, für Österreich so wichtigen Bereich zu finden, vorhanden, nur dürfen wir dabei nicht die Augen vor diesen eklatanten Mängeln und vor diesen eklatanten Defiziten verschließen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege, ich darf Ihnen noch etwas sagen. Wenn Sie tatsächlich den Forschungsbericht durchgelesen haben und das mit dieser Entwicklung vergleichen, dann werden Sie dem zustimmen, was einmal der Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Kollege Abgeordneter Gassner, gesagt hat, nämlich: Ihm scheint es so, als ob all die Ankündigungen, all das Gerede von

Innovation, von Nutzbarmachung des technologischen Fortschritts nicht mehr wäre als eine „publicityträchtige Worthülse“.

So leid es jemandem tut, der tatsächlich diesen Bereich als enorm wichtig und enorm bedeutend für Österreich erachtet, so muß das doch gesagt werden, es kann nicht verschwiegen werden.

Wir müssen uns auch jeweils dem internationalen Vergleich stellen. Es ist doch so, daß wir beispielsweise noch vor wenigen Jahren pro Einwohner für Forschung und Entwicklung 904 S ausgegeben haben, im Durchschnitt der EG-Länder sind also 1 229 S ausgegeben worden. Die BRD hat 1 812 S ausgegeben, und die Vereinigten Staaten und einige andere Länder haben noch wesentlich mehr für diesen wichtigen Bereich der Forschung und Entwicklung verwendet.

Wir stehen mit all diesen Staaten in Konkurrenz, wir stehen im Wettbewerb, und wir sind nur dann konkurrenzfähig, wenn wir ähnliche Raten auch in unseren Bereichen entwickeln können. Ansonsten werden wir zwar jammern können, aber uns mit diesen Staaten nie im Gleichschritt entwickeln können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir beispielsweise die Steigerungsrate seit dem Jahre 1975 betrachten, so haben wir eine Steigerungsrate von rund 88 Prozent. In den USA und in Großbritannien beträgt sie 167 Prozent, in Frankreich 157 Prozent und in Japan sogar 200 Prozent.

Wir haben — einige aus dem ÖVP-Klub — vor wenigen Wochen eine Studienreise in die sogenannten Schwellenländer Taiwan und Südkorea gemacht. Und wir waren verwundert, als wir in den Diskussionen mit dortigen Ministern und Parlamentariern gehört haben, daß dort 6 bis 8 Prozent des Bruttonationalproduktes für Forschungsausgaben verwendet werden. Das heißt, die Länder, mit denen wir in einigen Bereichen der Grundstoffindustrie, aber auch im elektronischen Bereich, sehr stark in Konkurrenz stehen, wissen, wo die Wichtigkeit der Lokalisierung von Mitteln zu liegen hat.

Und ich glaube, wenn es noch lange so weitergeht mit einer derart geringen Geschwindigkeit von 0,01 Prozent, also ein Hundertstel Steigerung in zwei Jahren in unserem Bereich, dann wird es leider einmal auch der Fall sein, daß diese Länder auf uns herunterblicken, weil wir es auch in diesen Jahren

Dr. Höchtl

nicht bewerkstelligen können, mit diesem enormen Fortschritt mitzuhalten. Und das kann doch nicht unsere Zukunftsaussicht in Österreich zu sein haben!

Das Forschungsdefizit äußert sich auch in einem anderen Bereich, nämlich im Bereich unserer Patentbilanz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Überlegen wir uns einmal, wie wirklich die Entwicklung in der Patentbilanz aussieht. Wir haben allein in den letzten zehn Jahren, vom Jahr 1973 bis zum Jahr 1983, 17,4 Milliarden Schilling, also 17 400 Millionen Schilling, an Know-how-Geldern ins Ausland überweisen müssen, während unter demselben Titel nur 3 700 Millionen Schilling aus anderen Staaten nach Österreich flossen. Das heißt, hier ist eine enorme und leider sich stetig ausweitende Diskrepanz zwischen dem, was wir erhalten auf Grund unserer exportierten Lizenzen und Patente, und dem, was wir zahlen müssen für den Import von Lizenzen und Patenten, vorhanden.

Der Saldo wird immer größer. Ist er beispielsweise im Jahre 1973 noch bei 750 Millionen Schilling gelegen, so lag er im Jahre 1983, also im abgelaufenen Jahr, bereits bei 1 961 Millionen Schilling. Nur 469 Millionen Schilling haben wir eingenommen, aber 2 430 Millionen Schilling haben wir zahlen müssen.

Wenn wir diese Fakten betrachten, dann sehen wir die Problematik, die sich im gesamten Forschungsbereich, in der Forschungslandschaft in Österreich ergibt. Darauf hat mein Freund Neisser bei seiner Mängelauflistung hingewiesen, und, ich glaube, das sind die konkreten Fakten, über die wir diskutieren müssen, über die wir bereit sind zu diskutieren und froh sein werden, wenn es zu konsensualen Lösungen kommt. Nur ein Verschließen der Augen vor dieser Situation wäre zweifellos nicht der Weg, es zu bewältigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Neisser hat auch kurz die schwierige Situation der beiden Fonds erwähnt, sowohl des Fonds für wissenschaftliche Forschung als auch des Fonds für gewerbliche Forschung. Ich glaube, wenn wir die Entwicklung in den letzten Jahren nur kurz verfolgen, wo er berechtigterweise darauf hingewiesen hat, daß die überhaupt ihre Probleme nur halbwegs bewältigen, indem sie enorme Vorgriffe auf das Budget des nächsten Jahres machen, und diese Vorgriffe sich in den letzten Jahren

von ursprünglich 20 Prozent auf jetzt bereits 50 Prozent des nächstjährigen Budgets erweitert haben, dann muß man sehen, wie auch hier die enorme Problematik der Unterdotierung — der krassen Unterdotierung — aufscheint.

Und wenn wir noch zusätzlich sehen, daß in einer Art „antizipativer Verhaltensweise“ viele überhaupt verzichten, sich an diese beiden Fonds mit ihren Projekten zu wenden, weil sie ja wissen, in welcher schwieriger finanzieller Situation sich diese Fonds befinden, dann wird erst das Ausmaß dessen klar, wie diese Fonds unter einer Unterdotierung leiden. Das heißt also, ein wesentlicher Ansatz müßte in einer radikalen Steigerung der Dotation dieser beiden für uns so wichtigen Fonds gelegen sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte kurz auch auf den Vorredner, den Professor Nowotny, eingehen, weil er ein Problem angeschnitten hat, das in meinen Augen doch von einer besonderen Wichtigkeit ist und das in den letzten Wochen und Monaten, ursprünglich schon im letzten Jahr, in den Medien diskutiert worden ist, nämlich die Frage des gesamten Technologieimports und -exports, insbesondere im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten.

Ich glaube, von der Warte der Volkspartei aus sagen zu können: Wir sind zweifellos einer Meinung, daß es keinerlei Beschränkungen geben darf, was die Verwendung jener Technologien anbelangt, die wir in Österreich selbständig produzieren, und daß es auch keinerlei Differenzen geben darf in der Auffassung, daß wir jene Vereinbarungen auf Punkt und Beistrich genau einzuhalten haben, die wir mit anderen Staaten in Verwendung von deren Technologie ausmachen.

Ich sehe allerdings kritisch einen anderen Punkt, nämlich den, daß ich glaube, daß diese Diskussion dieses Ausmaßes überhaupt erst angenommen hat, weil nicht jene Grundbedingung des außenpolitischen Klimas zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren geherrscht hat, die zu einer derartigen Diskussion überhaupt nicht geführt hätte. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Nowotny.)* Das heißt, im außenpolitischen Bereich, Herr Kollege Nowotny, sind zweifellos Verhaltensweisen passiert, die nicht jenes positive Grundklima zwischen unseren beiden Staaten hergestellt haben, das eine derartige Diskussion von vornherein nicht hätte aufkommen lassen. Das ist ein Punkt, den ich sehe. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Nowotny: Wieso gibt es dann Probleme*

Dr. Höchtl

USA — Deutschland? Können Sie das erklären?) Im besonderen Ausmaß waren eben die Österreicher betroffen, und ich bringe die Hoffnung zum Ausdruck, daß man durch einen Wechsel in der Person des Außenministers von dem immer wieder doch einigermaßen subkutanen antiamerikanischen Stimmungsklima wekommt, das ja zweifellos dem Außenminister Lanc in manchen Äußerungen sicherlich nachgewiesen werden kann. Ich hoffe, der neue Außenminister ist so klug (*neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Nowotny*), daß er diese dem amerikanischen Bereich eher feindlich gesinnte Haltung nicht weitertreiben wird.

In dem gesamten Forschungsbereich möchte ich noch einige Punkte anschnitten, von denen ich glaube, daß sich diese Unterdotierung, auf die ich zuerst eingegangen bin, schon auswirkt.

Beispielsweise: Ich habe in den letzten Wochen und Monaten mit einigen Kollegen an der Universität für Bodenkultur insbesondere die Frage des Waldsterbens erörtert, und was mir dort gesagt worden ist, das hat mich sehr traurig gestimmt, nämlich daß sich in den Gesprächen zwar jeder von denen, die die Mittel zur Verfügung stellen, sehr aufgeschlossen dem Problem gegenüber zeigt, jeder weiß, wie geradezu exponentiell die Wachstumsraten der gefährdeten Hektarumsmaße im Wald aussehen, daß allerdings dann, wenn konkrete größere Mittel erforderlich machende Forschungsprogramme vorgelegt werden, der einzelne Wissenschaftler nur mit einem kleinen Teil dessen das Auslangen finden soll.

Beispielsweise ist mir gegenüber konkret von zwei Professoren der Bodenkultur erwähnt worden, daß dieses Programm, das sie vorgeschlagen haben, in einem Zeitraum von vier bis fünf Jahren rund 100 Millionen Schilling erforderlich machen würde. Bekommen haben sie 3,5 Millionen, wobei mir gegenüber hinzugefügt worden ist: sie haben nicht einmal ausreichend Gelder, die nötigen Meßgeräte anzuschaffen. Das heißt: Einerseits bekennt man sich — zu Recht, muß ich sagen — sehr stark zur Forcierung des Forschungsbereichs des Waldsterbens, andererseits, wenn dann die nötigen Konzeptionen für die Untersuchungen gegeben sind, bekommt man nur einen Bruchteil dessen und ist dadurch nicht in der Lage, das Konzept durchzuführen.

Oder zum zweiten: Ich habe vor einigen Monaten mit dem Institut für Umweltwissen-

schaft und Naturschutz im Rahmen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ein längeres Gespräch geführt, und damals ist schon geklagt worden, wie schwierig eigentlich die Dotationssituation seitens des Wissenschaftsministeriums ist.

Ich habe gestern, um noch einiges rückzuechecken, mit diesem Institut telefonieren wollen. Als ich anrief, meldete sich ein Telefonbeantworter und sagte: Leider ist das Sekretariat nicht besetzt, da Einsparungsgründe dazu zwingen, nur mehr wenige Stunden in der Woche das Sekretariat aufrechtzuerhalten, und man möge auch Verständnis dafür haben, daß auch die Post nur mehr selektiv beantwortet werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Erlebnis von gestern hat mich in diesem Zusammenhang der gesamten Forschungssituation wiederum darauf aufmerksam gemacht, daß tatsächlich einige Bereiche schon so weit negativ betroffen sind, daß sie nicht mehr ihre Arbeit — auch nicht im geringsten Umfang — erfüllen können.

Herr Bundesminister! Ich habe dieses Beispiel gebracht, weil es ja augenscheinlich die schwierige Situation in manchen Bereichen aufzeigt. Ich glaube, es sollte unser gemeinsames Anliegen sein, die Schwierigkeiten doch ehestbaldig zu beseitigen, weil es nicht angeht, daß wir mit diesen Schwierigkeiten weiterleben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Oder: Ich glaube, daß es auch im Hinblick auf das Schrödinger-Stipendium durchaus einen kritischen Hinweis gibt. Sosehr ich die Einrichtung dieser Schrödinger-Stipendien begrüße und wir von der Volkspartei das als positive Maßnahme erachten, so sehr muß ich auch auf die Problematik insoweit hinweisen, als mir in einem Gespräch vorgestern, eben von betroffenen Stellen, gesagt worden ist, daß sie mit ungefähr 200 Personen rechnen, die sich zweifellos darum bewerben würden, daß sie aber befürchten, daß budgetär höchstens 20 bis 25 wirklich abgedeckt werden könnten.

Wir wissen, wie wichtig es ist, den Auslandskontakt, die Auslandserfahrung, dieses Ziel zu verwirklichen, Know-how im Ausland kennenzulernen, um es dann in Österreich umsetzen zu können. Allerdings: Wir dürfen nicht die extreme positive Erwartung einerseits schüren und andererseits in der Erfüllung so stark nachhinken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weil wir gerade das Ausland anschnitten: Ich

Dr. Höchtl

glaube, es gibt auch andere Probleme — ich habe es einmal vor zwei Jahren, als wir die parlamentarische Enquete „Gegenwart und Zukunft der österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen“ gehabt haben, erwähnt —, nämlich einen Punkt, wo so augenscheinlich und so offensichtlich wird, wie schwierig die bürokratischen Hemmnisse und der riesig lange Weg sind, der dazu führt, daß Wissenschaftler ins Ausland gehen können. Ich habe nämlich zitiert, daß es ja zum Wesen einer aufgeschlossenen, einer offenen, einer kontaktfreudigen Wissenschaft gehört, diesen Kontakt mit den anderen Instituten im Ausland jeweils herzustellen.

Aber in der Praxis schaut das nun so aus, daß für jede Dienstreisegenehmigung ins Ausland nicht nur ein Ansuchen über die Universität an das Ministerium zu richten ist — welche Quantität hier wirklich zum Ausdruck kommt, muß man sich einmal vor Augen führen —, sondern es ist sogar ein Ministerratsbeschuß erforderlich! Wenn ich das hernehmen und auf die volle Zahl der Planstellen im Universitätslehrerbereich bei rund 6 500 umrechnen würde und wenn nur dreimal pro Jahr eine entsprechende Kontaktnahme — durchaus möglich — intendiert wäre, wären das 20 000 Akten, die, umgerechnet auf rund 50 Ministerratsitzungen, bewirken würden, daß pro Ministerratsitzung 400 derartige Punkte von Dienstreisen behandelt werden.

Herr Bundesminister, das ist doch etwas, was wirklich die enorm bürokratisierte Dimension der Behandlung der Dienstreisen so augenscheinlich macht. Ich glaube, es wäre notwendig, von diesem Prozedere wirklich wegzugehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eines hat Kollege Neisser als Mangel angeschnitten: Ich darf damit gerade auf die Diskussion zurückkommen, die zwischen 10.00 und 11.30 Uhr in diesem Hohen Hause durchgeführt wurde.

Wir sehen einen sehr engen Zusammenhang zwischen dem, was unsere Anliegen in der Forschungspolitik sind, und dem, was wir in unserem Steuerkonzept der Österreichischen Volkspartei verankert haben. Wir glauben nämlich, daß einer der wesentlichen Gründe, warum auch in den Unternehmungen nicht mit dem gewünschten Ausmaß geforscht wird, darin liegt, daß die gesamte Eigenkapitalbildung nicht möglich war und dadurch für dieses Risiko, das selbstverständlich im Forschungsbereich gelegen ist, auch nicht die nötigen Mittel verwendet werden.

Deshalb wäre es auch so notwendig, daß Sie die Vorschläge, die wir im ÖVP-Steuerkonzept verankert haben, möglichst bald zu Diensten der Forschung und Wissenschaft in Österreich verwirklichen würden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Ich glaube, wir haben sehr deutlich geäußert, daß wir in dem so wichtigen Bereich der Forschung in Österreich an konsensualen Lösungen interessiert sind, daß wir sehr gerne bereit sind, gemeinsame Wege zu gehen, daß wir aber deshalb die Diskussion nicht ohne Aufzeigen jener Mängel und offensichtlichen Defizite führen können, die sich für all diejenigen, die in diesen Bereich Einblick haben, ergeben.

Wenn es uns gelingt, an die Behebung dieser Mängel, an die Beseitigung dieser Defizite mit einer Gesinnung heranzugehen, daß wir sagen, die Geschwindigkeit soll nicht so sein, wie sie tatsächlich in den letzten zwei Jahren war, sondern es soll ein echter Aufholprozeß eingeleitet werden, dann können wir auch aus dieser Debatte heute mit einer positiven Gesinnung an die Bewältigung der Aufgaben für Österreichs Zukunft gehen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 13.23

Präsident Dr. Stix: Zum Wort hat sich der Herr Bundesminister Dr. Fischer gemeldet. Ich erteile es ihm.

13.23

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verhehle nicht meine Freude darüber, daß dieser Forschungsbericht 1984 die Zustimmung aller Fraktionen des Hauses findet. Wenn wir am kommenden Montag eine Sitzung des Rates für Wissenschaft und Forschung haben werden, dann wird das auch für die Mitglieder dieses Rates eine erfreuliche Mitteilung sein, die ja so maßgeblich an der Erarbeitung dieses Berichtes beteiligt waren. Ich glaube, daß das auch zusätzlich gute Voraussetzungen für unsere weitere Arbeit schafft.

Ich werde versuchen, einige Hinweise auf Schwerpunkte dieses Berichtes oder einige Informationen an das Hohe Haus mit Stellungnahmen zu Debattenbeiträgen zu verbinden.

Sie wissen — das ist eine wichtige Zahl aus diesem Bericht —, daß Österreich 1984 etwa 18 Milliarden Schilling für Forschung und Entwicklung ausgeben wird und daß die Zah-

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer

len des Jahres 1984 um etwa 7,8 Prozent über jenen des Jahres 1983 liegen. Es wird unser Ehrgeiz sein — da kann man dann sicher nicht von „Schnecken tempo“ sprechen —, daß auch im Jahr 1985, wozu das Budget einen Beitrag zu leisten haben wird, die Zahlen wieder substantiell günstiger sein werden als im Jahr 1984. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich werde noch mehrmals auf diesen Punkt zurückkommen, aber ich möchte gleich am Beginn die Problematik in aller Nüchternheit darlegen.

Wenn ich mich richtig erinnere, ist der Herr Finanzminister aufgefordert worden, die Wünsche seiner Ressortkollegen auf eine Steigerungsrate von 3 Prozent zusammenzustreichen, um zu bewirken, daß das Nettodefizit des Staatshaushaltes für 1985 um einen Prozentpunkt, also um rund 12 Milliarden Schilling, absinkt.

Wenn Sie den Rechenstift zur Hand nehmen und die gesetzlichen Verpflichtungen und die Personalausgaben bedenken, die ja auch gesetzliche Verpflichtungen sein werden, sobald die Gehaltsverhandlungen abgeschlossen sind, dann werden Sie erschrecken, um wieviel Sie Ermessenskredite und Förderungen im Jahr 1985 beispielsweise im Wissenschaftsressort hätten kürzen müssen — ich wiederhole: kürzen müssen —, wenn Sie tatsächlich unsere Ressortsteigerungsrate auf 3 Prozent limitiert hätten. Wir werden darüber vielleicht beim Budget noch sprechen. Aber Zuschläge und Steigerungsraten bei den beiden Fonds oder bei der Akademie der Wissenschaften oder gar bei den Schrödinger-Stipendien oder irgendwo, wo wir keine gesetzliche Verpflichtung haben, wären unter diesen Voraussetzungen nicht möglich gewesen.

Darum hoffe ich, daß die Bundesregierung zum verfassungsmäßigen Termin im Oktober ein Budget beschließen wird, das im Bereich von Wissenschaft und Forschung mehr jenen Anforderungen gerecht wird, die heute von allen drei Fraktionen in Übereinstimmung zum Ausdruck gebracht wurden, als jenen Anforderungen, die da lauten, daß eine Steigerungsrate von 3 Prozent nicht überschritten werden soll.

Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttonationalprodukt liegt heuer bei etwa 1,4 Prozent. Es ist richtig, daß dieser Prozentsatz international noch von vielen Ländern übertroffen wird. Ich füge auch hinzu, daß wir uns orientieren sollen an jenen, die vor uns liegen, und nicht an jenen,

die hinter uns liegen. Das ist selbstverständlich.

Aber wenn Sie zum Beispiel die Tabelle im Forschungsbericht auf Seite 119 zur Hand nehmen, wo die Forschungsausgaben der derzeit acht EWG-Staaten in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes angeführt sind, und zwar die öffentlichen Forschungsausgaben, denn nur für diese kann ich gewissermaßen sprechen — ein weiterer wichtiger Teil sind die privaten Forschungsausgaben —, dann werden Sie finden, daß wir doch vier EWG-Staaten bereits hinter uns haben, vier noch vor uns. Ich versichere Ihnen, daß durch die bevorstehenden EWG-Beitritte weiterer Staaten die Position Österreichs in Relation zur EWG sich weiter verbessern wird.

Die Forschungsausgaben des Bundes sind mehr als ein Drittel der gesamtösterreichischen Forschungsausgaben, sie betragen etwa 6,4 Milliarden.

Vom Kollegen Neisser wurde die Frage aufgeworfen, ob hier nicht noch eine zu große Zersplitterung vorherrscht, ob man nicht noch mehr die Forschungspolitik des Bundes und daher auch die Forschungsausgaben des Bundes beim Wissenschaftsministerium konzentrieren könnte, während heute noch gewisse Aufgaben beim Bautenministerium oder beim Landwirtschaftsministerium liegen.

Aber ich glaube, daß wir hier die Relationen sehen müssen, die Relationen, die so anschauen, daß von 100 Forschungsschillingausgaben des Bundes 84,5 vom Wissenschaftsministerium vergeben werden, 4,8 vom Bautenministerium, 4,5 vom Landwirtschaftsministerium.

Die Forschungsausgaben des Wissenschaftsministeriums im Vergleich zu jenen des Bautenministeriums verhalten sich etwa wie 18 : 1. Ich glaube, das kann man schon in der Richtung interpretieren, daß der überwiegende Schwerpunkt der Forschungstätigkeit, der Forschungspolitik, der Forschungsförderung im Wissenschaftsministerium konzentriert ist. Die totale Konzentration, daß sich alles auf einem Punkt konzentriert befindet, ohne Rücksicht darauf, daß manche Dinge in der landwirtschaftlichen Forschung vielleicht wirklich besser vom Landwirtschaftsminister oder in der Straßen- und Wohnbauforschung wirklich besser vom Bautenminister koordiniert werden könnten, diesen Gesichtspunkt sehe ich nicht so stark, als daß ich sagen würde, der jetzige Zustand muß unbedingt verändert werden.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer

Der Kollege Dr. Höchtel hat gemeint, Österreich ist aus der Großforschung ausgestiegen, unter Bezugnahme auf ein Zitat. Ich würde darauf mit der Frage antworten: Wann war's denn Ihrer Meinung nach drinnen? In den sechziger Jahren? In den fünfziger Jahren? In den zwanziger Jahren?

Ich glaube, natürlich gibt es Großforschungsbereiche, vor allem auch auf dem militärischen Sektor, wo wir nicht drinnen sind. Aber eines kann man mit Sicherheit sagen: Wir sind heute mehr drinnen als je in der Geschichte dieses Landes (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*), das ist ganz ohne Zweifel. Das hängt auch zusammen mit unseren Bemühungen um eine Mitwirkung Österreichs in internationalen Systemen. Ich werde vielleicht darauf noch zu sprechen kommen, über unser Interesse an der ESA, über unser Interesse an europäischen Forschungsprogrammen, über unser Interesse an den COST-Programmen et cetera.

Kollege Dr. Höchtel hat auch — und andere auch — die Frage der Patentbilanz angeschnitten. Ich weiß, das ist ein alter Diskussionspunkt. Ich habe mich von Experten des Wirtschaftsforschungsinstitutes überzeugen lassen, daß die Patentbilanz nur sehr beschränkte Aussagekraft über die Innovationsentwicklung eines Landes hat, vor allem wenn sie nur in kurzen Fristen betrachtet wird. Das ist auch der Grund — ich glaube nicht, daß sich das Wirtschaftsforschungsinstitut sinnlose Aufgaben stellt —, warum man dort darangeht, eine eigene Berechnungsmethode über die Innovationskraft Österreichs zu erarbeiten, daß wir nicht nur Export- und Patentbilanzen haben, sondern daß wir auch die Innovationskraft und das Innovations-tempo im Bereich von Forschung und Entwicklung objektiv messen — das Wirtschaftsforschungsinstitut hat die Vorarbeiten längst begonnen — und daraus vielleicht bessere Schlüsse ziehen können, wo wir stehen — durchaus selbstkritisch —, als nur die Patentbilanz zu nehmen.

Denn es ist eine Erfahrung, daß zum Beispiel Länder gerade dann, wenn sie in eine Phase rapider Entwicklung, Vorwärtsentwicklung eintreten, wenn ihre Unternehmungen sich bemühen, möglichst viel Technologie und Know-how in ihre Produktion hineinzunehmen, natürlich auch ausländische Patente in stärkstem Umfang hereinnehmen und daß sich dann die Patentbilanz verschlechtert.

Ich erhoffe mir Aufschlüsse von diesem Innovationstest, von dieser Innovationskraft-

analyse des Wirtschaftsforschungsinstitutes, und wir werden dann unsere Position noch besser beurteilen können.

Hohes Haus! Ich darf darauf hinweisen, daß der Forschungsbericht — und das ist ja seine Aufgabe — auch Einzelaussagen über Schwerpunkte, über wichtige Aktivitäten, über die Tätigkeit der beiden Fonds, über Forschungsschwerpunkte et cetera enthält. Ich weise darauf hin, daß in der Zeit von 1974 bis 1983 von seiten des Wissenschaftsministeriums zum Beispiel allein für Forschungsarbeiten zur Erschließung nichtkonventioneller Energieträger — also etwas sehr Wichtiges für die Entwicklung unserer Energiepolitik — rund 120 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt wurden und daß viele Produkte, die heute von österreichischen Betrieben erzeugt und erfolgreich verkauft werden, Ergebnisse dieser Forschungsarbeit und Forschungstätigkeit sind.

Und wenn die beiden Forschungsförderungsfonds so oft erwähnt wurden und deren wirtschaftliche Situation, so darf ich noch einmal auf meine allgemeinen Ausführungen zur Budgetsituation hinweisen.

Aber eines möchte ich Ihnen jetzt schon ankündigen: Die beiden Fonds zusammen haben im Jahre 1980 laut Rechnungsabschluß über etwa 456 Millionen Schilling verfügt. Der Voranschlag 1983 lag um die 500 Millionen Schilling, sodaß in den vier Budgets 1980 bis 1983 eine Steigerung um 50 Millionen Schilling zu verzeichnen war. Von 1983 auf 1984 ist allein im Voranschlag eine Steigerung von 40 Millionen Schilling gewesen, und wir werden uns sehr bemühen, daß sich die Steigerung von 1984 auf 1985 — ohne den Regierungsbeschlüssen vorzugreifen — in einer ähnlichen, jedenfalls nicht viel geringeren Größenordnung bewegt.

Und wenn Sie diese beiden Jahressteigerungen dann addieren, von 1983 auf 1984 und von 1984 auf 1985, meine Damen und Herren, vor dem wirtschaftlichen Hintergrund, vor dem Hintergrund der Entwicklung in anderen Ländern, vor dem Hintergrund der Bemühungen um eine Senkung des Budgetnetto-defizites, werden Sie erkennen können, wieviel Energie da notwendig und wie das eigentlich einzuschätzen ist, daß man doch diesen Schwerpunkt setzen kann. Das wird sicher die Situation der beiden Fonds nicht dorthin bringen, daß sie sagen werden: Jetzt haben wir alles, was wir brauchen, mehr Geld könnten wir gar nicht brauchen. Aber jedenfalls wird man dieses ernste und erfolgreiche

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer

Bemühen für die beiden Fonds deutlich erkennen. Ich glaube, das ganze Haus wird das mit Genugtuung registrieren, im Sinne dieser einstimmigen Verabschiedung des heutigen Forschungsberichtes. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich kann es mir ersparen, zu einzelnen Forschungsschwerpunkten Stellung zu nehmen. Der Kollege Dr. Neisser hat die Technologieschwerpunkte Mikroelektronik, Biotechnologie et cetera bereits erwähnt.

Ich möchte aber etwas anderes aufgreifen, nämlich die Frage von Gründerzentren. Ich bin ganz genau der gleichen Auffassung, egal ob das ÖVP-Gemeinderäte in Wien oder Arbeiterkammerfunktionäre fordern oder ausländische Beispiele uns vorexerzieren, daß wir so etwas brauchen können.

Ich habe mich daher mit dem Herrn Bautenminister schon im Prinzip geeinigt, daß wir ein Technologiezentrum Wien schaffen werden. Die grundsätzliche Einigung ist vorhanden, daß wir einen Technologiepark Wien schaffen werden, unter Einbeziehung der zur Verfügung stehenden räumlichen Möglichkeiten im Bereich des Arsenal. Durch diese Aktion soll in Gründung befindlichen Betrieben und Kleinbetrieben mit fortgeschrittenen Technologien im weitesten Sinne des Wortes geholfen werden. In der besonders schwierigen Startphase sollen verfügbares Wissen, Know-how und anwendbare Technologien einer kommerziellen Nutzung zugeführt werden beziehungsweise Kristallisationspunkte für weitere Entwicklungen sein.

Es gibt auch schon ein Konzept für die konkrete Tätigkeit. Vielleicht gibt es ein andermal Gelegenheit, darüber ausführlicher zu berichten, damit ich Sie jetzt nicht zu lange mit dieser Frage aufhalte. Aber ich sage ein prinzipielles Ja zu dieser Idee und zu der Schaffung eines Technologieparkes in Wien. Vielleicht werden andere Standorte auch noch folgen können.

Hohes Haus! Es sind Fragen der Mobilität, der wissenschaftlichen und der personellen, angeschnitten worden.

Es ist die Aktion der Schrödinger-Stipendien von vielen Seiten lobend erwähnt worden, bis auf die Einschränkung des Herrn Kollegen Dr. Höchtl, es seien nur 20 Stipendien.

Ich glaube, daß da ein kleiner Rechenfehler

oder ein Mißverständnis vorliegt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Höchtl.)* Es werden auch nicht nur 25 sein, jedenfalls dann nicht, wenn alle Beteiligten das halten, was wir uns vorgenommen haben. Denn wir haben uns ja vorgenommen, daß die Schrödinger-Stipendien eine Aktion sind, die nicht nur durch den Steuerzahler über das Budget finanziert werden, sondern woran sich andere wichtige Institutionen unserer Republik auch beteiligen werden. Ich habe vorgesorgt, daß im Staatshaushalt des nächsten Jahres einmal 5 Millionen Schilling drinnen sein werden. Die Nationalbank, glaube ich, sagen zu können, wird in der Größenordnung von etwa einer Million Schilling einsteigen. Wenn Sie 200 000 S für ein Stipendium rechnen pro Jahr — und das ist, glaube ich, großzügig gerechnet —, dann haben Sie damit einmal 30 Stipendien gesichert, und wenn auch nur in irgendeiner Weise von dritter, vierter, fünfter Seite — Bundeskammer, Gewerkschaftsbund, Industriellenvereinigung, andere Gebietskörperschaften — mitgezogen wird, dann werden wir auch diesen Wert überschreiten und werden etwas tun können, was sicher wichtig ist, nämlich eine Auswahl der Kandidaten treffen, die die besten Qualifikationen haben. Wenn sich herausstellen sollte, daß die Auswahl zu streng getroffen werden muß, dann wird man diese Beträge in weiterer Folge erhöhen. Aber eines kann ein sparsamer Staat auch nicht tun: nämlich darauf verzichten, aus einer sicher größeren Zahl von Bewerbern bei einem Betrag von immerhin 200 000 S pro Person und Jahr die besten und die qualifiziertesten auszusuchen.

Und so glaube ich, daß es gut ist, in diesem Umfang zu starten, gute Leute auszuwählen und dann die Aktion auszudehnen in jenem Ausmaß, wie sie sich bewährt und wie die Bewerbung qualifizierter Kandidaten zunimmt.

Ich glaube aber, daß wir nicht nur diese Art von Mobilität brauchen, sondern überhaupt die internationale Zusammenarbeit. Ich trete ganz deutlich dafür ein und habe das kürzlich auch bei einer Konferenz in Paris gesagt, daß im Forschungsbereich die Grenzen zwischen EWG-Staaten und Nicht-EWG-Staaten so stark und so deutlich wie möglich übersprungen werden sollen, daß sich Österreich an Projekten, an europäischen Forschungsprojekten beteiligen soll nach Maßgabe seiner Interessen und seiner finanziellen Möglichkeiten, aus welcher Ecke Europas sie immer kommen, daß wir diese Zusammenarbeit suchen und daß die Grenzen zwischen EWG-Staaten und Nicht-EWG-Staaten jedenfalls

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer

keine Grenzen im Bereich der Forschung sein werden.

Was das Thema Technologietransfer betrifft, so benütze ich gerne die Gelegenheit, um noch einmal klarzustellen, daß auf österreichischer Seite volles Verständnis dafür besteht, daß die Vereinigten Staaten für ihre Technologie die Bedingungen festlegen wollen, an wen sie geliefert wird und was der Empfänger damit tun darf und was nicht. Österreich ist selbstverständlich entschlossen und bereit — das ist von allen Berufenen klar gestellt worden —, diese Regeln einzuhalten. Über eine weitere Verstärkung der diesbezüglichen Maßnahmen kann man ohneweiters nachdenken und verhandeln, wobei die Frage ist, ob man da wirklich ein Gesetz braucht oder nicht. Ich habe für den Standpunkt des Abgeordneten Robert Graf, daß man da vielleicht auch überlegen soll, ohne spezielle gesetzliche Regelungen auszukommen, durchaus Verständnis. Aber ebenso deutlich ist zu sagen, daß Österreich natürlich seine Souveränität und Autonomie über Produkte, die wir autonom entwickeln, wahren muß.

Was jetzt die Kritik eines NATO-Funktionärs in den letzten Tagen an Österreich betrifft und den Hinweis, daß man da ruhig Druck ausüben kann auch im autonomen Bereich, so darf ich in Ergänzung zu Zeitungsmeldungen sagen, daß Minister Gratz heute früh vor der Abreise des Bundeskanzlers nach Bulgarien den Bundeskanzler aus den USA angerufen und ihm noch einmal mitgeteilt hat, daß von den zuständigen amerikanischen Stellen durchaus akzeptable Klarstellungen getroffen wurden, daß diese Äußerungen aus Brüssel nicht autorisiert waren, nicht mit der Meinung der amerikanischen Regierung übereinstimmen.

Das wäre in meinen Augen — ohne daß ich mich da auf ein fremdes Gebiet begeben will — eigentlich auch eine Klarstellung zu der Frage, ob das mit außenpolitischen Dingen im Zusammenhang steht. Denn es ist damit klar gestellt, daß eben diejenigen, die befugt sind, die amerikanische Außenpolitik zu interpretieren, nicht hinter diesen Äußerungen stehen, daß sie im Gegenteil durchaus eine korrekte Haltung gegenüber Österreich einnehmen. Damit ist doch wohl auch die Schlußfolgerung zulässig, daß das keine außenpolitische Ursachen hat und daß die Beziehungen auf der außenpolitischen Ebene absolut einwandfrei sind.

Meine Damen und Herren! Es gäbe noch viele Punkte aus den einzelnen Diskussions-

beitragen, zum Beispiel die Verwaltungseinfachung. Der Kollege Dr. Neisser hat dargestellt — und der Abgeordnete Dr. Höchtel hat es dann noch ein bißchen mit zusätzlichen Formulierungen versehen —, welcher große Aufwand daraus entsteht, daß Dienstreisen der Universitäten im Ministerium genehmigt werden müssen.

Machen wir es kurz: Ich habe schon vor längerer Zeit die Anordnung getroffen, daß sich die Universitäten ihre Dienstreisen, was den Inlandsbereich betrifft, im autonomen Bereich regeln sollen, weil ich wirklich der Meinung bin, daß es ein Universitätsdirektor oder ein Institutsvorstand genauso gut kann wie ein Sektionsrat oder ein Amtsrat und umgekehrt. Wenn wir die erforderlichen Vorkehrungen treffen können — und das können wir —, daß damit nicht eine Entwicklung eintritt, die uns die Ausgaben auf diesem Sektor in die Höhe treibt — denn das ist ja auch nicht im Sinne der Erfinder —, wenn man das also nicht nur limitieren, sondern auch erreichen kann — und ich bin überzeugt, daß wir es können —, daß nicht in den ersten Monaten Dienstreisen bewilligt werden, die vielleicht nicht so wichtig wären, und dann für jene, die einfach unabweisbar sind, Überschreitungen notwendig werden — und ich sage noch einmal: ich glaube, wir lösen dieses Problem —, dann sollen diese Dienstreisen ruhig im autonomen Bereich der Universitäten verwaltet werden, und das wird ab 1. Jänner 1985 der Fall sein.

Ich glaube, daß es auch andere Beispiele gibt, wo man durchaus zu einem Abbau von gewissen Regelungen kommen kann. Ich habe viel Verständnis dafür, daß man die Autonomie universitärer Institute, aber auch die Autonomie von Museen, die Autonomie von Forschungseinrichtungen bei der Beschaffung finanzieller Mittel vergrößern soll.

Es ist kein Geheimnis, daß wir zum Beispiel Seibersdorf sehr ermuntern, nicht nur gebannt auf den Budgetansatz zu starren, sondern sich auch zusätzliche Finanzierungsquellen zu erschließen und sich in dieser Hinsicht mehr Spielraum zu verschaffen.

Ich teile übrigens auch die Meinung des Abgeordneten Dr. Neisser, daß man vorsichtig sein soll, sogenannte Orchideenfächer abzustempeln und jetzt alles nur unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Verwertbarkeit und der Effizienz und der Studentenzahlen et cetera zu sehen.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer

Ich habe zum Beispiel kürzlich nach sorgfältiger Überlegung an der Universität Salzburg über Vorschlag des Rektors und der zuständigen akademischen Gremien ein zusätzliches Ordinariat für alte Geschichte bewilligt. Ich habe mir heftige Kritik von Studentenvertretern aus allen möglichen Richtungen eingewirtschaftet. Aber ich glaube, daß es Fächer gibt, Grundlagenfächer, auch vom Standpunkt einer humanistischen Ausbildung aus wichtige Fächer, die nicht deshalb zu kurz kommen dürfen, weil wir auf ökonomisch und technologisch wichtige Bereiche besonderes Augenmerk legen.

Die Gespräche mit dem Finanzminister über Fragen der Forschungsförderung wollen wir fortsetzen.

Herr Kollege Höcht! Sie meinten, zur Bekämpfung des Waldsterbens geben wir zuwenig Geld aus. Es hängt ja immer alles miteinander zusammen. Wenn Sie die Professoren auf der Bodenkultur fragen, wieviel Geld sie gerne hätten für diese Projekte, was da alles gleich mit untergebracht und was alles an Geräten und so weiter mit erneuert werden könnte unter dem Obertitel „Waldsterben“, dann werden Sie auf astronomische Summen kommen. Das ist ja ganz klar. Es ist halt die, wie sich herausstellt, manchmal ein bißchen undankbare oder zu Mißverständnissen Anlaß gebende Aufgabe derer, die den Auftrag haben, mit öffentlichen Mitteln sparsam umzugehen, zu sagen: Bisher ist auf diesem Gebiet, weil der Anlaß nicht so gravierend war, wenig oder nichts geschehen, jetzt haben wir dieses Problem, jetzt wollen wir ihm mit den Mitteln der Forschung und natürlich auch mit anderen Mitteln zu Leibe rücken.

Wir kränken uns nicht einmal darüber, daß der Kollege Heinzinger sagt: Forscht nicht so viel, sondern macht endlich etwas! Wir fühlen uns verpflichtet, die für Forschungszwecke bereitgestellten Mittel wirklich optimal für jene Projekte auszugeben, wo der Erfolg und der wissenschaftliche Wert nach menschlichem Ermessen und nach Ansicht der beteiligten Fachleute am größten sind. Wir geben innerhalb eines Jahres etwa 8 Millionen Schilling dafür aus. Ich kann Ihnen die einzelnen wissenschaftlichen Projekte — betrachten Sie das nicht als gefährliche Drohung! — aufzählen, die mit diesem Betrag dotiert werden. Das ist ein breites, wichtiges und vernünftiges Programm.

Ich bin außerdem der Meinung, daß wir gar nicht alles nur in Österreich erforschen müs-

sen, es existiert ja auch eine internationale Zusammenarbeit. Da muß es doch auch eine Arbeitsteilung geben mit der Bundesrepublik Deutschland, mit der Schweiz und mit anderen Ländern, denn die Probleme des Waldsterbens oder des sauren Regens sind ja beispielsweise in Deutschland nicht grundlegend anders als in Österreich. Schon aus diesem Grund ist hier trotz Schwerpunktbildung eine gewisse Sparsamkeit am Platz.

Meine Damen und Herren! Eine allerletzte Zahl will ich Ihnen noch nennen, weil sie das Problem Patentbilanz und die diesbezügliche Entwicklung in Österreich von einer ganz anderen Seite her interessant beleuchtet. Ich habe hier eine Untersuchung aus der volkswirtschaftlichen Datenbank des Wirtschaftsforschungsinstitutes. Darin wird das Verhältnis von Exporten zu Importen bei intelligenten, hochqualifizierten Fertigwaren, also sophisticated products, untersucht. Dieses Verhältnis war im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1974 66 zu 100. Die Importe lagen deutlich vor den Exporten. In der Periode 1975 bis 1979 war das Verhältnis 77 zu 100, in der Periode 1980 bis 1983 war es 86 zu 100, und im Jahre 1983 war es 91 zu 100.

Es stellt sich also heraus, daß sich im Bereich der intelligenten Produkte das Verhältnis zwischen Exporten und Importen in einer Art und Weise verändert hat, wonach die Exporte überproportional zugenommen haben. (*Zwischenruf der Abg. Ingrid Tichy-Schreder.*) Das ist ein Beweis, daß unsere Wirtschaft in der Lage ist, auf dem Gebiet dieser intelligenten und forschungsintensiven Produkte überproportional aufzuholen. Das wäre meiner bescheidenen Meinung nach nicht möglich, wenn die Forschungs- und Entwicklungspolitik von Bund, Ländern, Gemeinden und Privaten nicht gewisse Grundlagen dazu liefern könnten, und das wäre insbesondere nicht möglich, wenn die Annahme richtig wäre, daß Österreich auf diesem Gebiet im internationalen Vergleich immer weiter zurückbleibt. Denn daß wir in der Forschungspolitik immer weiter zurückbleiben, aber in der Exportmöglichkeit intelligenter Produkte aufholen, das würde nicht zusammenpassen. Darum glaube ich, daß diese Tabelle des Wirtschaftsforschungsinstituts ein Beitrag zu unserem Thema ist.

Meine Damen und Herren! Wir werden die Diskussion bei der Budgetdebatte fortsetzen. Ich glaube, daß es wie immer keinen Grund gibt, zu sagen: Wir haben keine ungelösten Probleme, wir haben keine Schwachstellen, wir haben nicht Aufgaben, denen man erst

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer

eine Lösung abgewinnen muß. Aber es hat auf der anderen Seite auch keinen Sinn, zu leugnen, daß Forschung und Entwicklung in Österreich eine Bahn nehmen, die unserem Lande guttut.

Ich danke bei dieser Gelegenheit noch einmal allen, die am Zustandekommen dieses Forschungsberichtes mitgewirkt haben. Ich danke für die voraussichtlich einstimmige Annahme dieses Berichtes. Wir werden die Arbeit im Sinne dieses Berichtes fortsetzen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 13.56

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Stippel. Ich erteile es ihm.

13.56

Abgeordneter Dr. Stippel (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute den Forschungsbericht, der ja bekanntlich gemäß § 8 des Forschungsorganisationsgesetzes jedes Jahr von der Bundesregierung dem Nationalrat vorzulegen ist, in einer ausgesprochen sachlichen und ruhigen Atmosphäre. Ich halte das für sehr gut, weil die Forschung Tatbestände beinhaltet, die uns alle angehen, weil wir Forschung zwar nicht neutral sehen, aber die genannten Tatbestände innerhalb der Forschung gemeinsam anpacken müssen, wenn wir die Zukunft unseres Landes bewältigen wollen.

Viele durchaus beachtenswerte Anregungen sind von seiten der Opposition gekommen. Der Abgeordnete Dr. Neisser etwa hat davon gesprochen, daß die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft intensiviert werden müßte. Außerdem ist eine stärkere indirekte Forschungsförderung über steuerliche Erleichterungen urgiert worden. Wir unterstützen das. In den Reden der Sprecher unserer Fraktion sowie des Herrn Bundesministers Dr. Fischer ist das ja auch sehr stark zum Ausdruck gekommen. Allerdings habe ich auch Kritikpunkte vernehmen müssen, wogegen man etwas sagen muß.

Wenn der Kollege Dr. Höchtel, der im Augenblick nicht im Saale ist, gemeint hat, daß die Schwellenländer 6 bis 8 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für Forschungszwecke ausgeben, dann hat er erstens vergessen, wie hoch dort die Staatsverschuldung ist, und zweitens vergessen, daß wichtige Teile der Forschung dort nur über eine erhöhte Staatsverschuldung finanziert werden und daß leider viele dieser Schwellenländer sehr stark im Rüstungsbereich stecken, daß also for-

schungsrelevante Ansätze aus der Rüstung kommen, die wir in Österreich gar nicht haben wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Dr. Höchtel hat Bezug genommen auf die Debatte zwischen 10 Uhr und 1/212 Uhr heute hier in diesem Hause und hat gemeint, daß er einen wichtigen Zusammenhang zwischen Forschung und den steuerlichen Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei sehe. Ich sehe das etwas anders, liebe Damen und Herren von der Oppositionspartei. Man kann nicht auf der einen Seite ununterbrochen Forderungen stellen beziehungsweise Budgeteinnahmen verkürzen wollen und auf der anderen Seite sagen, daß zuwenig Geld beispielsweise für den Bereich der Forschung ausgegeben wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Staudinger.)* Kollege Staudinger! Ich glaube, Sie verstehen schon, was ich gemeint habe. Wir brauchen hier nicht mehr weiter zu diskutieren, wir verstehen uns schon.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Forschung in Österreich, soweit sie von der öffentlichen Hand betrieben wird, sind das Forschungsorganisationsgesetz, das Forschungsförderungsgesetz und die Österreichische Forschungskonzeption '80. Von ihr wurde an dieser Stelle heute noch nichts gesagt, gestatten Sie mir daher, daß ich Ihnen einige Sätze darüber zur Kenntnis bringe.

Diese Österreichische Forschungskonzeption '80, die im Jahr 1983 von der Bundesregierung beschlossen wurde, nach Beratung durch den österreichischen Rat für Wissenschaft und Forschung und durch die Österreichische Konferenz für Wissenschaft und Forschung, enthält Aufgabenstellungen und Zielsetzungen für die Forschungspolitik der achtziger Jahre in unserem Lande, und zwar ausgehend von den geänderten ökologischen, sozio-politischen, sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Rahmenbedingungen.

Hiebei werden zwei grundlegende Schwerpunktbereiche angestrebt, und zwar jener Bereich, der sich auf den Menschen und die Gesellschaft bezieht, und der andere Bereich, der wirtschaft- und technikbezogen ist. Innerhalb dieser einzelnen Forschungsschwerpunkte sind natürlich Detailkonzepte zu erarbeiten, und es gibt bereits eine ganze Reihe wichtiger solcher Detailkonzepte, die in Erarbeitung und in Ausarbeitung stehen. Zum Beispiel die so wichtigen Bereiche Mikroelektronik und Informationsverarbeitung oder die technisch-wirtschaftliche Innovation, weiters

Dr. Stippel

die Biotechnologie, ferner die Gentechnik sowie die Forschungsinitiative gegen das Waldsterben; im übrigen ein solcher Schwerpunkt, den vorhin Kollege Dr. Höchtl urgieren hat, wo man sieht, daß in dieser Richtung einiges geschieht.

Wichtig innerhalb dieser Forschungskonzeption 1980 ist auch die Befassung mit der Frage des Technologietransfers von der Forschungsebene in die industrielle Praxis, denn wir haben wenig davon, wenn wir in den Universitäten und an anderen damit befaßten Stellen Grundlagenforschung betreiben, angewandte Forschung betreiben, aber dann die Überleitung in die industrielle Praxis und in die industrielle Fertigung nicht entsprechend vor sich geht.

Forschungspolitik, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist in einem ständigen Wandel begriffen. Daher ist es notwendig, Weitblick zu haben, ist es wichtig, vorzudenken, damit die Realität nicht der Forschung sozusagen davonläuft.

Das bedeutet natürlich auch, daß dort, wo Nachholbedarf gegeben ist — und niemand wird abstreiten, daß es solch einen Nachholbedarf natürlich auch fallweise gibt —, dieser Nachholbedarf auch ins Auge gefaßt werden muß. Wir haben zweifellos eben einen Nachholbedarf in jenen Schwerpunkten, die heute innerhalb dieser Forschungskonzeption 1980 bereits aufgegriffen worden sind und die ich vorhin bereits erwähnt habe.

Nicht vergessen darf werden auf die zwölf Technologieschwerpunkte, die die Bundesregierung während ihrer heurigen Arbeitstagung im Jänner beschlossen hat. Diese zwölf Technologieschwerpunkte werden in einem Zeitraum von 1984 — beginnend jetzt mit September — bis 1988 zu realisieren sein. Damit ist auch eine Antwort auf die Sprecher der Österreichischen Volkspartei gegeben, die sicherlich nicht zu Unrecht mehr Mittel für die Forschung urgieren. Hier werden sicherlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden können, und der Bundesminister hat in seiner Rede gerade vorhin darauf hingewiesen, daß er sich bemühen wird, dieses Mehr an Geldmitteln über das Budget aufzutreiben.

Über die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist an dieser Stelle heute bereits einiges gesagt worden. Auch ich möchte auf die Wichtigkeit der Schrödinger-Stipendienaktion hinweisen und selbstverständlich die Bemerkung der Opposition

akzeptieren, daß auch hier wieder zuwenig getan wird.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir haben hier einen wichtigen Anfang für die Ausbildung junger Wissenschaftler gesetzt. Freuen wir uns doch über diesen Anfang und schauen wir, daß wir diesen Anfang zu einem guten Ende führen können! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Für sehr wichtig halte ich die Optimierung und Koordination aller Forschungseinrichtungen mit der Verwaltung, besonders aber mit der Wirtschaft. So gesehen kommt der Aktion „Wissenschaftler für die Wirtschaft“ besondere Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang, glaube ich, müssen noch mehr Informationsstellen, Vermittlungsstellen, Clearingstellen geschaffen werden, die den Stand der universitären Forschung an die Wirtschaft herantragen.

Aber das, bitte, meine sehr geschätzten Damen und Herren, kann keine Einbahn sein. Es kann nicht so sein, daß nur von den Forschungsstätten Know-how an die Wirtschaft weitergegeben wird, sondern wir müssen auch von der Wirtschaft verlangen, daß sie ihr Know-how wieder an die Forschungsstätten zurückgibt, damit dort die Forschung noch weiter vorangetrieben werden kann.

Auf der Ebene des Bundes gibt es eine ganze Reihe von Koordinationsinstrumenten, die das ausgleichen, was vielleicht durch eine leichte Koordinationszersplitterung gegeben ist, die aber gar nicht problematisch ist, wenn wir gehört haben, daß rund 84 Prozent der Bundesforschungsausgaben vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst zur Verfügung gestellt werden.

Aber, wie gesagt: Wenn schon eine kleine Zersplitterung beklagt wurde, dann soll man die Koordinationsinstrumente nicht vergessen. Zum Beispiel einheitliche Vergaberichtlinien für Forschungsaufträge und Forschungsförderungen, globale und sektorale Planungen, wie die eben von mir erwähnte Österreichische Forschungskonzeption '80, Informationssysteme und Informationspublikationen, interministerielle Komitees und dergleichen mehr.

Über die Finanzierung von Forschung und Entwicklung wurde ebenfalls an dieser Stelle schon viel gesagt. Ich kann es mir ersparen, noch einmal die Zahlen zu erwähnen. Erfreulich ist, daß die Zahlen in diesem Forschungsbericht wieder angestiegen sind, trotz der

4922

Nationalrat XVI. GP — 58. Sitzung — 27. September 1984

Dr. Stippel

zugegebenermaßen angespannteren wirtschaftlichen Lage.

Ich möchte nur auf ein kleines Detail noch eingehen und hier auf eine Rede des Abgeordneten Burgstaller von gestern Bezug nehmen, der als selbst im ÖIAG-Bereich Tätiger sich gestern hierher gestellt und so getan hat, als ob im Bereich der ÖIAG überhaupt keine Forschung betrieben würde. So hat es geklungen. Ich habe genau aufgepaßt, und ich kann hier die Feststellung treffen, daß Aufwandserhöhungen trotz der wirtschaftlich angespannten Lage im ÖIAG-Bereich im letzten Jahr gegeben waren und daß vor allem große Anstrengungen im Finalbereich getätigt wurden. Da möchte ich dem Herrn Abgeordneten Burgstaller schon sagen: Er soll sich in seiner näheren Umgebung besser umsehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Forschungsbericht enthält eine riesige Palette an Aktivitäten. Ich möchte nur einige davon, die mir sehr wichtig erscheinen, herausheben.

Da haben wir zum Beispiel an den Hochschulen Verstärkungen im Bereich der Rohstoffforschung, große Anstrengungen auch im Bereich der wirtschaftsbezogenen Forschung. Ich denke hier an die beiden Studien „Technisch-wirtschaftliche Innovation“ sowie „Forschungskooperation Wissenschaft und Wirtschaft“ oder an die großen Schwerpunkte Biotechnologie und Gentechnik.

Auch nicht zu vergessen ist die gesellschaftsbezogene Forschung; ein Bereich, den man allzuoft übersieht, weil man hier die ökonomischen Vorteile nicht erkennen oder gar nicht messen kann, ein Bereich, der allerdings wegen seines humanistischen Aspektes in unserer Gesellschaft von überaus großer Bedeutung ist. Ich denke hier etwa an die Altersforschung, an die Frauenforschung, an Studien über ausländische Arbeitskräfte in Österreich oder an neue Medien, mit denen wir uns zu beschäftigen haben.

Dazu kommen die Forschungsvorhaben der Bundesmuseen. Für die gilt ähnliches wie für die gesellschaftsbezogene Forschung. Auch hier wird sehr viel Forschung betrieben, die nicht sofort in bares Geld umgemünzt werden kann, aber eine Forschung, die ganz einfach zur Horizonterweiterung dient und die deswegen genauso wichtig ist wie die technisch-wissenschaftliche Forschung im engeren Sinne.

Von den außeruniversitären Forschungseinrichtungen sei insbesondere auf das österrei-

chische Forschungszentrum Seibersdorf hingewiesen, wo man derzeit fünf Schwerpunkte in Angriff genommen hat und diese Schwerpunkte vorantreibt.

Erstens: Energie und Sicherheit, zum Beispiel Kleinwasserkraftwerke, Biomasse, Bioenergie, nukleare und nichtnukleare Sicherheit.

Zweitens: die Werkstoffforschung, Isotopen- und Strahlungstechnik, wozu wir Werkstoffentwicklung, Korrosionsforschung, Radiopharmaka, Strahlenchemie, Abfallverarbeitung und so weiter zu rechnen haben.

Drittens: Meßtechnik und Informationsverarbeitung. Hierzu zählen Steuer- und Regeltechnik, Wetterdatenerfassung, Präzisionsmessungen, Strahlenschutz, Kommunikationstechnik.

Viertens: Umweltschutz, Gesundheit und Ernährung, zum Beispiel Umweltforschung, organische Schadstoffe und Schwermetalle, genetische Toxizität, Baustoffe und Lebensqualität, Erdmaterial, landwirtschaftliche Forschung, und schließlich

fünftens die Industrie- und Unternehmensberatung, wozu wir Bereiche wie Marketing, die Produktion selbst, Technologieszenarien und dergleichen zu rechnen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend noch einige Sätze zu der internationalen Kooperation. Wie heute bereits mehrfach angeklungen, können wir Forschung niemals isoliert betreiben. Wir können sie schon allein aus finanziellen Gründen nicht isoliert betreiben. Wir können sie aber auch deswegen nicht betreiben, weil viele Bereiche der Forschung viele Länder gleichzeitig betreffen und weil wir im Sinne einer internationalen Arbeitsteilung eben auch verlangen können und verlangen müssen, daß andere Länder Forschung betreiben und daß es über den Technologieaustausch dann zu einer Rationalisierung im Bereich der nationalen Forschung kommt und auch kommen muß.

Bei den internationalen Kooperationen kennen wir sowohl multilaterale als auch bilaterale Kooperationsmöglichkeiten. Beide sind gleich wichtig. Auf die bilateralen möchte ich nicht eingehen, weil ja Österreich sehr, sehr viele Einzelverträge mit anderen Staaten abgeschlossen hat, die wir ja auch hier in diesem Hause meistens mitbeschlossen haben.

Dr. Stippel

Bei den multilateralen Kooperationen möchte ich ganz besonders die Beteiligung Österreichs am UNESCO-Programm „Man and Biosphere“ erwähnen. Auch hat die Assoziierung Österreichs an die europäische Weltraumorganisation ESA es uns ermöglicht, die Teilnahme an speziellen ESA-Programmen mitzuvollziehen. Denken wir beispielsweise an den ersten Flug von Spacelab und im Zusammenhang damit auch an die große Ausstellung im Messepalast.

Österreich beteiligt sich auch an der Internationalen Energieagentur, arbeitet wissenschaftlich zusammen mit dem Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse, mit der International Federation for Automatic Control mit ihrem Sitz in Laxenburg, die sich besonders mit Steuerungs- und Regeltechnik befaßt, der International Federation for Systems Research, für Systemforschung und Kybernetik.

Österreich unterstützt das UNISIST-Programm der UNESCO, das sich besonders mit Informations- und Dokumentationswesen befaßt.

Ich möchte damit nur einige dieser wichtigen multilateralen Kooperationen erwähnt haben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der vorliegende Forschungsbericht 1984 stellt durchaus ein Positivum dar im Bereiche der gesamten österreichischen Forschungspolitik. Er zeigt auf, wo die Stärken innerhalb der österreichischen Forschungspolitik liegen. Diese Stärken haben in den letzten Jahren zugenommen. Er zeigt uns allerdings auch gewisse Nachholbedarfssituationen auf, die wir gemeinsam noch in der Zukunft werden meistern müssen. Insgesamt ist es aber eine positive Vorlage, die wir gerne zur Kenntnis nehmen werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 14.15

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Ettmayer. Ich erteile es ihm.

14.15

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundesminister! Unser Wissenschaftssprecher Dr. Neisser hat schon ausgeführt, daß wir durchaus anerkennen, daß Sie in der Zeit Ihrer Amtstätigkeit Initiativen gesetzt haben und daß auch Schwerpunkte zu erkennen sind.

Auch ich möchte Ihnen, Herr Bundesminister, Ihre persönliche Dynamik durchaus bestätigen, glaube aber gleichzeitig, daß es notwendig ist, auf gewisse Reserven hinzuweisen, die die Österreichische Volkspartei schon bei der Gründung des Wissenschaftsministeriums machte und die eben darin begründet sind, daß wir glauben, daß mehr Bürokratie eben nicht automatisch mehr Forschung bedeutet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Jahre 1970 haben wir anlässlich der Gründung des Wissenschaftsministeriums die Befürchtung geäußert, daß eben durch die Errichtung neuer Apparate, neuer Dienstposten mehr Bürokratie entsteht, die durchaus nicht zu mehr Forschung führen muß. Sie, Herr Bundesminister, kennen genauso wie wir die Parkinsonschen Gesetze, die eben besagen, daß neue Bürokratien deshalb immer wieder verstärkt neue Institutionen erfordern, weil sie sich bis zu einem gewissen Grad selbst verwalten müssen.

Hätten wir damals im Jahr 1970 gesagt, daß es in einigen Jahren eine Forschungssektion geben wird mit einem Sektionschef, sieben Abteilungen, zwanzig Akademikern, die unmittelbar überhaupt nichts mit Forschung zu tun haben — die wird ja auf der Universität betrieben, in den Betrieben —, dann hätten Sie sicherlich gesagt, das ist Schwarzmalerei der Opposition, und Sie haben es tatsächlich auch gesagt, wenn Sie darauf hingewiesen haben, so ein Ministerium verlangt einen Minister, einen Sekretär, vielleicht noch einen Chauffeur.

Und tatsächlich ist es so — das wurde mir von Leuten Ihres Ministeriums bestätigt, Herr Bundesminister —, daß die ganze Tätigkeit, die jetzt dieser gewaltige Apparat ausübt, damals von einem einzigen Mann ausgeübt wurde; einem einzigen Mann, der eben die Verbindung hergestellt hat zu den Universitäten, zu jenen Kreisen, die tatsächlich geforscht haben, und sie in dieser Tätigkeit unterstützt hat.

Wenn man aus dem Amtskalender sieht, daß im Wissenschaftsministerium heute allein fünf Abteilungen nur mit Personalangelegenheiten befaßt sind, also nur damit, um die Personalagenden der anderen Kollegen und Kolleginnen wahrzunehmen, dann kann man dem schon einigermaßen Glauben schenken.

In welchem Ausmaß die Bürokratie offensichtlich immer wieder Kontakte, Initiativen sogar erschwert, ist daraus ersichtlich, daß

4924

Nationalrat XVI. GP — 58. Sitzung — 27. September 1984

Dr. Ettmayer

eben jetzt das Wissenschaftsministerium für Museen zuständig ist, andererseits aber immer wieder Bilder vom Unterrichtsministerium angeschafft werden müssen und alleine schon aus dieser doppelten Zuständigkeit natürlich Reibereien entstehen müssen.

Sieht man sich die Entwicklung des Wissenschaftsministeriums allein im ersten Jahrzehnt an — wofür Sie, Herr Bundesminister, nicht verantwortlich sind, das möchte ich ausdrücklich sagen —, so kann man feststellen, daß in diesem Jahrzehnt von 1970 bis 1980 in Österreich die Zentralstellen insgesamt um 16,3 Prozent gewachsen sind, also mehr Dienststellen erhalten haben.

Das Unterrichts- und das Wissenschaftsressort sind aber nicht um 16 Prozent gewachsen, die Dienststellen haben sich dort um 67,9 Prozent erhöht. Konkrete Zahlen: Das Unterrichtsministerium 1970, das damals Unterricht und Wissenschaft betreute, zählte 380 Dienstposten, zehn Jahre später hatten die beiden Ministerien zusammen 638 Dienstposten.

Wie gesagt, Herr Bundesminister, das soll nur bestätigen, daß unsere generell geäußerte Skepsis durchaus nicht unberechtigt war. Aber noch einmal: Das war nicht in Ihrer Zeit.

In Ihre Zeit allerdings, Herr Bundesminister Dr. Fischer, fällt das Inserat, das gestern in einigen Tageszeitungen erschienen ist, in dem man lesen kann: „Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung informiert zu Studienbeginn. Der Herr Bundesminister Dr. Fischer gibt am Telefon persönlich Rede und Antwort.“

Ich habe mich erkundigt, wieviel so ein Inserat kostet, und als Mindestbetrag, Herr Bundesminister, wurde mir genannt, daß eine derartige Einschaltung in jenen Zeitungen, in denen sie erschienen ist, zumindest 50 000 S kosten müsse... *(Zwischenruf des Abg. Fauland.)*

Das ist natürlich nicht weiß Gott was für ein Betrag, das ist vollkommen richtig. Aber immerhin, Herr Kollege Fauland, ein Gespräch mit dem Herrn Bundesminister von zehn Minuten kostet die Mindestpension eines österreichischen Staatsbürgers. Diese 50 000 S wurden ausgegeben für höchstens 24 Personen. Ich glaube, kürzer als fünf Minuten, Herr Bundesminister Dr. Fischer, kann doch, wenn es halbwegs sinnvoll sein soll, so ein Gespräch nicht sein. Ich kritisiere diese 50 000 S vor allem deshalb, weil sie ja auf den

Universitäten zur Einrichtung von Informationsstellen nicht vorhanden sind. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kohl: Der Zweck ist die persönliche Werbung!)* Das ist zweifellos der Fall.

Hier sind Sie konsequent, Herr Bundesminister Dr. Fischer, Sie haben hier als Klubobmann immer wieder die Regierungspropaganda auf Steuerkosten verteidigt, jetzt machen Sie es selber, man kann Ihnen diesbezüglich keinen Vorwurf machen, das ist konsequentes Handeln, das wir allerdings ablehnen, weil wir wirklich glauben, daß überall dort gespart werden soll, wo immer es möglich ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gespart werden soll vor allem deshalb, weil die tatsächlichen Forschungsausgaben — da können Sie die Zahlen jetzt drehen und wenden, wie Sie wollen — in Österreich mit der internationalen Entwicklung nicht Schritt halten. Es hat der Herr Bundesminister heute bestätigt, der Abgeordnete Dr. Nowotny hat es gesagt: Der Anteil der Forschung in Österreich am Bruttonationalprodukt ist nur halb so groß wie in der Bundesrepublik Deutschland, ist nur ein Drittel von dem, was er in den Vereinigten Staaten beträgt.

Was meines Erachtens besonders gravierend ist — wir haben darüber schon einmal diskutiert —: Die Zuwachsraten der Forschung in Österreich bleiben hinter der internationalen Entwicklung zurück. Wenn ich mir die Steigerungsraten seit 1975 anschau, so ist es richtig, es wurden in Österreich für Forschung und Entwicklung um 76 Prozent mehr ausgegeben. In der Bundesrepublik Deutschland, die ja ohnehin schon einen Vorsprung uns gegenüber hat, 88 Prozent mehr, in Frankreich 157 Prozent mehr, in Großbritannien 167 Prozent mehr und in den Vereinigten Staaten ebenfalls um 162 Prozent mehr.

Wenn ich mir so die Geschichte des Wissenschaftsministeriums anschau, dann werde ich ein bißchen — es sei mir gestattet, das kurz zu sagen — auf die Geschichte des Großherzogtums Luxemburg hingewiesen. Das Großherzogtum Luxemburg hieß bis zum Jahre 1815, bis zum Wiener Kongreß, nur Herzogtum Luxemburg, war aber wesentlich größer als heute. Beim Wiener Kongreß hat man einen nicht unbeträchtlichen Teil dieses Landes weggenommen, abgestückelt, zu anderen Ländern gegeben, das Land ist kleiner geworden, hat aber dann den Titel von Herzogtum auf Großherzogtum ändern dürfen. Das war eine Lösung, die sicherlich nicht zufällig in Wien gefunden wurde.

Dr. Ettmayer

Wenn man sieht, wie auf der einen Seite ein Ministerium errichtet wurde, für Forschung und Entwicklung aber relativ weniger ausgegeben wird — ich wäre dafür, daß mehr für die Forschung ausgegeben wird und weniger für die Bürokratie, um das vielleicht kurz zu sagen —, dann kommt man eben darauf. (*Beifall bei der ÖVP.*)

1959 zum Beispiel, weil heute schon ein paarmal von der Patent- und Lizenzbilanz gesprochen wurde, kamen noch 67 Prozent der Einnahmen aus Patenten aus dem Inland, verglichen zu ausländischen Patenten. Heute, Sie wissen es, ist die Patent- und Lizenzbilanz stark negativ, und zwar nicht nur, Herr Bundesminister, kurzfristig, sondern schon während des ganzen Jahrzehntes; der Trend wird immer schlechter.

Im Jahre 1973 etwa haben wir für Überweisungen aus dem Ausland um 753 Millionen Schilling mehr ausgegeben, heute sind es schon fast 2 Milliarden Schilling, nämlich 1 961 Millionen Schilling. Gleichzeitig, Herr Bundesminister, wird in Ihrem Ministerium — das ist wirklich ein Vorwurf, den ich ganz bewußt machen möchte — mit dem Geld oft sehr leichtfertig umgegangen.

Ich darf hier einige Beispiele zitieren aus dem Forschungsförderungs- und Forschungsauftragsbericht 1983. Aus diesem Bericht, meine Damen und Herren, habe ich einige sehr wesentliche Erkenntnisse gewonnen. Es zahlt sich offensichtlich wirklich aus, am richtigen Ort zu wohnen. Da gibt es in Wien, im siebenten Bezirk, in der Lindengasse 55 ein Haus, auf dieses Haus fällt der Goldregen nur so nieder.

In diesem Haus gibt es nämlich eine Wohnungsgenossenschaft, Neuland Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft mit beschränkter Haftung; sie hat 2,6 Millionen Schilling bekommen für ein Projekt: Wärmepumpen, Gebäudeheizsystem ohne Zusatzheizung. Im selben Haus, Lindengasse 55, gibt es noch eine andere Gesellschaft, Urban-Bau, sie hat 3,9 Millionen Schilling für ein Projekt Assanierungsgebiet Ottakring. Im selben Haus, meine Damen und Herren, in dem es diese zwei anderen Gesellschaften gibt, gibt es noch eine Gesellschaft, Gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft Volksbau, Lindengasse 55, 1010 Wien; sie hat ebenfalls 2,4 Millionen Schilling bekommen für eine Analyse des Wärmebedarfs einer Wohnhausanlage.

Ich hätte nur eine Bitte, Herr Bundesmini-

ster: Sollte in diesem Haus einmal ein Zimmer frei werden, bitte, sagen Sie es mir, ich werde mich um eines bewerben und bin auch bereit, dafür einen ordentlichen Preis zu bezahlen. (*Abg. Dr. Schranz: Sie haben doch ein Zimmer im Außenministerium!*) Aber der Goldregen, das muß ich sagen, geht im Außenministerium weder auf mich noch auf meine Kollegen noch auf den Außenminister in diesem Ausmaß nieder.

Herr Bundesminister! Wenn man diesen Subventionsbericht weiter durchblättert, dann hat man wirklich den Eindruck, daß Ihr Ministerium nur so im Geld schwimmt. Ich war ganz überrascht, heute zu hören, daß manche Institute nicht einmal das Papier haben, nicht einmal eine Sekretärin haben, um Briefe beantworten zu können.

Da gibt es etwa die „Wiener Werkstätte“ — dritter Teil —, die hat 204 000 S bekommen, ohne daß in irgendeiner Weise dargelegt wird, wofür es sich bei diesem Projekt handelt. Da werden in einem hohen Ausmaß sozialistische Organisationen gefördert, wobei ich glaube, daß die Arbeiten, die hier gemacht werden, durchaus auch sinnvoll sein können, sie sollen auch gemacht werden, nur, glaube ich, Herr Bundesminister, werden sie sehr einseitig gefördert, etwa hier bei dem Projekt über die Geschichte der sozialistischen Studenten von 1927 bis 1938.

Da gibt es andererseits wieder Projekte, die meines Erachtens hinausgeschmissenes Geld sind. Die Institute frühere Konfliktforschung, die ohnehin schon sehr, sehr gut bedacht werden im Budget, werden noch weiter gefördert, etwa ein Institut im dritten Bezirk mit 432 000 S für die Studie: Neue Formen der Identitätsbildung. Sollte ich auf Grund dieser Studie die Möglichkeit haben, meine Identität neu zu bilden, ich würde mich sehr vertiefen in diese Studie. Nur fürchte ich, daß dieses Projekt überhaupt nichts hergibt. (*Abg. Dr. Schranz: Vielleicht bringt es etwas!*)

Herr Bundesminister! Sie sind ja selbst Dozent an der Universität Innsbruck. Es gibt hier ein von Ihnen gefördertes Projekt, mit 60 000 S gefördert, Corporate Identity der Universität Innsbruck. Herr Bundesminister, ich kann mir darunter überhaupt nichts vorstellen, weder unter dem Projekt noch unter dem Ergebnis. Vielleicht können Sie mir als Dozent der Universität sagen, was hier herausgekommen ist. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Es wird mit dem Geld nur so herumgewor-

4926

Nationalrat XVI. GP — 58. Sitzung — 27. September 1984

Dr. Ettmayer

fen. Da wurden 297 000 S ausgegeben für „wissenschaftliche Begleitstudien zum Symposium Journalismus aus dem Computer“ des Club of Vienna. Ich hoffe nur, daß diese Studie dann nicht allzu sehr kritisiert wird von den Journalisten, die daran beteiligt waren.

Meine Damen und Herren! Es ist tatsächlich so, daß oft Studien gefördert werden, die nicht nur dem österreichischen Steuerzahler Hohn sprechen, sondern vor allem auch der Wissenschaft. Ich habe mir einige dieser Projekte näher angesehen. Es sind oft Scheinleistungen, die hier geboten werden, es wird sehr oft Soziologie ohne jegliche Gesellschaft betrieben. Ich bin selbst für die Förderung von Soziologie, bin selbst für die Förderung der gesellschaftswissenschaftlichen Studien, habe dafür auch einige Zeit im Ausland verbracht. Aber, Herr Bundesminister: Eine Studie zu fördern mit mehreren hunderttausend Schilling, die dann zum Schluß kommt, daß stabile Studierende weniger an Prüfungsangst leiden als andere, also ich glaube, um diesen Unsinn festzustellen, braucht man nicht einige hunderttausend Schilling auszugeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder um etwa dann zum Schluß zu kommen, wie es bei einer anderen Studie der Fall ist, daß Über-Ich-starke Studierende fleißiger sind als Ich-Schwache, Herr Bundesminister, für diesen Blödsinn braucht man kein Geld auszugeben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Dafür braucht man vor allem deshalb kein Geld auszugeben, weil, wie schon gesagt wurde, auf der anderen Seite die Fonds oft nicht genügend Mittel haben, um eben auch nur die nötigsten Ausgaben zu decken, wie eben jetzt erst wieder der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung lapidar festgestellt hat.

Herr Bundesminister! Ich hätte hier noch eine ganze Reihe — komme ich gerade drauf — von weiteren Listen, laut denen Sie Projekte gefördert haben: etwa 2 Millionen Schilling Evaluierung der Wohnbauförderung, 1,2 Millionen Schilling Ankauf und Verkauf von Altwohnungen und dergleichen. Ich glaube, dieses Geld jenen zu geben, die heute schon oft den Mietzins nicht bezahlen können, wäre wirklich wesentlich effektiver und wäre vielleicht auch letztlich für die Wissenschaft besser. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abschließend noch ein Hinweis: Ihre Vorgängerin, Frau Wissenschaftsminister Firnberg, die ja das Ministerium aufgebaut hat, soll sicherlich nicht so rasch in Vergessenheit geraten, vor allem deshalb nicht, Herr Bun-

desminister, weil sie eine Reihe von Ankündigungen gemacht hat, auf die ich Sie noch hinweisen möchte.

Es hat im Jahre 1979, wie ich der „Sozialistischen Korrespondenz“ entnehme, eine UNO-Konferenz über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung gegeben. Es wird auch stolz darauf hingewiesen, daß Österreich bereit war, dafür 66 Millionen Schilling auszugeben.

Die Frau Wissenschaftsminister Firnberg hat dann als Ergebnis dieser Konferenz, um auch die Ausgabe vor dem österreichischen Steuerzahler zu rechtfertigen, sechs Maßnahmen, und zwar in der „Sozialistischen Korrespondenz“ vom 22. August 1979, angekündigt. Unter anderem sollen gemeinsame Forschungsprojekte mit den Entwicklungsländern gefördert werden, es sollen Forschungsschwerpunkte zugunsten der Entwicklungsländer gesetzt werden — ich habe aufgepaßt, wie heute die Diskussion über die Forschungsschwerpunkte war, ich habe davon nichts gehört —, es soll der Zugang zur Technologie für die Entwicklungsländer erleichtert werden, und es soll vor allem auch der Technologietransfer in die Entwicklungsländer gefördert werden.

Ich wollte Sie, Herr Bundesminister, auch daran erinnern, daß es hier offensichtlich noch Projekte gibt, die bisher, soviel ich weiß, kaum in Angriff genommen wurden, geschweige denn durchgeführt worden sind.

Ich darf deshalb noch einmal feststellen: Wenn Sie, Herr Bundesminister Dr. Fischer, Initiativen gesetzt haben und bereit sind, Schwerpunkte zu setzen, so ist das sicherlich positiv zu beurteilen. Gleichzeitig möchte ich aber noch einmal darauf hinweisen, daß die Gefahr der Bürokratie, der bürokratischen Auswucherungen, die offensichtlich überall gegeben ist, gerade in dem von Ihnen verwalteten Bereich sehr groß ist. Ich appelliere noch einmal an Sie, Herr Bundesminister — und das ist ganz ernst —, die gigantische Verschwendung in Ihrem Ministerium, die oft eine Verhöhnung der Wissenschaft und des Steuerzahlers darstellt, drastisch einzuschränken. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.35

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Fischer. Ich erteile es ihm.

14.35

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer: Herr Präsident! Hohes

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer

Haus! Nur einige wenige Sätze, damit der Abgeordnete Ettmayer sieht, daß man jeden Diskussionsbeitrag ernst nimmt. *(Abg. Graf: Das ist eine Drohung!)*

Erstens: Die Forschungsprojekte aus dem Hause Lindengasse sind gar nicht vom Wissenschaftsministerium. Sie scheinen das wechselt zu haben, sie sind aus dem Bautenministerium. Aber ich glaube, daß auch für das Bautenministerium der Grundsatz gilt, daß es auf die Qualität des Projektes und nicht auf die Adresse ankommt. *(Abg. Dr. Ettmayer — eine Broschüre vorweisend —: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung!)*

Ja, aber wir berichten auch über Projekte anderer Ministerien, und für die anderen Ministerien gilt ebenso wie für uns der Grundsatz, daß nicht die Adresse eines Projektwerbers, ob der in der Lindengasse, in der Linzer Straße oder in der Kärntner Straße wohnt, maßgeblich ist, sondern daß die Qualität eines Projektes maßgeblich ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Zweitens: Herr Abgeordneter Ettmayer, dem werden Sie doch sicherlich zustimmen, daß es eine unwissenschaftlichere Methode, als aus einem Forschungsprojekt, das vorher von Wissenschaftlern begutachtet wird et cetera — wie immer Sie letztlich die Qualität einschätzen —, ein oder zwei Sätze herauszureißen und damit das ganze Projekt, an dem Wissenschaftler vielleicht Monate gearbeitet haben, lächerlich zu machen, wirklich nicht gibt.

Wenn Sie so dringend eine Erhöhung der Mittel des Forschungsförderungsfonds verlangen: mit dieser Ihrer Methode kann ich auch die Projekte des Forschungsförderungsfonds lächerlich machen, denn dort ist es genauso leicht, einen Satz oder zwei Sätze aus einer vom Forschungsförderungsfonds vergebenen Studie herauszureißen und sich dann lustig darüber zu machen. Und bei uns, beim Wissenschaftsministerium, sagen Sie: gigantische Verschwendung, und beim Forschungsförderungsfonds appellieren Sie dringend, die Mittel aufzustocken. Ich bezweifle, daß das eine objektive Vorgangsweise ist.

Die journalistische Studie, die Sie so kritisiert haben, ist vom Verband der Wissenschaftsjournalisten vorgeschlagen, bearbeitet worden, war eine Begleitstudie für einen Weltkongreß der Journalisten in Österreich. Wenn Sie das dazugesagt hätten, so schaut das vielleicht schon ein bißchen anders aus.

Und wenn Sie die Folgewirkungen und den Output einer solchen Studie rechnen, so wird das auch anders ausschauen.

Viertens: Das „Kurier“-Inserat. Sie haben gesagt: 50 000 S für ein Inserat, wo dann 20, 25 Leute beraten werden. Ich kann Ihnen versichern: Dieses hat nicht einmal die Hälfte jenes Betrages gekostet, den Sie genannt haben. Es sind mehr als doppelt soviel... *(Abg. Dr. Ettmayer: In allen Zeitungen zusammen?)*

Wir haben das in verschiedenen Zeitungen aufgegeben, da kommen wir schon eher auf diese Summe hin, das „Kurier“-Inserat selbst hat 19 000 S gekostet. *(Abg. Dr. Ettmayer: Und alles zusammen?)* Meine Damen und Herren! Wir haben damit den Startschuß gegeben für eine Beratungsaktion, die sich über viele Wochen hinzieht, die dazu dienen soll, daß die über 140 000 Studenten optimale Beratung erhalten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Ettmayer: Verschwendete Steuergelder sind das!)*

Wenn Sie die Kosten dieser Aktion, die auf eine konkrete Studienberatung hinweist, in Mindestrenten umrechnen, dann rechnen Sie einmal die Plakate des Landeshauptmannes Ludwig in Mindestrenten um, dann werden Sie zu ganz anderen Proportionen kommen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Ettmayer: Wieviel hat die ganze Inseraten-Aktion gekostet?)*

Ich werde Ihnen das gerne ausrechnen, aber jedenfalls glaube ich, daß es durchaus einen Sinn hat, Studentenberatung intensiv zu betreiben. Ich geniere mich nicht dafür, daß wir diese intensive Studentenberatung mit Hilfe des Fernsehens, mit Hilfe der Hochschülerschaft, auch mit Hilfe der Medien und mit Hilfe der Beamten des Ressorts betreiben.

Fünftens, auch nur eine Überlegung: Sie kritisieren immer noch die Einrichtung eines Wissenschaftsministeriums; dieser Dialog wird in Österreich wahrscheinlich noch in absehbarer Zeit weitergehen. Eines sollte Ihnen vielleicht zu denken geben: Seit in Österreich das Wissenschaftsministerium gegründet wurde, hat ungefähr die Hälfte aller Europaratsstaaten gleichfalls Bundesministerien für Wissenschaft und Forschung oder für Forschung und Technologie gegründet.

Wenn es zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland ein Forschungsministerium

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer

gibt und wenn sich einer Ihrer Fraktionskollegen vorhin sehr lobend über den Minister Riesenhuber geäußert hat, dann verstehe ich jedoch folgendes nicht: Warum ist ein Forschungsministerium gut in Deutschland und in vielen, vielen anderen Staaten und warum ist es schlecht in Österreich?

Vielleicht hat es doch einen Sinn, meine Damen und Herren, auch den Fragen der Forschung, der Wissenschaft und der Universitäten jene Priorität zu geben, ihnen jenen Vorrang einzuräumen, wie das eben auch in der Schaffung einer eigenen Verwaltungseinheit zum Ausdruck kommt im österreichischen, im deutschen Forschungsministerium, im belgischen, im italienischen Forschungsministerium, im schwedischen, dem sogar ein stellvertretender Ministerpräsident vorsteht.

Ich glaube, daß sich die Leistungen der Mitarbeiter unseres Wissenschaftsministeriums durchaus sehen lassen können. — Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 14.40

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Preiß.

14.40

Abgeordneter Dr. Preiß (SPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Hohes Haus! Nachdem die Wogen gerade etwas höher gegangen sind, möchte ich mit einer beruhigenden Feststellung beginnen. Trotz aller unterschiedlicher Bewertungen von Einzel Fakten und Entwicklungstrends sind, glaube ich, uns Abgeordneten dieses Hauses allen gemeinsam das Bewußtsein und die Überzeugung, daß der Forschungs- und Entwicklungspolitik ein hoher Stellenwert zukommt, daß wir vielleicht im Quantitativen mittelfristig noch eine weitere Entwicklung notwendig haben, daß wir uns aber auf einem guten Weg befinden.

Es freut mich persönlich und meine Freunde aus unserer Fraktion, daß die Österreichische Volkspartei von ihrem Schlagwort, eine andere Politik zu machen, zum erstenmal in einem positiven Sinn Gebrauch zu machen gedenkt, indem sie, nachdem sie noch nie dem Forschungsbericht zugestimmt hat, jetzt endlich eine andere Einstellung einnimmt und einen positiven Schritt in unsere Richtung setzt. *(Abg. Staudinger: In Österreich hat jeder das Recht der freien Meinungsäußerung!)* Gott sei Dank, Herr Kollege.

Nur Kollege Ettmayer hat Schwierigkeiten, sich mit dieser Entwicklung abzufinden. Ich habe während seiner Ausführungen an

Richard Wagners „Meistersinger“ denken müssen, und zwar an die Gestalt des Beckmesser; für die Würde er, glaube ich, gewisse Voraussetzungen mitbringen. *(Abg. Staudinger: Kann er singen?)* Das ist noch die Frage, das müßte er erst unter Beweis stellen. *(Abg. Dr. Schranz: Singen kann er auch nicht?)*

Werte Damen und Herren! Trotz aller Skepsis, die ebenfalls heute schon angesprochen wurde, gegenüber Wissenschaft und Technik, die sich in vielen Teilen der sogenannten postmaterialistischen Weltanschauungen manifestiert, gibt es keine Abkehr vom wissenschaftlichen Weltbild als gesamtgesellschaftliche Alternative. Das hat sich heute wieder herausgestellt.

Wir können den Apfel, der vom Baum der Erkenntnis gepflückt wurde, Eva nicht mehr zurückgeben, um ein mythisches Bild zu gebrauchen. Wir sind verurteilt, ja nicht nur das, wir sind aufgerufen und sicherlich auch befähigt, die anstehenden Probleme mit Hilfe von Wissenschaft und Forschung zu bewältigen. Daß dazu in Österreich die besten Voraussetzungen bestehen, beweist der Forschungsbericht 1984 der Bundesregierung.

In den Fondsberichten wird zwar wiederholt darauf hingewiesen, daß die zur Verfügung gestellten Mittel zu gering wären, daß ein Aufholprozeß für unser Land notwendig sei, und in diese Richtung laufen auch Ihre Argumentationen. Doch, Werte Damen und Herren, ich glaube, im großen gesehen können wir schon sagen, daß die letzten Jahre bewiesen haben, was von unseren österreichischen Wissenschaftlern auf allen Gebieten geleistet werden kann. In der Qualität sind wir sicher nicht unter dem internationalen Standard, und in der Quantität kann sich ja noch manches ändern.

Wenn ausgesprochen wurde, daß unsere Forschung aus der Großforschung ausgeklammert wurde, wenn dies auch ein sehr bekannter Universitätsprofessor gesagt hat, und wenn hier von Provinzialität gesprochen wurde, so tut man den österreichischen Wissenschaftlern wirklich bitter unrecht. Ich erinnere zum Beispiel nur an die Tätigkeit unseres Professors Kummer beim CERN, wo man doch wohl sagen kann, daß das Großforschung darstellt.

Gerade die Bildung des Wissenschaftsministeriums und die Tätigkeit der beiden sozialistischen Bundesminister Firnberg und Fischer haben diese positive Entwicklung erst

Dr. Preiß

ermöglicht, und es ist ihnen heute mit Recht schon der Dank dafür ausgesprochen worden. Daran ändert auch nichts die Ettmayersche Bürokratiebeschimpfung mit Hilfe von Rechenkunststücken, die ich nicht gerne als Milchmädchenrechnungen ... (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Es ist Ihnen ja schon vorgerechnet worden, wie so etwas zu bewerten ist.

Werte Damen und Herren! Die in Wissenschaft und Forschung immanenten Entwicklungstendenzen machen es sicherlich nicht leicht, den Überblick zu bewahren und die Relevanz einzelner Forschungsrichtungen auch dem einzelnen Steuerzahler einsichtig zu machen.

Die zunehmende Spezialisierung ist eine dieser Tendenzen. Ein Witzbold hat einmal definiert: Ein Spezialist ist ein Mensch, der von immer weniger immer mehr weiß. Der Gipfelpunkt der Spezialisierung wäre dann erreicht, wenn man von nichts alles weiß. — In diese Richtung darf es sicherlich nicht gehen.

Spaß beiseite: Werte Damen und Herren! Aus dem Forschungsbericht und den Fondsberichten geht deutlich hervor, daß gemäß der Forschungskonzeption 1980 dem Prinzip der fachgerechten Spezialisierung sehr effektiv und sinnvoll das fachübergreifende interdisziplinäre Teamprinzip gegenübergestellt wird. Das hat zu sehr erfreulichen Synthesen und zu sehr bedeutenden Ergebnissen geführt, wenn das auch nicht jeder gerne zugeben möchte. Ich denke nur an die Ergebnisse der Rohstoffforschung, an die hydrologischen Forschungsvorhaben oder auch an das, was das Projektteam Forschungsinitiativen gegen das Waldsterben unternimmt.

Einer der potentiellen Reibungsfaktoren zwischen Forschungspolitik und Wissenschaft ist sicherlich die Einschätzung der Relevanz bestimmter Projekte. Insbesondere die Grundlagen- oder auch die Vorfeldforschung ist davon betroffen, will doch der politisch Verantwortliche eine möglichst rasche Umsetzung von Forschungspotential in wirtschaftliche oder technologische Erfolge. Trotzdem kann direkte volkswirtschaftliche Wertbarkeit nicht das Hauptkriterium sein, und der Herr Bundesminister hat ja heute ein sehr eklatantes Beispiel dafür gebracht, daß auch andere Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Durch die in Österreich gesetzlich fixierte Konstruktion der Fonds gelingt es indes, diese Reibungsflächen zu minimieren und

auch der reinen, nicht zielorientierten Forschung an unseren Universitäten und Hochschulen den ihr zukommenden Platz zu sichern. Wer anderes behauptet, übertreibt in schwarzer Richtung.

Es liegt auf der Hand, daß sich gerade in einer Zeit tiefgreifender soziologisch-technologischer Umbrüche die vorgegebenen Forschungsschwerpunkte an gesellschaftlich brennenden Problemen orientieren. Der große Umfang der Projekte zum Umweltschutz etwa bescheinigt der österreichischen Forschung Flexibilität und Aktualität. Ich darf noch einmal auf das vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung eingereichte Projektteam Forschungsinitiative gegen das Waldsterben hinweisen.

Wenn der Herr Abgeordnete Höchtel, er, glaube ich, war es, dagegen polemisiert hat, daß man bei bestimmten Projekten der Hochschule für Bodenkultur nicht alle Wünsche bezüglich der finanziellen Ausstattung erfüllt hat, dann darf ich nur darauf hinweisen, daß Sie in Ihren eigenen Ausführungen verlangt haben, daß der Herr Bundesminister seine Koordinationsfunktion zur Geltung bringen soll. Wenn er es macht, gefällt es Ihnen aber auch wieder nicht. Es ist hier schon darauf eingegangen worden, ich brauche das also nicht weiter auszuführen.

Jedenfalls erbringt die Forschung einen wesentlichen Beitrag zur Umweltoffensive der Bundesregierung, die in schroffem Gegensatz zur bloßen Grünrhetorik mancher Oppositioneller steht, wenn sie auch noch so gute Jäger sind, denn sie rückt den Problemen an den Leib.

Aus lokalpatriotischen Gründen sei mir gestattet, meiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß etwa beim im Bau befindlichen Kohlekraftwerk Dürnröhr nicht nur der beste technologische Standard eingebaut werden soll, sondern auch eine wissenschaftliche Umgebungsüberwachung vorgesehen ist. Ich glaube, das ist mit ein Ausfluß dieser Tendenz in Richtung Umweltschutz.

Daß nur forcierte Forschung auf allen Ebenen dringend benötigte Innovationsimpulse geben und so direkt zur Strukturverbesserung unserer Wirtschaft beitragen kann, ist heute schon wiederholt betont worden.

Herr Präsident Stix hat in seine Ausführungen allerdings auch ein bißchen einen Wertutropfen hineingebracht, indem er feststellt hat, daß das Instrumentarium, das ange-

Dr. Preiß

boten wird, manchmal zuwenig angenommen wird. Das mag schon stimmen, werte Damen und Herren. Es muß nämlich ein gesamtgesellschaftlicher Prozeß, der einmal in Gang gebracht worden ist, noch verstärkt werden; ein Prozeß, der schließlich bei breiten Bevölkerungsschichten und auch bei den Betroffenen den Stellenwert von Wissenschaft und Forschung entsprechend erhöht.

Ich würde glauben, daß sich nicht nur der Bund, sondern auch andere Gebietskörperschaften, insbesondere die Bundesländer, verstärkt daran beteiligen sollten, nicht nur auf der materiellen Seite — dort sicherlich auch —, sondern auch auf der geistigen Seite. Hier gibt es ebenfalls einen sehr bedeutenden Nachholbedarf.

Zum Beispiel gibt das Land Niederösterreich nur 150 Millionen Schilling für Zwecke der Forschung und Entwicklung aus, während etwa Wien auf 1,5 Milliarden Schilling kommt; das ist doch ein erklecklicher Unterschied. Man sollte nicht ehrgeizigen Plänen nachhängen, zum Beispiel, wie das in Niederösterreich in jüngster Zeit geschehen ist, ehrgeizigen Plänen nach einer Landesuniversität, ob sie nun Donau-Universität oder in Analogie zur Karl Franzens-Universität einmal Siegfried Ludwigs-Universität heißen sollte, man sollte sich mehr als bisher an Initiativen beteiligen, welche offenkundig und direkt dem Land Niederösterreich dienen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Mein Freund, der Herr Abgeordnete Dr. Stippel, hat sich etwa schon mit dem Österreichischen Forschungszentrum Seibersdorf beschäftigt, das gerade für die Niederöreicher durchaus gegeben wäre und sich zu einem wirtschaftsnahen Ausstrahlungspunkt innovatorischer Wissenschaft und Technik entwickelt hat. Hier sollte man mithelfen, die Bedeutung zu erhöhen, und nicht irgendwelchen nebulösen Gründungsprojekten nachjagen. Auf dem Umweg über Seibersdorf könnten sehr rasch umsetzbare Ergebnisse an den Tag kommen.

Ich möchte allerdings nicht verschweigen, daß zum Beispiel die Zusammenarbeit zwischen dem Land Niederösterreich und dem Forschungsförderungs fonds für die gewerbliche Wirtschaft in durchaus positivem Rahmen abläuft. Ich will also auf keinen Fall in die von meinem Vorredner eingeschlagene Schwarzweiß- oder besser Schwarzscharmalerei einstimmen.

Noch ein Wort zu diesem Forschungsförderungs-

fonds: Wenn im Bericht dieser Institution davon gesprochen wird, daß bei den erfolgreichen Projekten in den drei Jahren 1980 bis 1982 bundesweit ein Zusatzumsatz von 6,3 Milliarden Schilling erzielt wurde und daß die Zahl von 1 500 neugeschaffenen Arbeitsplätzen ermittelt werden konnte, so ist das auch für einen Praktiker eine deutliche Sprache für die Bedeutung der Forschungs- und Entwicklungspolitik.

Abschließend möchte ich noch auf eine wenige beachtete Tätigkeit im Rahmen der Forschungspolitik hinweisen, wie sie vom Bundeskanzleramt in Verfolgung des Raumordnungskonzeptes ausgeübt wird: Ich meine die Sonderaktion des Bundeskanzleramtes zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume in Berggebieten Österreichs. Hier werden Untersuchungen über die landwirtschaftliche Produktion, über die industriell-gewerbliche Güterproduktion und über den Fremdenverkehr abgewickelt.

Die in diesem Rahmen eingesetzten Regionalbetreuer haben zum Beispiel im Waldviertel vielversprechende Impulse zur Wiedereinführung aufgelassener Produktionen gesetzt. So ist etwa der Neubau des heimischen Flachsbaus angelaufen.

Also wenn hier von Zersplitterung gesprochen wird: Auch die Vielfalt hat ihre positiven Seiten und sichert in vieler Hinsicht dem Wissenschaftler jenen Freiraum, wie er von Rednern heute zuweilen angesprochen wurde.

Hohes Haus! Wir müssen gemeinsam einen Weg finden, die Effektivität der wissenschaftlichen Forschung auf allen Ebenen zu stärken und ihr internationales Ansehen zu erhalten und zu steigern. Wir dürfen dabei durch allzu hochfliegende Pläne nicht den Boden unter den Füßen verlieren. Politik im echten Sinn ist nicht Kunst der rhetorisch verbrämten Lizitation, wie einen das manchmal anmutet, sondern die Kunst des Möglichen, getragen von der Verantwortung für das Gesamtwohl unseres Landes.

In diesem Sinne freue ich mich, daß wir heute diesen Bericht gemeinsam beschließen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 14.57

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Schuster.

14.57

Abgeordneter Schuster (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Minister! Sehr geehrte Damen und Herren! Als letzter Red-

Schuster

ner zum Forschungsbericht 1984 werde ich mich bemühen, nachdem die Volkspartei zustimmen wird, wieder voll zur Sachlichkeit zurückzukehren.

Selbst eine chinesische Zeitung berichtet über Österreichs größtes außeruniversitäres Forschungszentrum, nämlich über Seibersdorf. Meine Freude darüber besteht darin, daß der Bericht in dieser Zeitung von einem Kleinwasserkraftwerk ausgeht und von keiner Großanlage, von keinem großen Betrieb. Dieses Kleinwasserkraftwerk dient vor allem abgelegenen Schutzhütten, abgelegenen Gehöften und Almhütten. Also man spricht auch im Ausland über Österreichs größtes Forschungszentrum.

Wie setzen sich denn die Mittel der Forschungs- und Entwicklungsausgaben 1984 zusammen?

Wir wissen, daß 48 Prozent vom Gesamtbetrag von der Wirtschaft kommen, 36,6 Prozent vom Bund und 14,2 Prozent von den Bundesländern. Öffentliche Hand und Wirtschaft zusammen bringen also im heurigen Jahr 17,8 Milliarden Schilling für Forschung und Entwicklung auf.

Auf Seite 9 des Berichtes lesen wir: „Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben insgesamt am Bruttoinlandsprodukt wird im heurigen Jahr 1,4 Prozent betragen.“

Im Statistischen Taschenbuch, das wir vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung bekommen haben, finde ich zwar für das Jahr 1983 noch Vergleichsprozente mit dem Ausland, aber im Statistischen Taschenbuch vom heurigen Jahr fehlen mir diese internationalen Vergleiche. Ich möchte den Herrn Bundesminister fragen: Warum hat man in dieses Statistische Taschenbuch diese Zahlen heuer nicht mehr hineingeschrieben? *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Ich könnte es mir als Oppositionspolitiker leicht machen und hier vom Pult aus verkünden, es wäre unbedingt notwendig, mehr Mittel für die Forschung auszugeben. Aber diese Kritik kommt heute nicht von mir, sondern vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. Hier steht nämlich im Bericht auf Seite 11:

„Die insgesamt für die Forschung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung stehenden Mittel sind zu knapp, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Als Abhilfe wäre nach wie vor neben

einer jährlich notwendigen Steigerung auch eine grundsätzliche Anhebung dieser Mittel erforderlich.“

Ich möchte heute aus der Sicht eines praktizierenden Bauern kurz die Forschungstätigkeit beleuchten: als erstes die Möglichkeit der Biospritertezeugung.

Wir wissen, alles Leben auf unserer Erde benötigt zu seinem Unterhalt Energie, die Pflanzen in Form von Licht und die Tiere in Form von Futter. Nur wir Menschen benötigen außer der Nahrung noch weitere Energiequellen, um unser Überleben zu sichern.

Beginnend vor zirka 200 Jahren verlor die Land- und Forstwirtschaft schrittweise ihre Rolle als Energie- und Rohstofflieferant, weil die fossilen Primärenergieträger, wie eben Kohle, Erdöl und Erdgas, die land- und forstwirtschaftlichen Produkte verdrängten.

Im Laufe der letzten 50 Jahre ergab sich ein neuer grundlegender Wandel: Die Zugtiere wurden durch Maschinen ersetzt. Die nun mögliche Nutzung der bisher für die Erzeugung des Futters für die Zugtiere notwendigen Flächen führte zu einer gewaltigen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in vielen Ländern.

Nicht nur Traktore, sondern alle Teile unserer Volkswirtschaft — die Industrie, der Verkehr und jeder einzelne von uns — sind immer mehr von Energieträgern abhängig geworden, die vorwiegend aus importierten Erdölprodukten gewonnen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die auftauchenden ökologischen Probleme lehren uns jedoch, wie Sie wissen, nach Alternativen Ausschau zu halten. Und so können wir Bauern in Zukunft nicht nur die für uns alle notwendige Nahrung, sondern auch zumindest einen Teil der anderen Energie, die wir alle benötigen, erzeugen. Es ist daher begrüßenswert, daß, statt nur zu reden, konkrete Initiativen ergriffen wurden.

Derzeit müssen wir in Österreich viele Milliarden Schilling Devisen zahlen. Wir sind von ausländischen Energielieferanten abhängig und sichern daher Arbeitsplätze im Ausland statt im Inland.

Über die Biospritertezeugung könnten wir in Österreich durch eine Verminderung der Auslandsabhängigkeit auf dem Energiesektor unter gleichzeitiger Entlastung der Überschußgetreideverwertung die natürlichen Produktionsgrundlagen besser nützen.

Schuster

Hier möchte ich ganz konkret die Biosprit-anlage in der niederösterreichischen Grenzstadt Gmünd und das Werk in Aschach in Oberösterreich erwähnen. Die Technische Universität ist mit Forschungsprojekten im Werk Gmünd eingebunden.

Ich möchte an den Herrn Bundesminister Dr. Fischer appellieren, darauf einzuwirken, daß in Kürze eine Beimengung von Biosprit möglich wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist zu wenig, wenn sich Politiker der Bundesregierung durch den Forschungs- und Produktionsbetrieb führen lassen, wir in Österreich aber keinen Tropfen Biosprit absetzen dürfen.

Auf Grund der bestehenden Kontingentierungsbestimmungen darf das Gmünder Werk im Inland auch keine Rohstoffe einkaufen, sondern es muß dies im Ausland geschehen. Derzeit kaufen wir Mais aus den USA. Das geschieht alles in einer Zeit, in der wir Hunderttausende Tonnen Getreide ausführen müssen, und das halte ich für falsch! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ähnlich ist es auch beim Absatz. In Salzburg besteht bereits eine Biosprit-Tankstelle, aber der Sprit kommt nicht aus Gmünd. Die Forschungsfirma befindet sich damit nur räumlich gesehen in Österreich, de facto produzieren wir aber im Zollaussland.

Die Biosprit-Rohstoffanlage in Aschach in Oberösterreich wird voraussichtlich 290 Millionen Schilling kosten, wobei der Anteil der Inlandlieferungen bei über 90 Prozent liegt. Das bedeutet also, daß die Anlage in Aschach viele Arbeitsplätze sichert. Der dort erzeugte Biosprit würde wahrscheinlich um 10 S kosten.

Biosprit für Österreich ist nicht nur ein wesentlicher Schritt in der Verwirklichung der wirtschaftlichen Neutralität unserer Heimat, sondern Biosprit für Österreich ist auch eine wesentliche Maßnahme zur Arbeitsplatzsicherung besonders im ländlichen Raum. Das möchte ich unterstreichen. Allein aus Umweltgründen müßte die Regierung bereit sein, eine Beimischungsregelung zu beschließen.

Wenn ich zu Beginn über Seibersdorf, Österreichs größtes Forschungszentrum, gesprochen habe, so möchte ich noch kurz zwei Forschungsbereiche erwähnen: erstens Seibersdorf im Kampf gegen das Waldsterben und zweitens, Seibersdorf betreibt im Auftrag

österreichischer Saatbaugenossenschaften die Vermehrung von virusfreiem Saatgut.

Seibersdorf im Kampf gegen das Waldsterben: Wir haben gestern in der Fragestunde von Herrn Bundesminister Dr. Steyrer erfahren, daß Österreich bei der Bekämpfung des Waldsterbens und beim Umweltschutz dank der Bundesregierung im Einklang mit der Wirtschaft in der Welt führend ist. Ich möchte hoffen, daß sich diese führende Rolle auch niederschlägt, daß Taten verstärkt gesetzt werden, denn wir wissen alle, daß viel gesprochen und geschrieben wird, aber der Wald nach wie vor weiter stirbt.

Was die Vermehrung von virusfreiem Saatgut anlangt, möchte ich das Forschungsprojekt „virusfreie Saatkartoffel“ im speziellen erwähnen. Gerade in einer Zeit, in der die Bevölkerungszahl zunimmt, in der es eine Bevölkerungsexplosion gibt, kommt der Forschung bei diesem Saatgut große Bedeutung zu. Wir wissen, daß in den Entwicklungsländern in jeder Minute 40 Kinder an Hunger sterben. Daher ist es sehr wichtig, daß wir auch beim Saatgut Forschungen weiterführen, denn es gibt genug Hunger in der Welt, und wenn es gutes Saatgut gibt, so nehmen wir doch an, daß hier geholfen werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In Seibersdorf ist ein neues Forschungsprojekt in eine Phase getreten, wo es 10 000 virusfrei gezüchtete Kartoffelpflänzchen gibt. Diese 10 000 Pflänzchen wurden nach Oberösterreich gebracht, und zwar in meine engere Heimat, in das Mühlviertel, wo sie in einem Folientunnel aufgezogen werden.

Für uns in der Landwirtschaft bedeutet Forschung und Entwicklung ein ständiges Abwiegen mit der Natur. Ein großer Forscher, der Erfinder der Kaplan-Turbine — er ist vor 50 Jahren verstorben —, Viktor Kaplan, hat uns neben seiner Turbine ein Vermächtnis hinterlassen. Er meinte nämlich — und das vor 50 Jahren —:

„Mit der Natur mußt du gehen, damit du Erfolg hast. Wenn du sie aber vergewaltigst, dann rächt sie sich gewaltig.“

Wenn in der Zeitschrift „Seibersdorfer Journal“ zu lesen ist: „Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß der wissenschaftlichen Forschung immer größere Bedeutung bei der Bewältigung technischer, ökologischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme zukommt“, so hoffe ich, daß diese Aussage kein Lippenbekenntnis bleibt, sondern daß

Schuster

die Regierung in Zukunft speziell bei der Forschung mit der Natur und nicht neben der Natur einherschreitet. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.10

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen.

Wird ein Schlußwort gewünscht? — Ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht III-43 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

2. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (316 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 und das ÖIG-Gesetz geändert sowie damit zusammenhängende Bestimmungen über den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen getroffen werden, und über die Änderung der Regierungsvorlage gemäß § 25 Geschäftsordnungsgesetz 1975 (Zu 316 der Beilagen) (375 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 und das ÖIG-Gesetz geändert sowie damit zusammenhängende Bestimmungen über den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen getroffen werden, und Änderung der Regierungsvorlage gemäß § 25 Geschäftsordnungsgesetz 1975.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Gradischnik. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. Gradischnik: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erstatte den Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (316 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 und das ÖIG-Gesetz geändert sowie damit zusammenhängende Bestimmungen über den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen getroffen werden, und über die Änderung der Regierungsvorlage gemäß § 25 Geschäftsordnungsgesetz 1975 (Zu 316 der Beilagen).

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Regierungsvorlagen liegen Ihnen schriftlich vor, ich brauche daher nicht näher darauf eingehen, wurden im Verfassungsausschuß am 19. September 1984 behandelt, und es wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, daß dem Hohen Haus die Annahme des Gesetzentwurfs empfohlen werden soll.

Namens des Verfassungsausschusses stelle ich somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschlußbericht (375 der Beilagen) angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, Herr Präsident, bitte ich, die Debatte darüber abzuführen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Ettmayer. Ich erteile es ihm.

15.13

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heutige Regierungsvorlage betrifft eine Änderung des Bundesministeriengesetzes, eine Änderung des ÖIG-Gesetzes und eine Änderung des Wirkungsbereiches des Finanzministeriums. Konkret geht es darum, daß die Kompetenzen für die verstaatlichte Industrie auf das Verkehrsministerium übertragen werden sollen und daß die Kompetenzen für die Entwicklungshilfe vom Bundeskanzleramt auf das Außenministerium übergehen.

Meine Damen und Herren! Man könnte nun lange darüber diskutieren, welche Hintergründe und welche Zielsetzungen derartige Kompetenzänderungen haben. Ich glaube, viel wesentlicher als die Frage, welches Ministerium, welcher Minister eine bestimmte Verwaltungsagende wahrnimmt, ist die Frage, welche Politik gemacht wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister Lacina! Ich glaube, daß sich viele Österreicherinnen und Österreicher eher darüber gefreut hätten, wenn Sie gesagt hätten: Wir ändern die Politik in der verstaatlichten Industrie und nicht nur die Kompetenz des Ministeriums. *(Abg. Dr. Schranz: In welche Richtung?)* In welche Richtung? — Das werde ich im Laufe meiner Ausführungen darlegen. *(Abg. Elmacker: Die Debatte haben wir ja gestern gehabt!)*

Dr. Ettmayer

Die Vorgangsweise im Hinblick auf die Kompetenzänderung zeigt zweierlei: Erstens einmal werden die Kompetenzen nicht so sehr nach sachlichen Gesichtspunkten aufgeteilt, sondern eher willkürlich nach persönlichen Präferenzen. Zweitens distanziert sich der Herr Bundeskanzler offensichtlich sowohl von der Entwicklungshilfe als auch vor allem von der verstaatlichten Industrie. Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, lehnen wir das vorliegende Gesetz ab.

Wenn ich erst gesagt habe, die Kompetenzen werden offensichtlich nicht sachlich verteilt, sondern höchstpersönlich und willkürlich, dann tat ich dies vor allem deshalb, weil in diesem Haus mit den Stimmen der Sozialisten im Jahre 1973 das Bundesministeriengesetz verabschiedet wurde, das die einzelnen Ressorts aufteilt und den einzelnen Ressorts die Kompetenzen zuordnet. Dieses Bundesministeriengesetz wurde damals von den Sprechern der Sozialistischen Partei als Meilenstein in der Geschichte der österreichischen Verwaltung gefeiert, weil es gewährleisten sollte, daß in Hinkunft die Aufteilung der Ressorts nur nach sachlichen Gesichtspunkten durchgeführt wird. Seither mußten wir leider feststellen, daß das durchaus nicht der Fall war.

Auch in der vorliegenden Regierungsvorlage können wir folgendes feststellen: daß das Verkehrsbüro in das Handelsministerium kommt und daß die doppelte Zuständigkeit für die DDSG, die beseitigt werden sollte, weil eine doppelte Zuständigkeit immer zu erhöhten bürokratischen Aufwänden führt, bleibt.

Aber so wie es seinerzeit bei der Schaffung eines Staatssekretariats für die spätere Frau Minister Karl war, die zuerst im Bundeskanzleramt angesiedelt war, dann in das Finanzministerium übersiedelte und für die dann ein eigenes Ministerium geschaffen werden mußte, können wir auch jetzt feststellen, daß sachliche Gesichtspunkte eher im Hintergrund stehen und rein persönliche, höchstpersönliche Wünsche in den Vordergrund gerückt sind.

Meine Damen und Herren! Dasselbe können wir bei den Staatssekretärinnen und Staatssekretären feststellen. Sie werden sicherlich im Laufe der Debatte betonen, daß eine Einsparungsmaßnahme gesetzt wurde, weil der Posten des ehemaligen Herrn Staatssekretärs Dkfm. Lacina, der Minister wurde, nicht nachbesetzt worden ist. Das ist, Herr Kollege Hobl, zweifellos richtig. Aber Sie sollten diesem richtigen Schritt, so wie wir es seit

Jahren verlangen, weitere Schritte folgen lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie sollten, nachdem Sie erkannt haben, daß man Staatssekretäre einsparen kann, auch weitere Staatssekretäre einsparen.

Ich möchte dabei durchaus, Herr Zentralsekretär, nicht undifferenziert vorgehen. Ich anerkenne etwa die Tätigkeit von Staatssekretär Dr. Löschnak und glaube, daß er einen wesentlichen Platz in der Regierung hat. Ich glaube aber genauso, daß andere Staatssekretariate abgeschafft werden könnten, ohne daß irgendein Österreicher einen Nachteil hätte, ja ohne daß irgendein Österreicher etwas davon bemerken würde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Genauso willkürlich wurde bei der Loslösung der Betriebe von der Beteiligungsverwaltung des Bundes vorgegangen. Diese Maßnahme geht darauf zurück, daß der ehemalige Bundeskanzler Dr. Kreisky den Machtbereich seines seinerzeitigen Schützlings und späteren Widerparts Androsch einschränken wollte und deshalb verfügt hat, daß verschiedene Betriebe aus dem Wirkungsbereich des Finanzministeriums ausscheiden müssen. Es handelte sich dabei um Betriebe wie die Elektro-Bau A.G. Linz, die Futurit Werke, die SAKOG und dergleichen.

Meine Damen und Herren! Wir haben schon seinerzeit in einem Minderheitenbericht festgestellt: Es wäre anzustreben, daß die Anteilsrechte des Bundes, die an diesen Betrieben bestehen, zunächst einmal allen übrigen Anteilseignern angeboten werden beziehungsweise daß überhaupt zum freien Verkauf eingeladen wird. Ich richte insbesondere an die Freiheitliche Partei die Frage, was hier getan wurde, ob hier eine Initiative ergriffen wird, um die Bildung von zusätzlichem Privateigentum zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren! So wie hier höchstpersönlich auf Wunsch des Bundeskanzlers vorgegangen wurde, so handelt es sich offensichtlich auch bei der Überstellung der verstaatlichten Industrie um eine willkürliche Maßnahme. Vielleicht auch deshalb, Herr Bundesminister Dkfm. Lacina, weil durch eine Änderung der Kompetenzen neue Hoffnungen geweckt werden sollten, weil Sie offensichtlich den Eindruck erwecken wollten, daß durch eine neue Zuständigkeit tatsächlich auch neue Kompetenzen und neue Möglichkeiten geschaffen wurden, denn in der Ankündigung von Maßnahmen, in der Präsentation von Maßnahmen als Lösungen haben Sie bisher immer große Meisterschaft gezeigt.

Dr. Etmayer

Ich darf Sie, Herr Bundesminister Dkfm. Lacina, aus der „Wiener Zeitung“ vom Frühjahr 1983 zitieren, wo Sie zu den Beschäftigungsprogrammen und zum Investitionsprogramm der Bundesregierung folgendes festgestellt haben: „Auf Grund der Investitionsprogramme der Bundesregierung werden von 1983 bis 1986 jährlich 50 000 Arbeitsplätze neu geschaffen sowie 200 000 gesichert.“

Ich darf Sie, Herr Bundesminister Dkfm. Lacina, fragen: Wo und wie haben Sie diese Ankündigung realisiert? (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Oder ist es so, daß es sich hier offensichtlich um ein hohles Versprechen vor den letzten Nationalratswahlen gehandelt hat?

Sie haben weiters gesagt: „Im Rahmen des zehnjährigen Investitionsprogramms werden in diesen vier Jahren 330 Milliarden Schilling für Investitionen zur Verfügung gestellt.“

Herr Bundesminister Dkfm. Lacina! Bitte nennen Sie mir die Betriebe, die diese 330 Milliarden Schilling bekommen!

Sie haben von weiteren zusätzlichen Förderungsaktionen für die Wirtschaft in der Höhe von 90 Milliarden Schilling gesprochen.

Um nur ein konkretes Beispiel zu nennen: Herr Bundesminister Dkfm. Lacina! Sie haben diese Investitionen auf Grund des 3. Beschäftigungsprogramms der Bundesregierung in Aussicht gestellt. Dieses 3. Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung beinhaltet unter anderem vor allem auch den Tunnelbau unter dem Wienerwald und den Tunnelbau unter dem Semmering. Herr Bundesminister! Sie haben diese Investitionen für die zweite Hälfte der achtziger Jahre angekündigt. Ich habe mich erkundigt. Es wurde mir gesagt, es gibt tatsächlich entsprechende Projekte, aber die Planungen für diese Projekte werden erst zu Beginn der neunziger Jahre abgeschlossen werden.

Ich möchte Sie daher wirklich einladen, Herr Bundesminister, mit Ihren Ankündigungen vorsichtiger und, wenn möglich, auch konkreter zu sein. (*Beifall bei der ÖVP.*) Denn ich glaube, daß die Situation — wir haben gestern ja lange darüber diskutiert — vor allem auch in der verstaatlichten Industrie zu ernst ist, als daß man sich mit vagen Ausführungen in irgendwelche Hoffnungen flüchten könnte.

Ich lese in der „Kleinen Zeitung“ von 10. September 1984: „Lacina: Verluste werden geringer.“ Wir hoffen es. Aber was sagen Sie

dann dazu? Ich hätte mir doch erwartet, daß Sie konkret ausführen, was Sie dazu beitragen werden, Herr Bundesminister, um diese Verluste zu verringern. Sie sagen dann nur, auch Sie hoffen es und sind der Meinung, es müsse doch gelingen, die Verluste abzudecken. Herr Bundesminister! Für Hoffnungen und Meinungen ist die Zeit zu ernst.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf ein anderes Problem eingehen. In den letzten Tagen ist wieder sehr viel über die Diskrepanzen, die zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten in der Frage des Technologietransfers bestehen, geschrieben worden. Ich glaube, wir sind alle einer Meinung, es ist ein schwieriges Problem — technisch schwierig, machtpolitisch schwierig —, Österreich hat hier seine Interessen, und ich glaube, wir sind alle einer Meinung, daß die österreichischen Interessen entsprechend verteidigt werden müssen.

Ich mache Ihnen, Herr Bundesminister, auch gar keinen Vorwurf daraus, daß auf diesem Gebiet bisher keine entsprechende Regelung zustande gekommen ist. Was ich Ihnen aber vorwerfe, ist: Sie sind damals — noch im Auftrag von Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky — nach Amerika gefahren, haben darüber verhandelt und haben, als Sie zurückgekommen sind, nicht gesagt: Das ist ein Problem, das müssen wir mittel- oder langfristige lösen, da müssen wir weiterreden, sondern Sie haben laut „Arbeiter-Zeitung“ vom 3. Februar 1983 groß angekündigt: „Letzte Mißverständnisse wurden durch Lacina beseitigt.“ Im Fernsehen konnten wir ähnliche Meldungen vernehmen.

Herr Bundesminister! Ich zitiere das deshalb, weil ich glaube, daß Hoffnungen und Meinungen, ob das den Technologietransfer oder die verstaatlichte Industrie betrifft, zuwenig sind. Wir brauchen klare Ziele, wir brauchen eine klare Verantwortung, und wir brauchen vor allem auch eine klare Begründung der Ursachen und eine klare Darlegung, was getan werden soll.

Wenn einmal die Geschichte der verstaatlichten Industrie in den siebziger Jahren geschrieben werden wird — das wird sicher der Fall sein —, dann wird sie eventuell unter dem Titel „Verlust eines Königreiches“ oder „Niedergang eines Königreiches“ geschrieben werden. Wir alle erinnern uns an das Königreich Waldbrunner. Wir alle — Kollege Fauland, Sie wissen das besser als ich — wissen, welche gewaltige Leistungen die verstaatlichte Industrie beim Wiederaufbau Österreichs erbracht hat. Ich habe mir einige Zahlen auf-

Dr. Ettmayer

geschrieben. (*Abg. Fauland: Was ist jetzt bei der wirtschaftlichen Stagnation von der verstaatlichten Industrie geleistet worden!*) Ich werde gleich noch etwas dazu sagen.

Die Steuerleistungen betragen im Jahr 1949 0,2 Milliarden Schilling, im Jahr 1965 3,4 Milliarden Schilling, durch Eigenfinanzierung Wertschöpfung aus der verstaatlichten Industrie bis 1964: 3,9 Milliarden Schilling, Dividendenausschüttung durch die verstaatlichte Industrie bis 1964: 4 Milliarden Schilling. Also durch die verstaatlichte Industrie wurden große Leistungen erbracht, und eine gewaltige verstaatlichte Industrie wurde 1970 übergeben.

Herr Bundesminister Dkfm. Lacina! Ich muß das deshalb erwähnen, denn als die verstaatlichte Industrie damals vom Verkehrsministerium ausgesiedelt wurde, war das noch ein Königreich, und in welchem Zustand kommt sie jetzt zurück? (*Ruf: Als Bettelorden!*) Ich will den Begriff „Bettelorden“ gar nicht verwenden, aber ich glaube, daß der Zustand tatsächlich sehr, sehr besorgniserregend ist.

Meine Damen und Herren und Herr Bundesminister! Man kann doch bei einem derartigen Niedergang einer großen Industrie nicht so tun, als hätte die regierende Partei, die jahrelang die Geschicke dieser Industrie mitgestaltet hat, dafür keine Verantwortung. Nur ganz kurz: 1970 hat die verstaatlichte Industrie noch 1,4 Milliarden Schilling Gewinne ausgeschüttet, die Forschung in der Verstaatlichten lag über dem Durchschnitt der privaten Wirtschaft in Österreich, die Sozialleistungen sind gewaltig ausgebaut worden. In den letzten Jahren — wir wissen es — kann von Gewinnen keine Rede mehr sein. 1981 gab es 6 Milliarden Schilling Verluste, 1982 5 Milliarden Schilling Verluste, 1983 noch einmal 5 Milliarden Schilling Verluste.

Und eine Entwicklung, für die Sie, Herr Bundesminister, sehr wohl durch Ihre Belastungspolitik mitverantwortlich sind, ist die Auszehrung dieser Betriebe, der Schwund der Ausstattung an Eigenkapital dieser Betriebe durch die Belastungspakete, durch das 2. Abgabenänderungsgesetz. Wir alle wissen das, meine Damen und Herren.

Vereinigte Edelstahlwerke: 1973: Eigenkapitalausstattung 33 Prozent, 1983: 3,9 Prozent. VOEST-Alpine: 1973: 49 Prozent, jetzt kaum mehr 10 Prozent. Entsprechend ist die Situation bei Elin und bei der Chemie Linz.

Es erfolgte ein gewaltiger Rückgang der Aufwendungen für die Forschung. 1969 hat der ÖIAG-Bereich noch 37 Prozent der gesamten Forschung in Österreich bestritten, 1979 waren es nur mehr 26 Prozent, und wir wissen alle, meine Damen und Herren, daß gerade die Forschung die Arbeitsplätze von morgen, die Zukunft der Industrie gewährleisten soll.

Ganz deutlich kommt der Niedergang dieses gewaltigen Konzerns in der Zahl der Arbeitsplätze zum Ausdruck. 1974 waren noch 118 000 Menschen beschäftigt, in der unlängst vorgelegten Bilanz sind noch 106 000 Menschen ausgewiesen, heuer soll, wie wir gehört haben, die Hunderttausendgrenze unterschritten werden. Das heißt also, innerhalb von zehn Jahren, für die Sie verantwortlich waren und sind, Herr Bundesminister, hat die verstaatlichte Industrie 18 000 Arbeitsplätze verloren. 18 000 — das ist ein gewaltiger Betrieb, das wäre einer der größten Betriebe in unserem Lande. Und das trotz gewaltiger Zuschüsse und trotz gewaltiger Schulden, die in dieser Zeit gemacht wurden.

Wobei ich nur kurz noch eines sagen möchte: Man hört vielfach die Ausrede, es wäre eben die internationale Krise, die zu dieser Entwicklung geführt hat.

Sicherlich gibt es eine internationale Stahlkrise; das weiß jeder. Aber es gibt keine internationale Chemiekrise, es gibt keine internationale Krise im Elektrobau, keine internationale Krise im Maschinenbau. Und da, glaube ich, wäre es Ihre politische Aufgabe, vor dem Parlament, Herr Bundesminister, und vor dem Steuerzahler aufzuzeigen: Wohin gehen tatsächlich die Subventionen? Ist es richtig, daß diese Subventionen oft nicht in Bereiche gehen, die gefährdet sind, sondern in Bereiche, die einfach wild gewirtschaftet haben, daß damit Verluste abgedeckt werden in anderen Bereichen, in Bereichen, wo andere Gewinne erzielen?

Ihre politische Verantwortung ist auch dort gegeben, Herr Bundesminister, wo sich verschiedene Prämissen Ihrer Wirtschaftspolitik als falsch erwiesen haben, weil sich herausgestellt hat, daß Schulden keine Arbeitsplätze sichern, weil sich herausgestellt hat, daß die Staatsverschuldung in den letzten zehn Jahren um das Zehnfache gestiegen ist und daß die Arbeitslosenrate auch entsprechend angestiegen ist, weil sich herausgestellt hat, daß es nicht genügt, wenn man Strukturen über die Schuldenpolitik konserviert, und weil sich herausgestellt hat, daß es nicht genügt, wenn das Streben nach Subventionen das Streben nach Innovationen ablöst.

Dr. Ettmayer

Ich darf Ihnen, Herr Bundesminister, für Ihre Tätigkeit im Sinne der österreichischen Wirtschaft, im Sinne der verstaatlichten Wirtschaft persönlich alles Gute wünschen, glaube aber, daß Sie die Erfolge, die angestrebt werden sollen und die angestrebt werden müssen, ohne einen Kurswechsel nicht erreichen können. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.33

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schranz.

15.33

Abgeordneter Dr. **Schranz** (SPÖ): Meine Damen und Herren! Herr Kollege Ettmayer hat mit dem „Kurswechsel“ geschlossen, ohne uns zu sagen, was er darunter versteht *(Zwischenruf des Abg. Steinbauer)*, und er hat auch sein Versprechen nicht eingehalten, auf die Frage, was er sich denn an neuer Politik für die verstaatlichten Betriebe vorstelle, die Antwort zu geben. Man hat wieder nur Schlagworte und leere Kritik gehört, keinen einzigen Gedanken, keine eigene Linie. Das ist eben immer dasselbe mit der Politik der ÖVP. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat auch gemeint, die ÖVP stimme gegen diese Novelle zum Bundesministerengesetz deswegen, weil die Kompetenz „Verstaatlichte Industrie“ vom Bundeskanzleramt in das neue Ministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr übergeht und die Kompetenz „Entwicklungshilfe“ in das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und weil sich deswegen angeblich der Bundeskanzler von diesen Kompetenztatbeständen distanzieren.

Ja, meine Damen und Herren, wo war denn diese Kompetenz „Verstaatlichte Betriebe“ in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung? Wohin ist sie denn gegangen? Welcher Minister war denn zuständig für die verstaatlichten Betriebe? — Der Verkehrsminister Weiß war der Zuständige, und er hat sich dort einen eigenen Staatssekretär dafür genommen, das war der Staatssekretär Dr. Taus. Also, bitte, meine Damen und Herren, dorthin ist die Kompetenz verlagert worden, genauso wie heute. *(Zwischenruf des Abg. Heinzinger.)* Also was wollen Sie eigentlich? Einmal geben Sie die Kompetenz ins Verkehrsministerium — das ist Ihnen recht —, und wenn wir dasselbe tun, ist Ihnen das nicht recht: Wieder einmal eine Politik mit zwei Zungen, eine Politik des doppelten Bodens, wie wir es nicht anders gewöhnt sind von Ihnen. *(Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir haben nun eine Novelle zum Bundesministerengesetz vorliegen, die der Herr Staatssekretär Dr. Löschnak sachkundig und keineswegs ungestüm, sondern ruhig in die Debatte gebracht hat. Wir haben sehr gut im Verfassungsausschuß miteinander gearbeitet und diskutiert, und ich meine, daß diese Novelle zum Bundesministerengesetz, die sich mit der Geschäftsverteilung innerhalb der Bundesregierung beschäftigt, durchaus auch die Zustimmung der Opposition finden könnte.

Würde es sich nämlich um eine faire Opposition handeln, die einer Regierung es überläßt, nach ihren Wünschen die Kompetenzen zu verteilen — so ist das in der ganzen Welt... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Neisser.)* Warum eigentlich wollen Sie nicht die Regierung hinsichtlich der Ressortenteilung und der Geschäftsverteilung so arbeiten lassen *(Abg. Dr. Neisser: Ändern Sie die Verfassung und schreiben kein Gesetz mehr vor!)*, wie das den Wünschen der Regierung entspricht? Sie könnten doch diesem Gesetz zustimmen und damit wirklich eine Kooperationsbereitschaft beweisen, meine Damen und Herren!

Es ist also Hauptaufgabe dieser Novelle zum Bundesministerengesetz, eine neue Geschäftsverteilung festzulegen, einerseits auf Grund der Regierungsumbildung und andererseits auf Grund der Entflechtung gewisser Tatbestände, gewisser Kompetenzen innerhalb der Bundesregierung. Diese Entflechtung geht — das ist bereits richtig gesagt worden — auf eine Anregung des früheren Bundeskanzlers Dr. Bruno Kreisky zurück, welcher der Meinung war, daß nicht von denselben Institutionen eine Bundesbeteiligung an Eigentumsrechten des Bundes ausgeübt werden soll, die gleichzeitig auch eine aufsichtsbehördliche Aufgabe erfüllen. Und diesen Entflechtungsbestrebungen wird jetzt entsprochen.

Es wird davon ausgegangen, daß nicht ein einziges Ministerium, nämlich das Finanzministerium, die Bundesbeteiligung wahrnehmen soll, sondern daß mehrere Ministerien dafür zuständig sein sollen, einerseits das Finanzministerium wie bisher, andererseits aber auch eine Reihe anderer Ressorts: Kanzleramt, Handelsministerium, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Verkehrsministerium.

Und eine ganz wichtige Neuordnung erfolgt durch die Neugruppierung der Kompetenzen in Form der Schaffung des Bundesministe-

Dr. Schranz

riums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr. Dieses Ministerium ist nun ein ganz wichtiges Wirtschaftsministerium und, wir wissen es, bei Dkfm. Ferdinand Lacina in den besten Händen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Dieses Ministerium wird für die Strukturpolitik zuständig sein, für die Koordination bei Raumforschung, Raumordnung und Raumplanung, ferner für die verstaatlichten und auch für die staatseigenen Betriebe, nämlich Bahn und Post. Wir meinen, daß diese Gruppierung den Aufgaben entspricht, und selbstverständlich ist es auch notwendig, für diese Kompetenzverteilung innerhalb der Ministerien die notwendigen personellen Voraussetzungen geschaffen zu haben.

Wir sind auch der Ansicht, daß diese Neugruppierung der Kompetenzen in der Namensgebung ihren richtigen Ausdruck findet; es sind zutreffende und zusammenfassende Bezeichnungen.

Dies gilt auch für das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport. Es ist also der Sport neu in die Namensbezeichnung gekommen, und man kann davon ausgehen, daß es sich bei diesem Bundesminister, der nun dafür zuständig ist, dabei keineswegs um einen Propagandagang handelt.

Es wird — selbstverständlich betonen wir dies — ein Staatssekretär in der Bundesregierung eingespart, und ich möchte doch sagen, daß damit ja sicherlich auch einem Wunsch der Opposition Rechnung getragen wird, denn bisher hat man immer das Auflösen von Staatssekretariaten verlangt, und jetzt wird tatsächlich ein Staatssekretär eingespart.

Meine Damen und Herren! Auch hier sollten Sie sich an Ihrem eigenen Vorgehen messen lassen, denn immerhin sind in der kurzen Zeit der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970 zehn Staatssekretäre raschest verschliffen worden. *(Abg. Dr. Neisser: Aber nacheinander, nicht miteinander! — Heiterkeit.)* Herr Kollege Neisser, Sie müssen es ja gut wissen, Sie waren ja dabei! *(Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.)* Ich meine das, bitte, als bloße freundliche Feststellung. Sie waren dabei. *(Zwischenruf.)* Es hat sich um fünf Staatssekretariate gehandelt. Immerhin: Zwei Staatssekretäre haben Sie für jeden Posten gebraucht, so sind von 1966 bis 1970 in der Zeit der Regierung Klaus, wie ich gesagt habe, insgesamt zehn Staatssekretäre verschliffen worden.

Meine Damen und Herren! Wir meinen, daß auch die Trennung der Kompetenzen hinsichtlich der Verwaltung der Eigentumsrechte des Bundes und der aufsichtsbehördlichen Aufgaben eine gute Lösung darstellt und daß diese Entflechtung, die auf Initiative des damaligen Bundeskanzlers Dr. Kreisky zustande gekommen ist, eine verbesserte Situation in der Verwaltung bringt.

Ich möchte zusammenfassend und abschließend sagen: Man soll es einer Regierung am besten überlassen, wie sie ihre Geschäftsverteilung vornimmt. Wir meinen, daß nun eine gute Grundlage für die Tätigkeit der Regierung geschaffen wurde, und wir sind sicher, daß auf dieser Grundlage eine gute Arbeit der Regierung Sinowatz für Österreich möglich ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 15.39

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kohlmaier.

15.40

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Im allgemeinen sprechen wir Abgeordnete zu allen Kollegen, zum ganzen Hohen Haus. Ich möchte mich heute aber ganz im speziellen an die freiheitliche Fraktion dieses Hauses wenden. Ich hoffe, Sie wissen das zu schätzen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, aber ich glaube, daß das, was ich dem kleinen Koalitionspartner sagen möchte, auch vielleicht ein gewisses Interesse bei den Damen und Herren von der Sozialistischen Partei auslöst. *(Widerspruch bei der SPÖ.)* Wenn nicht, dann kann ich auch nichts machen, und es wird mich nur in mäßigen Grenzen kränken. *(Abg. Dr. Schranz: Das Verkehrsbüro ist jetzt ressortmäßig woanders!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe im Verfassungsausschuß, der diese Gesetzesvorlage diskutiert hat, an der Debatte mit einem gewissen Interesse teilgenommen, nämlich in Richtung der Frage, was es wohl für einen Sinn habe, daß, wie es der Artikel 2 Ziffer 2 der Vorlage sagt, die Anteilsrechte des Bundes am Österreichischen Verkehrsbüro nicht mehr vom Finanzressort, sondern vom Handelsminister, also dem Herrn Vizekanzler Dr. Steger, wahrgenommen werden. Ich habe das also, wie man heute in diesem schrecklichen Soziologendeutsch sagt, versucht zu hinterfragen, und ich bekam eine für mich überraschende Antwort; deren ideologische Dimensionen vielleicht von den Diskussionsteilnehmern noch nicht ganz wahrgenommen würden.

Dr. Kohlmaier

Die Frau Abgeordnete Partik-Pablé hat nämlich im Ausschuß gemeint, da der Verkehrsminister die Fremdenverkehrspolitik zu handhaben habe (*Abg. Dr. Schranz: Der Handelsminister!*), der Handelsminister, ich bitte um Entschuldigung — danke für den Hinweis —, da also der Handelsminister die Fremdenverkehrspolitik zu handhaben habe und das eben ein wesentliches Fremdenverkehrsinstrument sei, sei es also logisch, daß der für den Fremdenverkehr zuständige Ressortminister nun die Obhut über das Österreichische Verkehrsbüro übernimmt und also die Kompetenz wahrnimmt. (*Zwischenruf der Abgeordneten Dr. Helene Partik-Pablé.*) Ich glaube, Sie sind die nächste Rednerin, Frau Kollegin, so lange, glaube ich, sollten Sie Geduld haben.

Und da ist eine Frage aufgetaucht, die für mich einige grundsätzliche Dimensionen hat. Ich habe also Ihrer Auskunft, Frau Kollegin Partik-Pablé, entnommen, daß damit eigentlich das Österreichische Verkehrsbüro, ein Unternehmen, ein wirtschaftlich, handelsrechtlich organisiertes Unternehmen, ein Instrument der Fremdenverkehrspolitik werden soll. Das ist vielleicht auf den ersten Blick gar nicht so unsinnig. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen ja bedenken, daß das nicht das einzige Reisebüro Österreichs ist, sondern daß wir in Österreich viele privatwirtschaftlich organisierte Unternehmungen haben, die eine ähnliche oder vielleicht gleiche Aufgabenstellung oder Unternehmensziel haben, und daß damit ein freiheitlicher Vizekanzler und Ressortminister ein Unternehmen, nur weil es dem Staat gehört, sozusagen zum Politikbeauftragten, zum Fremdenverkehrspolitikbeauftragten der Bundesregierung macht.

Das ist für mich eine Umqualifikation eines Unternehmens, das im Eigentum des Staates steht und nach unseren Vorstellungen, meine Damen und Herren, grundsätzlich so geführt werden soll wie ein Privatunternehmen. Die dem Staat gehörenden Unternehmungen — und da sind wir uns im Prinzip einig — sollen ja nicht Politunternehmen sein, sondern sie sind eben im Eigentum des Staates und sollen eigentlich nur einem unternehmerischen Ziel dienen, Gewinn zu erbringen und sich im Wettbewerbsgeschehen einzufügen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich habe nun geglaubt, daß man für einen solchen Standpunkt gerade bei der Freiheitlichen Partei, die ja fest auf dem Boden der Marktwirtschaft steht — sie nennt sie sogar im Gegen-

satz zu uns liberale oder freie Marktwirtschaft, wir sagen ja soziale Marktwirtschaft —, volles Verständnis finden müßte. Und siehe da, ich wurde nicht enttäuscht. Der Herr Abgeordnete Ortner hat mit erkennbarer Zustimmung der Frau Abgeordneten Partik-Pablé meinem Gedanken zugestimmt, daß es eigentlich viel gescheiter wäre, dieses Verkehrsbüro zu reprivatisieren, als es zu verpolitilisieren. Das würde doch eigentlich Ihren Grundsätzen entsprechen.

Ich habe hier Zustimmung bekommen, und das hat mich eigentlich gefreut. Denn im allgemeinen — und das ist der Grund, warum ich mich jetzt wirklich intensiv an Sie wende, Frau Abgeordnete Partik-Pablé — erleben wir ja von Ihnen keine Zustimmung bei solchen Debatten, sondern Sie sind ganz fest im Fahrwasser des großen Bruders; aber diesmal sind Sie ausgesichert. Das hat mich so gefreut, das hat mir so gefallen.

Ich möchte, daß Sie diesen Akt eines Bekenntnisses zur Marktwirtschaft, zum Eigentum und zur Freiheit hier im Plenum wiederholen, meine Damen und Herren von der FPÖ. Dazu ermuntere ich Sie nicht zuletzt unter Berufung auf das „Freiheitliche Manifest“. Ich weiß, daß Sie inzwischen ein neues Parteiprogramm diskutieren. Aber Sie stehen ja sicher nach wie vor auf dem Boden des „Freiheitlichen Manifests“ zur Gesellschaftspolitik.

Und, meine Damen und Herren von der SPÖ, Sie müssen ja auch wissen, mit wem Sie sich in eine Koalition begeben haben, wer Sie „treibt“, wie Steger gesagt hat. Sie werden ja getrieben von der treibenden Kraft und seinem Antriebssystem in der Regierung. Da heißt es zu der Frage, mit der ich mich heute beschäftigt habe. Ich zitiere wörtlich das „Freiheitliche Manifest“ zur Gesellschaftspolitik: „Verstaatlichung als Grundsatz oder bevorzugtes Mittel der Wirtschaftspolitik lehnen wir ab. Wir wollen die Unternehmen der öffentlichen Hand“ — ich füge jetzt hinzu, in Klammern, Verkehrsbüro steht hier natürlich hier nicht — „möglichst nahtlos in die Marktgemeinschaft eingliedern. Dies bedeutet“ — ich zitiere weiter —, „daß Anteile von verstaatlichten Unternehmen veräußert werden dürfen und daß verstaatlichten Unternehmen der Erwerb bisher privater Unternehmen oder von Beteiligungen an solchen offensteht.“

Ich sehe also eine völlige Übereinstimmung unserer Standpunkte, und ich würde mich wirklich sehr freuen, wenn es hier nicht nur eine Übereinstimmung der Standpunkte, son-

4940

Nationalrat XVI. GP — 58. Sitzung — 27. September 1984

Dr. Kohlmaier

dern auch der politischen Aktion gäbe, da Sie als treibende Kraft ja sicher die Möglichkeit haben, sich zu artikulieren und die Minderheit, die sozialistische Minderheit in diesem Staat einmal richtig auf den marktwirtschaftlichen freiheitlichen Weg zu bringen, Frau Partik-Pablé. Eine historische Chance haben Sie jetzt.

Der Wähler hat sich im April 1983 mehrheitlich gegen den Sozialismus entschieden. Das ist überhaupt keine Frage. Addieren Sie die Stimmen; die Mehrheit der Wähler wollte nicht mehr die Sozialisten, nicht einmal den Kreisky-Sozialismus. Die Mehrheit der Wähler wollte Marktwirtschaft, teils liberale Marktwirtschaft, teils soziale Marktwirtschaft, wie wir sagen. Und das können Sie jetzt verwirklichen, Frau Partik-Pablé. Jetzt können wir einmal etwas sehr Gutes tun. Jetzt können wir Marktwirtschaft durchsetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die ÖVP steht auf dem Standpunkt, der Staat soll nur dort Unternehmungen führen, wo es kein anderer gleichwertig tun kann. Ich nehme an, wir werden keinen finden, der die Post gleichwertig gut führt. Das gilt auch für andere Dinge. Aber wir stehen auf dem Standpunkt, es ist nicht Aufgabe der Republik Österreich, ein Verkehrsbüro zu führen, ein Reisebüro zu führen, und wir stehen vor allem nicht auf dem Standpunkt, daß es Aufgabe eines staatlichen Reisebüros ist, dem Herrn Handelsminister fremdenverkehrspolitische Ansatzpunkte zu geben.

Denn, meine Damen und Herren, da müßte ich doch den fürchterlichen Verdacht haben, daß es der Freiheitlichen Partei mit der Entpolitisierung gar nicht so sehr ernst ist, sondern daß man eher daran interessiert ist, blau zu verpolitisieren. Aber das unterstelle ich Ihnen nicht, das tun Sie sicher nicht.

Und wissen Sie: Die wirksamste Form der Entpolitisierung und des Abschaffens der Parteibuchwirtschaft ist die Privatisierung. Denn im Privatbetrieb zählt das Parteibuch glücklicherweise nichts. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Also, Frau Abgeordnete Partik-Pablé: Sie haben eine historische Chance. Sie können in Verwirklichung Ihres „Freiheitlichen Manifests“, Sie können in Verwirklichung Ihrer Grundsätze, Sie können in Verfolgung zahlreicher Entpolitisierungs- und Antiparteibuchaussagen Ihrer Partei, Ihres Parteivorsitzenden einmal ein Stück österreichische Wirtschaft, nur ein kleines Stück Österreichische Wirtschaft aus dem Politeinfluß heraus-

nehmen und reprivatisieren. Ich glaube, die ganze Nation schaut, was die Freiheitliche Partei macht. Nützt sie diese Chance?

Ich wiederhole noch einmal, meine Damen und Herren: Die freiheitlichen Abgeordneten im Verfassungsausschuß haben gesagt: Jawohl, Herr Kohlmaier, Sie haben recht, wir wollen das auch. Also Sie wollen, und ich nehme an, Sie wollen weiter. Ich glaube nicht, daß Sie nicht können, was Sie wollen, denn Sie sind ja die treibende Kraft, ich darf das noch einmal unterstreichen, meine Damen und Herren.

Außerdem können wir etwas Wunderbares herbeiführen. Das Verkehrsbüro hat ja Defizite produziert. Es ist glücklicherweise — das muß ich anerkennen, kein Oppositionspolitiker soll schwarzmalen, auch wenn er ein Schwarzer ist — gelungen, den Sanierungsprozeß dort in Angriff zu nehmen.

Ein Androsch-Freund ging, er prozessiert inzwischen mit der Republik Österreich, das heißt eigentlich mit seinem Dienstgeber, manche Dinge sind dort in der Vergangenheit passiert, die nicht schön sind.

Und ich möchte gar nicht den jetzigen Verantwortlichen ihr Bemühen absprechen und — ich hoffe — auch ihre Fähigkeit, das Unternehmen in Ordnung zu bringen.

Aber gerade das wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, so etwas abzustoßen. Marode Betriebe verkaufen sich schlecht. Ein Betrieb, der in einer Erholungsphase ist, der gehört in die Privatwirtschaft hinein, meine Damen und Herren.

Ich erinnere noch einmal daran: Die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung wollte keine Staatswirtschaft, denn die Mehrheit der Bevölkerung hat bei der letzten Wahl nicht sozialistisch gewählt.

Ich bringe daher folgenden Entschließungsantrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Dr. Ettmayer und Kollegen betreffend Reprivatisierung des Österreichischen Verkehrsbüros.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, den Nationalrat ehebdigst über das Ergebnis

Dr. Kohlmaier

der derzeit im Gange befindlichen Sanierungsbemühungen des Österreichischen Verkehrsbüros zu informieren und möglichst rasch Maßnahmen in die Wege zu leiten, damit Stammanteile am Österreichischen Verkehrsbüro an private Interessenten übertragen werden. Dabei ist sowohl auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten als auch auf die Situation der Bediensteten Rücksicht zu nehmen.

Soweit unser Entschließungsantrag.

Ich weiß, daß Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, dem nie zustimmen können und werden. Ich hoffe aber sehr stark, daß die Freiheitliche Partei dem zustimmen wird. *(Abg. Dr. Schranz: Der Bund hat doch dort nicht die Mehrheit!)* Ich denke an die Anteile des Bundes, soweit sie dem Bund gehören.

Aber, Herr Dr. Schranz, wozu machen Sie denn dann ein Gesetz, in dem Sie das vom Finanzministerium ans Handelsministerium übertragen, wenn es so uninteressant ist, daß es da Bundesanteile gibt. Das steht ja im Gesetz drinnen. *(Abg. Dr. Schranz: Aber die Länderanteile sind doch die Mehrheit!)* Na sehen Sie! Wenn die Länder endlich dem guten Beispiel folgen, dann soll es uns nur recht sein.

Ich glaube, daß es hier wirklich eine einmalige Chance gibt für die Freiheitliche Partei, ihr marktwirtschaftliches Bekenntnis, ihr Bekenntnis zur Entpolitisierung, ihr Bekenntnis zur Unabhängigkeit von Unternehmungen in die Wirklichkeit, in eine politische Aktion umzusetzen, denn wir stehen hier auf einer ähnlichen Grundsatzposition, wenn wir uns auch in anderen politischen Positionen befinden.

Ich erwarte mit Interesse das Eingehen — wie ich hoffe — der freiheitlichen Abgeordneten auf einen Vorschlag, der dem „Freiheitlichen Manifest“ zur Gesellschaftspolitik, ich glaube, in fast vollkommener Weise entspricht und auch unseren Vorstellungen von sozialer Marktwirtschaft entsprechen würde. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{15.56}

Präsident: Der soeben vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Zum Wort kommt Frau Abgeordnete Partik-Pablé. *(Abg. Steinbauer: Die treibende Kraft!)*

^{15.56}

Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Herr Kollege Kohlmaier, ich freue mich zwar sehr, daß Sie uns heute so aufgewertet haben in unserer Rolle als Koalitionspartner, aber andererseits möchte ich Sie doch auf einen Widerspruch aufmerksam machen.

Denn einerseits sagen Sie, wir sind die treibende Kraft in der Regierung, andererseits werfen Sie uns immer wieder vor, daß es die „sozialistische“ Regierung heißt. Ich würde Sie dann auch bitten, daß Sie eben sagen, auch die „sozialistisch-freiheitliche“ Koalitionsregierung in Konsequenz Ihrer heutigen Aussage. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Solche Kompetenzumschichtungen, über die wir heute abstimmen sollen, lösen fast genau solche Diskussionen aus wie die Neugründung eines Ministeriums, obwohl es eigentlich seit jeher üblich ist, daß nach jeder Regierungsneubildung eben auch Umschichtungen im Verwaltungsbereich stattfinden. Und manche benützen solche Diskussionen über Umorientierungen, Umschichtungen dazu, daß sie hier zum Beispiel eine Verstaatlichtendebatte abführen.

Herr Kollege Ettmayer, wenn Sie in der Schule einen Aufsatz hätten schreiben müssen über das Ministeriengesetz und Sie hätten das geschrieben, was Sie heute gesagt haben, dann hätten Sie ein Nichtgenügend bekommen wegen Themaverfehlung. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Die Frau Oberlehrer!)* Ich bin keine Frau Oberlehrer, aber ich kann beurteilen, ob Sie das Thema verfehlt haben oder nicht.

Und wenn Sie dem Herrn Minister alles mögliche vorwerfen, was gar nicht mit dem Ministeriengesetz zusammenhängt, dann haben Sie das Thema verfehlt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn sich die Kritik der Österreichischen Volkspartei vor allem dagegen richtet, daß die verstaatlichte Industrie von der Kompetenz des Bundeskanzleramtes zum Verkehrsministerium kommt, dann wird das ja überhaupt dann erst verwunderlich, wenn man weiß, daß eine der ersten Tätigkeiten der Alleinregierung der ÖVP im Jahre 1966 war, die verstaatlichte Industrie vom Bundeskanzleramt in das Bundesministerium für Verkehr einzuordnen. Der Herr Kollege Schranz hat ja das heute auch schon erwähnt. Ich möchte es nur noch einmal zur Klarstellung sagen.

Dr. Helene Partik-Pablé

Manchmal muß die Opposition sich schon besonders zusammenreißen und schwertun, um ihr stereotypes Nein begründen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damals hat der Verkehrsminister nämlich bedeutend größere Machtbefugnisse gehabt, denn damals hat die verstaatlichte Industrie noch nicht eine solche Organisation gehabt wie heute, sondern ist dem Weisungsrecht, der Weisungsbefugnis des Ministers ja viel mehr unterstanden, als es heute durch die eingesetzten Organe möglich ist.

Meine Damen und Herren! Es braucht sich auch niemand davor zu fürchten, daß das Ministeriengesetz jetzt eine Lex Lacina wird. Es sollte die ÖVP auch überhaupt nicht stören, wenn der Herr Bundesminister für Verkehr über sein Ressort, die verstaatlichten Betriebe, sehr gut Bescheid weiß und sich seine Fachkenntnisse auch auf diesen Bereich auswirken werden. Das ist ja im Interesse der Allgemeinheit und das müßte eigentlich Ihre Zustimmung und Ihre Billigung finden.

Völlig unbegründet ist auch Ihre Sorge, die ganz besonders im Ausschuß hervorgekommen ist, daß nämlich durch die Neuverteilung der Kompetenzen in gewissen Bereichen zusätzliche Kosten entstehen werden. Es besteht nämlich überhaupt keine Absicht, im Zuge der Umstellung Posten zu schaffen oder neue Beamte einzustellen, sondern die derzeitigen Mitarbeiter werden in ihren Sachbereichen so weiterarbeiten wie bisher, nur wird halt auf dem Taferl vorm Zimmer bei einem Beamten nicht stehen „Bundeskanzleramt“, sondern es wird halt stehen „Bundesministerium für Verkehr“, und das Briefpapier wird sich ändern. Das ist das einzige, was sich da ändern wird.

Sie aber sehen schon in Gedanken ein Beamtenheer einziehen, Heerscharen neuer Beamter. Das ist nicht seriös, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß Sie von einer Beamtenvermehrung reden, daß Sie davon reden, daß neue Schreibtische angeschafft werden müssen, und daß Sie die Höhe der Kosten prophezeien. Das ist nicht seriös. Damit verunsichern Sie nur die Bevölkerung und machen sie unruhig. Das ist genau so unseriös, wie vor einige Tagen Ihr Bundesparteiobmann einer Zeitung gegenüber erklärt hat, daß die Creditanstalt-Bankverein 6 bis 8 Milliarden Schilling Zuschuß brauchen wird zur Sanierung von Andritz und von Semperit.

Tatsächlich braucht die CA maximal 3,5 Milliarden Schilling.

Aber das liegt ja alles auf einer Linie: Die eine Behauptung schadet dem Ansehen der Regierung, und die andere Behauptung schadet dem Ansehen der Bank. Und beide Behauptungen sind falsch!

Es ist nicht nur falsch, was Sie von der Österreichischen Volkspartei sagen, sondern es ist auch zwiespältig, meine sehr geehrten Damen und Herren. Bei jeder Gelegenheit fordern Sie nämlich von der Regierung, daß sie mehr spart. Sie bemängeln, daß zuwenig gespart wird, Sie bemängeln jede versäumte Gelegenheit zu sparen und erheben auch immer den Vorwurf, daß die Staatssekretäre sinnlos sind.

Nun wird ein Staatssekretär Minister, und jetzt sagen Sie, es werden die Kosten vermehrt. Sie trommeln hinaus, daß die Kosten vermehrt werden. Wenn das nicht Demagogie ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann weiß ich nicht, was Demagogie ist.

Wenn Sie eine verantwortungsvolle Opposition wären, dann würden Sie der Regierung jetzt Lob spenden. Sie würden nämlich sagen, das ist eine gute Lösung, der können wir zustimmen. Aber nein, Sie zwingen sich förmlich zu einem Nein, welche Lösung die Regierung auch immer vorlegt.

Was die Übertragung der Entwicklungshilfe an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten betrifft, so kann ich die Befürchtung der Österreichischen Volkspartei, es wäre eine Abwertung, wenn Agenden vom Bundeskanzleramt an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten übertragen werden, nicht teilen. Schon aus logischen Überlegungen müßte die Entwicklungshilfe beim Außenministerium angesiedelt sein, verfügt doch der Außenminister im In- und Ausland über jenen Apparat und jene Leute, die die Bedürfnisse des betreffenden Landes am besten beurteilen können.

Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß der Außenminister schon auf Grund seiner intensiveren Reisetätigkeit viel mehr Möglichkeiten hat, die politischen, die wirtschaftlichen und die kulturellen Beziehungen, die durch unsere Hilfe besser entwickelt werden sollen, zu fördern.

Daß der jetzige Außenminister Gratz der Entwicklungshilfe ein besonderes Gewicht beimessen wird, das hat er vor einigen Tagen

Dr. Helene Partik-Pablé

anlässlich eines Interviews gesagt. Er hat gesagt, daß er den berechtigten Anliegen der Entwicklungsländer aufgeschlossen gegenübersteht, und er hat auch angekündigt, verstärkte Anstrengungen seitens Österreichs zu setzen, um mehr für diese Menschen in den unterentwickelten Gebieten zu machen. Ich bin überzeugt davon, daß die Entwicklungshilfe bei unserem jetzigen Außenminister in guten Händen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Raumordnung, die bisher beim Bundeskanzleramt angesiedelt war, wird nun ebenfalls in die Kompetenz des Verkehrsministeriums übertragen. In der österreichischen Bundesverfassung ist die Raumordnung kompetenzmäßig überhaupt nicht erfaßt, sondern verfassungsrechtlich ein komplexer Begriff, der eine Fülle von Tätigkeiten verschiedener Verwaltungsarten betrifft. Es könnte daher die Raumordnung auch verschiedenen Ministerien zugeordnet werden.

Aber andererseits wieder ist die Verkehrspolitik ein ganz wichtiges Instrument zur Verwirklichung von Raumordnungszielen, und die Verkehrspolitik stellt die Rahmenbedingungen für die Raumplanung dar. Es liegt daher auch nahe, die Raumordnung in die Kompetenz des Bundesministers für Verkehr zu übergeben.

Selbstverständlich wird das Bundesministerium für Verkehr eine gewisse Brückenfunktion haben, denn natürlich wird die Koordination mit anderen Verwaltungsbereichen notwendig sein. Gerade was die Raumordnung betrifft, kommt ja ein Großteil der Aktivitäten auf die Länder zu, und auch da wird eine Koordination notwendig sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme jetzt auf die Ausführungen des Herrn Kohlmaier zu sprechen. Angekündigt hat sich die ganze Aufregung ja schon in der Ausschußdebatte. Die Ausschußdebatte ist relativ ruhig verlaufen. Aber als angeschnitten wurde, daß das Österreichische Verkehrsbüro in die Kompetenz des Handelsministers, eines freiheitlichen Handelsministers, mit dem neuen Gesetz überstellt werden soll, da sind die Emotionen der Österreichischen Volkspartei ganz hoch gegangen. Es war so ähnlich, wie wenn ein Stier auf einer grünen Wiese eine winzige rote Briefmarke sieht. So hat sich die Österreichische Volkspartei auf das Österreichische Verkehrsbüro gestürzt. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Kohlmaier, ich möchte

mich inhaltlich nicht von dem distanzieren, was in der Ausschußsitzung über Reprivatisierung und so weiter gesprochen worden ist. Aber ich lege sehr großen Wert darauf, daß die Sachverhalte auch so dargestellt werden, wie sie wirklich waren.

In der Ausschußsitzung habe ich nicht ein einziges Wort über das Österreichische Verkehrsbüro gesagt, sondern es hat ausschließlich mein Kollege Ortner darüber gesprochen, wie Sie auch in der Parlamentskorrespondenz nachlesen können. Um diese Berichtigung, auch in Ihrem Gedächtnis, würde ich Sie bitten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren und Herr Abgeordneter Kohlmaier! Die Freiheitliche Partei hat sich immer zum Ressortprinzip bekannt, das heißt, die Zuordnung der staatlichen Unternehmungen zu den jeweils sachlich zuständigen Ministerien begrüßt und sie befürwortet. Deshalb begrüßen wir auch die Überstellung der Kompetenzen des Österreichischen Verkehrsbüros in den Kompetenzbereich des Handelsministers.

Wenn die ÖVP davon ausgeht, daß durch ein verstaatlichtes Reisebüro eine Marktverzerrung vorliegt, dann müßte die Österreichische Volkspartei eigentlich froh sein, daß das Verkehrsbüro jetzt in die Kompetenz des Handelsministers kommt. Denn damit wird ja das Österreichische Verkehrsbüro in die gesamte Fremdenverkehrswirtschaft eingebettet, und da der Handelsminister für die gesamte, überwiegend private Fremdenverkehrswirtschaft zuständig ist, ist es ihm sicher unmöglich, dem Österreichischen Verkehrsbüro unzulässige Wettbewerbsvorteile in irgendeiner Weise zu gewähren oder sie auch nur zu akzeptieren. Ich bitte, daß Sie das zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Aber eine Defizitabdeckung durch den Staat ist doch eine Bevorzugung!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird keine Bevorzugung geben, sicher nicht, die ist ja schon geschehen in den vergangenen Jahrzehnten, Herr Kollege Kohlmaier.

Aber auf Grund der Größe des Verkehrsbüros, Herr Kollege Kohlmaier, auf Grund seiner Stellung als Marktleader wird das Österreichische Verkehrsbüro sicher Akzente setzen und wird Impulse geben, insbesondere für den Incoming-Tourismus und für touristische Innovationen, damit Österreichs gesamter Fremdenverkehr davon profitiert.

Dr. Helene Partik-Pablé

Selbstverständlich wird das Unternehmen auch Gewinne machen, es wird versuchen, Gewinne zu machen. Wenn die Unternehmensführung das nicht täte, dann möchte ich nicht wissen, wie Sie uns oder eben diese Unternehmensleitung hauen würden. Aber selbstverständlich werden diese Gewinne nicht unter Ausnutzung oder Gewährung ungerechtfertigter Wettbewerbsvorteile gemacht.

Herr Kollege Kohlmaier, Sie wissen doch ganz genau, daß ein Minister das doch sicher nicht dulden kann, daß er ein Unternehmen nicht bevorzugen kann. Das wissen Sie doch, er steht doch ununterbrochen unter der Kontrolle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Völlig durcheinandergebracht, und zwar noch mehr durcheinandergebracht als den Kollegen Kohlmaier, hat die Tatsache der Überstellung des Österreichischen Verkehrsbüros in den Kompetenzbereich des Handelsministers aber den Abgeordneten Landgraf von der Österreichischen Volkspartei, denn er hat im Pressedienst seiner Partei schon vor einigen Tagen ganz mysteriös von der eingenartigen Verschiebung des Verkehrsbüros von einem Ministerium zum anderen gesprochen, als ob ein Schwarzmarkt bestünde. Er spricht von einem Durchsubventionieren des Verkehrsbüros unter wechselnder Federführung von Ministerien. Dabei ist nur von Kompetenzverlagerung vom Finanzministerium zum Handelsministerium die Rede. Er spricht ganz nebulos von Nebenkriegsschauplätzen, auf denen sich der Handelsminister tummelt, und er verlangt die sofortige Reprivatisierung des Verkehrsbüros.

Selbstverständlich, auch Herr Kollege Kohlmaier, bekenne ich mich so wie alle meine Fraktionskollegen und sicher auch alle Mitglieder der Freiheitlichen Partei dazu, daß verstaatlichte Betriebe möglichst reprivatisiert werden sollen. Aber eines sage ich Ihnen, Herr Kollege Kohlmaier und Herr Kollege Landgraf: Die Freiheitliche Partei hat das Österreichische Verkehrsbüro nicht gekauft, die Freiheitliche Partei hat das Österreichische Verkehrsbüro nicht verstaatlicht, denn die Freiheitliche Partei war weder am Kauf noch an der Verstaatlichung mitbeteiligt.

Aber die Österreichische Volkspartei hätte genügend Gelegenheit gehabt, das Österreichische Verkehrsbüro zu reprivatisieren, meine sehr geehrten Damen und Herren, und zwar zwanzig Jahre lang, als Sie in der Gro-

ßen Koalition waren, vier Jahre lang, als Sie in der Alleinregierung waren, und in der Ersten Republik unter Ihren konservativen politischen Vorfahren, da hätten Sie genügend Macht gehabt. Das Österreichische Verkehrsbüro ist nämlich seit 1917 im Eigentum der öffentlichen Hand! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Und wenn Sie heute von uns verlangen, daß wir, nur weil es in die Kompetenz des Handelsministeriums kommt, das Österreichische Verkehrsbüro sofort verkaufen sollen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann möchte ich Ihnen schon sagen: Ihr Entschließungsantrag ist wirklich ein Gag, denn Sie wissen ja, daß man ein Unternehmen, in das Millionen zur Sanierung hineingesteckt worden sind, nicht so hopp-tropp an irgend jemand verkaufen kann, der dann wahrscheinlich überhaupt nicht genügend bietet. Das muß man sich schon sehr gut anschauen.

Und der Herr Handelsminister hat in Kitzbühel gesagt, daß man selbstverständlich Verschiedenes überdenken wird müssen, wenn es da Kompetenzveränderungen gibt. Aber, wie gesagt, so hopp-tropp verkaufen, dafür können Sie uns sicher nicht haben. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Landgraf und Herr Abgeordneter Kohlmaier! Kümmern Sie sich nicht um die Durchsetzung freiheitlicher Zielvorstellungen! Kümmern Sie sich lieber um die Durchsetzung Ihrer eigenen Zielvorstellungen! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Zum Abschluß darf ich noch meinen Parteifreund Dr. Broesigke zitieren, meine sehr verehrten Damen und Herren, der bereits im Jahre 1973, als das Bundesministeriengesetz hier beschlossen worden ist, die Grundhaltung der Freiheitlichen Partei zur Kompetenzgesetzgebung zum Ausdruck gebracht hat. Er hat gesagt:

„Das Wesen eines Kompetenzgesetzes besteht letzten Endes darin, daß eine Bundesregierung ihre Kompetenzen aufteilt, und ein solches Gesetz stellt in erster Linie eine Arbeitsgrundlage für die Bundesregierung dar.“

Diese Arbeitsgrundlage wollen wir der Bundesregierung geben, und deshalb werden wir auch diesem Gesetz unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 16.13

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ermacora.

Dr. Ermacora

16.13

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Vorrednerin ist wirklich ein Symbol der Freiheitlichen Partei Österreichs. Sie hat sich nämlich wie eine Rösselspringerin benommen, wenn ich das mit einem Schachausdruck bezeichnen darf. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Etwas anderes, ein sachliches Argument, fällt Ihnen nicht ein!)*

Auf der einen Seite will sie etwas reprivatieren, auf der anderen Seite rechtfertigt sie die Verstaatlichung, und auf der dritten Seite ist sie dann sprachlos, wenn man sie fragt: Ja wie soll man etwas reprivatieren? *(Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Warum haben Sie nicht reprivatisiert in den vier Jahren, wo Sie die Alleinregierung gehabt haben?)*

Frau Abgeordnete! Es ist mir schon ein besonderes Anliegen, nach Ihnen zu sprechen, weil Sie so widersprüchliche Aussagen treffen.

Meine Damen und Herren! Die Frau Abgeordnete Partik-Pablé hat versucht, zu begründen, warum sie für dieses Gesetz eintritt, und hat Broesigke zitiert, der im Jahre 1973 von dieser Stelle aus über das Gesetz gesprochen hat. *(Unruhe im Saal. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Ich glaube, Frau Abgeordnete Partik-Pablé, wenn Sie über die Probleme der verstaatlichten Industrie und der Umschichtung in den Kompetenzen der Ministerien sprechen, übersehen Sie doch, daß bis zum Jahre 1955 die Frage der verstaatlichten Industrie ein eminentes staatspolitisches Problem gewesen ist, das man entsprechend ministeriell abdecken mußte.

Heute, meine Damen und Herren, ist es ein personalpolitisches Problem geworden! Das möchte ich Ihnen sagen! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Schranz: Und 1966?)*

Ich habe ausdrücklich auf das Jahr 1955 aufmerksam gemacht. *(Anhaltende Unruhe.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Bitte, wollen wir doch ein wenig ruhiger sein!

Abgeordneter Dr. Ermacora *(fortsetzend):* Ich möchte weiter hinzufügen: Sie, Herr Dr. Schranz, müssen Ihre Angelegenheiten selbst ordnen. Aber bedauerlicherweise haben Sie in Österreich ein System, wo das Parlament diese Anordnung treffen muß. Damit geben Sie deutlich zu verstehen, daß die Regierungs-

parteien ihre Angelegenheiten selbst ordnen wollen.

Ich möchte noch etwas hinzufügen, was mir besonders auffällt. Da haben Sie ein Gesetz, von dem sieben Minister betroffen sind. Von diesen sieben Ministern ist ein einziger Minister hier anwesend, und der Herr Vizekanzler Steger steht hier inmitten der Freiheitlichen Partei — was ihm natürlich zukommt, meine Damen und Herren.

Aber ich möchte hinzufügen: Von den sieben berührten Ministern ist ein einziger Minister hier anwesend, und der arme Löschnak muß dieses Gesetz, das nicht das berühmteste ist, wiederum vertreten. *(Abg. Dr. Lichal: Der „arme Löschnak“! Der Beiname bleibt ihm! — Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Ich sage deshalb „armer Löschnak“, weil er immer dasitzen muß, wenn die anderen fehlen. Das stimmt ja, Herr Staatssekretär. *(Staatssekretär Dr. Löschnak: Ich vertrete den Bundeskanzler!)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte auf etwas anderes aufmerksam machen: Im Jahre 1973 wurde das Stammgesetz diskutiert. Von den damaligen Rednern ist heute niemand im Raume. Es wurde als ein Jahrhundertgesetz — als ein Jahrhundertgesetz! — gefeiert. Es wurde gesagt, es sei an die Stelle vieler Einzelgesetze getreten. Mein Freund Hesele erklärte: Es ist ein Markstein einer modernen Verwaltungsreform!

Heute ist das Stammgesetz schon zum siebenten Male novelliert, meine Damen und Herren! Wir haben heute sieben Einzelgesetze. Wir hatten — ich gebe es zu — im Laufe eines Jahrhunderts natürlich mehrere Einzelgesetze, aber wir werden noch mehr Einzelgesetze haben, die dieses Stammgesetz zertrümmern.

Ich würde sagen, daß dieses Gesetz wesentlich von personalpolitischen Überlegungen bestimmt ist.

Die sogenannte Beteiligungsverwaltung soll dem Finanzministerium entzogen werden. Wenn Sie den Einspruch des Bundesrates zu dieser Frage lesen, werden Sie deutlich erkennen, daß hier ein Konflikt Androsch—Kreisky ausgetragen wurde.

Daß Dkfm. Lacina auch Verstaatlichungsminister wird, ist meiner Meinung nach ebenso eine personalpolitische Maßnahme, weil er diese Agenden schon im Bundeskanzleramt geführt hat.

4946

Nationalrat XVI. GP — 58. Sitzung — 27. September 1984

Dr. Ermacora

Daß Gratz Entwicklungsminister ist, ist auch wesentlich eine personalpolitische Maßnahme.

Und daß der Herr Vizekanzler Steger eine neue Kompetenz in bezug auf das Verkehrsbüro hat, gehört mit zu den personalpolitischen Maßnahmen.

Aber ich würde sagen: Die Erkenntnis, daß ein Gesetz von personalpolitischen Gesichtspunkten bestimmt ist, zeigt, daß die Sachpolitik nicht im Vordergrund der Regierungspolitik, der Umbildung steht, deren juristisches Skelett sozusagen dieses Bundesministerien-gesetz ist.

Vielleicht ist es ein Anti-Sinowatz-Gesetz, meine Damen und Herren (*Heiterkeit*), denn er entläßt drei wichtige Kompetenzen: Er entläßt die Entwicklungshilfe, er entläßt die verstaatlichte Industrie und er entläßt die Raumordnungskonferenz.

Ich erinnere mich an eine Meinung des ewigen Schleinzer, der am 17. Juni 1973 bei einer gleichartigen Debatte einen Sinowatz-Satz zitiert hat, und zwar sagte er: „Am liebsten würde ich bereits morgen wieder im Burgenland sein.“

Meine Damen und Herren! Er hat drei Kompetenzen verloren. Kann man das nicht ironischerweise mit jenem Satz aus dem Jahre 1973 vergleichen? (*Abg. Dr. Schranz: In welchem Zusammenhang war das?*)

Das Gesetz hat nichts mit der Verwaltungsreform zu tun. Und ich wende mich an den hier die Regierungsbank hauptsächlich vertretenden Staatssekretär Sinowatz: Es hat nichts mit der Verwaltungsreform zu tun.

Da wurde früher gesagt: Ein Staatssekretär werde eingespart. — Aber ein Staatssekretär ist Minister geworden. (*Abg. Mühlbacher: Na ja!*) Nicht „na ja“! Er ist Minister geworden! Sie haben also einen Staatssekretär zum Minister gemacht. (*Abg. Mühlbacher: Dann ist einer weniger geworden!*)

Wenn die Dokumentation, die uns zugrunde liegt, verschweigt, daß es bei diesem Gesetz Kosten gibt, wenn der Herr Staatssekretär im Verfassungsausschuß gesagt hat, es gibt überhaupt keine Kosten, und die Frau Abgeordnete Partik-Pablé das wiederholte, dann, muß ich sagen, es ist ein logisches, dem Parkinsonschen Gesetz folgendes Prinzip, daß ministerielle Veränderungen unbedingt, vielleicht nicht in dieser Budgetperiode, aber im näch-

sten Jahr oder im übernächsten Jahr, zu erhöhten Kosten führen müssen. Sie wenden sich mit Ihrer Argumentation einfach gegen die Erkenntnisse, die die Organisationstheorie für die Veränderung von Organisationen aufgestellt hat. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Sie können aber trotzdem nicht etwas Falsches behaupten!*)

Wenn Sie von der Beteiligungsverwaltung und dem Budgetvollzug und der Trennung sprechen sowie von der Tatsache, daß der Herr Verkehrsminister beziehungsweise Verstaatlichungsminister nun eine Reihe von Unternehmungen erhält, so scheint mir etwas besonders beachtenswert zu sein, nämlich daß er Auftragsvergabe und Auftragsnahme sozusagen in einer Hand haben wird, wenn man die Erläuternden Bemerkungen liest, wonach es geradezu großartig sei — bitte, so steht das nicht drinnen, aber das darf ich mir am Rande zu sagen erlauben —, daß Bahn und Post — die gehören ihm in der Verwaltung — große Auftraggeber sowohl für die verstaatlichte als auch für die private Industrie sind und daß sich daher dem neu zu schaffenden Bundesministerium die Chance bietet, die Erprobung neuer Technologien zu koordinieren. (*Abg. Dr. Schranz: Wie beim Bundesminister Weiß!*)

Es wurde schon aufmerksam gemacht auf die Problematik des Technologietransfers. Aber ich möchte doch aufmerksam machen: Sie vereinen in einer Hand die Stellung als Auftraggeber und die Position, Aufträge entgegenzunehmen. (*Abg. Dr. Schranz: Wie war es bei Verkehrsminister Weiß?*) Das ist eine Konzentration staatlicher Macht sondergleichen, und das muß hier herausgestellt werden. Was für den Privaten ein harter Auftragskampf sein muß, scheint für die verstaatlichte Industrie, soweit dies Post und Bahn betrifft, eine klare Auftragsverteilung und -erteilung zu sein. (*Abg. Dr. Schranz: Wie war es bei Verkehrsminister Weiß?*)

Meine Damen und Herren! Wenn man hier nicht eine Konzentration von Wirtschaft- und Verwaltungsmacht sieht, dann weiß ich nicht, wo man ein besseres Beispiel findet. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Das ist für mich eine machtpolitisch und personal- und parteipolitisch orientierte Novelle und keine jedenfalls der Verwaltungsreformzielsetzung entsprechende Novelle. Es ist nur bedauerlich, daß Sie, Herr Bundesminister, dieses Gesetz einmal mehr hier mit Ihren Argumenten vertreten müssen, denn jedes Argument, das Sie

Dr. Ermacora

vortragen möchten, widerspricht allen Vorsätzen, die im Jahre 1973 hier von Ihrer Partei zur Verwaltungsreform und zur Bedeutung des Bundesministeriengesetzes geäußert wurden. Ich glaube, ich habe deutlich gemacht, warum wir gegen dieses Gesetz sind. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.24

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Elmecker.

16.24

Abgeordneter Elmecker (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte zu den Ausführungen des Herrn Professor Ermacora nur eine Bemerkung machen. Er spricht in diesem Zusammenhang immer wieder von der Verwaltungsreform und von den erhöhten Kosten. Ich möchte eindeutig feststellen, daß die heute zu beschließende Gesetzesnovelle keinen einzigen zusätzlichen Schilling erfordern wird. *(Zwischenruf der Abg. Dr. Helga Rabl-Stadler.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie davon sprechen, in ferner Zukunft könnte nach dem Parkinsonschen Gesetz etwas sein, dann muß ich sagen: Ja wenn vermehrte Aufgaben, wenn zusätzliche Aufgaben an die Verwaltung herankommen, wird das natürlich auch mehr Personal bedürfen. Aber heute in diesem Zusammenhang davon zu reden, daß mit dieser Novelle erhöhte Kosten verbunden sind, ist an den Haaren herbeigezogen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich möchte nun zum zweiten, auch sehr wichtigen Teil unseres heutigen Bereiches, den wir beschließen, kurz Stellung beziehen, nämlich zur sogenannten Entflechtung. Damit sollen die Angelegenheiten der Bundesbeteiligungen an Unternehmungen nicht nur beim Bundesministerium für Finanzen konzentriert sein, sondern grundsätzlich jenem Ministerium zugewiesen werden, das für das jeweilige Sachgebiet in Betracht kommt, beziehungsweise auch der ÖIAG.

Der Nationalrat hat sich mit diesem Problem bereits in der letzten Gesetzgebungsperiode, und zwar am 3. Februar 1983, beschäftigt und auch das entsprechende Gesetz beschlossen. Durch den Einspruch des Bundesrates konnte der damalige Beschluß nicht in Kraft treten. Damals hat Kollege Neisser der Regierungspartei beziehungsweise der sozialistischen Parlamentsfraktion vorgeworfen, den Punkt 4 des 10-Punkte-Programms des damaligen Regierungschefs Dr. Kreisky nicht realisiert zu haben. Die ÖVP behauptete,

diese Realisierung sei deswegen verhindert worden, weil in der Frage des Bundesministeriums für Finanzen als Aufsichtsbehörde der Banken beziehungsweise als Eigentümervertreter bei Bundesbeteiligungen keine Herauslösung erfolgte, sondern bloß eine organisatorische Trennung. Das war damals der Hauptpunkt Ihrer Kritik.

Dazu muß man nun folgendes festhalten: Auch Bundeskanzler Kreisky hat in dieser Frage immer eine Trennung und keine Herauslösung als erstrebenswertes Ziel angesehen. Ich werde Ihnen das jetzt gleich beweisen. Wenn Sie darüber Zweifel haben, dann lesen Sie bitte die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des Kollegen Zittmayr durch den Bundeskanzler, in der es heißt — ich glaube, das war im Jahre 1981 —: „daß es zu einer Scheidung der Kompetenzen etwa der Verwaltung, der Eigentümerfunktion in den Banken innerhalb des Finanzministeriums und der Aufgaben der Kontrolle der Banken, wie sie dem Finanzministerium als Aufsichtsbehörde zukommen müßte, kommen sollte und daß diese beiden Funktionen nicht vermischt werden sollten.“ Jetzt kommt aber der entscheidende Satz dieser Anfragebeantwortung: „Das kann durchaus im selben Ressort erfolgen, nur durch zwei ganz verschiedene voneinander getrennte Einrichtungen.“ — Das war die Meinung des Bundeskanzlers, und diese ist in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung an den Kollegen Dr. Zittmayr festgeschrieben.

Somit wurde damals auch der Forderung Kreiskys entsprochen, daß nicht mehr beide Funktionen, nämlich Bankenaufsicht und Beteiligungsverwaltung, von ein und derselben Sektion des Finanzministeriums wahrgenommen werden sollen. Beide Tätigkeiten wurden innerhalb des Ministeriums unterschiedlichen Sektionen zugeordnet. Darüber hinaus muß noch festgehalten werden, daß die Wahrnehmung von Unternehmensbeteiligungen künftig nicht mehr allein dem Finanzministerium obliegt, sondern, wie heute schon erwähnt wurde, den jeweils sachzuständigen Bundesministerien.

Ich möchte noch ganz kurz beim Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr verbleiben, weil hier im Ausschuß — ich glaube, der Herr Kollege Neisser hat diesen Ausdruck geprägt — von einer „Lex Lacina“ gesprochen wurde. Es muß sicherlich jeder Regierung — und das ist heute schon einige Male gesagt worden — unbenommen sein, wie sie ihre Geschäftseinteilung vornimmt. Übrigens tun das, fällt mir jetzt gerade ein,

Elmecker

auch die Landesregierungen, und dort sind oft weit mehr personelle Überlegungen als sachliche der Grund für die Geschäftseinteilungen. Aber gerade beim Ministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr kommt ja auch der Kompetenztatbestand Strukturpolitik und Raumordnung folgerichtig dazu.

Nun noch einige Bemerkungen — das ist heute auch noch nicht erwähnt worden — zu den Industriebeteiligungen im Zuge der von mir erwähnten Entflechtung. Die Österreichische Volkspartei hat beim Erstbeschluß am 3. Februar 1983 durch ihren Sprecher Dr. Neisser als Hauptgrund der Ablehnung dieses Gesetzes den Artikel 5 des Gesetzes angegeben, wonach die Anteilsrechte des Bundes an vier Unternehmungen, nämlich an der Elektro-Bau A. G., an der Futurit Werk A. G., an der SAKOG Ges. m. b. H. und am Zellstoffwerk Pöls, in das Eigentum der ÖIAG übertragen werden sollten. Das war damals der Hauptpunkt der Kritik. Damals haben Sie das deswegen abgelehnt. Heute hat sich Ihr Sprecher, der Herr Kollege Dr. Ettmayer, dazu nicht geäußert, er hat eine allgemeine Verstaatlichtendiskussion hier vom Zaune gebrochen.

Kollege Neisser, Sie haben damals folgendes wörtlich gesagt — ich zitiere Sie —: „Es ist nicht einzusehen, warum nicht jener Weg gegangen wird, der in ähnlichen Fällen beschritten wurde, daß nämlich die Anteilsrechte zunächst einmal allen übrigen Anteilseignern zum Erwerb angeboten wurden, wobei sich bei Pöls ja überhaupt das Problem ergibt, inwieweit ein Erwerb durch den Bund wünschenswert ist. — Soweit Dr. Neisser. (Zwischenruf des Abg. Dr. E t t m a y e r.)“

Aber noch viel pointierter hat dann Herr Bundesrat Dr. Pisec von der ÖVP in der Bundesratssitzung vom 24. Feber 1983 folgendes gesagt — und das ist schon sehr bemerkenswert; ich zitiere wieder —:

„Darüber hinaus geht es auch darum, daß vier Unternehmen der Privatindustrie“ — hat er damals gesagt — „neuerdings ohne Gesetzesbeschluß verstaatlicht wurden“ — im Nationalrat, meinte er —, „denn die Einbeziehung dieser Unternehmen in die Aufsicht der ÖIAG ist eine kalte Verstaatlichung.“ — Soweit das Zitat des Dr. Pisec im Bundesrat.

Der Bundesrat hat ja damals unseren Gesetzesbeschluß auch beeinsprucht. Wer diesen Vorwurf erhebt — gestatten Sie mir, daß ich das jetzt sage —, der hat sich nie die Eigentumsverhältnisse dieser vier Firmen

angeschaut, sonst gibt es nicht, daß man derartiges von sich gibt und damit auch noch den Einspruch begründet, den der Bundesrat damals erhoben hat. Obwohl man weiß, daß die Futurit Werke mit 100 Prozent im Eigentum des Bundes stehen, die Elektro-Bau mit 59 Prozent im Eigentum der Republik, daß die OKA-Beteiligung 26 Prozent beträgt, daß SAKOG mit 40 Prozent im Eigentum der Republik steht, daß 38,75 Prozent auf das Land Oberösterreich und 16,25 Prozent auf das Land Salzburg entfallen, redet man im Bundesrat von einer kalten Verstaatlichung und lehnt unseren Gesetzesbeschluß von damals mit dieser Begründung ab. Hier von einer kalten Verstaatlichung zu reden, ist ja geradezu lächerlich. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ziel dieser Übernahme ist, Industrieanteile, die bisher von Ministerien verwaltet wurden, bei der ÖIAG zusammenzufassen. Die ÖIAG verfügt über die entsprechende Erfahrung und Organisation, diese Industrieanteile dem ÖIAG-Gesetz entsprechend zu verwalten, und sie hat auch die notwendige Branchenerfahrung. Entsprechend dem Aufbau der ÖIAG wird die Selbständigkeit der neu hinzukommenden Unternehmungen gewahrt bleiben.

Ich darf zu den einzelnen Unternehmungen noch ein paar Bemerkungen machen.

Erstens: Elektro-Bau A.G.: Das ist ein gut geführtes Elektrounternehmen, dessen Erzeugungsprogramm bei Wahrung der Selbständigkeit einen Interessenausgleich mit der Elin ermöglichen wird. Eine Verbesserung der gemeinsamen Forschung und Entwicklung wird die Schlagkraft auf dem internationalen Markt verbessern.

Zweitens: Futurit Werke: Diese erzeugen Signalanlagen für die Bahn und den öffentlichen Verkehr; ein Programm, das die Angebotsstruktur der ÖIAG auf diesem Gebiet verstärkt: Bahn, Simmering-Graz-Pauker AG, Elin.

Drittens: SAKOG: Mit der WTK, der BBU als direkte Tochterunternehmungen verfügt die ÖIAG über entsprechende Bergbaubetriebe und somit über entsprechende Erfahrung. WTK und SAKOG befassen sich ja noch dazu im gleichen Bundesland mit der gleichen Produktion, ja man könnte beinahe sagen, beide bauen am gleichen Flöz von verschiedenen Seiten her. Warum hier nicht eine Strukturbereinigung erfolgen sollte, ist eigentlich unerklärbar.

Elmecker

Viertens: Pölser Zellulose-Papierfabrik: Hier besteht schon eine Beteiligung der VOEST, und es war daher im Sinne der Entflechtung, auch diese Industriebeteiligung des Bundes der ÖIAG zu übergeben.

Geschätzte Damen und Herren! Weil wir glauben, daß gerade diese Strukturbereinigung dazu dienen wird, daß in Hinkunft die Regierung und die ÖIAG ein besseres Instrument in die Hände bekommen werden, geben wir heute diesem Gesetz unsere Zustimmung.

Ich möchte aber noch eine Bemerkung zum Thema Entwicklungshilfe machen, weil der Herr Kollege Steinbauer im Ausschuß davon gesprochen hat, daß es ihm nicht ganz erklärlich ist, warum die Entwicklungshilfe jetzt zum Außenministerium ressortiert.

Herr Kollege Steinbauer, wenn ich die Grundsätze der österreichischen Entwicklungshilfe lese, so ergibt sich für mich als logische Schlußfolgerung die Kompetenzänderung zum Außenministerium. Ich darf zitieren: Österreich setzt seine Möglichkeit als neutraler Staat, als Ort internationaler Begegnungen sowohl zwischen Ost und West als auch in zunehmendem Maße zwischen Nord und Süd als Gastgeber von Organisationen der Vereinten Nationen und internationalen Konferenzen ein, um im Interesse der Völkerverständigung unterschiedliche Standpunkte durch Kompromißvorschläge anzunähern und damit einen aktiven Beitrag zur friedlichen Bewältigung globaler Probleme zu leisten. Damit sind auch die Probleme der Länder der Dritten Welt gemeint.

Das möchte ich auf Ihren Einwand, den Sie im Ausschuß gebracht haben — vielleicht bringen Sie ihn heute wieder —, ganz kurz gesagt haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 16.36

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Staatssekretär Dr. Löschnak. Ich erteile es ihm.

16.36

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. **Löschnak:** Herr Präsident! Hohes Haus! Lassen Sie mich bitte zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen drei grundsätzliche Feststellungen treffen.

Herr Abgeordneter Ermacora, Sie haben die Meinung vertreten, daß das, was bei der Beschlußfassung des Bundesministeriengesetzes 1973 in Aussicht gestellt wurde, nämlich daß damit ein entscheidender Schritt in

Richtung Verwaltungsreform getan wurde, nicht eingetreten sei, mit der Begründung, daß dieses Bundesministeriengesetz seit 1973 schon siebenmal novelliert wurde.

Das ändert aber meines Erachtens nichts daran, daß mit dem Bundesministeriengesetz 1973 tatsächlich ein Meilenstein in der Geschichte der Verwaltungsreform getätigt wurde, weil nämlich mit diesem Bundesministeriengesetz 1973 erstmalig in der Geschichte der österreichischen Verwaltung die Kompetenzen der Bundesverwaltung zusammengefaßt wurden. Bis dahin hat halt jedes einzelne Ressort, gesetzlich fundiert, seine Kompetenzen gehabt, und wenn es eine Kompetenzänderung gegeben hat, mußte man bei jedem Ressort die Änderungen vornehmen. Man hat zuletzt gar nicht mehr gewußt, wie denn wirklich die einzelnen Zuständigkeiten liegen; das hat das Bundesministeriengesetz 1973 behoben, und daran ändert sich auch nichts, auch wenn es siebenmal novelliert wurde und wahrscheinlich in Zukunft noch novelliert werden wird.

Zum zweiten: Sie haben gemeint, mit dieser Novelle zum Bundesministeriengesetz 1973 erfolgte ausschließlich eine macht-, personal- und parteipolitische Orientierung oder man sei zumindest davon ausgegangen. Herr Abgeordneter, das stimmt schlicht und einfach nicht, das läßt sich ganz leicht beweisen.

Die Novelle, so wie sie heute hier zur Behandlung steht, besteht nämlich aus zwei Teilen. Der erste Teil, der überwiegende Teil, dieser Novelle ist ja schon in der XV. Gesetzgebungsperiode eingebracht worden. Es ist deswegen nicht zur Gesetzwerdung gekommen, weil der Bundesrat einen Einspruch dagegen erhoben hat. Also jetzt, aus der nunmehrigen Regierungsumbildung ableiten zu wollen, daß das ausschließlich nach personal- und parteipolitischen Gesichtspunkten zugrunde gelegt wurde, trifft ganz einfach nicht zu.

Daß dies nicht zutrifft, erkennt man, wenn man sich einmal der Mühe unterzieht, die Erläuterungen zur Gesetzesvorlage, und zwar schon zum ersten Teil, zur Hand zu nehmen. Ich zitiere aus 316 der Beilagen aus den Erläuterungen auf Seite 5 nur einen Satz: Der Entwurf geht davon aus, daß in Zukunft jedem Bundesministerium der Erwerb von Anteilsrechten an Gesellschaften und Genossenschaften insoweit zustehen soll, als sie auf Sachgebieten tätig sind, die dem betreffenden Bundesministerium zur Besorgung zugewiesen worden sind. Also es ist hier ganz einfach eine Ausrichtung nach dem Ressortprinzip

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. Löschnak

ins Auge gefaßt, und das wird mit dieser Novelle in Wirklichkeit nur noch verstärkt.

Eine dritte und abschließende Feststellung: Sie meinten, Herr Abgeordneter, man könnte in dieser Novelle ein Anti-Sinowatz-Gesetz sehen. Sie irren auch in diesem Punkt, denn das ist halt ganz einfach der Unterschied zwischen Ihnen und uns: Während bei Ihnen der Bundeskanzler alle Kompetenzen in Anspruch genommen hat und sie dann mit Zähnen und Klauen gegen die Ressortchefs verteidigt hat, sehen wir in der Bundesregierung wirklich ein Kollegialorgan, und der Bundeskanzler hat hier ausschließlich die Koordination. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 16.40

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Steinbauer.

16.40

Abgeordneter Steinbauer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Die heute zur Debatte stehende Vorlage zum Bundesministeriengesetz, die Sie als so großes Produkt von Rationalität und Planung uns vorstellen, ist in Wahrheit etwas anderes. Sie ist zum einen ein letztes Kodizill aus der Ära Kreisky und zum anderen ein Dokument der Verabredungen im burgenländischen Badhaus von Neudorf oder wie der Ort hieß. Die zwei Teile, die nämlich in Wahrheit dem zugrunde liegen, will ich Ihnen kurz erklären.

Erstens: Das, was Sie so schön Entflechtung nennen. — Darf ich Ihnen den ersten Teil des Bundesministeriengesetzes — der Herr Staatssekretär hat richtig gesagt, aus der letzten Legislaturperiode — in seiner Genesis erläutern.

Es war in der Ära Kreisky, und es gab damals einen Finanzminister, dem der Bundeskanzler soviel mißtraute, daß er öffentlich sagte, man müsse diesem Finanzminister die Kontrolle über die Betriebe des Staates nehmen, es müsse ein Vier-Augen-Prinzip eingerichtet werden, denn — so sagte der sozialistische Bundeskanzler — er könne seinem sozialistischen Vizekanzler und Finanzminister nicht mehr trauen. Das ist die Grundlage des ersten Teiles des Bundesministeriengesetzes.

Salcher hat das dann zu verwirklichen begonnen. Es kam nicht mehr dazu, und Sie haben heute das, was Sie uns als langes planvolles Produkt vorstellen: Die Entflechtung, wie hier wortreich von den sozialistischen Rednern immer wieder geäußert wurde, ist letztlich nur das Kodizill Kreisky in seinem

Verhältnis zu Hannes Androsch. Wir nehmen das zur Kenntnis. Wir nehmen zur Kenntnis, daß es gut ist, ein Vier-Augen-Prinzip zu haben.

Es fällt uns nur im zweiten Teil etwas auf, nämlich die Entflechtung — die Debatte war ja schon sichtbar — rund um das Verkehrsbüro. Das Verkehrsbüro war nämlich im ersten Gesetz gar nicht enthalten. Das Verkehrsbüro, das ja erst im zweiten Teil überhaupt entflechtet werden sollte und dem Handelsminister „Blau“ zugeschlagen werden sollte, dieses Verkehrsbüro hat es im ersten Teil beim Handelsminister noch nicht gegeben. Diese Erfindung geht auf die Regierungsumbildung zurück.

Man müßte der Kollegin Partik-Pablé, die leider von ihrem Parteiobmann im Couloir aufgehalten wird, einmal in Erinnerung rufen, daß es keine Argumente gibt, die uns hier von ihr präsentiert wurden, die wirklich stichhältig sind. Sie sagte, man könne das Verkehrsbüro nicht reprivatisieren, denn es sei schon 1917 in Staatshand geboren worden. Frau Kollegin Partik-Pablé — man möge es ihr ausrichten —: Soviel monarchistische Devotionalienhaltung habe ich von Ihnen nicht erwartet. Weil etwas 1917 so war, verraten die Freiheitlichen ihre Grundsätze heute. Es ist schlicht kein Argument, das hier von Partik-Pablé vorgetragen wurde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dabei liegt am Verkehrsbüro allerhand an Einsicht, warum man es privatisieren könnte oder teilweise in private Hände geben könnte. Warum, so frage ich, muß die Republik Österreich auch den privaten Tourismus, die Vermittlung von privatem Tourismus als Staatsbetrieb führen? Wo ist die zwingende Begründung, daß ein solches Büro nur in Staatshänden sein kann? Die Argumentation der Freiheitlichen war daher schwach. *(Abg. Dr. Gradenegger: Weil es jetzt aktiv ist, soll es reprivatisiert werden!)*

Die Kollegin Partik-Pablé konnte letztlich keinen Grund ... *(Abg. Dr. Gradenegger: Das ist doch vordergründig, weil es jetzt aktiv ist!)* Gradenegger! Einmal kommt Gradenegger ins Plenum, und schon wird es unruhig um ihn!

Die Kollegin Partik-Pablé konnte letztlich keinen Grund anbieten, warum sich in der Frage des Verkehrsbüros nicht das vollzieht, was wortreich im freiheitlichen Programm drinnen steht und was ihr mein Kollege Kohlmaier vorgehalten hat. Der wahre Grund der

Steinbauer

Erregung der Kollegin Partik-Pablé war ja zweifellos die Tatsache, daß hier eine blaue Reichsvermehrung stattfinden sollte. In den Badhausgesprächen rund um die Regierungs-umbildung und danach irgendwann einmal ist die traditionelle Koalitionsforderung der Freiheitlichen aufgetaucht: Ihr könnt bei euch machen, was ihr wollt, aber für uns muß auch etwas drinnen sein. Und dieser strategisch-freiheitliche Ansatz, bei der Vermehrung des Brotes proportional, halbproportional, aber jedenfalls dabei zu sein, diese freiheitliche Strategie der Machtausweitung war wahrscheinlich der Grund, warum das Verkehrsbüro zum Handelsminister gekommen ist und dann die Kollegin Partik-Pablé, verlegen um Argumente, hier ein Bild der Erregung bot. (*Abg. Probst: Solange es schwarz war, war es okay, solange es rot war, war es okay, aber jetzt, weil es blau wird, ist es nicht okay!*) Ein Bild der Erregung, Kollege Probst, das mich an Tacitus erinnert, von dem der schöne Satz kommt: Schrecklich waren die Frauen der Germanen, wenn sie leidenschaftlich wurden. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*) Schrecklich waren die Abgeordneten der Freiheitlichen, wenn sie keine Argumente hatten und daher durch Erregung wettmachen mußten, was sie anders nicht verdecken konnten.

Im zweiten Teil, in dem Dokument der politischen Verwirrung rund um die Regierungs-umbildung, ist sicherlich — und, bitte, das kann kein klarsichtiger sozialistischer Abgeordneter bestreiten — vieles nicht nach Organisationsplänen gegangen, sondern nach persönlicher Machtzuteilung und Machtverteilung. Darüber besteht doch kein Zweifel.

Da war der fähige Staatssekretär Lacina. Da war ihm mutmaßlich ein Ministerium zugesichert. Da mußte einer gehen, und das war der Verkehrsminister, und dort wurde dann auch die Verstaatlichte angesiedelt. Sie werden uns doch nicht sagen, daß Sie 15 Jahre in einer falschen Organisationsform vorgegangen sind und daß die Erleuchtung erst nach 15 Jahren gerade dem Bundeskanzler Sinowatz gekommen ist. Das glauben nicht einmal Sie von der sozialistischen Fraktion. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Tatsache und klar erkennbar hinter diesen ganzen Transfers im zweiten Teil des Bundesministerengesetzes, in jenem Teil, der durch die Regierungsumbildung ausgelöst wurde, ist doch der offenkundige Nachweis, daß der gegenwärtige Bundeskanzler so viel als möglich abgibt. Er möchte mit so wenig als möglich zu tun haben: Die Verstaatlichte ins Verkehrsministerium, weil es so kompliziert ist.

Das Verkehrsbüro, damit der Vizekanzler Ruhe gibt, und die Entwicklungshilfe auch weit weg.

Und, Herr Kollege Elmecker, zur Begründung, die Sie verlesen haben: Bitte, nicht alles, in dem das Wort „global“ vorkommt, muß mit der Entwicklungspolitik wirklich zu tun haben und muß ins Außenministerium kommen. Und da ein paar Worte zu der ersten Problematik, mit welcher Leichtigkeit hier ein wesentlicher Bereich verschoben wurde. Nach allem, was man hört, sind nämlich die Entwicklungspolitik und der Transfer der Entwicklungspolitik ins Außenministerium auch kein geplanter Akt gewesen, sondern das Produkt eines vergessenen Politikbereichs. Im Geschiebe von Verstaatlichter und Ministerien, von Ministern, neuen Ministern, Staatssekretären kam plötzlich die Erkenntnis, der Lacina — so despektierlich spricht man wahrscheinlich unter Parteifreunden — ist jetzt Minister, er hat auch die Verstaatlichte mitbekommen, aber da bleibt ja auf einmal die Entwicklungspolitik über.

Das Erstaunliche war die Tatsache, daß wir eine Staatssekretärin im Bundeskanzleramt immer noch verbleibend hatten, die sich ab und zu sogar zu entwicklungspolitischen Fragen geäußert hat, was eher zu negativen Reaktionen geführt hat.

Man sagte allgemein: Aber die Dohnal darf's auch nicht bekommen, und so blieb die Entwicklungspolitik neuerlich vater- und mutterlos, um es feministisch auszudrücken. (*Abg. Dr. Schranz: Der Sherlock Holmes der Politik!*) Und dann hat einer gesagt: Also geben wir sie zur Außenpolitik.

Herr Kollege Elmecker, jetzt möchte ich Ihnen erklären, was das konkret für die Entwicklungspolitik bedeutet. Einmal gibt es eine sachliche Begründung, die wir durch viele Jahre auch moniert haben, daß wir immer wieder feststellen konnten, daß Botschafter oder Vertreter, Diplomaten, die im Ausland entwicklungspolitische Anliegen gehört haben, in der sozialistischen Regierung ungeheure Mühe hatten, diese Nachricht auch wirklich bis zum Bundeskanzleramt durchzubringen. Es blieb hängen.

Hier gab es eine Fülle von Koordinationsfehlern und -mängeln, die einen Aspekt sichtbar machen, daß es nämlich vielleicht ganz gut ist, wenn das Außenministerium, weil man es nämlich nicht koordiniert hat, eine Mitsprache hat beziehungsweise zumindest eine wesentliche Rolle hier spielt.

Steinbauer

Aber gleichzeitig hat es immer wieder dieselben Pannen gegeben, wenn Vertreter des Finanzministeriums zu entwicklungspolitischen Fragen Stellung nehmen mußten, weil sie auf entsprechenden Weltkonferenzen agierten. Auch hier stellten sich die Mängel in gleicher Preislage ein. Ich erinnere nur an den Rohstofffonds.

Drittens: Im Außenministerium ist das Sensorium auf die Welt ausgerichtet; das haben Sie richtig erkannt, Herr Kollege Elmecker. Ein wesentlicher Teil der österreichischen Entwicklungspolitik oder der Entwicklungspolitik überhaupt ist aber eine innerösterreichische Bewußtseinsbildung, eine innerösterreichische Kontaktnahme zu den Organisationen der Entwicklungspolitik, der Öffentlichkeitsarbeit, also alles Aufgaben, die vom Außenministerium traditionell nicht wahrgenommen werden können.

Genau in diesem Bereich ist es extrem bedauerlich, daß nun die Entwicklungspolitik aus der Koordinationsposition des Bundeskanzlers entfernt wird und in eine enge Fachlichkeit, die ihre Richtigkeit hat in einem Teilbereich, hineingequetscht wird.

Herr Kollege Elmecker! In Wahrheit ist eines geschehen: Die Entwicklungspolitik wurde von dieser Regierung hinuntergestuft von der persönlichen Verpflichtung und politischen Verantwortung des Bundeskanzlers in eine Fachlade eines Ministers. Sie wurde vom Staatssekretär, der sich bisher — Lacina, Nussbaumer und am besten seit vielen Jahren Veselsky, er ist nicht hier — um Entwicklungspolitik gekümmert hat, heruntergestuft auf einen Sektionschef — oder was immer das dort wird im Außenministerium.

In der Tat spüren das schon jene, die sich in Österreich um Entwicklungspolitik draußen annehmen, daß sie nicht mehr wichtig sind für diese Regierung, daß diese Regierung deutlich dokumentiert hat, Entwicklungspolitik ist etwas, was der Bundeskanzler selber nicht mehr für wichtig hält, was ihm persönlich so wenig am Herzen ist, daß er froh war, daß er sie loswerden konnte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das sagen Ihnen nicht nur Ihre linken Kollegen — Sie brauchen ja nur in Ihrem Klub fragen, wie das Gespür zu diesem Transfer in Wahrheit bei den Linken in Ihren Reihen ist —, sondern Sie können auch im katholischen Lager fragen. Sie können die öffentlichen Erklärungen der Entwicklungshilfesprecher lesen, die alle aus der Sicht ihrer Fachlichkeit

sagen, dies ist letztlich schlußendlich ein falscher Schritt und der Ausdruck einer politischen Abwertung gewesen.

Zusammenfassend ist zu sagen: Von Planung ist in diesem Bundesministeriengesetz nicht viel die Rede gewesen, sondern man holperte in einen neuen Zustand der Organisation. Von anders arbeiten ist ja — die Kollegin Partik-Pablé hat das so wortreich, mit Emphase und innerer Erregung hier vorgetragen — nach den ersten Wochen seit der Regierungsumbildung auch nicht die Rede. Die ersten Minister — wir wünschen ihnen Besserung — liegen schon im Spital, die ersten Minister haben bereits ... *(Rufe bei der SPÖ: Sind wir in einem Kabarett?)*

Die ersten Minister haben bereits die ersten Ankündigungen wieder zurücknehmen müssen. Ich erinnere nur an Finanzminister Vranitzky, weil wir einschlägig in diesen Tagen darüber diskutiert haben: Seine großartige Ankündigung der ersten Stunde, wir wollen handeln und nicht voraus ankündigen, was wir sagen, muß geschehen, das kann man sowohl hinsichtlich seiner Leistungserklärungen als auch hinsichtlich der Sparbuchsteuer bereits als leere Versprechung, als leere Ankündigungen enthüllen. Da kann man nur sagen: Das Gesetz heute zahlt sich nicht aus, denn nicht einmal die Minister von der letzten Umbildung scheinen sich zu einem Kurswechsel wirklich durchzuringen. *(Beifall bei der ÖVP.) 16.57*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 375 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung

Präsident

über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen betreffend Reprivatisierung des Österreichischen Verkehrsbüros.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

3. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (350 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Vertragsbedienstetengesetz 1948 und die Bundesforste-Dienstordnung geändert werden (376 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Vertragsbedienstetengesetz 1948 und die Bundesforste-Dienstordnung geändert werden.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Gradischnik. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. **Gradischnik:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Verfassungsausschuß hat die Regierungsvorlage am 19. September 1984 in Verhandlung gezogen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme des Gesetzentwurfes in der von den Abgeordneten Pöder, Dr. Lichal und Dr. Partik-Pablé vorgeschlagenen Fassung zu empfehlen.

Die vom Ausschuß beschlossene Fassung enthält neben den in der Regierungsvorlage vorgeschlagenen urlaubsrechtlichen Regelungen Bestimmungen über die Einstufung der Bereiter und Oberbereiter der Spanischen Reitschule, die Einstufung von Kraftwagenlenkern der im § 6 des Bezügegesetzes angeführten Personen, Änderungen im Urlaubsrecht der Richter sowie eine Novellierung des Bundesgesetzes über Geldleistungen an öffentlich Bedienstete während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft, BGBl. Nr. 395/1974.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Bericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, Herr Präsident, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lichal.

17.00

Abgeordneter Dr. **Lichal** (ÖVP): Herr Präsident! Armer Herr Staatssekretär Dr. Löschnak! Arm deshalb, weil er, wie wir heute schon einmal gehört haben, ununterbrochen in Vertretung ausharren muß. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vorliegenden Novellen zum Beamten-Dienstrechtsgesetz, zum Vertragsbedienstetengesetz, zur Bundesforste-Dienstordnung, denen wir zustimmen, beinhalten im wesentlichen Änderungen auf dem Urlaubssektor.

Ich möchte nur einige Bemerkungen dazu machen, weil vielleicht mein Nachredner, Kollege Pöder, auch darauf eingehen wird, um das gleich vorwegzunehmen. Ich weiß ja schon, was kommen wird, ich kann mir ja ungefähr vorstellen, was er sagen wird.

Zum einen ist hier eine wesentliche Änderung im Urlaubsrecht enthalten, die wir begrüßen müssen, nämlich daß in Zukunft Urlaub im öffentlichen Dienst nicht auf Grund der dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung gewährt wird, sondern auf Grund des Lebensalters, also des Dienstalters. Das ist eine Forderung der Dienstnehmervertretung, die schon in vielen Ländern längere Zeit hindurch realisiert ist, weil man sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß nicht unbedingt das Einstufungsmerkmal Grundlage für die Urlaubszumessung sein soll, sondern daß man ganz einfach das Faktum, daß auch ein älterer Mensch ein größeres Erholungsbedürfnis und ein stärkeres Regenerationsbedürfnis hat, auch im Urlaub zum Ausdruck kommen lassen soll. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube, das ist eine langjährige Forderung der Österreichischen Volkspartei, daß hier das Urlaubsausmaß für den älteren Arbeitnehmer erhöht wird. Es wird natürlich nur ein Schritt sein. Es wird im nächsten Jahr wieder Verhandlungen geben, Herr Staatssekretär, um diese Entwicklung fortzusetzen. Zum anderen ist auch eine Regelung der Anhebung des Mindesturlaubs enthalten, und ich darf an die Debatten erinnern, die im vergangenen Jahr darüber stattgefunden haben, ob es sinnvoll erscheint, den Mindesturlaub anzuheben.

4954

Nationalrat XVI. GP — 58. Sitzung — 27. September 1984

Dr. Lichal

Ich glaube sagen zu dürfen, daß es sicherlich nicht das größte Anliegen der österreichischen Arbeitnehmer in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation ist, mehr Urlaub zu bekommen und weniger arbeiten zu müssen, sondern daß es das wesentlichste Anliegen der österreichischen Arbeitnehmer ist, einen sicheren Arbeitsplatz zu haben und zu erhalten.

Aber eines steht fest: Wenn Sie damals der Meinung waren, daß diese Urlaubserhöhung in Etappen zwei Tage jährlich durchgeführt werden soll, dann kann man den gesamten Bereich des öffentlichen Dienstes nicht schlechter stellen. Es hat eigentlich — Kollege Pöder ist jetzt als Vizepräsident des ÖGB von mir angesprochen — sehr lange gedauert, bis diese Überlegung realisiert wurde, wenn wir sie jetzt in dieser BDG-Novelle beschließen. Es mußte sogar erlaßmäßig schon dafür gesorgt werden — das hat der Herr Staatssekretär getan, das möchte ich betonen —, daß schon in diesem Jahr diese Schlechterstellung nicht mehr Platz greift, das heißt also, daß die zwei Tage mehr Urlaub auch schon im öffentlichen Dienst Platz gegriffen haben. Aber gesetzlich hinken wir hier sehr nach. Das vielleicht als Anmerkung zum Problem des Urlaubs.

Nun gibt es noch Bestimmungen dienstrechtlicher Art, einen Satz nur zu jener Bestimmung, daß in Zukunft die Bereiter und Oberbereiter der Spanischen Hofreitschule auch ohne das Ausbildungserfordernis der Reifeprüfung in B eingestuft werden können.

Meine Damen und Herren! Lachen Sie nicht darüber, die Spanische Hofreitschule ist sicher ein Aushängeschild Österreichs. Das ist eine Bedienstetengruppe sui generis, die kann man nicht so über einen Leisten scheeren. Aber was hier festzustellen ist ... (*Zwischenruf des Abgeordneten Ruhaltin-ger.*) Herr Ruhaltinger! Schauen Sie es sich einmal an, vielleicht können Sie von den Pferderln etwas für den VOEST-Fußballklub lernen.

Daß der Minister Haiden es als zuständiger Landwirtschaftsminister noch nicht zustande gebracht hat, daß es mehr Vorführtruppen gibt, sondern nur zwölf Leute, obwohl das eine Einnahmequelle für den Staat ist, obwohl die Spanische Hofreitschule ein Aushängeschild für Österreich ist, Herr Staatssekretär, da muß man wohl sagen: Da kann er sich auf nichts ausreden! Das sollte man auch einmal überlegen.

Ein nächster Punkt birgt schon Konfliktstoff für die Zukunft, obwohl wir zustimmen, nämlich die Neueinstufung der Kraftwagenlenker, die auch Sicherheitsaufgaben wahrzunehmen haben. Da gibt es in Zukunft verschiedene Einstufungen — für jene, die sich nicht auskennen —: Da gibt es dann einen Chauffeur, der in P 1, also meistermäßig eingestuft ist. In P 2 kommen jetzt die hinein, die die Regierungsmitglieder zu führen und zu beschützen haben. Alle anderen, die nicht Regierungsmitglieder zu führen, aber auch Schutzmaßnahmen zu treffen haben, sind dann in P 3. Herr Staatssekretär Löschnak, Sie haben auch im Ausschuß schon gesagt, daß vielleicht eine andere Lösung als diese mit der Einstufung besser gewesen wäre, weil sicher Beispielfolgerungen gegeben sind.

Meine Damen und Herren! Und nun zum letzten: Es ist zu begrüßen, daß es hier nun auch im öffentlichen Dienst eine Sondernotstandshilfe für die alleinstehenden Mütter als Angleichung an die Privatwirtschaft im sozialen Bereich gibt. Auch das ist eine Lücke, die im Gesetz geschlossen wird.

Es wurden einige dieser Maßnahmen überhaupt erst durch gemeinsame Anträge im Verfassungsausschuß ermöglicht.

Aber die Hauptsache: Es ist nun nachträglich doch zu einer Schließung dieser dienstrechtlichen Lücke gekommen, und aus diesem Grunde stimmen wir diesen Novellen auch zu. (*Beifall bei der ÖVP.*) 17.05

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Pöder. Ich erteile es ihm.

17.06

Abgeordneter **Pöder** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Beschlußfassung der Dienstrechtsnovelle der Bundesbeamten, des Vertragsbedienstetengesetzes, der Dienstordnung für die Forstbediensteten und mit dem Richterdienstgesetz wird eine Reihe von Verbesserungen im Dienstrecht des öffentlichen Dienstes Platz greifen.

Ich möchte im wesentlichen nur auf zwei Schwerpunkte eingehen, weil ich glaube, daß dahinter mehr steckt als nur die Verbesserung des Urlaubsrechts beziehungsweise die Schließung einer sozialrechtlichen Lücke. Ich glaube, der Herr Kollege Dr. Lichal hat das schon zitiert, daß wir einen bedeutenden Schritt weiterkommen, daß bevorzugtes Urlaubsrecht durch gerechteres Recht abge-

Pöder

löst wird. Als Gewerkschafter und als Sozialisten war uns das stets ein Dorn im Auge, daß die besoldungsrechtliche Stellung des Bediensteten dazu führt, daß jemand schon einen 6-Wochen-Urlaub hat und Dienstnehmer mit 30 und mehr Dienstjahren weniger Urlaub haben, weil sie nicht eine diesen besoldungsrechtlichen Erfordernissen entsprechende Stellung haben. Nun wird das Schritt für Schritt abgebaut, und ich möchte da nicht unbedingt sagen, daß es die Fraktion Christlicher Gewerkschafter war oder die ÖVP, die hier bahnbrechend war, denn eine Weile wurde schon darüber verhandelt und gesprochen, dieses bevorzugte Urlaubsrecht für höhere Dienstklassen Schritt für Schritt in ein gleiches Urlaubsausmaß einzuebnen. So ganz friktionslos ist das mit unseren Kollegen der christlichen Fraktion ja nicht abgegangen, wie es jetzt der Kollege Lichal darstellt.

Aber eines, glaube ich, soll man noch dazu sagen: Der öffentliche Dienst ist auf dem Weg, für die älteren Dienstnehmer den 6-Wochen-Urlaub zu realisieren, und mit ein bißchen Stolz kann ich schon sagen, daß einige Gebietskörperschaften, wie die Stadt Wien und andere Landeshauptstädte, bereits beim 6-Wochen-Urlaub für ältere Dienstnehmer sind und daß wir nun Zug um Zug aufschließen, um auch das Urlaubsrecht für den gesamten öffentlichen Dienst einheitlich zu gestalten.

Was die Anhebung des Mindesturlaubes betrifft, so folgen wir hier einem Beschluß des 10. ÖGB-Kongresses, der beschlossen hat, daß der Mindesturlaub für Dienstnehmer sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst auf fünf Wochen angehoben werden soll. Wir haben heuer gemeinsam mit allen Kolleginnen und Kollegen in der Privatwirtschaft den ersten Schritt getan und haben 26 Werktage als Mindesturlaub nun durchgesetzt.

Lassen Sie mich zu einer zweiten Frage noch kurz Stellung nehmen. Das Sonderkarenz-Urlaubsgeld, das in dieser Novelle beschlossen wird, schließt ebenfalls eine Lücke, die die weiblichen Dienstnehmer der öffentlichen Hand benachteiligt hat. Eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung gebührt jener Frau, die alleinstehend überwiegend oder ausschließlich für ihr Kind sorgt; sie erhält, wenn sie einen Karenzurlaub nach dem Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft in Anspruch nimmt, bis zum 3. Lebensjahr des Kindes aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung ein Sonderarbeits-

losengeld, eine Sonder-Notstandsunterstützung, heißt es dort.

Die Dienstnehmerinnen der öffentlichen Hand, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis sind, sind nicht arbeitslosensichert. Und sie haben auch bisher, wenn sie ein zweites und drittes Karenzurlaubsjahr in Anspruch genommen haben, keinerlei finanzielle Abdeckung und Absicherung bekommen, wenn sie alleinstehend für den Unterhalt ihres Kindes allein oder überwiegend gesorgt haben.

Nun wird durch eine eigenständige Lösung — 27 Prozent des Gehaltsansatzes der Dienstklasse V, Gehaltsstufe 2, das sind 4 216 S — diese Lücke geschlossen. So ist ein materielles Fangnetz für diese an sich kleine, aber sozial benachteiligte Gruppe geschaffen worden, und ich glaube, daß das eine sehr wichtige Entscheidung ist, die wir heute treffen, wenn wir hier das Netz der sozialen Sicherheit auch im öffentlichen Dienst ein bißchen besser knüpfen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluß. Die Gruppenreihungen einer kleinen Gruppe von Spezialisten, möchte ich sagen, und auf der anderen Seite von Leuten mit besonderer Verantwortung, wenn ich an die Lenker denke, ist eine Frage, die eine Verbesserung darstellt, auch eine gerechte Beurteilung ihrer Tätigkeit. Ich möchte vielleicht nur noch eines sagen, das ist vielleicht doch auch bemerkenswert; das wird ja nicht so offensichtlich, wenn man sich nicht ein bißchen im Besoldungsrecht des öffentlichen Dienstes auskennt. In Wahrheit ist es so, daß die Kraftwagenlenker heute im wesentlichen — obwohl sie keinen erlernten Beruf haben oder haben müssen — so ist es richtiger gesagt — den Facharbeitern gleichgestellt sind. Durch den Aufstieg in die Verwendungsgruppe P 2 ist eigentlich sogar schon die Spezialfacharbeitergruppe erreicht, und das ist doch eine deutliche Entwicklung, die davon Zeugnis ablegt, daß die Verantwortung im Straßenverkehr doch eine sehr gewaltige geworden ist und daß hier trotz des Fehlens des erlernbaren Berufes gewissermaßen das Dienstrecht oder Besoldungsrecht ein bißchen ausgleichend wirkt. Wir könnten uns nur wünschen, daß es auch in anderen Bereichen so wäre.

Wir werden also gerne dieser Vorlage zustimmen, und ich nehme an, daß es zu einem einstimmigen Beschluß kommt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 17.15

4956

Nationalrat XVI. GP — 58. Sitzung — 27. September 1984

Präsident

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen zur **Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 376 der Beilagen.**

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig auch in dritter Lesung angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Abstimmung über Fristerstreckungsantrag

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den gemeinsamen Antrag, die dem Justizausschuß zur Berichterstattung über die Regierungsvorlage betreffend ein Sozialgerichtsbarkeitsgesetz (7 der Beilagen) für 1. Oktober 1984 gesetzte Frist gemäß § 43 Absatz 2 der Geschäftsordnung bis 15. Jänner 1985 zu erstrecken.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Abstimmung über Fristsetzungsantrag

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Abg. Dr. Mock, dem Finanz- und Budgetausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 102/A der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend „große Steuerreform“ im Rahmen eines 3-Stufen-Entlastungsplanes eine Frist bis 26. November 1984 zu setzen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **Abgelehnt.**

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 108/A eingebracht worden ist.

Ferner sind die Anfragen 929/J bis 940/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 17. Oktober 1984, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 18 Minuten

Berichtigungen

14. Sitzung, 20. Oktober 1983:

Auf S. 1168 linke Spalte hat im Titel zum 6. Punkt der Klammerausdruck „(C 9 der Beilagen)“ richtig „(99 der Beilagen)“ zu lauten.

Auf S. 1176 und S. 1177 ist über den linken Spalten der hinweisende Rednername „Dr. Maria Hosp“ jeweils durch „Mag. Kabas“ zu ersetzen.

Auf S. 1185 linke Spalte 6. Absatz 5. Zeile soll es statt „Daß“ richtig „Da“ heißen.

16. Sitzung, 21. Oktober 1983:

Im Inhalt hat auf S. 1205 rechte Spalte unter den „Verhandlungen“ im Titel zum 1. Punkt der Klammerausdruck „(380 d. B.)“ richtig „(80 d. B.)“ zu lauten.

Auf S. 1257 linke Spalte 1. Absatz 18. und 22. Zeile ist der Dokortitel beim Abgeordneten Graf zu streichen.

Auf S. 1265 linke Spalte 4. Absatz ist der erste Satz „... die Schwierigkeiten ... Einkommensersatzfunktion.“ zu streichen.

18. Sitzung, 10. November 1983:

Auf S. 1427 rechte Spalte 3. Absatz ist der Klammer-Satz zu streichen.

21. Sitzung, 29. November 1983:

Im Inhalt hat auf S. 1642 rechte Spalte die 7. Zeile von unten zu lauten:

„chen Wirtschaft (S. 1719) — Annahme E 7“

Auf S. 1682 rechte Spalte 5. Absatz 4. Zeile ist „Dr. Gugerbauer“ zu streichen.

Auf S. 1691 linke Spalte 1. Absatz 5. Zeile heißt es statt „davon“ richtig „daran“.

Auf S. 1703 rechte Spalte letzter Absatz 3. Zeile soll es statt „Erfolgsanwalt“ richtig „Volksanwalt“ heißen.

Auf S. 1750 linke Spalte 1. Absatz hat die 6. Zeile zu lauten:

„durch diese Zahlen bewiesen. (Beifall bei“

23. Sitzung, 1. Dezember 1983:

Auf S. 1859 linke Spalte 2. Absatz 14. Zeile ist das Wort „Knize“ durch das Wort „Knie-sek“ zu ersetzen.

40. Sitzung, 29. März 1984:

Auf S. 3422 ist über der rechten Spalte der hinweisende Rednername „Dkfm. Gorton“ zu streichen.

41. Sitzung, 10. April 1984:

Auf S. 3528 rechte Spalte 2. Absatz 8. Zeile sind nach dem Wort „Ministerialräte.““ Anführungszeichen oben, in der 10. Zeile sind vor dem Wort „Aber“ Anführungszeichen unten zu setzen.

Auf S. 3557 linke Spalte 2. Absatz 10. Zeile soll es statt „Ihrer Politik“ richtig „Ihre Politik“ heißen.

Auf S. 3578 linke Spalte 3. Absatz hat die 9. Zeile zu lauten:

„mien angekündigt, die Sie durchsetzen“

43. Sitzung, 11. April 1984:

Auf S. 3660 linke Spalte letzter Absatz 3. Zeile von unten hat es richtig „Verbundgesellschaft“ zu lauten.

46. Sitzung, 23. Mai 1984:

Im Inhalt sind auf S. 3829 linke Spalte unter dem Titel „Ausschüsse“ nach der Seitenzahl „3846“ die Worte „und S. 3847“ einzufügen.

47. Sitzung, 23. Mai 1984:

Auf S. 3854 rechte Spalte 7. Absatz 3. Zeile soll es statt „sich zieht“ richtig „zieht sich“ lauten.

Auf S. 3890 linke Spalte 4. Absatz vorletzter Satz ist das Wort „jemanden“ durch das Wort „jemandem“ zu ersetzen.

48. Sitzung, 24. Mai 1984:

Auf S. 4012 rechte Spalte 3. Absatz 4. Zeile ist der Artikel „Die“ durch den Artikel „Der“ zu ersetzen.

Auf S. 4047 linke Spalte 3. Absatz hat die 8. Zeile zu lauten:

„sich mit der Not und den sozialen Ungerech-“